26 ■ sozialpolitik in diskussion sozialpolitik in diskussion

Sarah Nowak, Ursula Filipič, Hubert Eichmann, Veronika Heimerl (Hg.)

AUF DEM WEG ZUM KLIMASOZIALSTAAT

DER SOZIALSTAAT IM SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN UMBAU

März 2026

wien.arbeiterkammer.at

https://wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriten/zeitschriften/Sozialpolitik_in_Diskussion.html

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 3

Überblicke

Frank Nullmeier
Auf der Suche nach einer integrierten Klima- und Sozialpolitik 7

Katharina Bohnenberger
Der neue Sozialstaat: Institutionelle Antworten auf umweltsoziale Risiken und Klimasozialpolitik im 21. Jahrhundert 17

Andrea Egger, Claudia Liebeswar
Der Wohlfahrtsstaat in der sozial-ökologischen Transformation 29

Einblicke

Margit Schratzenstaller
Beitrag der öffentlichen Finanzen zum Klimasozialstaat 41

Andrea E. Schmidt, Felix Durstmüller, Katharina Dinhof, Marlene Brettenhofer, Katharina Brugger
Doppelte Belastung durch den Klimawandel: Aktuelle Evidenz zu klima- und wetterbedingten Auswirkungen auf die Arbeitsrealität von Gesundheitsberufen in Österreich 51

Marie Chahrour, Hanna Lichtenberger, Jeremias Staudinger
Klimasozialstaat und armutssensible Beteiligung: Strategien zur Einbeziehung armutsbetroffener Menschen in die sozial-ökologische Transformation 59

Max Schwarzenbacher
Kantinen für alle! Ernährungspolitik als Teil des Klimasozialstaats 71

Ausblicke

Willi Haas
Gesundheit im Klimasozialstaat: Wie aus Reformen eine tiefgreifende und sozial gerechte Transformation werden könnte 89

Richard Bärnthaler
Umweltpolitik neu denken – für einen sozial-ökologischen Ansatz 107

Karoline Kalke, Margaret Haderer
Suffizienz – erlebte Zumutung und umweltpolitische Chance: Wege aus der sozial-ökologischen Sackgasse 117

Autor:innen 128

AUF DEM WEG ZUM KLIMASOZIALSTAAT

ANSÄTZE FÜR EINE VORAUSSCHAUENDE UND HANDLUNGSFÄHIGE SOZIALPOLITIK IN ZEITEN MULTIPLER KRISEN

2024 war das erste Jahr der Messgeschichte, in dem die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau lag.[1] Gleichzeitig werden die weltweiten CO_2-Emissionen laut Prognosen im Jahr 2025 weiterhin steigen und neue Rekordwerte erreichen.[2] Darüber hinaus beschränken sich die ökologischen Krisen nicht nur auf das Klima – neueste Erkenntnisse zeigen, dass mittlerweile sieben von neun planetaren Grenzen überschritten worden sind.[3]

Auch in Österreich ist die Klimakrise bereits deutlich spürbar. Die Klimaerwärmung trifft Österreich stärker als den globalen Durchschnitt. Damit werden nicht nur die Sommer immer heißer und die Winter immer schneeärmer, sondern auch Extremwetterereignisse häufen sich, wie uns das Jahrhunderthochwasser im September 2024 einmal mehr deutlich gemacht hat. Gleichzeitig trägt Österreich – sieht man sich die nationalen Emissionen im internationalen Pro-Kopf-Vergleich an – weiterhin stark zur Eskalation der Klimakrise bei.[4]

Das bedeutet auch für den österreichischen Sozialstaat einen dringenden Handlungsbedarf – denn sowohl die Verursachung als auch die Folgen der Klimakrise sind sozial höchst ungleich verteilt. Mit zunehmenden ökologischen Krisen entstehen neue Risiken, die sozialpolitisch gerecht abgefedert werden müssen. Zum Teil könnte das durch das Weiterdenken bereits etablierter sozialpolitischer Instrumente erfolgen – beispielsweise im Bereich der Sozialversicherung, des Steuersystems oder des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Darüber hinaus braucht es aber auch ein institutionelles Umdenken und die stärkere Verknüpfung von Sozialpolitik mit anderen Politikbereichen, um mögliche Widersprüche aufzulösen und Synergien zu fördern.

Ein vorausschauender Klimasozialstaat soll die Folgen der Klimakrise nicht nur abfedern, sondern den sozialen und ökologischen Umbau für die Vielen aktiv fördern.[5] Angesichts der fortschreitenden Eskalation der Klimakrise wird abermals deutlich, dass bestehende klimapolitische Maßnahmen mit ihrem Fokus auf technologische Lösungen und Preissignale das Problem nicht lösen. Statt einem Weiter-wie-bisher ist daher ein tiefgreifender Umbau unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems notwendig.

In Österreich hat die Integration der Politikfelder Sozial- und Klimapolitik bisher noch nicht systematisch stattgefunden. Mit der Einführung des Klimabonus wurde – wenn auch nicht besonders zielgerichtet – ein Versuch unternommen, den Anstieg der CO_2-Preise sozial auszugleichen. Im Jahr 2025 ist der Klimabonus jedoch den Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung zum Opfer gefallen. Gleichzeitig sind regressive Politiken global und in Österreich auf dem Vormarsch – und gefährden damit zusehends den sozialen und ökologischen Umbau.

Diese und viele weitere Facetten des Themenkomplexes „Klimasozialstaat“ wurden in der Veranstaltungsreihe des Projekts SOZÖKNET-AK der Arbeiterkammer Wien und der Forschungs-

1 Siehe https://climate.copernicus.eu/global-climate-highlights-2024#:~:text=2024%20had%20a%20global%20average,exceed%201.5%20above%20that%20level.
2 Siehe https://globalcarbonbudget.org/.
3 Siehe https://www.planetaryhealthcheck.org/.
4 Siehe https://aar2.ccca.ac.at/de.
5 Siehe https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17186626/.

und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) diskutiert, die als Grundlage für den vorliegenden Sammelband diente. Die Auftaktveranstaltung mit dem Titel „Auf dem Weg zum Klimasozialstaat" am 14. März 2025 im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien hatte zum Ziel, einen Überblick über das entstehende Politikfeld zu bieten, und kann hier auf der Website der Arbeiterkammer Wien nachgeschaut werden. Am 23. September 2025 fand eine weitere Veranstaltung zur Frage statt, was notwendig wäre, damit alle genug für ein gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen haben, und welchen Beitrag eine bedingungslose Grundversorgung (Universal Basic Services) dazu leisten kann. Am 10. November 2025 folgte eine Veranstaltung zur Verbindung von Gesundheits- und Klimapolitik in der Arbeitswelt.

Ziel des vorliegenden Sammelbandes ist es, aufbauend auf der Veranstaltungsreihe aktuelle Diskussionen zum Klimasozialstaat zu sammeln, weiterzuführen und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dafür vereint die Publikation Beiträge von Autor:innen, die das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchten. Der Anspruch des Bandes ist nicht, das Thema in seiner Vollständigkeit abzubilden – vielmehr soll der Sammelband als Fortsetzung, Ergänzung oder Vertiefung vergangener Publikationen und Debatten zu dem Thema verstanden werden.[6]

Die Beiträge im Sammelband sind grob in drei Kategorien gegliedert: **Überblicke** über sozialpolitische Funktionsmechanismen und den Veränderungsbedarf in Zeiten der Klimakrise, **Einblicke** in konkrete Handlungsfelder eines Klimasozialstaats und **Ausblicke** in eine Gesellschaft, in der ökologische und soziale Fragen von Grund auf gemeinsam gedacht werden. Wohlgemerkt handelt es sich dabei nicht um eine trennscharfe Gliederung, weil alle Beiträge in die Zukunft blicken und Handlungsoptionen beinhalten. Aufmerksame Leser:innen werden zudem an vielen Stellen Anknüpfungspunkte und implizite Querverweise zu anderen Beiträgen innerhalb des Sammelbandes erkennen.

Einig sind sich die Autor:innen jedenfalls darin, dass die Entwicklung des Sozialstaats in Richtung Klimasozialstaat eine herausfordernde, aber unumgängliche Aufgabe ist, die schnellstmöglich und ganzheitlich in Angriff genommen werden muss.

ÜBERBLICKE

Frank *Nullmeier* und Katharina *Bohnenberger* befassen sich – komplementär zueinander – in ihren Beiträgen jeweils mit dem Handlungsbedarf des Sozialstaats in Zeiten der Klimakrise, diskutieren die Entstehung von neuen sozialen Risiken, formulieren Leitlinien bzw. Prinzipien eines Klimasozialstaats und diskutieren konkrete Reformvorschläge in Form einer Ökosozialversicherung bzw. einer europäischen Umweltrisikoversicherung.

Andrea *Egger* und Claudia *Liebeswar* bieten einen Überblick über sozialstaatliche Funktionsweisen und Handlungsfelder und diskutieren notwendige Veränderungen im Kontext der Klimakrise. Dabei betonen sie, dass ein Ökosozialstaat nicht nur kompensatorisch, investiv und präventiv, sondern auch transformativ wirken muss. Als beispielhaftes Handlungsfeld eines Ökosozialstaats diskutieren sie ökologische Arbeitsmarktpolitik.

6 Z. B. https://klimasozial.at/das-buch/ (abgerufen am 10.02.2026); https://research.wu.ac.at/de/publications/kapitel-18-sozialstaat-und-klimawandel/ (abgerufen am 10.02.2026); https://www.wifo.ac.at/publication/270937/ (abgerufen am 10.02.2026).

EINBLICKE

Margit *Schratzenstaller* diskutiert in ihrem Beitrag die Finanzierung des Klimasozialstaats. Ausgehend von einer Kritik der bestehenden, nur eingeschränkt zukunftsfähigen Finanzierungsstrukturen des Sozialstaats, präsentiert sie Ansatzpunkte für eine sozial und ökologisch nachhaltige Reform des österreichischen Abgabensystems.

Andrea *Schmidt*, Felix *Durstmüller*, Katharina *Dinhof*, Marlene *Brettenhofer* und Katharina *Brugger* liefern empirische Befunde zu den Auswirkungen der Klimakrise auf die Arbeitsrealitäten in Gesundheitsberufen. Während die Beschäftigten mehrheitlich angeben, dass sie die Auswirkungen des Klimawandels bereits an ihrem Arbeitsplatz spüren, mangelt es an betrieblichen und institutionellen Anpassungsmaßnahmen. Um Resilienz zu fördern und die Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor von Grund auf neu und gerechter zu denken, schlagen die Autor:innen das Konzept der „transformativen Anpassung" vor.

Marie *Chahrour*, Hanna *Lichtenberger* und Jeremias *Staudinger* befassen sich in ihrem Beitrag mit den Auswirkungen der Klimakrise auf Armutsbetroffene und kritisieren dabei unter anderem deren Ausschluss aus (klima)politischen Entscheidungsprozessen. Um dem entgegenzuwirken, stellen sie armutssensible Kommunikations- und Beteiligungsformate vor, die Mitsprache und Partizipation von vulnerablen Gruppen in klimapolitischen Fragen ermöglichen.

Max *Schwarzenbacher* identifiziert in seinem Beitrag das Thema Ernährung als zentrales sozial- und klimapolitisches Handlungsfeld. Nach einer sozialwissenschaftlichen Betrachtung von Ernährung sowie einem Problemaufriss über die sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Problemlagen des aktuellen Ernährungsregimes schlägt er die Universalisierung der Gemeinschaftsverpflegung am Beispiel von leistbaren, gesunden und ökologischen „Kantinen für alle" als ernährungspolitische Säule eines Klimasozialstaats vor.

AUSBLICKE

Willi *Haas* diskutiert die Notwendigkeit einer verstärkten Integration von Klima- und Sozialpolitik am Beispiel Gesundheit. Ausgehend von der Prognose zukünftig zunehmender gesundheitlicher Folgen der Klimakrise und einer systemtheoretischen Betrachtung von Gesundheit im Kontext von interagierenden persönlichen, politökonomischen und biophysischen Systemen, spricht er sich für einen vorsorgenden Klimasozialstaat aus, in dem Gesundheit in allen Politikfeldern mitgedacht wird. Durch das frühzeitige Zusammendenken von Gesundheits-, Klima-, Ernährungs- und Mobilitätspolitik kann eine Reihe sogenannter „Co-Benefits" entstehen und der Sozialstaat zudem wieder eine stärkere Handlungslegitimation erlangen.

Richard *Bärnthaler* thematisiert in seinem Beitrag die Krise des dominanten liberalen umweltpolitischen Paradigmas und plädiert für eine grundlegende Neuausrichtung im Sinne eines sozialökologischen und Suffizienz-orientierten Ansatzes. Das Zusammendenken der ökologischen und sozialen Frage durch den Fokus auf das „Genug" anstatt eines „Zuwenig" oder „Zuviel" erlaubt es, allen ein gutes Leben zu ermöglichen, ohne die ökologischen Krisen weiter zu befeuern.

Karoline *Kalke* und Margaret *Haderer* widmen sich dem Thema Suffizienz aus einer demokratietheoretischen Perspektive, anhand deren sie auf das Transformationsdilemma in liberalen Demokratien verweisen: Suffizienz-orientierte Ansätze sind demnach eine umweltpolitische Chan-

ce, werden aber auch oft als subjektive Zumutung erlebt, die regressive Reaktionen wie das Erstarken der äußeren Rechten hervorrufen kann. In ihrem Beitrag formulieren sie Vorschläge für die Auflösung dieses Paradoxons – allen voran Umverteilung von Einkommen und Vermögen, eine Grundsicherung und verstärkte Partizipation sowie Allianzbildung und Organizing.

Frank Nullmeier

AUF DER SUCHE NACH EINER INTEGRIERTEN KLIMA- UND SOZIALPOLITIK

ZUSAMMENFASSUNG

Der Klimabonus oder ähnliche Formen der Rückzahlung für Kosten durch erhöhte Energiepreise sind nicht der einzige Weg einer sozialen Gestaltung der Klimapolitik. Der Beitrag sucht nach anderen Wegen und umfassenderen Möglichkeiten einer Integration von Klima- und Sozialpolitik:

- Viele ökosoziale Risiken können schon in den bestehenden sozialen Sicherungssystemen bearbeitet werden. Für manche ökosozialen Risiken gibt es aber keinen Anknüpfungspunkt. Hier kann die Einführung einer Ökosozialversicherung das geeignete sozialpolitische Instrumentarium darstellen.
- Soziale Leistungen können „ökologisiert" werden: durch Vermeidung von institutioneller Betreuung, nachhaltige Gestaltung von Gebäuden, Mobilität und Ernährung, Übergang zu Homeoffice und eine Finanzierung sozialer Sicherung, die an umweltbezogene Kriterien gebunden ist.
- Es bedarf grundlegender politischer Leitlinien für einen ökologisch ausgerichteten Sozialstaat. Vorgeschlagen werden drei Leitlinien: Vermeidung des Zuwenig, Verhinderung des Zuviel und Förderung des Genug.

ABSTRACT

The climate bonus and similar forms of compensation for rising energy costs are not the only instruments for achieving a socially equitable climate policy. This article explores alternative and more comprehensive approaches to integrating climate and social policy:

- Many eco-social risks can already be addressed within existing social security systems. However, this does not apply to all of these risks. In these cases the establishment of a new social insurance system, an eco-social insurance, may represent an appropriate social policy instrument.
- Social benefits can be "ecologized". Key options include reducing institutional care, promoting sustainable building design, supporting the transition to home office workplaces, and linking the financing of social security systems to environmental criteria.
- There is a need for overarching political guidelines to shape an ecologically oriented welfare state. Three guiding principles are proposed: avoiding "too little", preventing "too much", and promoting "enough".

1 EINLEITUNG

Klimabonus und CO_2-Bepreisung sind ein Maßnahmenpaar, das in den letzten Jahren im Vordergrund aller Diskussionen zum Zusammenhang von Klima- und Sozialpolitik stand. Die Einführung einer CO_2-Bepreisung lässt in sich keine sozialpolitische Ausgestaltung zu, hier zählen allein die Verbräuche. Eine CO_2-Bepreisung ohne gesondertes soziales Ausgleichssystem verschärft dementsprechend die sozial ungleiche Belastung, solange man davon ausgehen kann, dass die Verbräuche bei Personen mit niedrigen Einkommen prozentual höher ausfallen als bei Haushalten mit hohen Einkommen. Nur durch Ergänzung um einen Klimabonus lässt sich eine ökosoziale Politik erreichen (Edenhofer/Jakob 2019). Sind die beiden Maßnahmen aber weder sachlich noch zeitlich aufeinander abgestimmt, wird ökosozialer Politik der legitimatorische Boden entzogen.

Die Krux des Klimabonus (oder eines Klimageldes mit einer alternativen Ausgestaltungsvariante; vgl. Zukunft KlimaSozial 2024) liegt darin, dass er konzeptionell nicht mit etablierten Formen von Sozialleistungen verknüpft ist, aber auch nicht ins Steuersystem integriert werden kann. Der Klimabonus hat keinen Bezugsort im bestehenden Sozialleistungs- und Steuersystem. Er tritt gesondert hinzu, ohne direkt an bestehende sozialstaatliche Regelungen und Institutionen anknüpfen zu können – und ist daher auch politisch und administrativ leicht wieder abzuschaffen (BMLUK 2025).

Dieser Beitrag sucht daher nach anderen Wegen einer Integration von Klima- und Sozialpolitik. Dazu werden vier Fragen gestellt und versuchsweise beantwortet. Nach der Klärung, was ökosoziale Risiken sind, werden die überhaupt zur Verfügung stehenden Lösungsmöglichkeiten erörtert. Das betrifft zunächst den Bereich des Sozialversicherungssystems mit der Idee einer Ökosozialversicherung. Anschließend wird gefragt, wie weit eine Ökologisierung sozialer Sicherung überhaupt gehen könnte. Und abschließend wird erörtert, ob es nicht besonderer Leitlinien für einen ökologisch ausgerichteten Sozialstaat bedarf. Vorgeschlagen werden die drei Leitlinien der Vermeidung des Zuwenig, der Verhinderung des Zuviel und der Förderung des Genug.[1]

2 WAS SIND ÖKOSOZIALE RISIKEN?

Ökosozialpolitik kann auf zweierlei Weise begründet werden: Eine Möglichkeit besteht in der Strategie, die **Bedürfnisse** aller Menschen so zu decken, dass die Belastungsgrenzen der Ökosysteme nicht überschritten werden. Das ist ein Ansatz, der die Gesamttragfähigkeit des Planeten zu dem in Beziehung setzt, was Menschen notwendig brauchen, um nicht nur zu überleben, sondern an der jeweiligen Gesellschaft angemessen teilhaben zu können. Durch das Teilhabeelement kommt das Wohlstandsniveau der jeweils nationalen Gesellschaft ins Spiel und führt zu differenziellen Niveaus, die – bezogen auf die jeweilige Gesellschaft – als bedarfsdeckend angesehen werden können. Der Bedürfnisansatz lässt sich – unter Vernachlässigung dieser weltweiten Verteilungsfragen – auch rein auf einzelne staatlich verfasste Gesellschaften anwenden, bleibt aber im Modus einer Planung des Gesamtbedarfs: Wenn angenommen werden kann, dass die diesem Land zugerechneten ökologischen Potenziale und Limitationen über dem Ni-

1 Dieser Text greift auf Ausarbeitungen und Überlegungen aus folgenden Publikationen zurück: Nullmeier, Frank (2023). Brauchen wir eine Ökosozialversicherung? SPW Heft 257, 23–27; Nullmeier, Frank (2024). Was sind ökosoziale Risiken – und wie sind sie institutionell zu bewältigen? Sozialer Fortschritt 73 (6/7), 425–442; Nullmeier, Frank (2025). The Sufficient, the Reasonable and the Too Much. Three guidelines for a resilient welfare state. In: Claudia Maria Hofmann/Tania Bazzani (Hg.). Interdisciplinary Perspectives on Resilience and the Welfare State. Baden-Baden, Nomos, 115–133; Nullmeier, Frank (i. E.). Antworten des Sozialstaats auf Klimakosten privater Haushalte. Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin.

veau eines menschenwürdigen Existenzminimums bleiben, dann ist dieser Ansatz mit einer marktwirtschaftlichen Betrachtungsweise vereinbar. Je weniger das der Fall ist, desto mehr nähert sich die Suche nach einer bedürfniszentrierten Ökosozialpolitik dem abstrakten Gegenmodell der Marktwirtschaft, der Bedarfsdeckungswirtschaft. Bedarfsdeckung als Prinzip bedeutet die Institutionalisierung einer Ökonomie, die auf dem Abgleich von Produktionspotenzialen unter Beachtung ökologischer Grenzen und den aufaddierten notwendigen Bedarfen aller Menschen beruht. Bedürfnisorientierte Ansätze können womöglich ohne kapitalismussprengende Forderungen auskommen, aber der Denkansatz, die logische Argumentationsfolge, geht von einer alternativen Form des Wirtschaftens aus.

Die zweite Vorgehensweise gründet auf der Betrachtung von **Risiken.** Risiken verweisen immer auf einen Status quo, der gefährdet, bedroht, unterminiert, infrage gestellt werden könnte. Nicht die Bedürfnisse oder Wünsche von Menschen bilden den Ausgangspunkt, sondern die Annahme, eine gegebene Lage, wie gut sie auch im Einzelnen bewertet werden mag, könne sich aufgrund irgendwelcher Ereignisse verschlechtern. Ein Risiko beschreibt die negativ bewertete Möglichkeit einer Zustandsverschlechterung, die es zu vermeiden oder auszugleichen gilt. Risiken beziehen sich mithin nicht auf Zustandsverbesserungen, sie sind an einem nicht näher beschriebenen oder qualifizierten Ist-Zustand gebunden und beziehen sich nur auf eine Abwärtstendenz gegenüber diesem. Damit ist die Betrachtungsweise dem Status quo zutiefst verhaftet, aktuell also einem marktwirtschaftlich-kapitalistischen System, das sowohl Einkommen, Vermögen und Lebensbedingungen als auch ökologische Belastungen nach seinen Prinzipien verteilt.

Arbeitsmarktrisiken sind solche Risiken, die den Status quo, den jeweils erreichten Einkommens-, Konsum- und Lebensweisestatus, aufgrund von Belastungen, die vom Arbeitsmarktgeschehen ausgehen, potenziell verschlechtern. Allgemeiner wird meist von **sozialen Risiken** gesprochen, wenn sich negative Folgen für die:den Einzelne:n aus der Arbeitsmarktsituation, den Arbeitsbedingungen und den sonstigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen ergeben. **Ökologisch bedingte Risiken** sind somit Risiken, die den sozialen Status quo, also den jeweils erreichten Einkommens-, Konsum- und Lebensweisestatus, aufgrund von Umweltbelastungen gefährden, **Klimarisiken** entsprechend aufgrund des Klimawandels.

Von **ökosozialen Risiken** soll gesprochen werden, wenn sich aus der Ausgesetztheit gegenüber dem Klimawandel und der Betroffenheit von klimapolitischen Maßnahmen negative Folgen für die ökonomische und soziale Situation von Personen bzw. Haushalten ergeben. Nicht nur der Klimawandel, auch die Klimapolitik kann Risiken erzeugen. Noch differenzierter kann man vier Quellen von ökosozialen Risiken benennen: Risiken entstehen durch die Klimakrise selbst, durch Hitzewellen, den Eintritt von Umweltkatastrophen und Überschwemmungen, aber auch durch andere ökologische Krisen wie die verminderte Artenvielfalt, durch gesellschaftliche, insbesondere ökonomische Reaktionen auf den Klimawandel, wie z. B. Rückgriff auf Substitutionsgüter bei Preisanstiegen für bestimmte Energieformen, durch klimapolitische Anpassungsmaßnahmen („adaptation") und auch durch klimapolitische Präventions- und Transformationsmaßnahmen („mitigation" oder auch „transition" bzw. „transformation"). Die folgende Tabelle 1 enthält eine Liste der ökosozialen Risiken, die in bestehenden Institutionen der sozialen Sicherung abgefangen werden können, die also keine grundlegende Veränderung des Sozialstaates erforderlich machen: Sie sind schon abgedeckt.

Tabelle 1: Ökosoziale Risiken und Sozialversicherungen

Ökosoziales Risiko	Konkrete Formen des ökosozialen Risikos	Wirkung auf die ökonomische Situation von Privathaushalten	Institutioneller Ort sozialpolitischer Risikobearbeitung
Arbeitsplatzrisiko	Wegfall von Arbeitsplätzen durch veränderte Kosten- und Branchenstrukturen, technologischen Wandel und veränderte Kaufpräferenzen	Einkommensausfall, Aufwand der Qualifizierung für neue Arbeitsplätze	Im Rahmen der bisherigen **Arbeitslosenversicherung** mitsamt Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik, insbesondere im Bereich Weiterbildung
Gesundheitsrisiko	Erkrankungen durch Hitze, Kälte, veränderte Wetterlagen, veränderte Ernährungsgewohnheiten etc.	Einkommensausfall, erhöhte Aufwendungen für medizinische Produkte und Leistungen	Im Rahmen der bisherigen **Krankenversicherung**
Erwerbsminderungs-, Alters- und Sterberisiko	Belastung durch Klimawandel mit der Folge vorzeitiger Erwerbsminderung, Verringerung der individuellen Lebenserwartung	Einkommensausfall	Im Rahmen der bisherigen **Rentenversicherung**
Unfallrisiko	Überdurchschnittliche Belastung durch Klimawandel in bestimmten Berufen, Betrieben und Branchen	Einkommensausfall	Im Rahmen der bisherigen **Unfallversicherung**
Pflegerisiko	Erhöhtes Risiko voranschreitender Pflegebedürftigkeit	Zusätzlicher Einkommensaufwand	Im Rahmen der bisherigen **Pflegeversicherung**

Quelle: eigene Darstellung

Es gibt jedoch auch eine Anzahl von ökosozialen Risiken, für die es in den derzeitigen Systemen der Sozialleistungen keine Anknüpfungspunkte gibt. Zunächst sind hier das **Extremwetterrisiko** und das **Bewohnbarkeitsrisiko** zu nennen. Es gibt keine geordnete politisch-institutionelle Struktur für die Folgen von Extremwetter und erst recht nicht für die Nicht-Bewohnbarkeit von Gebieten aufgrund wachsender Überschwemmungswahrscheinlichkeiten mit der Folge, dass nach einer Katastrophe nicht mehr an den ursprünglichen Ort zurückgekehrt werden kann.

Ein weiteres in der bisherigen Sozialpolitik nicht abgedecktes Risiko ist das **Lebensweiserisiko:** Die heute dominierende gesellschaftliche Lebens- und Konsumweise zu ändern kostet unterschiedliche soziale Gruppen unterschiedlich viel. Ob Menschen solche Verhaltensänderungen erwägen und wagen, ist auch von diesen Kostenverteilungen abhängig. Dafür gibt es aber kein soziales Ausgleichssystem, sondern die Aufgabe wird den Politiken in den Feldern Wohnen, Mobilität, Ernährung und Energie zugeschrieben, die dann jeweils für sich über eine soziale oder zumindest sozialverträgliche Lösung nachdenken müssen.

Ein weiteres Risiko ist das **ökosoziale Investitionsrisiko.** Es entsteht mit der Verpflichtung von privaten Haushalten zu Umbauten bzw. bei Immobilienkäufen ab einer bestimmten Größenordnung. Es müssen recht hohe Summen ausgegeben werden für die Umstellung der Heizungsanlagen und den Wärmeschutz.

Das letzte der im sozialen Sicherungssystem nicht abgebildeten ökosozialen Risiken ist das **Klimainflationsrisiko.** Es bezieht sich darauf, dass private Haushalte durch Preiserhöhungen für

ganz bestimmte Gütergruppen überbelastet werden. Das Klimainflationsrisiko speist sich aus allen Folgen des Klimawandels und der Klimapolitik, die sich auf die Preise für bestimmte Gütergruppen und Dienstleistungen auswirken, indem sie überdurchschnittlich im Vergleich zur allgemeinen Preissteigerungsrate ausfallen. Bestehende soziale Sicherungssysteme verfügen zum Teil über Anpassungsmechanismen oder gar -automatismen, die die allgemeine Preissteigerungsrate abbilden, aber nicht die besondere der Klimakosteninflation.

Eine Möglichkeit, die im bisherigen sozialen Sicherungssystem nicht abgedeckten ökosozialen Risiken zu erfassen und in einem institutionellen Kontext zu bearbeiten, wäre eine Ökosozialversicherung.

3 EINE ÖKOSOZIALVERSICHERUNG ALS GEEIGNETER WEG?

Grundelemente jeder Sozialversicherungslösung sind die Pflichtmitgliedschaft und das Poolen von Risiken. Bisher nicht abgedeckte ökosoziale Risiken könnten in dieser institutionellen Form bearbeitet werden, in einer Sozialversicherung speziell für ökosoziale Risiken. Der Versicherungsfall in einer Ökosozialversicherung ist z. B. als Eintritt einer Schädigung der Einkommenssituation als Folge der zunehmenden Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen definiert. Leistungen der Versicherung werden nur dort ausgelöst, wo die Schädigungen sich sozial extrem ungleich auswirken oder schlicht nicht mehr getragen werden können. Entsprechend muss über eine Reihe von Indikatoren und dazu gehörenden Schwellenwerten entschieden werden. Derartige Konkretionen bilden für Sozialversicherungen aber keine neue Entscheidungssituation. Im Einzelnen könnte der Versicherungsfall so aussehen, dass bei Eintritt einer Minderung des verfügbaren monatlichen Einkommens durch erhöhte klimabedingte Aufwendungen (z. B. erhöhte Energiekosten, Anschaffung einer neuen Heizungsanlage) um einen bestimmten, je nach Einkommensniveau sozial gestaffelten Prozentwert eine Ausgleichszahlung durch die Ökosozialversicherung erfolgt. Die Versicherungsleistung besteht hier in Transferzahlungen zum (Teil-)Ausgleich der Einkommenseinbußen. Statt Subventionen z. B. für erneuerbare Energien breit gestreut zu finanzieren, kann hier sozial gezielt ein Ausgleich geschaffen werden. Über Transferleistungen hinaus sind auch Leistungen zur Prävention denkbar, z. B. Beratungsdienstleistungen zur Verbesserung der CO_2-Bilanz. Die Ökosozialversicherung könnte auch für Mieter:innen und Wohnungseigentümer:innen eine Absicherung darstellen: Für Mieter:innen mit nicht so hohem Einkommen wäre es eine Absicherung gegenüber Lasten aus der Modernisierungsumlage, wie sie sich zum Beispiel beim Austausch der Heizungsanlage durch die Vermieter:innen ergeben. Für Wohnungseigentümer:innen wäre es eine Pflicht-Elementarschadenversicherung.

Die gesamte Wohnbevölkerung würde in eine Ökosozialversicherung einbezogen. Auf der Seite der Finanzierung ist zunächst zwar an Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen zu denken. Für Arbeitende könnten die Ökosozialbeiträge auch nach dem Arbeitseinkommen gestaffelt werden. Basis des Ökosozialversicherungsbeitrages der Arbeitgeber:innen könnte statt der Lohnsumme dagegen der Kohlenstoffgehalt von Energieträgern sein. Bemessungsgrundlage sind die CO_2-Emissionen in Tonnen, die bei der Nutzung von Energieträgern frei werden (oder CO_2-Äquivalent). Hauseigentümer:innen zahlen einen nach Extremwettergefährdungsklassen gestaffelten zusätzlichen Beitragssatz. Bei selbstgenutztem Wohneigentum fällt dann der Beitragsanteil weg, der auf die Mieter:innensicherung gegen die Belastung aus der Modernisierungsumlage entfällt. Als weitere Beitragssäule könnten die Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel (oder ein Anteil davon) genutzt werden.

Dies sind nur allererste Überlegungen, um die Idee einer Ökosozialversicherung durch ein wenig Konkretion plausibel zu machen. Es bedarf der Zusammenarbeit von Expert:innen für Klimapolitik und solchen für Sozialpolitik, um aus dieser Idee einen Entwurf zu entwickeln, der schließlich als Grundlage für Modellrechnungen und Überlegungen einer politischen Umsetzung dienen könnte.

4 WIE ÖKOLOGISIERBAR IST DAS SYSTEM SOZIALER SICHERUNG?

Eine Ökosozialversicherung ist nur *ein* Vorschlag zu einer stärkeren Integration von Klima- und Sozialpolitik. In welchem Umfang können Sozialleistungen aber generell so gestaltet werden, dass sie direkt ökologischen Anforderungen genügen und nicht selbst dazu beitragen, ökologische Lasten und Risiken zu verstärken oder gar zu erzeugen? Antworten auf diese Fragen sind bisher für einzelne Felder der Sozialpolitik versucht worden (Bohnenberger 2022; Bohnenberger/Pieper 2022; Rehm et al. 2023; Lamura 2024), eine allgemeine und gerade nicht an einzelne Teilfelder gebundene Betrachtung der Ökologisierbarkeit von Sozialpolitik fehlt allerdings bisher. Dazu bedarf es einer abstrakteren Betrachtungsebene, einer basalen Kategorisierung der Leistungen und Instrumente, die Sozialpolitik einsetzt. Im Folgenden wird eine Unterscheidung zwischen Sozialtransfers, sozialen Dienstleistungen, Infrastrukturen und Sachleistungen, Sozialadministrationen, prozeduralen Regelungen und regulativer Sozialpolitik getroffen.

Unter **Sozialtransfers** sollen alle Sozialleistungen verstanden werden, die in rein monetärer Form erfolgen. Sozialtransfers könnten zumindest teilweise aus Ökosteuern oder Ökobeiträgen finanziert werden. Je ökologischer eine Gesellschaft wird, desto stärker schrumpft dann aber die Finanzierungsbasis der Sozialleistungen. Die ökologische Lenkungswirkung von Ökosteuern steht im Widerspruch zur Sicherung dauerhaft ausreichender Finanzierung für den Sozialstaat (Nowotny/Zagler 2022). Daher wären ökologisch ausgerichtete Steuern und Beiträge auf Objekte zu erheben, die allgemein angestrebt werden, und nicht auf solche, die aus ökologischen Gründen gerade vermieden werden sollen. Es ließen sich aber auch moderatere Formen einer ökologischen Finanzierung denken, etwa der Einbau von modifizierenden Größen mit ökologischem Bezug in Steuern und Beiträge, die grundsätzlich an anderen Tatbeständen ansetzen. Das könnte ein Ökozuschlag sein oder ein Ökobonus oder eine Modifizierung des gesamten Tarifverlaufs entlang von Werten, wie z. B. des CO_2-Verbrauchs.

Eine Ökologisierung der Transferberechtigung und der Festlegung von Sozialleistungshöhen dagegen könnte generell nur bis zu einem bestimmten Grad erfolgen, will man nicht die soziale Risikokompensation aus den Augen verlieren. Sozialleistungen reagieren ihrer Zielbestimmung nach auf soziale Nöte und Risiken. Nur wenn soziale Lagen ökologisch bedingt sind (also ökosoziale Risiken), sind Sozialleistungen auch ökologisch ausrichtbar. Zu denken ist daher an ökologisch bewirkte Preiserhöhungen für bestimmte Gütergruppen (Klimakosteninflation) oder an individuelle oder haushaltsbezogene ökologische Messgrößen, wie z. B. ökologisches Verhalten der betroffenen Person oder individueller CO_2-Fußabdruck, wobei die Verfügbarkeit derartiger Daten und deren Angemessenheit (bezogen auf die jeweilige Sozialleistung) eine zentrale Problematik darstellen dürfte.

Soziale Dienstleistungen kann man negativ definieren als Gesamtheit der Leistungen, die keine Transferzahlung, kein Ge- oder Verbot und kein materielles Gut darstellen. Positiv gefasst sind soziale Dienstleistungen personenbezogene Leistungen, für die die Gleichzeitigkeit von Produktion und Konsum in der Kommunikation (sei es in Anwesenheit oder digital) von dienst-

leistender Person und nutzender Person prägend ist. Für die Ökologisierbarkeit sozialer Dienstleistungen (Welskop-Deffaa 2023) spielt die mediale Form der Interaktion eine bedeutende Rolle. Eine **mediatisierte soziale Dienstleistung** liegt vor, wenn es um die Erbringung von Dienstleistungen per Telefon, Videokonferenz, Monitoring-Geräten oder Online-Formaten geht. Überwachungsgerätschaften wie Bewegungsmelder etc. erlauben auch eine Dauerdienstleistung, wie z. B. im Pflegebereich, bei der die unmittelbare Dienstleistung der Hilfe im Notfall durch ambulante Pflegedienste ausgelöst wird, sobald eine Risikosituation durch das automatisierte Monitoring festgestellt wird. Durch den Wegfall von Mobilität kann hier CO_2 eingespart werden. Das Ökologisierungspotenzial besteht daher vor allem in der Gestaltung einer sozialen Dienstleistung als mediatisierte und nicht als Anwesenheitsdienstleistung.

Hinzu kommen die Möglichkeiten des Homeoffice mit Wegfall der Miet- und Heizungskosten für die Arbeitsstätte. Eine mediale Technisierung kann entsprechend ökologische Vorteile haben, könnte aber auf Kosten der Qualität der sozialen Beziehung gehen, falls keine Interaktion in Anwesenheit mehr geschaffen wird. Vermeidung und Reduktion des Daueraufenthalts in Einrichtungen sind die potenziell wirksamsten Wege einer Ökologisierung. Soziale Dienstleistungen, die die Nutzenden in ihren Privaträumen erreichen, sind, wenn nur geringe oder gar keine zusätzlichen Raumkosten anfallen, auch die ökologisch günstigste Versorgungsform.

Sinngemäß gelten alle Aussagen über soziale Dienstleistungen auch für die **administrativen Dienstleistungen,** die im System sozialer Sicherung erbracht werden. Technisch-mediale Erbringung, sprich Digitalisierung, ist prima facie auch ein ökologischer Vorteil, wenn nicht durch exorbitanten Gebrauch von KI und Bitcoin-Währungen die Energieverbräuche einer solchen digitalisierten Verwaltung die ökologischen Einsparungen übertreffen. Verzicht auf Anwesenheit und dazu erforderlicher Mobilität sowie Gestaltung der Verwaltungsräumlichkeiten nach ökologischen Prinzipien bieten auch für die Sozialadministration das größte klimabezogene Einsparpotenzial.

Ein Teil der sozialen Leistungen wird weder in Geld noch in Interaktion und personenbezogenen Dienstleistungen erbracht, sondern durch die Bereitstellung materieller Güter. Diese **Sachleistungen** umfassen z. B. Gehhilfen und pflegegerechte Betten. Hier ist das Ökologisierungspotenzial so groß, wie sich technische und soziale Veränderungen im Sinne nachhaltiger Produktion bei nachhaltigem Konsum bewerkstelligen lassen – und dies ist sehr stark produktabhängig.

Chancen für eine Ökologisierung der Sozialpolitik bestehen auch im Bereich der **regulativen Sozialpolitik,** also insbesondere des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes. Konzentriert man sich dort allein auf rechtliche Regelungen – Gebot, Verbot, Einschränkung, Erlaubnis –, dann sind sogar radikale Schritte denkbar. Die Optionen sind recht weit gesteckt, z. B. das Verbot von ökologisch schädlichen sozialen Verhaltensweisen im Arbeits- und Sozialrecht, das Gebot, nur ökologisch nicht schädliche Verhaltensweisen in sozialen Einrichtungen zu nutzen, also eine Einschränkung von sozialpolitischen Handlungsmöglichkeiten anhand von ökologischen Kriterien.

Auch **Prozeduren** wie Sitzungen von Gremien aller Art in der Sozialpolitik, von Mitgliederversammlungen über Vorstände, Beiräte, Aufsichtsgremien etc. lassen sich unter ökologischen Gesichtspunkten analysieren. Das betrifft bei Gremiensitzungen in Anwesenheit die ökologischen Kosten von Fahrt und Aufenthalt. Es ließen sich aber auch Partizipationsmöglichkeiten zugunsten klima- und umweltpolitischer Akteur:innen in die Sozialpolitik einbauen. So könnte eine ver-

pflichtende Partizipation von Umwelt- und Verbraucher:innenverbänden (mit oder ohne Stimmrecht) in wichtigen Gremien eingeführt werden.

In der Durchsicht der verschiedenen Formen sozialpolitischer Intervention können die prinzipiell möglichen Varianten einer ökologisierten, klimapolitisch ausgerichteten Sozialpolitik identifiziert werden. Eine Ökologisierung der Sozialpolitik heißt nicht, dass Klima- und Sozialpolitik ineinander aufgehen. Ökosoziale Risiken können von Sicherungssysteme aufgefangen werden. Und die Entstehung weiterer ökologischer Belastungen kann durch eine ökologisierte Sozialpolitik vermindert werden. Aber beide Politikbereiche behalten ihre Eigenlogiken und Aktionsfelder bei.

5 ZUWENIG, ZUVIEL, GENUG ALS LEITLINIEN EINES ÖKOSOZIALSTAATES?

Wohlfahrtsstaaten haben eine Kernaufgabe in der Vermeidung von Armut und Not. Sie verhindern das Zuwenig, eine große historische Leistung. Sie setzen aber nur ganz vereinzelt dem Zuviel eine Grenze. Erst jüngst ist in der Philosophie der Gerechtigkeit die Idee der Reichtumsbegrenzung systematisch ausgearbeitet worden. Dieser Theorie des „Limitarismus“ (Robeyns 2024) steht aber keine politische Praxis des Ausbaus von Vermögens- und Erbschaftssteuern oder anderer Formen der Einschränkung des Vermögenswachstums gegenüber. Das Zuviel zu begrenzen wird auch nicht als sozialpolitische Aufgabe im Sinne eines sozialen Ausgleichs, der Förderung gerechter Umverteilung oder der Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts begriffen. Dem Sozialstaat fehlt bis heute eine Politik des Zuviel. Ein Zuviel ist dann gegeben, wenn es für alle anderen unmöglich wird, sich respektiert zu fühlen und sich selbst noch als demokratisch Gleiche und Freie betrachten zu können. Angesichts der enorm gestiegenen Vermögensungleichheit ist das heute weithin der Fall. Auch das ökologische Zuviel wird angesichts der von vielen Seiten aktiv beförderten Verfehlung der Pariser Klimaziele nicht hinreichend begrenzt. Man könnte auf dem Zuwenig und Zuviel einen Ökosozialstaat aufbauen. Er wäre zusammengesetzt aus einem vorrangig auf die Sicherung des Notwendigen gerichteten Mindestsicherungssystem und einer Verhinderung der Überschreitung ökologischer Belastungsgrenzen (Gough 2017).

Die wirklich ökosoziale Idee ist aber die des **Genug.** Genug fungiert als normativer Standard, der besagt, dass alle Menschen innerhalb einer Gesellschaft sozial und ökologisch ohne gegenseitige Schädigung zusammenleben können sollten. Genug wäre zu definieren als das sozial Angemessene, um ein gutes Leben für alle möglich zu machen, bei Vermeidung eines höheren Maßes an Ungleichheit, das auch das ökologisch Angemessene darstellt, um die Klimaziele national – und schrittweise auch global gerecht verteilt – einhalten zu können. Die Frage, wo das Genug liegt, hieße, in grundlegender gesellschaftlicher Debatte zu klären, wie ein Zusammenleben aussehen könnte, das allen ein sozial und ökologisch angemessenes gutes Leben ermöglicht, ohne eine Utopie eines Zustandes vollendeter Gerechtigkeit und Gleichheit anrufen zu müssen. Ein integriertes Voranschreiten von Klima- und Sozialpolitik müsste sich dieser Frage des Genug stellen und eine positive Vorstellung des Zusammenlebens oberhalb des Zuwenig und unterhalb des Zuviel entwickeln. Ein Ökosozialstaat wäre dann durch drei Elemente bestimmt: die Verhinderung des Zuwenig, die Vermeidung des Zuviel und die Förderung des Genug.

BIBLIOGRAFIE

BMLUK – Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (2025). Klimabonus. Online verfügbar unter https://www.klimabonus.gv.at/ (abgerufen am 01.10.2025).

Bohnenberger, Katharina (2022). Klimasozialpolitik: Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik. DIFIS Studie 2022/3. Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung. Online verfügbar unter https://difis.org/publikationen/publikation/24 (abgerufen am 01.10.2025).

Bohnenberger, Katharina/*Pieper,* Jonas (2022). Ökologie und Sozialpolitik: Wege aus der Wachstumsabhängigkeit. In: Martin *Nonhoff* et al. (Hg.). Gesellschaft und Politik verstehen. Frankfurt a. M., New York, Campus. 381–396.

Edenhofer, Ottmar/*Jakob,* Michael (2019). Klimapolitik. Ziele, Konflikte, Lösungen. München, Beck.

Gough, Ian (2017). Heat, Greed and Human Need. Climate Change, Capitalism and Sustainable Wellbeing. Cheltenham (UK)/Northampton (MA), Edward Elgar.

Lamura, Maddalena Josefin (2024). Klimasoziale Instrumente. Untersuchung über den Diskurs ausgewählter sozialpolitischer Akteur*innen in Deutschland. DIFIS Studie 2024/5. Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung. Online verfügbar unter https://difis.org/publikationen/publikation/85 (abgerufen am 01.10.2025).

Nowotny, Ewald/*Zagler,* Martin (2022). Der öffentliche Sektor. Einführung in die Finanzwissenschaft. Wiesbaden, Springer Gabler.

Nullmeier, Frank (2023). Brauchen wir eine Ökosozialversicherung? SPW Heft 257, 23–27.

Nullmeier, Frank (2024). Was sind ökosoziale Risiken – und wie sind sie institutionell zu bewältigen? Sozialer Fortschritt 73 (6/7), 425–442.

Nullmeier, Frank (2025). The Sufficient, the Reasonable and the Too Much. Three guidelines for a resilient welfare state. In: Claudia Maria *Hofmann*/Tania *Bazzani* (Hg.). Interdisciplinary Perspectives on Resilience and the Welfare State. Baden-Baden, Nomos, 115–133.

Nullmeier, Frank (i. E.). Antworten des Sozialstaats auf Klimakosten privater Haushalte. Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin.

Rehm, Miriam/*Huwe,* Vera/*Bohnenberger,* Katharina (2023). Klimasoziale Transformation. Klimaschutz und Ungleichheitsreduktion wirken Hand in Hand. Bertelsmann-Stiftung, Focus Paper 6. Online verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/W_Focus_Paper__6_Klimasoziale_Transformation.pdf (abgerufen am 01.10.2025).

Robeyns, Ingrid (2024). Limitarismus. Warum Reichtum begrenzt werden muss. Frankfurt a. M., Fischer.

Welskop-Deffaa, Eva Maria (2023). Von der Fürsorge zur Zukunftskunst. Klimasozialpolitik als Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege. In: Gerhard *Timm*/Michael *Vilain* (Hg.). Freie Wohlfahrtspflege und Klimawandel. Ein Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation. Baden-Baden, Nomos, 65–79.

Zukunft KlimaSozial (2024). Eine sozial gerechte und klimaneutrale Zukunft sichern. 11 Thesen für eine Klimasozialpolitik. Online verfügbar unter https://zukunft-klimasozial.de/wp-content/uploads/2024/06/Zukunft-KlimaSozial_11-Thesen-fuer-eine-Klimasozialpolitik.pdf (abgerufen am 01.10.2025).

Katharina Bohnenberger

DER NEUE SOZIALSTAAT: INSTITUTIONELLE ANTWORTEN AUF UMWELTSOZIALE RISIKEN UND KLIMASOZIALPOLITIK IM 21. JAHRHUNDERT

ZUSAMMENFASSUNG

Der Sozialstaat ist historisch aus der gesellschaftlichen Absicherung sozialer Risiken erwachsen. Die negativen Umweltfolgen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems stellen den bisherigen Gesellschaftsvertrag jedoch infrage. Dieser Beitrag beschreibt vier neue Arten von umweltsozialen Risiken, die zunehmend den Sozialstaat im 21. Jahrhundert prägen und neue Gestaltungsprinzipien sowie veränderte Politikinstrumente nach sich ziehen. Darüber hinaus beschreibt der Beitrag den Vorschlag einer europäischen Umweltrisikoversicherung, die soziale Sicherheit unter den neuen Gegebenheiten gewährleisten könnte und eine neue Generation der Sozialstaatlichkeit darstellen würde.

- Umweltsoziale Risiken bedürfen eines neuen ökosozialen Vertrags basierend auf Gerechtigkeit hinsichtlich Verursachungs-, Anpassungs- und Transformationsrisiken.
- Eine umweltorientierte Reorientierung der Sozialpolitik geht mit anderen sozialpolitischen Gestaltungsprinzipien, einer Ökologisierung sozialer Sicherungssysteme und neuen Politikinstrumenten einher.
- Eine europäische Umweltrisikoversicherung bestehend aus zwei Säulen würde eine institutionelle Lösung für einen klimaresilienten Sozialvertrag darstellen.

ABSTRACT

Historically, the welfare state has developed from societal insurance against social risks. The negative environmental consequences of today's socio-economic system, however, call the existing social contract into question. This article describes four new types of eco-social risks that are increasingly shaping the welfare state in the 21st century and necessitating new design principles and modified policy instruments. In addition, the article describes the proposal for a European environmental risk insurance scheme which would guarantee social security in the altered circumstances and represent a new generation of social welfare.

- Eco-social risks require a new eco-social contract based on fairness with regard to causation, adaptation, and transformation risks.
- An environmentally oriented reorientation of social policy goes hand in hand with transformed social policy design principles, an ecologicalisation of welfare systems, and new policy instruments.
- A European environmental risk insurance consisting of two pillars would be an institutional solution for a climate-resilient social contract.

1 EINLEITUNG

Die Folgen der Klimakrise und anderer ökologischer Krisen stellen unser bisheriges Wirtschaftsmodell infrage. Historisch ist auch der Sozialstaat eng mit dem Wirtschaftsmodell verknüpft, und so stellt sich nicht nur die Frage, wie der Sozialstaat auf die Folgen von Umweltkrisen reagieren kann, sondern auch welche aktive Rolle er selbst in der Entstehung einer umweltfreundlichen und klimaresilienten Gesellschaft einnimmt.

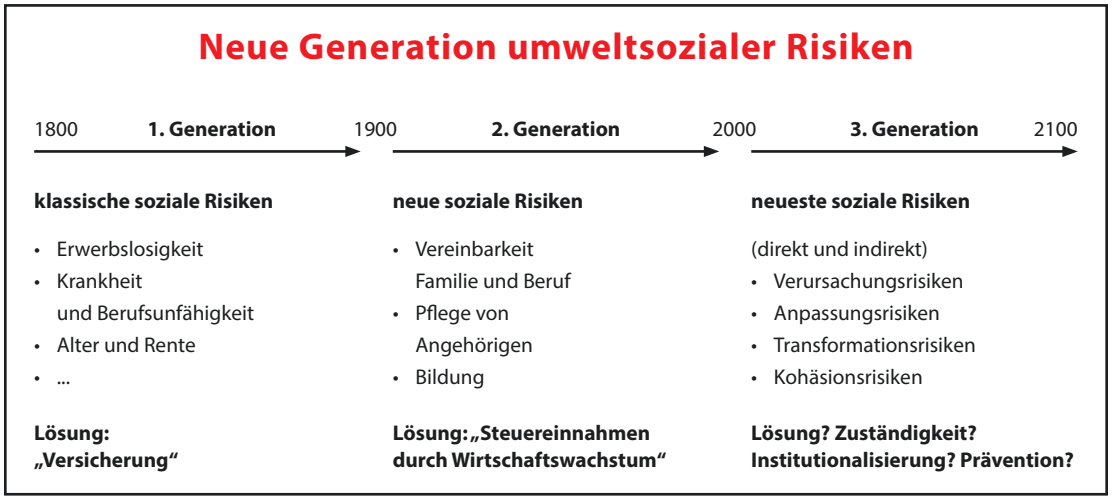
Österreich hat als eines der Pionierländer im europäischen Raum angefangen, ökologische Fragen systematisch in die Sozialberichterstattung aufzunehmen (BMSGPK 2024). In diesem Zusammenhang stehen auch Überlegungen der Klimasozialpolitik in Österreich und anderen europäischen Ländern (Aigner et al. 2023; APCC 2025; Armutskonferenz/Attac/BEIGEWUM 2021; Bohnenberger/Schultheiss 2021; Eichmann et al. 2024; Fritz/Bohnenberger 2020; Schneider 2023). Deutlich wird in dieser Debatte, dass es zwar ein geteiltes Problemverständnis gibt, jedoch noch kaum systematische Lösungsansätze vorhanden sind.

Der vorliegende Text möchte hierzu beitragen und einen neuen institutionellen Lösungsansatz darlegen. Zu diesem Zweck wird zuerst eine Einführung in die Typen umweltsozialer Risiken gegeben (Abschnitt 2), anschließend werden neue Gestaltungprinzipien einer klimaresilienten Sozialpolitik, eine Ökologisierung der sozialen Sicherungssysteme und beispielhafte Politikinstrumente dargelegt (Abschnitt 3). Der institutionelle Lösungsansatz besteht aus einer europäischen Umweltrisikoversicherung, die mit ihren zwei Säulen und nationalen bzw. regionalen Verankerungen beschrieben wird (Abschnitt 4).

2 UMWELTSOZIALE RISIKEN UND EINE NEUE GENERATION DES SOZIALSTAATS

Risiken stellen sowohl in der Umweltforschung als auch in der Sozialpolitik einen Kernbegriff dar, der jedoch in den beiden Feldern unterschiedlich aufgefasst wird. Die aktuelle klimabezogene Risikoforschung basiert auf der im Zuge der IPCC-Berichte entwickelten Konzeption von Risiken mit der Differenzierung nach Exposition und Vulnerabilität, die jedoch stärker auf plötzlich eintretende Ereignisse und weniger auf sich langsam entfaltende Veränderungen fokussiert (Costella et al. 2023). In der Wohlfahrtsstaatsforschung werden Risiken dagegen vorwiegend als das Individuum betreffende Schicksalsereignisse, wie Krankheit oder Erwerbslosigkeit, aufgefasst, die eine gesellschaftliche Abfederung verdienen. Der sozialpolitische Risikobegriff setzt also einen geteilten Gesellschaftsvertrag voraus, der regelt, was als Risiko zu gelten hat und entsprechend durch soziale Unterstützungsleistungen von der Gemeinschaft getragen wird.

Abbildung 1: Historische Entwicklung der sozialen Risiken in europäischen Sozialstaaten



Quelle: eigene Darstellung

Der moderne Sozialstaat in europäischen Ländern ist stark von der Entstehung und Bewältigung sozialer Risiken geprägt. Während zu Beginn „klassische soziale Risiken“, wie Erwerbslosigkeit, Krankheit oder Alter, die vorwiegend im Rahmen von Versicherungen adressiert wurden, im Fokus standen, entwickelten sich im 20. Jahrhundert als Antwort auf „neue soziale Risiken“, wie steigenden Bildungsbedarf oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, primär steuerfinanzierte Lösungen. Im 21. Jahrhundert entstehen „neueste soziale Risiken“, die sowohl direkte umweltsozialen Risiken umfassen, die eng mit den unmittelbaren und armutsgefährdenden Folgen von Umweltereignissen verbunden sind (z. B. Wohnungslosigkeit nach Überschwemmungen, zusätzlicher Pflegebedarf während Hitzewellen), als auch indirekte umweltsoziale Risiken, die darin bestehen, dass aufgrund von unbeabsichtigten sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Folgen anthropogener Umweltveränderungen oder aufgrund von Strategien zur Bewältigung von Umweltveränderungen menschliche Bedürfnisse schwieriger oder gar nicht mehr erfüllbar werden. Hinsichtlich der umweltsozialen Risiken lassen sich folgende vier verschiedene Risikotypen unterscheiden (Bohnenberger 2025a):

- **Verursachungsrisiken** beschreiben das Risiko, durch den eigenen Lebensstil, die Erwerbsarbeit oder das eigene Verhalten zu ökologischen Krisen beitragen zu müssen und folglich nicht hinreichend an ökologischer Nachhaltigkeit teilhaben zu können. Nicht jede ausgeübte Umweltzerstörung stellt ein umweltsoziales Risiko dar – erst wenn jemand gezwungen wird, ökologisch schädlich zu handeln, um Grundbedürfnisse zu erfüllen, entsteht ein umweltsoziales Risiko. Ein Mangel an Zugang zu umweltfreundlicher Infrastruktur oder Beschäftigung in „braunen“ Sektoren machen Individuen anfällig für diese Verursachungsrisiken.
- **Anpassungsrisiken** beschreiben das Risiko, durch Umweltkrisen negativ in der eigenen Bedürfnisdeckung beeinträchtigt zu sein. Sie stehen im Mittelpunkt der Klimarisikoforschung und umfassen direkte wie auch indirekte Folgen von anthropogenem Umweltwandel (z. B. Verlust von Leben, Gesundheit, Existenzgrundlagen, Armut, erhöhte Pflegepflichten, erzwungene Migration). Bereits heute benachteiligte Personengruppen sind übermäßig von Anpassungsrisiken betroffen, und bei ihnen ist das Risiko, nicht nur im Lebensstandard, sondern auch in der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse negativ betroffen zu sein, besonders hoch.
- **Transformationsrisiken** beschreiben das Risiko, durch Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltkrisen oder ihren Auswirkungen negativ in der Bedürfnisdeckung beein-

trächtigt zu sein. Während in der Öffentlichkeit der Fokus vorwiegend auf mögliche Risiken in der Bedürfnisdeckung durch Klimaschutz gelegt wird, werden Risiken, die aus der Anpassungspolitik an den Klimawandel resultieren, noch weit weniger beachtet. Zudem gilt es bei der Klassifikation als Transformationsrisiken zwischen zumutbaren Veränderungsbedarfen hinsichtlich des Lebensstils und echten Risiken in der Bedürfnisdeckung zu unterscheiden.

- **Kohäsionsrisiken** bezeichnen das Risiko eines sinkenden gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Disproportionalität in den drei zuvor genannten Risikoklassen. Dem liegt die Beobachtung zugrunde, dass historisch der erfolgreichen sozialen Absicherung auch immer ein gesellschaftlich geteiltes Verständnis der gemeinschaftlich zu bewältigenden Risiken zugrunde lag, das als geteilter Maßstab für eine faire Einlösung des Gesellschaftsvertrags herangezogen werden konnte. Der bisherige Gesellschaftsvertrag europäischer Wohlfahrtsstaaten beruht primär auf „wirtschaftlich produktiver" Erwerbstätigkeit als Gesellschaftsbeitrag. Durch die negativen Umweltfolgen eben dieser „wirtschaftlich produktiven", jedoch „ökologisch unproduktiven" Erwerbstätigkeit, die auch die umweltsozialen Risiken unproportional auf Verursachende, Betroffene und Transformierende verteilt, wird der bisherige sozialstaatliche Vertrag infrage gestellt. Das Kohäsionsrisiko bedarf also der Etablierung eines neuen ökosozialen Vertrags, der Verteilungsgerechtigkeit zwischen Verursachungs-, Anpassungs- und Transformationsrisiken und den jeweiligen gesellschaftlich produktiven Beiträgen zur Gesellschaft sicherstellt.

Umweltsoziale Risiken als neueste Generation sozialer Risiken bedürfen nicht nur der Erhebung neuer Risikoklassen und ihrer Verteilung, der Prävention dieser sozialen Risiken durch starken Umweltschutz und des Aufbaus von Institutionen, die die Kapazität haben, die neuen Risiken abzusichern, sondern stellen auch die Frage nach einem neuen Gesellschaftsvertrag. Der bisherige Gesellschaftsvertrag ist nicht mehr in der Lage, eine Basis in Zeiten umweltsozialer Risiken zu legen: Diejenigen, die am wenigsten zur Umweltzerstörung beitragen und die geringsten Möglichkeiten haben, nachhaltige Lebensstile zu führen, sind zugleich diejenigen, die am stärksten von Anpassungsrisiken betroffen sind, und manchmal sind sie sogar diejenigen, die überproportional dazu aufgefordert werden, die Transformation zu schultern. Die Überwindung des aktuell hohen Kohäsionsrisikos kann also nur durch einen erneuerten Gesellschaftsvertrag, der mit veränderten Prinzipen des sozialstaatlichen Handelns, neuen Politikinstrumenten und neuen Institutionen einherginge, eingelöst werden. Die folgenden Abschnitte skizzieren mögliche Richtungen dieser Entwicklung.

3 PRINZIPIEN UND POLITIK DES KLIMARESILIENTEN SOZIALSTAATS

Eine Mitberücksichtigung ökologischer Veränderungen und der Notwendigkeit für den Sozialstaat, eine ökologische Transformation in seiner Ausgestaltung voranzutreiben, schlägt sich sowohl in den Prinzipien als auch den Politikinstrumenten, die zur Förderung eines klimaresilienten Sozialstaats formuliert werden, nieder. In der Literatur werden sechs Kriterien einer ökologisch nachhaltigen Sozialpolitik formuliert (Bohnenberger 2021):

1. **Bedürfnisdeckung:** Eine nachhaltige Sozialpolitik muss sicherstellen, dass alle Menschen ihre universellen Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Wohnen und Ernährung, auf umweltfreundliche Weise erfüllen können. Diese Bedürfnisse sind nicht verhandelbar und nicht substituierbar. Die spezifische Art, wie diese Bedürfnisse gedeckt werden

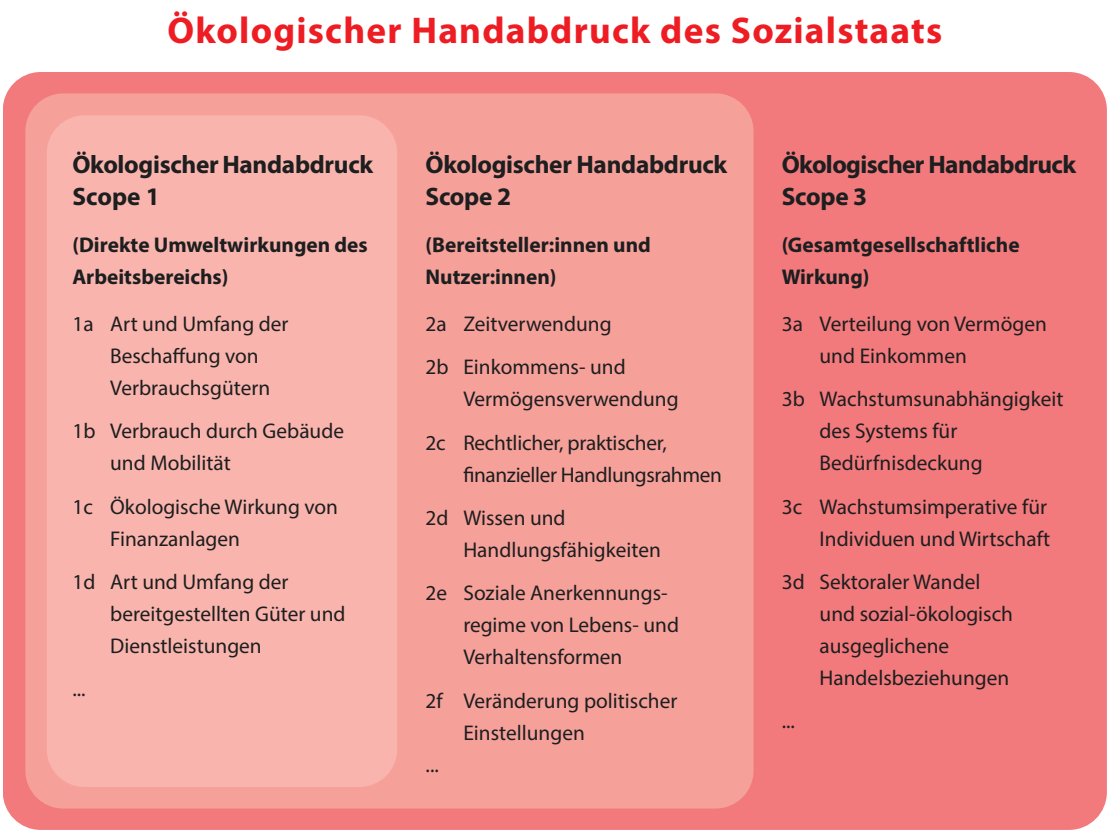
können, ist jedoch abhängig von kulturellen, regionalen Bedingungen und variieren. Ziel ist es, kein „Mehr" an Konsum zur Deckung der Bedürfnisse zu benötigen, sondern weniger Materielles für ein gutes Leben brauchen zu müssen.

2. **Teilhabe und Verteilung:** Soziale Teilhabe ist ein essenzieller Bestandteil einer gerechten Gesellschaft. Sie umfasst nicht nur die soziale, sondern auch die politische und ökonomische Gleichheit. Eine gerechte Verteilung von natürlichen Ressourcen ist notwendig, um soziale Ungleichheiten zu reduzieren und Stigmatisierung zu vermeiden. Anders als bisher können Verteilungsfragen über begrenzte ökologische Ressourcen nicht durch ein Wachstum der monetären Einkommen vertagt werden.
3. **Einhaltung ökologischer Grenzen:** Sozialpolitik muss die planetaren Grenzen respektieren und selbst darauf hinwirken, dass der gesellschaftliche Ressourcenverbrauch sowie die Umweltbelastung auf ein nachhaltiges Maß reduziert werden. Die strukturelle Macht des Sozialstaats muss für eine ökologische Transformation genutzt werden.
4. **Freie Wahl des Lebensstils:** Der Sozialstaat hat die Aufgabe, die Autonomie der Menschen zu respektieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre individuellen Vorstellungen eines guten Lebens zu verwirklichen. Bisherige Freiheitsverständnisse, die blind gegenüber der Freiheitseinschränkung anderer durch das eigene umweltschädliche Handeln sind, werden abgelöst von einem Freiheitsverständnis, das Menschen gleiche Verfügungsmöglichkeiten über die eigene Lebenszeit garantiert.
5. **Ökonomische Machbarkeit und Wachstumsunabhängigkeit:** Ein nachhaltiger Sozialstaat muss wirtschaftlich stabil und resilient sei. Das heißt, er muss seine Funktion zur Sicherung der Grundbedürfnisse auch ohne Wirtschaftswachstum erfüllen können und eine Finanzierungs- und Versorgungsstruktur aufweisen, die bei einer geplanten oder durch Klimakrisen verursachten Reduktion des BIP reibungslos funktioniert.
6. **Anreize zur Transformation:** Sozialpolitik muss transformative Impulse setzen, um nachhaltige Lebensstile zu fördern, Exnovationen im Bereich klimaschädlicher Wirtschaftsweisen voranzutreiben und sozioökonomische Bedingungen zu schaffen, die ein Leben innerhalb der planetaren Grenzen ermöglichen. Während Sozialpolitik bisher vorwiegend auf die Transformation der Bevölkerung zur Integrierbarkeit in Wirtschaftsprozesse ausgerichtet war, geht es nun darum, die Transformation der Wirtschaftsprozesse zur Integrierbarkeit in sichere Lebensbedingungen der Menschheit voranzutreiben.

Dies übersetzt sich auch auf praktischer Ebene in andere Politikinstrumente, als heute proklamiert werden, wie den Umbau der Arbeitsmarktpolitik mit Fokus auf sozial-ökologisches Tätigsein, der sich beispielsweise in einer Jobgarantie ausdrückt (Gerold et al. 2025; Heck/Bohnenberger 2024; Neier et al. 2022). Auch eine Refokussierung von materieller Armut als Ursache sozialer Probleme zur Adressierung von Überreichtum als Verursacher sozialer und ökologischer Gefahren würde stattfinden und sich beispielweise in der Besteuerung und Begrenzung von Vermögen ausdrücken (Bohnenberger 2025b). Außerdem rücken zeitliche Armut und Deprivilegierung in den Fokus einer Chancengleichheit für ein erfülltes Leben innerhalb der planetaren Grenzen (Smetschka et al. 2024). Diese und andere Maßnahmen sollen einen wachstumsunabhängigen Sozialstaat ermöglichen, der auf individueller Ebene die Deckung der Grundbedürfnisse von der Erwerbstätigkeit entkoppelt und auf institutioneller Ebene soziale Sicherungssysteme ohne zunehmende Beschäftigungsquoten und Arbeitsvolumen oder steigenden Ressourcen- und Energieverbrauch resilient funktionieren lässt (Bohnenberger/Pieper 2022; Wiman et al. 2025).

Insgesamt wird deutlich, dass Sozialpolitik nicht nur die Rahmenbedingungen für starke Umweltpolitik schafft, sondern in allen Bereichen der sozialen Sicherung, wie der Krankenversicherung, der Pflegepolitik, der Pensionsversicherung oder auch der Sozialhilfe, eine ökologische Wirkung entfaltet (Bohnenberger/Blank 2025). Dieser ökologische Handabdruck (vgl. Abbildung 2) kann durch die direkten Umweltwirkungen eines sozialpolitischen Arbeitsbereichs, z. B. in der Beschaffung, dem Gebäudemanagement, bereitgestellten Gütern und Dienstleistungen oder der Finanzanlage (Scope 1), oder durch die veränderten Lebens-, Konsum- und Arbeitsstile der Beschäftigten in den sozialen Sicherungsinstitutionen oder der Nutzer:innen von Sozialleistungen (Scope 2) erfolgen. Darüber hinaus entfaltet Sozialpolitik auch eine gesamtgesellschaftliche Wirkung (Scope 3), die wiederum Umweltfolgen impliziert.

Abbildung 2: Ökologischer Handabdruck des Sozialstaats in den drei Wirkungsbereichen (Scopes 1–3)



Quelle: eigene Darstellung basierend auf Bohnenberger/Blank (2025)

4 EINE EUROPÄISCHE UMWELTRISIKOVERSICHERUNG ALS GRUNDLAGE EINES KLIMARESILIENTEN SOZIALVERTRAGS

Viele umweltsoziale Risiken stellen kovariate Risiken dar, das heißt, dass sie anders als bisherige sozialpolitische Risiken, die meist individuelle Mitglieder einer Gemeinschaft betreffen, zeitgleich größere Teile der Bevölkerung betreffen (z. B. Überflutungen oder Hitzewellen in ganzen Regionen). Der bisherige Fokus von Sozialversicherungen auf die nationale Ebene bietet also gerade für kleine Länder keinen ausreichenden Versicherungsschutz mehr. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, institutionelle Bestrebungen zur Absicherung umweltsozialer Risiken auf europäischer Ebene zu denken. Eine Lösung könnte die Einführung einer europäischen Umwelt-

risikoversicherung (European Environmental Risk Insurance Scheme, EERI) darstellen, die im Folgenden zusammengefasst wird (für eine ausführliche Beschreibung der EERI siehe Bohnenberger 2025a): Die Hauptaufgaben der EERI wäre die vorausschauende Analyse von umweltsozialen Risiken sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Vermeidung, Prävention und Milderung dieser Risiken, die Unterstützung bei der Bewältigung umweltsozialer Risiken und die Entwicklung angemessener und präventiver Lösungen. Hierzu sollte die EERI aus zwei Säulen bestehen (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Darstellung einer europäischen Umweltrisikoversicherung mit zwei Säulen und nationalen/regionalen Versorgungsstellen



Quelle: eigene Darstellung nach Bohnenberger (2025a)

Die erste Säule (universelle Grundversorgung mit nachhaltigen Bedürfnisdeckern) würde garantieren, dass alle vier Klassen umweltsozialer Risiken auf einem Niveau adressiert werden, das die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sicherstellt, und dass der bedingungslose Zugang zu den jeweiligen Mitteln (Bedürfnisdeckern) gewährt wird. Die garantierte Versorgung sollte nicht in monetären Begriffen, sondern in Einheiten der Bedürfnisdecker ausgedrückt werden, beispielsweise in Kilokalorien aus nachhaltigen Lebensmitteln, Kilowattstunden aus grüner Energie, Quadratmetern energieeffizienten Wohnraums oder Kilometern im öffentlichen Verkehr. In Zusammenarbeit mit nationalen und regionalen Kontaktstellen und lokalen umweltsozialen Vorsorgestellen sollte koordiniert werden, dass die spezifischen Ansprüche tatsächlich vor Ort erfüllt werden können und die Resilienz der Versorgung auch in Zeiten erhöhter umweltsozialer Risiken wie Umweltkatastrophen gewährleistet ist. Der konkrete Bezug könnte durch eine Versorgungskarte sichergestellt werden (z. B. „Klima-Kreditkarte“ [Rehm et al. 2023]), die jede:r europäische Einwohner:in erhalten würde. Um sicherzustellen, dass die Leistungen der EERI nicht als stigmatisierend wahrgenommen werden, sollten sie allen Einwohner:innen im gleichen Maße zur Verfügung stehen. Für Bewohner:innen mit ausreichendem Einkommen und Vermögen sollte jedoch eine Gebühr für die jeweiligen Leistungen erhoben werden, um sicherzustellen, dass sie einen fairen Beitrag zur Grundversorgung leisten. Die EERI sollte insbesondere auch

präventive Maßnahmen umsetzen, um das Entstehen von umweltsozialen Risiken in den vier Risikoklassen zu vermeiden. Dazu gehören beispielsweise die Überwindung von Lock-in-Emissionen durch fossile Heizsysteme und die Umschulung auf nachhaltige Arbeit (Verursachungsrisiken) sowie die Pflegeleistungen während Hitzewellen oder die Umsiedlung von Bewohner:innen klimagefährdeter Regionen (Anpassungsrisiken). Während die Verantwortung für die Grundbedürfnisversorgung weiterhin in den Aufgabenbereich der traditionellen Wohlfahrtsstaaten fallen würde, kann die EERI neu entstandene umweltsoziale Risiken adressieren.

Die zweite Säule (Versicherung nachhaltiger Lebensstandards) würde eine Versicherungsfunktion für Lebensstandards, die über die Befriedigung von Grundbedürfnissen hinausgehen, etablieren und basierend auf den jeweiligen Beiträgen der versicherten Person mehrere Wahlmöglichkeiten für ein erhöhtes Niveau an Annehmlichkeiten bieten. Während bisherige Sozialversicherungssysteme das Leistungsniveau meist an die Höhe finanzieller Beiträge aus Beschäftigung knüpfen (Äquivalenzprinzip), ändert sich durch eine normative Reorientierung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, was als gesellschaftlich wertvoller Beitrag gewertet wird. Die bisherige Bemessung von Äquivalenz in monetären Einheiten stellt durch die unterschiedlichen Einkommens- und Preisniveaus in den verschiedenen Ländern aktuell auch ein Hemmnis bei der Etablierung eines europäischen Sozialversicherungsraums dar. Angelehnt an ein europäisches Zeitbanken-System (Bohnenberger/Fritz 2021), das allen Einwohner:innen einen gleichen und fairen Zugang zur Beitragserbringung und zum Leistungserhalt bieten würde, könnte die EERI stattdessen die Beiträge der Versicherten auf Grundlage der Zeit, die sie mit gesellschaftsdienlichen Tätigkeiten verbringen, erfassen. Die Leistungen würden äquivalent nach dem zeitlichen Beitrag einer Person zur zweiten Versicherungssäule bemessen. Der zeitliche Beitrag würde entweder direkt durch ehrenamtliche Stunden im Rahmen eines sozial-ökologischen Gemeinschaftsdienstes erfolgen (Beispiel Jobgarantie [Heck/Bohnenberger 2024]) oder durch Einzahlung des Einkommen, das während dieser Zeit durch Erwerbsarbeit und andere Einkommen (z. B. Finanzanlagen oder Vermietung) erzielt wurde. In diesem Sinne können die Beiträge „in natura“ (als Gemeinschaftsdienst) oder monetär (als Einkommen aus Arbeitsstunden und finanziellen Erträgen während dieser Zeit) geleistet werden. Für Einwohner:innen mit besonderen zeitlichen Bedürfnissen, z. B. aufgrund von Betreuungsverpflichtungen, Behinderungen oder Krankheiten, könnten die erwarteten Gemeinschaftsdienststunden für Ansprüche reduziert werden, sodass Chancengleichheit auf normale Ansprüche für sie gesichert wäre. Wie die Leistungen aus der ersten Säule sollten auch die Leistungen aus der zweiten Säule in Einheiten der Bedürfnisdecker ausgedrückt werden (z. B. Kilowattstunden, Personenkilometer), um die Unsicherheit, welche realen Güter und Dienstleistung mit monetären Auszahlungen erwerbbar sein werden, zu überwinden. Für jede geleistete Stunde sollte es feste Umrechnungskorridore in natürliche Einheiten geben (z. B. 1 Stunde = 100–150 kWh = 1–2 m^2 Wohnraum pro Monat). Dies ermöglicht es Menschen heute, suffizienzorientierte Lebensstile angstfrei zu leben, und schafft gerade in Zeiten steigender Unsicherheit von monetären Leistungsgrößen durch ökologische Krisen Sicherheit hinsichtlich des zukünftig erwartbaren Lebensstandards. Bei gleichen zeitlichen Beiträgen könnten Einwohner:innen aus verschiedenen Lebensstandards (z. B. mehr/weniger Wohnraum bei weniger/mehr Mobilität) innerhalb des Rahmens eines ökologisch generalisierbaren Niveaus wählen. Ansprüche auf ökologischen Überkonsum könnten durch die EERI nicht erworben werden.

Zusammengefasst würde die Einführung einer EERI eine klimaresiliente europäische Sozialversicherungslösung darstellen, die die Deckung der Grundbedürfnisse aller Bewohner:innen Europas garantiert (1. Säule) und zugleich Chancengleichheit für einen verlässlichen, umweltfreund-

lichen und höheren Lebensstandards (2. Säule) sicherstellt. Mit dem Ersatz des monetären Äquivalenzprinzip durch ein ökologisch-zeitliches Äquivalenzprinzip würde die Grundlage für einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag über nationalstaatliche Grenzen hinweg gebildet.

5 FAZIT: EIN UMWELT-UPDATE FÜR DIE SOZIALE SICHERUNG

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die neuesten umweltsozialen Risiken den Zusammenhalt gefährden und ein neuer ökosozialer Gesellschaftsvertrag notwendig ist, damit alle im 21. Jahrhundert neu entstehenden Risiken abgesichert werden können. In diesem Sinne stellen die aktuellen Umweltkrisen nicht nur einen historischen Impuls für eine Neuentwicklung der sozialen Sicherung dar, sondern auch ein Momentum für ein modernes Wirtschafts- und Sozialsystem.

Starker Klima- und Umweltschutz ist dabei vorsorgende Sozialpolitik, denn der Entstehung neuester Risiken vorzubeugen ist effektiver, als eingetretene Risiken abzufedern und auszugleichen. Sozialpolitik kann darüber hinaus selbst eine ökologische Transformation unterstützen und entfaltet eine ökologische Wirksamkeit, die je nach Gestaltung von Sozialpolitiken unterschiedlich stark ausfällt.

Neben der Anwendung neuer Gestaltungsprinzipien im Design und der Auswahl von Politikmaßnahmen wird es auch zentral sein, tragfähige Institutionen zu schaffen, welche die Deckung menschlicher Grundbedürfnisse auch während ökologischer Krisen absichern und zugleich eine transnationale Grundlage für einen ökosozialen Gesellschaftsvertag schaffen, der die Gewährleistung eines hohen Lebensstandards am echten Beitrag zu einer zukunftsfähigen Welt bemisst. Eine solche Ökologisierung der Sozialpolitik erhöht nicht nur die Wahrscheinlichkeit für ein langfristig gutes Leben auf der Erde, sondern stärkt auch die Rolle von sozialer Sicherung im 21. Jahrhundert.

BIBLIOGRAFIE

Aigner, Ernest/*Görg,* Christoph/*Madner,* Verena/*Muhar,* Andreas/*Novy,* Andreas/*Posch,* Alfred et al. (2023). Summary for Policymakers. In: Christoph *Görg*/Verena *Madner*/Andreas *Muhar*/Andreas *Novy*/Alfred *Posch*/Karl W. *Steininger* et al. (Hg.). APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin, Heidelberg, 19–33.

APCC (2025). Second Austrian Assessment Report on Climate Change (AAR2) of the Austrian Panel on Climate Change (APCC). D. *Huppmann*/M. *Keiler*/K. *Riahi*/H. *Rieder* (Hg.). Wien.

Armutskonferenz/Attac/BEIGEWUM (2021). Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien.

BMSGPK – Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024). Sozialbericht 2024 – Band II: Sozialpolitische Analysen. Wien, BMSGPK.

Bohnenberger, Katharina (2021). Die Zukunft sozialer Sicherungssysteme: sechs Kriterien Nachhaltiger Sozialpolitik. In: Dorothee *Rodenhäuser*/Hans *Vetter*/Benjamin *Held*/Hans *Diefenbacher* (Hg.). Soziale Sicherungssysteme im Umbruch: Beiträge zur sozial-ökologischen Transformation. Die Wirtschaft der Gesellschaft Jahrbuch 7. Marburg, Metropolis-Verlag, 51–74.

Bohnenberger, Katharina (2025a). Social protection of eco-social risks: a proposal for a European Environmental Risk Insurance Scheme. In: Claudia *Hofmann*/Tania *Bazzani* (Hg.). Interdisciplinary perspectives on resilience and the welfare state. Schriften zum Sozialrecht. Baden-Baden, 89–115.

Bohnenberger, Katharina (2025b). Wealth and income maxima for sustainable welfare: ecological reasons for economic limitarianism. In: Ekaterina *Domorenok*/Paolo *Graziano*/Katharina *Zimmermann* (Hg.). The Eco-Social Polity?: Theoretical, Conceptual and Empirical Issues. Bristol, Policy Press, 24–37.

Bohnenberger, Katharina/*Blank,* Florian (2025). Ökologische Sozialpolitik in den Sektoren des Sozialstaats. WSI-Mitteilungen 78 (5), 337–344.

Bohnenberger, Katharina/*Fritz,* Martin (2021). Making welfare resilient: Creating stable & sustainable welfare systems in times of declining economic growth. ifso expertise No. 11.

Bohnenberger, Katharina/*Pieper,* Jonas (2022). Ökologie und Sozialpolitik: Wege aus der Wachstumsabhängigkeit. In: Martin *Nonhoff*/Sebastian *Haunss*/Tanja *Klenk*/Tanja *Pritzlaff-Scheele* (Hg.). Gesellschaft und Politik verstehen. Frank Nullmeier zum 65. Geburtstag. Frankfurt/New York, Campus Verlag, 381–396.

Bohnenberger, Katharina/*Schultheiss,* Jana (2021). Sozialpolitik für eine klimagerechte Gesellschaft. In: *Armutskonferenz/Attac/BEIGEWUM* (Hg.). Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien.

Costella, Cecilia/*Van Aalst,* Maarten/*Georgiadou,* Yola/*Slater,* Rachel/*Reilly,* Rachel/*McCord,* Anna et al. (2023). Can social protection tackle emerging risks from climate change, and how? A framework and a critical review. Climate Risk Management 40, 100501.

Eichmann, Hubert/*Filipič,* Ursula/*Nowak,* Sarah/*Pirklbauer,* Sybille (Hg.) (2024). Arbeits- und Lebenswelten im sozial-ökologischen Umbau. Sozialpolitik in Diskussion 25. Wien, ÖGB-Verlag.

Fritz, Martin/*Bohnenberger,* Katharina (2020). Sozialpolitik for Future: Wie nachhaltige Sozialpolitik Klimagerechtigkeit schafft. Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33 (1). https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0022.

Gerold, Stefanie/*Bohnenberger,* Katharina/*Lange,* Steffen (2025). Die Wachstumsabhängigkeit von Arbeitsmärkten und Strategien zu deren Überwindung. In: Tobias *Vogel* (Hg.). Wirtschaftswachstum zwischen Fortschritt, Abhängigkeit und Zwang. Marburg.

Heck, Lukas/*Bohnenberger,* Katharina (2024). Gestaltungspflichten einer sozial-ökologischen Jobgarantie. In: Clara *Moder*/Hannah *Quinz*/Simon *Theurl*/Daniel *Witzani-Haim* (Hg.). Mit einer Jobgarantie zum Recht auf gute Arbeit. Ansätze fortschrittlicher Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Wien, 335–354.

Neier, Thomas/*Kreinin,* Halliki/*Heyne,* Sophia/*Laa,* Elisabeth/*Bohnenberger,* Katharina (2022). Sozial-ökologische Arbeitsmarktpolitik: Fördermaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Bericht 2022. Wien.

Rehm, Miriam/*Huwe,* Vera/*Bohnenberger,* Katharina (2023). Klimasoziale Transformation – Klimaschutz und Ungleichheitsreduktion wirken Hand in Hand. Focus Paper #6. Gütersloh, Bertelsmann Stiftung.

Schneider, Ulrike (2023). Kapitel 18. Sozialstaat und Klimawandel. In: Christoph *Görg*/Verena *Madner*/Andreas *Muhar*/Andreas *Novy*/Alfred *Posch*/Karl W. *Steininger* et al. (Hg.). APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, 499–528.

Smetschka, Barbara/*Aigner,* Ernest/*Bohnenberger,* Katharina (2024). Structures and Time for Climate-friendly Work. In: Agnes *Raschauer*/Nino *Tomaschek* (Hg.). Nachhaltige Arbeitswelten: Überlegungen zu einer zukunftsfähigen Gestaltung von Arbeit. Münster, Waxmann, 41–56.

Wiman, Laua/*Kaufmann,* Raphael/*Bohnenberger,* Katharina/*Lange,* Steffen (2025). The growth-independent welfare state. In: Ekaterina *Domorenok*/Paolo *Graziano*/Katharina *Zimmermann* (Hg.). The Eco-Social Polity?: Theoretical, Conceptual and Empirical Issues. Bristol, Policy Press, 54–68.

Andrea Egger, Claudia Liebeswar

DER WOHLFAHRTSSTAAT IN DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION[1]

ZUSAMMENFASSUNG

Umweltzerstörung und Klimawandel bedrohen soziale, ökonomische und ökologische Grundlagen. Die sozial-ökologische Transformation erfordert daher eine aktive Rolle des Wohlfahrtsstaates.

- Der Wohlfahrtsstaat muss über kompensatorische Aufgaben hinaus aktiv-transformativ wirken und Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit verbinden.
- Sozialpolitische Instrumente – von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik bis zu sozialer Sicherung und Infrastruktur – sind ökologisch zu modernisieren.
- Sozialstaatliche Interventionen sind daran zu bemessen, ob sie planetare und soziale Grenzen respektieren, wobei ein Schwerpunkt auf hochwertigen Dienst- und Infrastrukturleistungen statt auf reinen Geldtransfers liegen kann.

ABSTRACT

Environmental degradation and climate change threaten social, economic, and ecological foundations. The socio-ecological transformation therefore requires the welfare state to play an active role.

- The welfare state must go beyond compensatory functions and take on an active transformative role, linking sustainability with social justice.
- Social policy instruments – from labour market and education policy to social security and infrastructure – need to be modernized in an ecological way.
- Welfare state interventions should be assessed based on their ability to respect planetary and social boundaries, with a stronger focus on high-quality services and infrastructures rather than purely monetary transfers.

1 Dieser Text greift pointiert Ergebnisse des Endberichts zur von Egger et al. durchgeführten Studie „Der Ökosozialstaat: Handlungsfelder eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaates" im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024) heraus und baut auf dem Vortrag „Die Rolle des österreichischen Sozialstaats in der sozialökologischen Transformation" im Kontext der Sozoeknet-Veranstaltung „Auf dem Weg zum Klimasozialstaat" am 14.03.2025 von Andrea Egger (EVACON) und Margit Schratzenstaller (WIFO) auf.

1 VOM TRADITIONELLEN ZUM TRANSFORMATIVEN SOZIALSTAAT

1.1 Der Sozialstaat ist gleichermaßen Subjekt und Objekt des (ökologischen) Wandels

Der traditionelle Sozialstaat – d. h. die klassischen Systeme sozialer Absicherung gegen Markt- und Lebensrisiken – kann nicht mehr isoliert von Umwelt- und Klimafragen gedacht werden: Die vielfältigen Herausforderungen des Klimawandels verlangen, dass soziale Sicherungssysteme auch Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit berücksichtigen. Dies ist, wie im Folgenden weiter ausgeführt wird, zum einen der Fall, da der Klimawandel neue Risiken und Vulnerabilitäten hervorbringt, gegen die der Sozialstaat absichern muss (z. B. Gesundheitsrisiken oder Risiken durch Extremwetterereignisse). Zum anderen müssen auch die Maßnahmen zur Klimawandelanpassung sozial gerecht ausgestaltet werden (wie es z. B. durch den Klimabonus angestrebt wurde). Doch sozialstaatliche Instrumente erlauben es nicht nur, auf geänderte Situationen zu reagieren, sondern sie können auch aktiv und gezielt eingesetzt werden, um einen ökologisch nachhaltigen Wandel zu unterstützen (z. B. durch Umschulungsprogramme). Subventionen oder Transferleistungen sollen dabei klimafreundliches Verhalten fördern (z. B. Zuschüsse für Gebäudesanierung, nachhaltige Mobilität), anstatt klimaschädliche Strukturen (z. B. fossile Energieträger) zu zementieren.

1.2 Der Klimawandel erzeugt neue Formen von Betroffenheiten, die sich in verschiedenen Dimensionen manifestieren und bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten verstärken können

Die neu entstehenden Betroffenheiten und Vulnerabilitäten sind komplex verschränkt und erfordern ein integriertes Verständnis, das individuelle und institutionelle Aspekte gleichermaßen berücksichtigt, damit eine nachhaltige und sozial gerechte Anpassung gelingen kann. Zu beachten sind dabei – wie etwa Fuchs/Thaler (2018), Menges/Traub (2012) sowie Papathoma-Köhle/Fuchs (2020) diskutieren – folgende Dimensionen:

- **Physische Dimension:** Die physische Betroffenheit zeigt sich vor allem in gesundheitlichen Risiken und materiellen Schäden. Hitzewellen erhöhen die Mortalität und Morbidität, insbesondere bei Personen mit Vorerkrankungen sowie bei Kindern und älteren Menschen (Schlegel et al. 2021). Hinzu kommen Schäden an Infrastrukturen durch Extremwetterereignisse wie Starkregen, Überschwemmungen oder Stürme. Diese Entwicklungen stellen nicht nur eine direkte Bedrohung für die physische Integrität von Menschen dar, sondern beeinträchtigen auch die Funktionsfähigkeit zentraler Versorgungs- und Verkehrssysteme.
- **Wirtschaftliche Dimension:** Direkte Kosten entstehen durch Ernteausfälle, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Infrastrukturzerstörungen. Indirekt resultieren zusätzliche Belastungen aus Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsstrategien, etwa durch Investitionen in Resilienzmaßnahmen oder durch Lenkungsabgaben. Diese Kosten treffen Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftssektoren in unterschiedlicher Intensität und bergen daher das Risiko sozialer Spannungen (Helldén et al. 2021).
- **Psychische Dimension:** Auch die psychische Gesundheit wird durch den Klimawandel sowohl unmittelbar, etwa durch Hitzeereignisse oder Katastrophen wie Überschwemmungen und Waldbrände, als auch mittelbar, etwa in Form von Klimaangst oder Ohnmachtsgefühlen oder aufgrund des Verlusts vertrauter Lebensgrundlagen, beeinflusst.

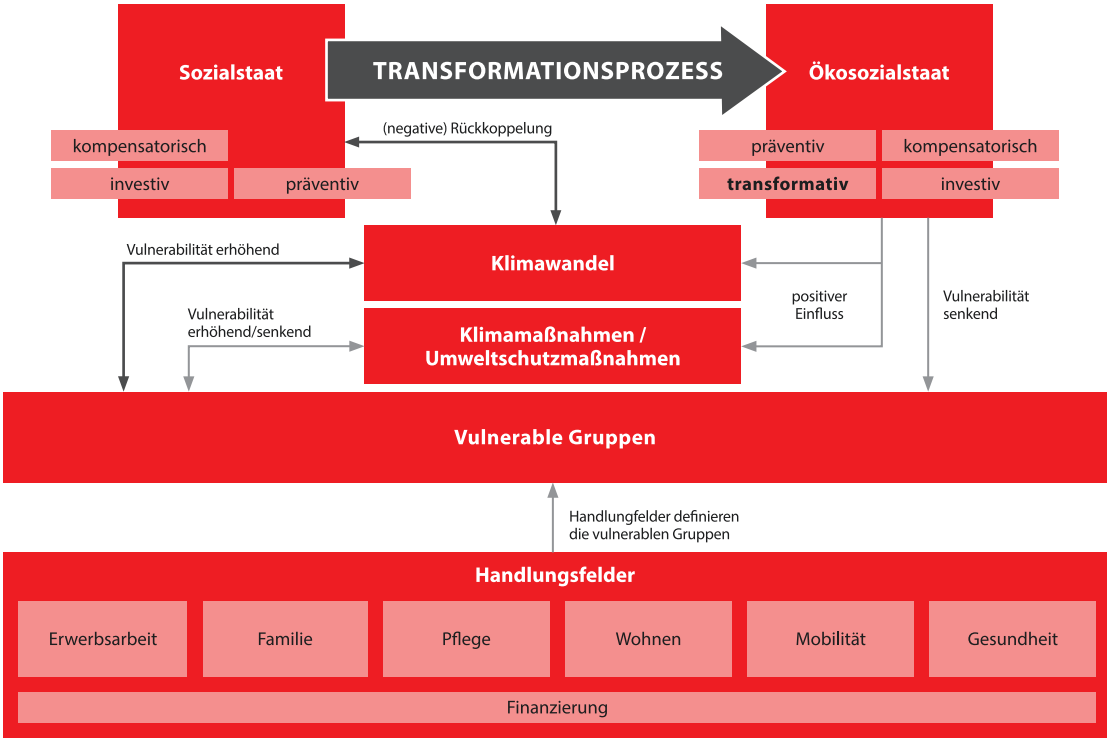
Ungleich verteilte Belastungen können zudem mit Konfliktpotenzialen einhergehen, wenn tatsächliche oder empfundene Schieflagen als ungerecht wahrgenommen werden. Auch ein erhöhtes Aggressionspotenzial bei Hitze ist empirisch nachgewiesen (Miles-Novelo/Anderson 2019).

- **Soziale Dimension:** Besonders vulnerabel sind Bevölkerungsgruppen, die aufgrund von Alter, Gesundheit, Einkommen oder formalem Bildungsniveau über geringere Anpassungsressourcen verfügen, wobei Frauen überproportional betroffen sind. Darüber hinaus sind Menschen in prekären Lebensverhältnissen oftmals stärker exponiert, etwa wenn sie in schlecht isolierten Wohnungen oder besonders gefährdeten Gebieten leben. Hinzu kommt, dass Klimaschutzmaßnahmen einkommensschwache Haushalte stärker belasten können, etwa durch höhere Preise infolge von Lenkungssteuern. Die soziale Dimension macht deutlich, dass der Klimawandel bestehende Marginalisierungen vertieft.
- **Institutionelle Dimension:** Auch das Leistungsangebot der öffentlichen Hand wird von der Klimaerwärmung berührt. Sozialstaatliche Aufgaben und deren Finanzierungsgrundlagen geraten unter Druck, da einerseits neue Bedarfe entstehen (z. B. Gesundheits- und Katastrophenschutz) und andererseits ökonomische Belastungen durch Klimawandelfolgen die Steuer- und Abgabenbasis beeinträchtigen können. Es werden daher Anpassungen in der Leistungserstellung und -finanzierung erforderlich, um die Funktionsfähigkeit öffentlicher Institutionen langfristig zu sichern.

1.3 Ein ökologisch nachhaltiger Sozialstaat muss verstärkt auch eine transformative Rolle einnehmen

Der klassische Sozialstaat erfüllt traditionell drei zentrale Rollen, denn er agiert erstens kompensatorisch, indem er soziale Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter absichert, zweitens investiv, indem er durch Bildung, Qualifizierung oder Familienpolitik die gesellschaftliche Teilhabe stärkt, und drittens präventiv, indem er versucht, Risiken durch vorbeugende Maßnahmen zu reduzieren. Abbildung 1 verdeutlicht, dass der Wandel vom klassischen Sozialstaat zum Ökosozialstaat zusätzlich zur Fortführung dieser Funktionen auch deren Ergänzung um eine transformative Rolle erfordert.

Abbildung 1: Transformationsprozess vom Sozialstaat zum Ökosozialstaat



Quelle: eigene Darstellung

Traditionelle sozialstaatliche Instrumente können teils unbeabsichtigt Vulnerabilitäten erhöhen, etwa wenn sie klimaschädliche Strukturen absichern. Über negative Rückkopplungen verstärken sich so die Belastungen für vulnerable Gruppen. Der Übergang zum Ökosozialstaat setzt genau an diesem Punkt an. Ein solcher übernimmt zusätzlich eine transformative Funktion, die darauf abzielt, gesellschaftliche Strukturen aktiv im Sinne von Klimaschutz und Nachhaltigkeit umzubauen. Diese neue Rolle wirkt, wie in Abbildung 1 illustriert, in mehrfacher Hinsicht. So können transformative Instrumente darauf abzielen, Vulnerabilitäten zu senken, indem sie Klimarisiken kompensieren, aber auch die Ursachen der Risiken – d. h. klimaschädliche Strukturen – direkt verändern (Mandelli 2023).

Deutlich wird demnach, dass vulnerable Gruppen im Zentrum des Transformationsprozesses stehen. Sie lassen sich durch verschiedene Handlungsfelder – Erwerbsarbeit, Familie, Pflege, Wohnen, Mobilität und Gesundheit – definieren, wobei Klimawandel und Klimapolitik sowohl direkt als auch indirekt auf die entsprechenden Lebenslagen einwirken. Während klassische sozialstaatliche Maßnahmen in diesen Feldern Risiken abfedern, eröffnet die transformative Rolle die Möglichkeit, die Handlungsfelder selbst nachhaltig umzugestalten, etwa durch grüne Arbeitsplätze, energieeffizientes Wohnen oder klimafreundliche Mobilität. Der Sozialstaat wird dadurch von einem reaktiven Absicherungsinstrument zu einem gestaltenden Akteur der sozialökologischen Transformation.

1.4 Ein ökologisch nachhaltiger Sozialstaat fördert und beschleunigt die sozialökologische Transformation durch Intervention und Koordination

Freilich bedeutet dies keine Abwendung von den kompensatorischen, investiven und präventiven Funktionen des Sozialstaates. Vielmehr gewinnen diese sogar an Bedeutung, da Klimaveränderungen und Umweltzerstörung hohe gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Kosten

verursachen (Frondel et al. 2017). Der Staat wird aber zusätzlich zu einem aktiven Gestaltungsakteur, der den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf zwei zentralen Ebenen fördert und beschleunigt. Zum einen erfordert die Transformation eine breite Palette staatlicher Interventionen und Steuerungsinstrumente, so etwa Regulierungen, die klimaschädliche Praktiken begrenzen, Förderungen für klimafreundliche Innovationen und sozial gerechte Anpassungsmaßnahmen, Steuern und Abgaben, die ökologische Kosten internalisieren und gleichzeitig sozial ausgeglichen gestaltet sind, Infrastrukturen, die nachhaltige Lebensweisen ermöglichen (z. B. öffentlicher Verkehr, energieeffiziente Wohnformen), sowie Bewusstseinsbildung, die gesellschaftliche Akzeptanz für die Transformation schafft und gemeinsame Zukunftsbilder fördert. Zum anderen kann die Transformation nur gelingen, wenn unterschiedliche Politikbereiche kohärent zusammenwirken. Der Ökosozialstaat muss deshalb Mechanismen schaffen, die ressort- und ebenenübergreifend wirksam werden. Diese umfassen eine gesamtstaatliche Strategie zur Implementierung sozial-ökologischer Zielsetzungen, institutionalisierte Kooperation zwischen Ministerien, Gebietskörperschaften und Sozialpartnern sowie eine vertikale Mehrebenenkoordination, die nationale, regionale und lokale Ebenen miteinander verzahnt. Nur durch diese verstärkte Koordination lassen sich Zielkonflikte vermeiden und Synergien nutzen – etwa zwischen Klima-, Sozial-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik.

2 DER ÖKOLOGISCH NACHHALTIGE SOZIALSTAAT IN DER PRAXIS

2.1 Die Arbeitsmarktpolitik ist ein zentraler Hebel in einem ökologisch nachhaltigen Sozialstaat: Sie sichert Übergänge ab, gestaltet aber auch Beschäftigungsstrukturen aktiv im Sinne von Nachhaltigkeit, Resilienz und sozialer Gerechtigkeit

Bereits in Abbildung 1 wurde die Erwerbsarbeit als eines der zentralen Handlungsfelder, durch welche die neuen Vulnerabilitäten definiert werden, erkannt. Zugleich ist die Arbeitsmarktpolitik ein Feld, in dem der Wandel von einem traditionellen Sozialstaat zu einem Ökosozialstaat besonders deutlich gemacht werden kann. Denn in einem traditionellen Sozialstaat liegt der Fokus klassischerweise zunächst auf der Einkommenssicherung: Wenn Arbeitsplätze (z. B. in der Automobilindustrie) verlorengehen, greift die Arbeitslosenversicherung. In der aktiven Arbeitsmarktpolitik geht das Vorgehen zwar über eine reine finanzielle Unterstützung hinaus, die Maßnahmen weisen aber auch dann in aller Regel keinen zwangsläufigen Bezug zu ökologischen Zielen auf. Der Ökosozialstaat hingegen unterstützt nicht nur beim Abfedern von Verlusten, sondern steuert aktiv den Übergang in eine klimafreundliche Beschäftigungsstruktur. Dies kann etwa Umschulungen und Weiterbildungen inkludieren, durch die Beschäftigte (z. B. in fossilen Industrien) gezielte Qualifizierungen für Jobs in erneuerbaren Energien, Gebäudesanierung oder nachhaltiger Landwirtschaft erhalten, sowie auch Transformationsfonds, durch die staatliche Mittel den Strukturwandel in betroffenen Regionen unterstützen, oder Green-Jobs-Programme, die mit (an ökologische Kriterien, wie z. B. Energieeffizienz, gekoppelten) staatlichen Förderungen für Unternehmen einhergehen, die nachhaltige Arbeitsplätze schaffen. Sozialstaatliche Regelungen sorgen darüber hinaus aber auch dafür, dass Berufe, die besonders von Klimawandelfolgen betroffen sind (z. B. in den Bereichen Bau und Landwirtschaft), besseren Schutz erhalten, so etwa Hitzeschutzmaßnahmen, kürzere Arbeitszeiten bei Extremwetter oder eine angepasste Kranken- bzw. Ausfallversicherung.

Die Transformation vom klassischen Sozialstaat zum Ökosozialstaat impliziert für die Arbeitsmarktpolitik also eine deutlich erweiterte Verantwortung. Grob gilt es, die Erwerbsarbeit unter ökologischen Gesichtspunkten nachhaltiger zu organisieren, die Arbeitsplätze umweltfreundlicher zu gestalten und Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer:innen zu treffen, die negativen Klimawandelfolgen ausgesetzt sind. Die zentralen Ansatzpunkte, die im Detail auch in Bock-Schappelwein et al. (2023) diskutiert werden, lassen sich dabei wie folgt zusammenfassen.

2.1.1 Aktive Arbeitsmarktpolitik und (Re-)Qualifizierung

Die ökologische Transformation führt zu erheblichen sektoralen Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt. Betroffen sind insbesondere energie- und ressourcenintensive Industrien sowie Teile der Bau- und Verkehrssektoren (Schneider 2023). Um soziale Folgen abzufedern, benötigen Beschäftigte aus den entsprechenden Branchen Unterstützung bei der Gestaltung von Übergängen in neue Tätigkeitsfelder. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik gewinnt hierbei an strategischer Bedeutung und umfasst neben finanzieller Absicherung auch gezielte (Re-)Qualifizierungsmaßnahmen, um Arbeitskräfte für Berufe in zukunftsfähigen Bereichen, wie erneuerbaren Energien, Kreislaufwirtschaft, nachhaltiger Mobilität oder ökologischen Dienstleistungen, zu befähigen. Relevant sind in diesem Kontext auch solche Arbeitsfelder, die zwar nicht im eigentlichen Sinn „grün" sind, die aber mit einem vergleichsweise geringen Ressourceneinsatz einen großen Beitrag zur existenziellen Sicherung leisten, wie es etwa im Pflegebereich der Fall ist. Generell zeigte sich in der Vergangenheit oftmals, dass Beschäftigte aus „Polluting Jobs" eher in „neutrale" als in „grüne" Jobs abwanderten, was mit nicht direkt miteinander korrespondierenden Qualifikationsprofilen in Verbindung steht (Vona et al. 2018). Förderlich können vor diesem Hintergrund Teilqualifizierungen für stark nachgefragte grüne Berufsfelder sein, wie im handwerklich-technischen bzw. naturwissenschaftlich-technischen Bereich (Bock-Schappelwein et al. 2023). Diese sollten so ausgestaltet sein, dass sie einen sofortigen (angeleiteten) Arbeitseinsatz ermöglichen und eine Anschlussqualifizierung für (Facharbeits-)Berufe vorsehen. Dies ist aktuell bei der in Österreich eingerichteten Umweltstiftung, einer Arbeitsstiftung, der Fall.

2.1.2 Förderung nachhaltiger Beschäftigung

Die Entstehung neuer Arbeitsplätze im Rahmen der ökologischen Transformation ist an politische Steuerungsmechanismen gebunden. Förderungen, Subventionen und steuerliche Entlastungen können gezielt an ökologische Kriterien geknüpft werden, um Investitionen in nachhaltige Branchen zu begünstigen. Dadurch kann der österreichische Arbeitsmarkt strukturell in Richtung „grüner" Beschäftigung verschoben werden. Langfristig können Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, die die Auswirkungen des Klimawandels begrenzen, demnach dazu beitragen, die Erwerbsarbeit abzusichern. Gleichzeitig bleibt das erwerbszentrierte Modell als Kern sozialer Sicherung im Wohlfahrtsstaat erhalten (Bothfeld 2022).

2.1.3 Soziale Absicherung im Wandel

Der ökologische Umbau birgt Übergangsrisiken, insbesondere in Form von Arbeitsplatzverlusten und Einkommenseinbußen. Ein ökologisch nachhaltiger Sozialstaat muss diese Risiken durch adäquate Absicherungsmechanismen abfedern und zugleich die Reintegration in den Arbeitsmarkt unterstützen (Walker 2013; Huang/Yao 2023). Damit wird die Legitimität der ökologischen Transformation gestärkt und deren soziale Akzeptanz gesichert (Menges/Traub 2012).

2.1.4 Regionale sozial-ökologische Zusammenarbeit

Da die Auswirkungen des Strukturwandels regional unterschiedlich ausfallen, sind regionale Verwerfungen, wenn es etwa in manchen Regionen zu Arbeitsplatzzuwächsen und in anderen zu Arbeitsplatzverlusten kommt, nicht auszuschließen. In diesem Kontext sind eine enge Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik mit regionaler Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik sowie eine verstärkte räumliche Differenzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erforderlich. Regionen, die besonders von klimapolitischen Anpassungen, wie dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern, betroffen sind, benötigen spezifische Transformationsfonds sowie Standortstrategien, die regionale Arbeitsmarktstabilität sichern. Hierzu finden sich u. a. in Spanien und Deutschland Erfahrungen (Egger et al. 2024), aber auch bei vergangenen Strukturwandelprozessen in Österreich.

2.1.5 Arbeitnehmer:innenschutz

Die zunehmenden physischen Belastungen durch Hitzewellen oder Extremwetterereignisse erfordern eine Anpassung des Arbeitsschutzes (ILO 2019; Union of Concerned Scientists 2021). Hitzestress kann dabei mit einer Abnahme der Arbeitsproduktivität, aber etwa auch mit Entzündungsreaktionen, Zellschädigungen oder gar lebensgefährlichem Hitzschlag in Verbindung stehen (AUVA 2016; Flouris et al. 2018; Mora et al. 2017). (Flexible) Arbeitszeit- und Pausenregelungen, Schutzmaßnahmen gegen Hitze, gesundheitsförderliche Arbeitsplatzgestaltung und spezifische Vorkehrungen in besonders gefährdeten Branchen (z. B. Bau oder Landwirtschaft, aber etwa auch Kranken- und Pflegeeinrichtungen, in denen überwiegend Frauen arbeiten) werden zu zentralen Elementen. Der Schutz vulnerabler Gruppen auf dem Arbeitsmarkt ist prioritär.

2.1.6 Anpassungsförderung für Betriebe (KMUs)

Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, benötigen Unterstützung bei Investitionen in Forschung und Entwicklung im Bereich Umwelttechnologien. Die Arbeitsmarktpolitik kann hierzu über Förderprogramme, Beratung und Netzwerkbildung beitragen. Dazu gehören auch die Förderung von Betriebsansiedlungen nachhaltiger Unternehmen, die Unterstützung bei der kreislaufwirtschaftlichen Transformation von Wertschöpfungsketten sowie Lösungen für Recycling und Ressourcenschonung.

2.1.7 Emissionsreduktion berufsbezogener Mobilität

Ein relevanter Ansatzpunkt liegt in der Reduktion von Emissionen, die durch Arbeitswege und Dienstreisen entstehen. Arbeitsmarktpolitische und über die Arbeitsmarktpolitik hinausgehende Maßnahmen können etwa Anreize für klimafreundliche Pendel- und Geschäftsreisemodelle, die Förderung von Homeoffice-Strukturen, den Ausbau öffentlicher Mobilitätsangebote (sowie auf flexible Arbeitszeiten abgestimmte ÖV-Fahrpläne), den stärkeren Einsatz von Linien- und On-Demand-Verkehr sowie die Reduktion der Zersiedelung einbeziehen (BMK 2021; Döller/ Fuhrmann 2023; Kletzan-Slamanig et al. 2022). Gewerkschaftsseitig liegt diesbezüglich der Vorschlag zu einem verpflichtenden Mobilitätsmanagement für größere Betriebe vor, das etwa auf geförderte ÖV-Tickets, Radabstellplätze, Lademöglichkeiten für E-Bikes und E-Autos, Firmenfahrgemeinschaften und Firmenbusse abstellen könnte.

2.1.8 Ökologisch nachhaltige und klimafitte Arbeitsplatzgestaltung

Die Arbeitsplätze selbst müssen im Zuge der Transformation ökologisch nachhaltig gestaltet werden. Dies betrifft sowohl die Bauweise und Energieversorgung von Arbeitsstätten (z. B. energieeffiziente Heiz- und Kühlsysteme, Green IT) als auch die Arbeitsorganisation (BMK 2021; Gonserkewitz et al. 2021). Letzteres kann etwa die Anpassung der Arbeitsaufgaben, die Nutzung von Gleitzeitregelungen oder auch Homeoffice und die Lockerung von Bekleidungsregeln bis hin zu saisonal angepassten Arbeitszeitregelungen meinen (Bauer et al. 2022; Gabriel/Bux 2022).

2.2 Der Ökosozialstaat versteht sich als Ordnungsrahmen und als übergeordnetes Leitprinzip für das Handeln sämtlicher politischer Akteur:innen eines zukunftssicheren politischen Systems

Die Integration ökologischer Nachhaltigkeit in den Sozialstaat darf nicht als nachrangige Zusatzaufgabe verstanden werden. Tatsächlich gilt es, die Ziele der Sozial- und Klimapolitik als substanziell äquivalent zu begreifen: Beide adressieren zentrale Gefährdungen des gesellschaftlichen Wohlergehens. Gesundheitsrisiken durch Hitzewellen, soziale Härten durch Extremwetter oder psychische Belastungen durch Klimaängste zeigen, dass Klimafolgen ebenso wie klassische soziale Risiken die gesamte Bevölkerung betreffen. Damit erhält die ökologische Dimension eine vergleichbare Legitimation wie soziale Sicherheit.

Gefragt ist daher eine umfassende Transformation des Sozialstaates, auf deren Basis Entscheidungen stets (auch) dahin gehend zu beurteilen sind, inwiefern sie dazu beitragen, dass planetare Grenzen nicht über- und soziale Grenzen nicht unterschritten werden, ohne dass dies zulasten der (klassischen) Sozialpolitik ginge. Vielmehr ist der Erfolg von Sozialpolitik nicht mehr vorwiegend an der Höhe und dem Wachstum sozialstaatlich motivierter (insbesondere monetärer) Leistungen zu messen, sondern stärker an ihren Ergebnissen in Bezug auf ihren Beitrag zur Befriedigung individueller wie auch kollektiver Bedürfnisse. Dies erfordert auch eine stärkere Berücksichtigung der Strukturen sozialstaatlicher Leistungen sowie – je nach sozialstaatlichem Handlungsfeld in unterschiedlichem Ausmaß – eine Verschiebung von Geldleistungen hin zu flächendeckenden hochwertigen Dienst- und Sachleistungen und sozial-ökologischen Infrastrukturmaßnahmen. Zugleich bedarf es einer engen Koordination mit der Budget- und Steuerpolitik, um Zielkonflikte zu vermeiden: Ökologische Lenkungsinstrumente wie die CO_2-Bepreisung müssen sozialverträglich gestaltet werden, während sozialstaatliche Transfers ökologische Fehlanreize vermeiden sollten. Der Ökosozialstaat wird so zu einer integrativen Plattform, die unterschiedliche Politikfelder systematisch miteinander verschränkt.

Ein solcher Wandel kann nicht „top-down" verordnet werden, sondern muss durch Partizipation auf Augenhöhe zwischen Staat, Arbeitnehmer:innen, Unternehmen und Zivilgesellschaft getragen werden. Die Entwicklung gemeinsamer positiver Zukunftsbilder ist zentral, um die Transformation nicht als Bedrohung, sondern als Chance wahrzunehmen. Partizipative Prozesse erhöhen nicht nur die Legitimität, sondern auch die Wirksamkeit der Transformation, da sie unterschiedliche Perspektiven bündeln und gesellschaftliche Akzeptanz sichern.

3 ABSCHLUSSBEMERKUNGEN

3.1 Der Sozialstaat erlebt eine „doppelte Transformation" – sozial und ökologisch

Klassische Sozialstaaten entstanden, um Menschen gegen Markt- und Lebensrisiken abzusichern. Heute braucht es zusätzlich die Absicherung gegen ökologische Krisen und die Unterstützung beim Übergang in eine klimaverträgliche Wirtschafts- und Lebensweise; der Sozialstaat wird also zu einem Hebel für die ökologische Transformation. Diese transformative Rolle unterscheidet sich qualitativ von den klassischen Funktionen, weil sie nicht nur einzelne Risiken kompensiert oder präventiv reduziert, sondern aktiv auf die gesellschaftlichen Strukturen selbst einwirkt, sodass ökologische Nachhaltigkeit und die Resilienz gegenüber Klimafolgen sowie soziale Ungleichheit zugleich bearbeitet werden. Der Ökosozialstaat übernimmt damit eine doppelte Aufgabe: Er schützt vor den Risiken des Klimawandels und gestaltet zugleich den gesellschaftlichen Wandel aktiv mit. Als demzufolge gestaltender Akteur in der ökologischen Transformation zielt er darauf ab, unterschiedliche Ziele zu erreichen und miteinander zu versöhnen, so etwa

- die Förderung nachhaltiger Beschäftigung (z. B. Umschulungen und Qualifizierungen für Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen, gekoppelt an ökologische Kriterien),
- die Umgestaltung von Leistungsstrukturen, d. h., sozialstaatliche Unterstützung wird so ausgerichtet, dass sie nicht klimaschädliche Verhaltensweisen stützt, sondern klimafreundliche Praktiken fördert (z. B. Förderung nachhaltiger Wohnformen oder nachhaltiger Mobilität),
- die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz, d. h. die Anpassung an neue Risiken wie Hitzewellen oder Extremwetter, verbunden mit einem Umbau der sozialen Sicherungssysteme, damit sie ökologische Krisen systematisch berücksichtigen, und
- umfassende Gerechtigkeit in der Transformation, d. h., der Sozialstaat übernimmt eine Schlüsselrolle, um Verteilungswirkungen der Klima- und Umweltpolitik auszugleichen und dadurch zu verhindern, dass einkommensschwache Gruppen überproportional belastet werden.

Zu denken ist dies stets auch im Kontext einer normativen Neuausrichtung im Sinne intergenerationeller Gerechtigkeit sowie des Einbezugs zukünftiger Generationen in die Verantwortungsgemeinschaft (Aigner et al. 2021). Denn während der traditionelle Sozialstaat stark auf Umverteilung zwischen Einkommensgruppen oder Altersgruppen fokussiert, berücksichtigt ein ökologisch nachhaltiger Sozialstaat auch die Gerechtigkeit zwischen heutigen und künftigen Generationen, zielt also darauf ab, dass heutige Sicherung nicht auf Kosten der Umwelt von morgen geschieht. Damit verändert sich auch die Legitimationsbasis sozialstaatlicher Politik – nicht nur Gleichheit und Solidarität zwischen sozialen Gruppen sind relevant, sondern auch Verantwortung und Fairness über die Zeit hinweg. Dabei gilt stets: Klimaschutz und soziale Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – sie gehen Hand in Hand.

BIBLIOGRAFIE

Aigner, E./*Allinger,* L./*Eigner,* M./*Moder,* C. (2021). Einleitung: Klimasoziale Politik. In: Die *Armutskonferenz/Attac/BEIGEWUM* (Hg.). Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien, bahoe books, 5–19. Online verfügbar unter https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/presse/downloads/Klimabuch_Einleitung_Nachwort_AutorInnen.pdf (abgerufen am 06.10.2025).

AUVA (2016). Optische Strahlung. Hitzebelastung am Arbeitsplatz. Sicherheitsinformation der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt. Sicherheit Kompakt, M 086. Online verfügbar unter https://auva.at/media/4lulbny4/m_086_optische_strahlung_hitzebelastung.pdf (abgerufen am 10.09.2025).

Bauer, S./*Bux,* K./*Dieterich,* F./*Gabriel,* K./*Kienast,* C./*Klar,* S./*Alexander,* T. (2022). Klimawandel und Arbeitsschutz. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. https://doi.org/10.21934/baua:bericht20220601.

BMK (2021). Zweiter Fortschrittsbericht zur österreichischen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

BMSGPK (Hg.) (2024). Endbericht: Der Ökosozialstaat. Handlungsfelder eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaates. Wien. Online verfügbar unter https://www.sozialministerium.gv.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Services/Studien/Sozialpolitik/Der-%C3%96kosozialstaat_Endbericht.pdf (abgerufen am 14.10.2025).

Bock-Schappelwein, J./*Egger,* A./*Liebeswar,* C./*Marx,* C. (2023). Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Hinblick auf die Ökologisierung der Wirtschaft. Ökojobs gegen Arbeitslosigkeit? Studie im Auftrag des AMS Österreich. Communicatio.

Bothfeld, S. (2022). Sicher und klimafest. Der deutsche Sozialstaat vor einer doppelten Herausforderung. In: *Otto-Brenner-Stiftung* (Hg.). Welche Politik wollen wir? Zur Zukunft des Staates, der Zivilgesellschaft und der Demokratie. Frankfurt, OBS, 133–154.

Döller, F./*Fuhrmann,* M. (2023). Baustelle Pendlerpauschale: AK und ÖGB schlagen Umwandlung in einen Pendlerabsetzbetrag mit Ökobonus vor. A&W-Blog v. 08.05.2023. Online verfügbar unter https://www.awblog.at/Allgemein/baustelle-pendlerpauschale (abgerufen am 10.09.2025).

Egger, A./*Liebeswar,* C./*Bock-Schappelwein,* J. (2024). Arbeitsmarktpolitische Konzepte europäischer PES zur Unterstützung eines Green Deals: Rückschlüsse für Österreich. AMS Report 180.

Flouris, A. D./*Dinas,* P. C./*Ioannou,* L. G./*Nybo,* L./*Havenith,* G./*Kenny,* G. P./*Kjellstrom,* T. (2018). Workers' health and productivity under occupational heat strain: a systematic review and meta-analysis. The Lancet Planetary Health 2 (12), 521–531. https://doi.org/10.1016/S2542-5196(18)30237-7.

Frondel, M./*Kutzschbauch,* O./*Sommer,* S./*Traub,* S. (2017). Die Gerechtigkeitslücke in der Verteilung der Kosten der Energiewende auf die privaten Haushalte. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 18 (4), 335–347. https://doi.org/10.1515/pwp-2017-0034.

Fuchs, S./*Thaler,* T. (2018). Vulnerability and Resilience to Natural Hazards. Cambridge University Press.

Gabriel, K./*Bux,* K. (2022). Arbeitsschutz im Klimawandel – Hitzebelastung durch überwärmte Gebäude in der warmen Jahreszeit. baua: Fokus. https://doi.org/10.21934/baua:fokus20220908.

Gonserkewitz, P./*Schmermbeck,* H./*Ahlemann,* F. (2021). Green IT Quick Wins. HMD Praxis der Wirtschaftsinformatik 58 (1), 167–180.

Helldén, D./*Andersson,* C./*Nilsson,* M./*Ebi,* K. L./*Friberg,* P./*Alfvén,* T. (2021). Climate change and child health: A scoping review and an expanded conceptual framework. The Lancet Planetary Health 5 (3), 164–175. https://doi.org/10.1016/S2542-5196(20)30274-6.

Huang, B./*Yao,* Y. (2023). Does Environmental Regulation Matter for Income Inequality? New Evidence from Chinese Communities. Journal of the Association of Environmental and Resource Economists, 2023/10:5, 1309–1334.

ILO (2019). Working on a warmer planet. The impact of heat stress on labour productivity and decent work. Online verfügbar unter https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/—dgreports/—dcomm/—publ/documents/publication/wcms_711919.pdf (abgerufen am 10.09.2025).

Kletzan-Slamanig, D./*Köppl,* A./*Sinabell,* F./*Kirchmayr,* S./*Müller,* S./*Rimböck,* A./*Voit,* T./*Heher,* M./*Schanda,* R. (2022). Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online verfügbar unter https://wifo.ac.at/wwa/pubid/69687 (abgerufen am 06.10.2025).

Mandelli, M. (2023). Harnessing welfare state theories to explain the emergence of eco-social policies. European Journal of Social Security, 13882627231205760. https://doi.org/10.1177/13882627231205759.

Menges, R./*Traub,* S. (2012). Sozialpolitik im Klimawandel: Konfliktlinien zwischen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Zeitschrift für Sozialreform 58 (3), 343–362. https://doi.org/10.1515/zsr-2012-0305.

Miles-Novelo, A./*Anderson,* C. A. (2019). Climate change and psychology: Effects of rapid global warming on violence and aggression. Current Climate Change Reports 5, 36–46.

Mora, C./*Counsell,* C./*Bielecki,* C./*Louis,* L. (2017). Twenty-Seven Ways a Heat Wave Can Kill You. Deadly Heat in the Era of Climate Change. Circ Cardiovasc Qual Outcomes, 2017/10(11). https://doi.org/10.1161/CIRCOUTCOMES.117.004233.

Papathoma-Köhle, M./*Fuchs,* S. (2020). Vulnerabilität. In: T. *Glade*/M. *Mergili*/K. *Sattler* (Hg.). ExtremA 2019. Aktueller Wissensstand zu Extremereignissen alpiner Naturgefahren in Österreich. Vienna University Press, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co KG, 677–709.

Schlegel, I./*Muthers,* S./*Matzarakis,* A. (2021). Einfluss des Klimawandels auf die Morbidität und Mortalität von Atemwegserkrankungen. UBA (Umwelt und Gesundheit). Online verfügbar unter www.umweltbundesamt.de/publikationen/einfluss-des-klimawandels-auf-die-morbiditaet (abgerufen am 10.09.2025).

Schneider, U. (2023). Sozialstaat und Klimawandel. In: C. *Görg*/K. *Mader*/A. *Muhar*/A. *Novy*/A. *Posch*/K. W. *Steininger*/E. *Aigner* (Hg.). APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben, 499–528. Online verfügbar unter https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-662-66497-1_22 (abgerufen am 06.10.2025).

Union of Concerned Scientists (2021). Too Hot to Work. Assessing the Threats Climate Change Poses to Outdoor Workers. Online verfügbar unter https://www.ucsusa.org/sites/default/files/2021-09/Too-Hot-to-Work_9-7.pdf (abgerufen am 10.09.2025).

Vona, F./*Marin,* G./*Consoli,* D./*Popp,* D. (2018). Environmental Regulation and Green Skills: An Empirical Exploration. Journal of the Association of Environmental and Resource Economists 5 (4), 713–753.

Walker, W. R. (2013). The Transitional Costs of Sectoral Reallocation: Evidence from the Clean Air Act and the Workforce. Quarterly Journal of Economics 128, 1787–1835. https://doi.org/10.1093/qje/qjt022.

Margit Schratzenstaller

BEITRAG DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN ZUM KLIMASOZIALSTAAT[1]

ZUSAMMENFASSUNG

Der Artikel widmet sich Finanzierungsfragen in der sozial-ökologischen Transformation. Nach einer kritischen Betrachtung des bestehenden Abgabensystems und seiner Nachhaltigkeitslücken werden zentrale Ansatzpunkte für Reformen abgeleitet:

- Die Abgabenbelastung ist aufkommensneutral weg vom Faktor Arbeit hin zu Umweltverbrauch und Emissionen sowie bestimmten Steuern auf Vermögen zu verschieben.
- Hindernisse im Abgabensystem für eine gleichmäßige Verteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Haus- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern sind abzubauen.
- Der Budgetspielraum für Investitionen in die sozial-ökologische Transformation ist durch Effizienzreformen im öffentlichen Sektor und einen Abbau ökologisch schädlicher Subventionen zu erweitern.

ABSTRACT

The article addresses financing issues in the socio-ecological transformation. After a critical assessment of the existing tax system and its sustainability gaps, several reform approaches are derived:

- The tax burden should be shifted within a revenue-neutral tax shift away from labour and towards environmental and emission taxes as well as certain taxes on wealth.
- Obstacles in the tax system to the equal distribution of paid work and unpaid domestic and care work between women and men should be removed.
- The budgetary space for investment in the socio-ecological transition needs to be expanded by efficiency reforms in the public sector and by dismantling environmentally harmful subsidies.

1 Der Beitrag stützt sich stark auf Egger et al. (2024) sowie Pitlik/Schratzenstaller (2025).

1 EINLEITUNG

Die bestehenden Finanzierungsstrukturen des österreichischen Sozialstaates sind ausgehend von den Anforderungen und Herausforderungen, die mit der erforderlichen sozial-ökologischen Transformation verbunden sind, derzeit nur als eingeschränkt zukunftsfähig einzuschätzen (Köppl/Schratzenstaller 2015a, 2015b, 2019; Pitlik/Schratzenstaller 2022; Schratzenstaller et al. 2023). Der Beitrag beginnt mit einer kurzen Einschätzung der Nachhaltigkeitslücken im österreichischen Finanzierungssystem. Darauf aufbauend werden Ansatzpunkte für Reformen abgeleitet.

2 NACHHALTIGKEITSLÜCKEN IM BESTEHENDEN FINANZIERUNGSSYSTEM

Das bestehende Finanzierungssystem beruht stark auf der Besteuerung von Arbeitseinkommen, was kurz- und mittelfristig das Angebot an und die Nachfrage nach Erwerbsarbeit dämpft (OECD 2011; Goudswaard/Caminada 2016). Zudem reduziert die hohe Abgabenlast im unteren und mittleren Einkommensbereich besonders das Erwerbsangebot von Müttern (Meghir/Philipps 2010; Bargain/Peichl 2013). Auch unterstützt in Österreich eine Reihe von speziellen steuerlichen bzw. abgabenrechtlichen Regelungen die bestehende ungleiche Verteilung der Erwerbsarbeit und damit implizit auch der Haus- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen (Schratzenstaller/Dellinger 2018).

Dagegen wird das Lenkungs- und Finanzierungspotenzial von Umweltsteuern, die zur erforderlichen ökologischen Transformation beitragen können, unterdurchschnittlich genutzt. Dies gilt einerseits für die CO_2-Bepreisung, die 2025 55 Euro und damit ein Niveau erreicht hat, das nur einen Bruchteil des CO_2-Preises beträgt, der laut aktuellen Schätzungen zur Erreichung der Klimaziele erforderlich wäre. Andererseits werden Umweltsteuern jenseits von CO_2-Abgaben (deren Aufkommenspotenzial durch eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Wirtschaft langfristig zurückgeht) unzureichend genutzt, so etwa auf Abfall, Bodenverbrauch oder den motorisierten Individualverkehr, der auch in elektrifizierter Form mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt (Ressourcen- und Stromverbrauch, Feinstaub, Platzverbrauch etc.) verbunden ist. Besonders auf den subnationalen föderalen Ebenen werden Steuern auf lokale Umweltprobleme (beispielsweise Stau oder hoher Bodenverbrauch in Städten für Parkplätze für den motorisierten Individualverkehr) nur in geringem Umfang eingesetzt (Kletzan-Slamanig/Schratzenstaller 2023). Gleichzeitig werden die Lenkungseffekte der bestehenden Klima- und Umweltsteuern durch umfangreiche klimaschädliche Subventionen (z. B. Pendler:innenförderung, Dienstwagenprivileg, Dieselprivileg etc.) konterkariert, die klimaschädliches Verhalten fördern und jährlich mindestens 4,1 bis 5,7 Mrd. Euro erreichen (Kletzan-Slamanig et al. 2022). Nicht zuletzt fehlt eine regelmäßige Anpassung der umweltbezogenen Steuern an die Inflation, um ihre laufende reale Entwertung („kalte Deflation“) und damit die Erosion ihres Lenkungspotenzials zu vermeiden.

Zudem ist der Finanzierungsbeitrag von vermögensbezogenen Steuern in Österreich gering und liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Vermögensbezogene Steuern unterstützen in Österreich derzeit die erforderliche sozial-ökologische Transformation kaum, weil sie einerseits Umweltziele nicht unterstützen. Andererseits leisten sie auch keinen Beitrag zu einer gleicheren Vermögensverteilung, obwohl diese in Österreich im europäischen Vergleich relativ ungleich ist und die oberen Einkommensschichten, wie globale Schätzungen (Schöngart et al. 2025) nahelegen, einen deutlich überproportionalen Anteil der ökologischen Schäden, etwa Treibhausgasemissionen, verursachen. Gleichzeitig bleiben damit derzeit langfristig ergiebige Finanzierungs-

quellen – wie hohe Erbschaften, die künftig in Österreich wie in anderen Ländern an Bedeutung gewinnen dürften (Krenek et al. 2022), oder die Grundsteuer – ungenutzt bzw. untergenutzt.

Eine sozial ausgewogene Klimapolitik benötigt mittelfristig ausreichende budgetäre Spielräume, um in eine sozial-ökologische Infrastruktur sowie in Klimawandelanpassungsmaßnahmen vor allem für die vulnerablen Gruppen investieren und die Beseitigung von Klimaschäden finanzieren zu können. Allerdings gibt es derzeit keine umfassende Strategie, um potenzielle Budgetspielräume zu realisieren.

In Österreich gibt es zunächst eine Reihe von Effizienzpotenzialen im öffentlichen Sektor, die insbesondere das Fördersystem, das Gesundheitswesen, Doppelgleisigkeiten im Föderalismus sowie das Pensionssystem (mit der nach wie vor bestehenden Lücke zwischen dem gesetzlichen und dem faktischen Pensionsantrittsalter) betreffen. Schritte zur Realisierung dieser Effizienzpotenziale werden nur vereinzelt (etwa im Rahmen des Ende 2023 beschlossenen Finanzausgleichs 2024 bis 2028) gesetzt und basieren nicht auf einer gesamthaften Strategie. Außerdem sind der Klimawandel bzw. eine unzureichende Klimapolitik mit erheblichen bereits spürbaren budgetären Kosten bzw. künftigen budgetären Risiken verbunden, die die Spielräume für die Finanzierung staatlicher Aufgaben im Allgemeinen und des Sozialstaats im Besonderen kurz- und langfristig einschränken. Diese Kosten des klimapolitischen Nichthandelns (z. B. Ausgaben für Klimawandelanpassungsmaßnahmen), künftige klimawandelbedingte budgetäre Risiken (z. B. eine langfristige Erhöhung der Finanzierungskosten für die Staatsschuld aufgrund der Defizite in der Klimaresilienz, aufgrund von durch die öffentliche Hand zu beseitigenden Schäden durch Extremwetterereignisse oder aufgrund von Zertifikatskäufen bei einer möglichen Verfehlung der Klimaziele) und Möglichkeiten ihrer Vermeidung werden derzeit wenig thematisiert (vgl. dazu Köppl/Schratzenstaller 2024). Auch bedeuten die erwähnten klimakontraproduktiven Subventionen eine erhebliche budgetäre Belastung; eine umfassende Strategie zu ihrem Abbau oder zu einer klimafreundlichen Reform fehlt bislang.

Institutionelle Rahmenbedingungen zur Unterstützung einer sozial-ökologischen Transformation im Bereich der öffentlichen Finanzen sind in Österreich bereits etabliert, aber in bestimmten Bereichen ausbaufähig. Dies betrifft die wirkungsorientierte Haushaltsführung des Bundes einschließlich des Gender Budgeting, die Green-Budgeting-Aktivitäten des BMF sowie die Verzahnung der diversen Maßnahmen und Strategien zur Verstärkung der Wirkungsorientierung bzw. zum Priority Budgeting. Zudem gibt es bisher nur wenig Schritte zur Ausweitung dieser wirkungsorientierten Ansätze auf Länder- und Gemeindeebene.

3 ANSATZPUNKTE FÜR EINE SOZIO-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Eine transformationsorientierte Reform der Finanzierung des Sozialstaats erfordert eine aufkommensneutrale Umgestaltung der bestehenden Abgabenstruktur. Diese hätte auch auf einen fiskalisch nachhaltigen Finanzierungsmix zu achten, unter anderem dadurch, dass das Abgabensystem bzw. die Finanzierung unabhängiger von der Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung wird. Zudem sollten zusätzlich erforderliche Ausgaben zur Bewältigung der sozial-ökologischen Transformation möglichst nicht durch höhere öffentliche Defizite finanziert werden, sondern durch Maßnahmen zur Erweiterung der budgetären Spielräume.

Eine die sozial-ökologische Transformation unterstützende aufkommensneutrale Umgestaltung des Abgabensystems sollte als generelle Stoßrichtung die Senkung der Abgaben auf Arbeit ver-

folgen, die durch eine stärkere Nutzung von Umweltsteuern sowie von bestimmten vermögensbezogenen Steuern kompensiert werden könnte.

Ein Ansatzpunkt für eine Entlastung der Arbeitseinkommen aus Sicht der Beschäftigten wäre eine Senkung der Lohnsteuer vor allem im unteren und mittleren Tarifbereich, die allerdings Einkommensbezieher:innen, deren Einkommen unter dem steuerfreien Grundfreibetrag bleibt (gut ein Drittel der unselbstständig Beschäftigten), nicht entlastet. Quantitativ bedeutender wären weitere steuerfinanzierte einkommensabhängige Senkungen der arbeitnehmer:innenseitigen Sozialversicherungsbeiträge und damit eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung.[2] So könnten gezielt die besonders abgabenreagiblen unteren Einkommen entlastet werden. Eine Option wäre auch die künftige Finanzierung der Wohnbauförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus allgemeinen Steuermitteln statt aus lohnsummenbezogenen Dienstnehmer:innenabgaben.

Zur Senkung der Lohnnebenkosten der Unternehmen bietet sich ebenfalls die Umstellung der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben (wie Wohnbauförderung oder Familienpolitik) an. Denkbar wäre auch eine Reduktion der auf der kommunalen Lohnsumme basierenden, von den Unternehmen zu entrichtenden Kommunalsteuer, die durch eine stärkere Ausschöpfung der Grundsteuer gegenfinanziert werden könnte.

Eine gleichmäßigere Verteilung von Erwerbsarbeit und damit implizit von Haus- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen könnte neben einer generellen Entlastung vor allem der unteren und mittleren Einkommen, die das besonders steuersensible Arbeitsangebot von Frauen und insbesondere Müttern ausdehnen sollte, auch durch den Abbau steuerlicher und abgabenrechtlicher Regelungen (etwa der Überstundenbegünstigung, des Alleinverdiener:innenabsetzbetrags oder der beitragsfreien Mitversicherung in der Krankenversicherung) unterstützt werden, die eine ungleiche Verteilung der Erwerbsarbeit begünstigen.

Die Einnahmenausfälle aus einer Senkung der arbeitsbezogenen Abgaben sollten teilweise durch eine schrittweise Erhöhung von Umweltsteuern kompensiert werden, die gleichzeitig umweltpolitische Lenkungseffekte hätte. Optionen sind ein ambitionierter Erhöhungspfad für die jüngst eingeführte CO_2-Bepreisung sowie weitere Steuern auf den motorisierten Individualverkehr. Dabei ist auf eine sozial ausgewogene Ausgestaltung von CO_2-Abgaben sowie Energieabgaben, die geringere Einkommen bzw. vulnerable Gruppen besonders belasten können, durch geeignete Kompensationsmaßnahmen zu achten (Lechinger/Six 2021; Theine et al. 2022). In Kombination mit der Bereitstellung einer sozial-ökologischen Infrastruktur, die Grundbedürfnisse abdeckt – etwa leistbarer öffentlicher Verkehr oder leistbare energieeffiziente Wohnungen (European Commission 2023) –, sind finanzielle Kompensationsmaßnahmen, die untere Einkommen besonders stark entlasten, geeignetere Instrumente für die soziale Abfederung einer CO_2-Bepreisung als Steuerbegünstigungen für Investitionen privater Haushalte in Niedrigemissionstechnologien (Zachmann et al. 2018). Eine seit Kurzem verstärkt diskutierte Differenzierung der CO_2-Bepreisung nach Gütern und Dienstleistungen des Grundbedarfs einerseits und Luxusgütern (Oswald et al. 2023) andererseits erscheint dagegen problematisch: Einerseits sind Umsetzungsprobleme denkbar (Abgrenzung von „Luxuskonsum", administrativer Aufwand, Behandlung von Importen bei Fehlen eines CO_2-Grenzausgleichsmechanismus), andererseits ist fraglich, ob der Luxuskonsum oberer Einkommensschichten stark auf Preissignale reagiert. Auch

2 Eine solche Verschiebung der Finanzierungsstruktur der sozialen Sicherung weg von lohnbezogenen Beiträgen hin zu einer stärkeren Steuerfinanzierung wäre freilich mit institutionellen und politökonomischen Herausforderungen verbunden, denen bei entsprechenden Reformen ein besonderes Augenmerk zu schenken ist.

sollte der CO_2-Preis die verursachten Umwelt- bzw. Klimaschäden widerspiegeln. Die geringere steuerliche Leistungsfähigkeit unterer Einkommen und die Leistbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des Grundbedarfs sollten dagegen über Kompensationsmaßnahmen für untere Einkommen berücksichtigt werden.

Darüber hinaus sollten auch Steuern bzw. steuerliche Instrumente stärker genutzt werden, die Anreize für einen sparsameren Umgang mit der Ressource Boden setzen können (Arnold et al. 2023), so etwa die Grundsteuer, Zweitwohnsitz- oder Leerstandsabgaben auf der Länderebene oder kommunale Lenkungsabgaben (Parkraumabgabe, City-Maut, Verkehrserregerabgabe).

Abhängig von der besteuerten Aktivität können Umweltsteuern auch langfristig stabile Finanzierungsquellen sein. Die Einnahmen aus einer effektiven Bepreisung von Treibhausgasemissionen gehen langfristig zurück. Von der Besteuerung von Strom, des motorisierten Individualverkehrs sowie der Nutzung von Boden sind dagegen auch langfristig stabile Einnahmen zu erwarten.

Eine zweite Quelle zur Gegenfinanzierung arbeitsbezogener Abgaben ist die stärkere Ausschöpfung bestimmter vermögensbezogener Steuern. Konkret geht es erstens um eine stärkere Nutzung der Grundsteuer, die bei geeigneter Ausgestaltung auch positive ökologische Lenkungseffekte hätte (Leodolter et al. 2022; Arnold et al. 2023). Zweitens könnte die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer einen Beitrag zur Erhöhung der Chancengleichheit und zu einer Verringerung der Vermögensungleichheit leisten. Ebenso wie die Grundsteuer stellt auch die Erbschafts- und Schenkungssteuer eine langfristig ergiebige Finanzierungsquelle dar. Die aktuell diskutierte Erhebung einer allgemeinen Vermögenssteuer für die vermögendsten Teile der Bevölkerung (z. B. Chancel et al. 2023) erscheint (ebenso wie eine Erbschafts- und Schenkungssteuer) als umweltpolitisches Instrument wenig geeignet. Denn es ist zweifelhaft, ob eine durch die Besteuerung hoher Vermögen erzielte Verringerung der Vermögensungleichheit tatsächlich ausreicht, den CO_2-Fußabdruck bzw. den „Luxuskonsum" der sehr Vermögenden effektiv einzudämmen. Zudem ist eine allgemeine Vermögenssteuer auf nationaler Ebene schwierig umzusetzen (Krenek/Schratzenstaller 2022) und dürfte allgemein mit deutlich höheren Ausweichreaktionen verbunden sein als eine Erbschafts- und Schenkungssteuer.[3]

Zur langfristigen Sicherstellung der Finanzierung zusätzlicher aus dem Klimawandel erwachsender sozialstaatlicher Aufgaben und Ausgaben sind, alles in allem, rasch Maßnahmen zur Ausweitung der Budgetspielräume einzuleiten, die auf drei Säulen beruhen sollten: Erstens sind die umfangreichen klima- bzw. umweltkontraproduktiven Subventionen (z. B. Pendler:innenförderung, Dieselprivileg) abzubauen oder klimafreundlicher und treffsicherer auszugestalten. Zweitens sind bestehende Ineffizienzen im öffentlichen Sektor (z. B. im Gesundheitswesen oder Fördersystem) auf Basis einer umfassenden Gesamtstrategie zu verringern. Auch Maßnahmen zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters sind zu forcieren. Drittens sind alle Klimaschutzmaßnahmen, die auf österreichischer Ebene zur Verringerung der budgetären klimawandelbedingten Kosten sowie der künftigen budgetären Risiken aus dem Klimawandel gesetzt werden können, voranzutreiben.

Die bestehenden rechtlichen/institutionellen Ansatzpunkte zur Unterstützung einer an der sozial-ökologischen Transformation orientierten Finanzierung des ökologisch nachhaltigen Sozialstaats sind in bestimmten Bereichen nachzuschärfen oder zu vertiefen. So könnten die Sustainable Development Goals explizit und verpflichtend in der wirkungsorientierten Haushaltsfüh-

3 Für einen Überblick über die aktuelle empirische Literatur siehe auch Schratzenstaller (2025).

rung auf Bundesebene berücksichtigt werden. Die Green-Budgeting-Aktivitäten des BMF sollten wie geplant schrittweise erweitert werden. Des Weiteren sollten die diversen Maßnahmen und Strategien zur Stärkung einer wirkungsorientierten Haushaltsführung sowie des Priority Budgeting integriert werden. Schließlich sollten diese rechtlichen/institutionellen Rahmenbedingungen auch auf Länder und Gemeinden ausgeweitet werden.

4 ABSCHLUSSBEMERKUNGEN

Auch die österreichischen öffentlichen Finanzen sind auf die Herausforderungen durch den Klimawandel bzw. die sozial-ökologische Transformation besser vorzubereiten. Das Regierungsprogramm der seit Februar 2025 amtierenden Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS enthält einige positive Ansätze in diese Richtung. Bereits beschlossen ist die Einführung eines Klimachecks in der Wirkungsfolgenabschätzung, geplant sind die Reform ökologisch kontraproduktiver Subventionen und die Senkung der Lohnnebenkosten. Allerdings weist das Regierungsprogramm auch einige Lücken auf: Weder eine Reform der Grundsteuer noch die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer sind vorgesehen. Es gibt außerdem keine Pläne zur Stärkung der Umweltsteuern, weder in Form von Erhöhungen noch einer Indexierung.

Schließlich ist die Chance kaum genutzt worden, die Maßnahmen, die in den kommenden Jahren zur Sanierung der öffentlichen Haushalte umgesetzt werden müssen, in den Dienst der Klimapolitik zu stellen. Zunächst liegt ein Schwerpunkt der beschlossenen Kürzungen von Bundesförderungen auf den in den letzten Jahren deutlich ausgeweiteten Klima- und Umweltförderungen. Von den Förderkürzungen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro im Jahr 2025 bzw. 2,15 Mrd. Euro im Jahr 2029 entfallen 0,56 Mrd. Euro oder 43 % (2025) bzw. 1 Mrd. Euro oder 46 % (2029) auf Umweltförderungen. Zudem werden die (befristete) Steuerbefreiung für Photovoltaikanlagen (vorzeitig) und die Befreiung von Elektroautos von der motorbezogenen Versicherungssteuer abgeschafft. Auch werden die Rahmenplaninvestitionen der ÖBB-Infrastruktur um 0,15 Mrd. Euro (2025) bzw. 0,42 Mrd. Euro (2026) gekürzt; auch in den Folgejahren ist ein Konsolidierungsbeitrag eingeplant. Dagegen fallen Klimaschutzmaßnahmen wie die Erhöhung der Mauttarife (20 Mio. Euro p. a.), die Offensive „Sauberes Österreich“ (30 Mio. Euro jährlich ab 2026) und der Lückenschluss in der Mobilitätsunterstützung für Lehrlinge (5 Mio. Euro p. a.) kaum ins Gewicht. Der Abschaffung des Klimabonus wäre eine sozial treffsicherere Ausgestaltung vorzuziehen gewesen, um die unteren Einkommen, die durch die CO_2-Bepreisung besonders betroffen sind, gezielt zu entlasten. Eine Evaluierung sowie die sozial treffsicherere und damit auch budgetschonendere Ausgestaltung auch der grünen Förderungen sind jedenfalls sinnvoll. Allerdings müssen nun rasch äquivalente Regulierungen in den Bereichen Gebäude und Verkehr implementiert werden, um nicht eine Verfehlung der Klimaziele zu riskieren, die langfristig mit höheren Kosten verbunden wäre.

Insgesamt sind somit rasche und entschiedene Schritte zur Anpassung des österreichischen Finanzierungssystems erforderlich, um die anstehende sozialökologische Transformation wirksam zu unterstützen.

BIBLIOGRAFIE

Arnold, Elisabeth/*Falkner,* Katharina/*Schratzenstaller,* Margit/*Sinabell,* Franz (2023). Auswirkungen des Flächenverbrauchs für die Versorgungssicherheit und steuerliche Instrumente zu

dessen Eindämmung. Wien, WIFO. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71122 (abgerufen am 03.09.2025).

Bargain, Olivier/*Peichl,* Andreas (2013). Steady-State Labor Supply Elasticities: A Survey (IZA DP Nr. 7698). Online verfügbar unter https://docs.iza.org/dp7698.pdf (abgerufen am 03.09.2025).

Chancel, Lucas/*Bothe,* Philipp/*Voituriez,* Tancrède (2023). Climate Inequality Report 2023, Fair Taxes for a Sustainable Future in the Global South. Online verfügbar unter https://wid.world/news-article/climate-inequality-report-2023-fair-taxes-for-a-sustainable-future-in-the-global-south/ (abgerufen am 03.09.2025).

Egger, Andrea/*Liebeswahr,* Claudia/*Mayer,* Wolfgang/*Bock-Schappelwein,* Julia/*Falkner,* Katharina/*Famira-Mühlberger,* Ulrike/*Köppl,* Angela/*Mayrhuber,* Christine/*Schratzenstaller,* Margit (2024). Handlungsfelder eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaats. In: *Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)* (Hg.). Sozialbericht 2024 – Band II: Sozialpolitische Analysen. Wien, 99–174. Online verfügbar unter https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:5c52548c-54ab-413e-aec2-f48500c32a83/BMSGPK_Sozialbericht2024_Band-II_pdfUA.pdf (abgerufen am 03.09.2025).

European Commission (2023). Directorate General for Employment, Social Affairs and Inclusion. The Future of Social Protection and of the Welfare State in the EU. LU, Publications Office. Online verfügbar unter https://data.europa.eu/doi/10.2767/35425 (abgerufen am 03.09.2025).

Goudswaard, Kees/*Caminada,* Koen (2016). Social Security Contributions: Economic and Public Finance Considerations. International Social Security Review 68 (4), 25–45. https://doi.org/10.1111/issr.12086.

Kletzan-Slamanig, Daniela/*Köppl,* Angela/*Sinabell,* Franz/*Kirchmayr,* Sabine/*Müller,* Stella/*Rimböck,* Alexander/*Voit,* Thomas/*Heher,* Martino/*Schanda,* Reinhard (2022). Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich. Wien, WIFO. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69687 (abgerufen am 03.09.2025).

Kletzan-Slamanig, Daniela/*Schratzenstaller,* Margit (2023). Ökologisierung des Abgabensystems im Föderalstaat. Nachhaltigkeitsrecht 3 (1), 92–95. https://doi.org/10.33196/nr202301009201.

Köppl, Angela/*Schratzenstaller,* Margit (2015a). Das österreichische Abgabensystem – Reformperspektiven. WIFO-Monatsberichte 88 (2), 127–135. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/50947 (abgerufen am 03.09.2025).

Köppl, Angela/*Schratzenstaller,* Margit (2015b). Das österreichische Abgabensystem – Status-quo. WIFO-Monatsberichte 88 (2), 109–126. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/50946 (abgerufen am 03.09.2025).

Köppl, Angela/*Schratzenstaller,* Margit (2019). Ein Abgabensystem, das (Erwerbs-)Arbeit fördert. In: Irmi *Seidl*/Angelika *Zahrnt* (Hg.). Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft. Marburg, Metropolis, 207–225. Online verfügbar unter https://www.metropolis-verlag.de/Ein-Abgabensystem%2C-das-%28Erwerbs-%29Arbeit-foerdert/14377/book.do;jsessionid=6A1094FCDE139E315724552987F16D77 (abgerufen am 03.09.2025).

Köppl, Angela/*Schratzenstaller,* Margit (2024). Policy Brief: Budgetäre Kosten und Risiken durch klimapolitisches Nichthandeln und Klimarisiken. Wien, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online verfügbar unter https://www.wifo.ac.at/publication/pid/37514932 (abgerufen am 03.09.2025).

Krenek, Alexander/*Schratzenstaller,* Margit/*Grunberger,* Klaus/*Thiemann,* Andreas (2022). The Revenue Potential of Inheritance Taxation in Light of Ageing Societies. JRC129077. European Commission. Online verfügbar unter https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC129077 (abgerufen am 03.09.2025).

Krenek, Alexander/*Schratzenstaller,* Margit (2022). A Harmonized Net Wealth Tax in the European Union. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 242 (5–6), 629–668. Online verfügbar unter https://www.degruyterbrill.com/document/doi/10.1515/jbnst-2021-0045/html (abgerufen am 03.09.2025).

Lechinger, Vanessa/*Six,* Eva (2021). Die soziale Gestaltung einer ökologischen Steuerreform? Das Beste aus mehreren Welten. Wirtschaft und Gesellschaft 47 (2), 171–196. Online verfügbar unter https://journals.akwien.at/wug/article/view/2021_47_2_0171 (abgerufen am 03.09.2025).

Leodolter, Alexander/*Princen,* Savina/*Rutkowski,* Aleksander (2022). Immovable Property Taxation for Sustainable & Inclusive Growth. Publications Office of the European Union. Online verfügbar unter https://data.europa.eu/doi/10.2765/431531 (abgerufen am 03.09.2025).

Meghir, Costas/*Phillips,* David (2010). Labour Supply and Taxes. In: James A. *Mirrlees*/Stuart *Adam*/Timothy *Besley*/Richard *Blundell*/Stephen *Bond*/Robert *Chote*/Malcolm *Gammie*/Paul *Johnson*/Gareth *Myles*/James *Poterba* (Hg.): Dimensions of Tax Design, The Mirrlees Review. Oxford University Press, 202–274. Online verfügbar unter https://ifs.org.uk/sites/default/files/output_url_files/mirrlees_dimensions.pdf (abgerufen am 03.09.2025).

OECD (2011). Taxation and Employment. OECD Tax Policy Studies. OECD. https://doi.org/10.1787/9789264120808-en.

Oswald, Yannick/*Millward-Hopkins,* Joel/*Steinberger,* Julia K./*Owen,* Anne/*Ivanova,* Diana (2023). Luxury-focused Carbon Taxation Improves Fairness of Climate Policy. One Earth 6 (7), 884–898. https://doi.org/10.1016/j.oneear.2023.05.027.

Pitlik, Hans/*Schratzenstaller,* Margit (2022). Kurzexpertise zu Abgabensystem und Ausgabenstrukturen im internationalen Vergleich. Ausgangssituation und Reformbedarf. Wien, WIFO. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67988 (abgerufen am 03.09.2025).

Pitlik, Hans/*Schratzenstaller,* Margit (2025). Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029. WIFO-Monatsberichte 98 (6), 317–330. Online verfügbar unter https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60272915 (abgerufen am 03.09.2025).

Schöngart, Sarah/*Nicholls,* Zebedee/*Hoffmann,* Roman/*Pelz,* Setu/*Schleussner,* Carl-Friedrich (2025). High-income Groups Disproportionately Contribute to Climate Extremes Worldwide. Nature Climate Change 15 (6), 627–633. https://doi.org/10.1038/s41558-025-02325-x.

Schratzenstaller, Margit (2025). Behavioral Responses to Inheritance Taxation – a Review of the Empirical Literature. Economic Analysis and Policy 85, 238–260. https://doi.org/10.1016/j.eap.2024.11.026.

Schratzenstaller, Margit/*Dellinger,* Fanny (2018). Regelungen im österreichischen Abgabensystem mit gleichstellungspolitischer Relevanz. WIFO-Monatsberichte 91 (2), 121–137. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/60944 (abgerufen am 03.09.2025).

Schratzenstaller, Margit/*Köppl,* Angela/*Schleicher,* Stefan (2023). Der Beitrag des österreichischen Abgabensystems zur sozio-ökologischen Transformation. WIFO Research Briefs 3. Online verfügbar unter http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70654 (abgerufen am 03.09.2025).

Theine, Hendrik/*Humer,* Stefan/*Moser,* Mathias/*Schnetzer,* Matthias (2022). Emissions Inequality: Disparities in Income, Expenditure, and the Carbon Footprint in Austria. Ecological Economics 197, 107435. https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2022.107435.

Zachmann, Georg/*Fredriksson,* Gustav/*Claeys,* Grégory (2018). The Distributional Effects of Climate Policies. Bruegel Blueprint Series 28. Online verfügbar unter https://www.bruegel.org/sites/default/files/wp_attachments/Bruegel_Blueprint_28_final1.pdf (abgerufen am 03.09.2025).

Andrea E. Schmidt, Felix Durstmüller, Katharina Dinhof, Marlene Brettenhofer, Katharina Brugger

DOPPELTE BELASTUNG DURCH DEN KLIMAWANDEL: AKTUELLE EVIDENZ ZU KLIMA- UND WETTERBEDINGTEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE ARBEITSREALITÄT VON GESUNDHEITSBERUFEN IN ÖSTERREICH

ZUSAMMENFASSUNG

Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen sind durch den Klimawandel doppelt belastet. Sie sind sowohl selbst gesundheitlichen Risiken ausgesetzt als auch mit einem steigenden Versorgungsbedarf konfrontiert. Ergebnisse zweier Befragungen und eines Workshops zeigen ein starkes Problembewusstsein und Engagement unter den Gesundheitsberufen, während Anpassungsmaßnahmen auf betrieblicher und institutioneller Ebene oftmals unzureichend sind. Das Konzept der transformativen Anpassung bietet einen strategischen Ansatz, um die Resilienz zu stärken und gleichzeitig strukturelle Ursachen von Verwundbarkeit – wie hohe Arbeitsbelastung bei geringer Bezahlung – zu adressieren.

- Sechs von zehn Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen spüren bereits Auswirkungen des Klimawandels auf ihren Arbeitsplatz und die Tätigkeiten im Betrieb.
- Institutionalisierte Anpassungsmaßnahmen fehlen weitgehend bzw. treffen auf strukturelle Barrieren. Bislang dominieren kurzfristige oder technische Maßnahmen.
- Im Sinne einer transformativen Anpassung gilt es, die Grundstruktur von Versorgungssystemen und den damit verbundenen Arbeitsbedingungen neu zu denken.

ABSTRACT

Employees in the health and social care sector face a dual burden from climate change. Health professionals are personally affected by climate-related health risks while simultaneously facing rising care demands. Findings from two surveys and a workshop indicate a high level of problem awareness and professional commitment among health workers, while adaptation measures at the organizational and institutional levels remain insufficient. The concept of transformative adaptation provides a strategic framework to enhance resilience while addressing structural determinants of vulnerability – such as high workloads and low wages.

- Six out of ten employees in the health and social care sector already perceive the impacts of climate change on their workplace and daily work practices.
- Institutionalised adaptation measures are largely absent or limited by structural barriers. To date, short-term or technical responses prevail.
- In line with transformative adaptation, the fundamental organisation of care systems and the associated working conditions need to be reconsidered.

1 EINLEITUNG

Im Kontext der sozial-ökologischen Transformation der Arbeitswelt und angesichts der Auswirkungen des Klimawandels auf dieselbe gilt es, besonderes Augenmerk auf jene Berufsgruppen zu richten, die als die (eigentlichen) Leistungsträger:innen des Alltagslebens (Krisch et al. 2020) gelten und somit systemerhaltende Faktoren einer „Ökonomie des Alltagslebens" sind – wie insbesondere während der COVID-19-Pandemie deutlich wurde. Diese Systemerhalter:innen erfahren allerdings aufgrund ihrer häufig geringen Bezahlung und mangelnder Qualität der Arbeitsbedingungen als Beschäftigte häufig nur wenig Anerkennung. Zentral ist die Gruppe der Gesundheitsberufe: Im Jahr 2023 waren rund 220.000 Personen als Angehörige der Gesundheitsberufe in Österreich registriert, davon sind unter anderem Diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger:innen, Pflege(fach)assistent:innen umfasst (Pilwarsch et al. 2024). Insgesamt waren in demselben Jahr im Gesundheits- und Sozialwesen rund 364.000 Menschen unselbstständig beschäftigt, darunter fallen auch akademische Berufe wie Ärzt:innen in Krankenanstalten sowie nichtmedizinische Berufe. Drei Viertel aller Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen sind Frauen, das Median-Bruttojahreseinkommen lag im Jahr 2023 mit 30.811 Euro unter dem Gesamtdurchschnitt (35.314 Euro) der Einkommen in Österreich (Rechnungshof 2024). Eine Prognose zeigt, dass bis 2030 rund 51.100 Pflege- und Betreuungspersonen nach- oder neubesetzt werden müssen (Juraszovich et al. 2023). Diese Beschäftigungslücke verdeutlicht auch die Dringlichkeit, die sich aus einer Vernachlässigung in der Anerkennung und Entlohnung von systemrelevanten Berufen ergeben kann: Mehr als ein Viertel der Personen in Pflegeberufen gibt im Arbeitsklima-Index der Arbeiterkammer Oberösterreich an, von psychisch belastender und aufreibender Arbeit betroffen zu sein (27,5 %), verglichen mit weniger als 10 % (7,6 %) in anderen Berufen (Arbeitsklima Index 2024)[1]. Auch im europäischen Vergleich zeigt sich diese hohe Belastungssituation mehr als deutlich: Laut einer Eurofound-Befragung sind Pflegekräfte doppelt so stark belastet wie alle anderen Berufsgruppen im EU-Durschnitt (Eurofound 2021, zitiert nach OECD 2024).

Wie der Zweite Österreichische Sachstandsbericht Klimawandel (Huppmann et al. 2025) betont, werden die Auswirkungen des Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten in Österreich zunehmen. Dieser wirkt bereits auf alle Lebensbereiche und hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Zunehmende Hitze, UV-Strahlung und Extremwetterereignisse, aber auch indirekte Auswirkungen durch vermehrtes Auftreten von vektorübertragenen Krankheiten und Allergien stellen erhebliche gesundheitliche Risiken für Arbeitnehmer:innen unterschiedlichster Berufsgruppen dar (Bühn/Voss 2023; Durstmüller et al. [i. E.]; Schulte et al. 2016; Scott et al. 2024). Neben Gesundheitsproblemen führen klimaassoziierte Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz unter anderem auch zu verminderter Arbeitsproduktivität (Costa et al. 2024; Kimmich et al. 2025), steigendem Risiko von Arbeitsunfällen (Drescher/Janzen 2025) sowie zu einer Zunahme von Krankenständen (Grobe/Bessel 2025).

Nicht alle klimaassoziierten Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz betreffen Gesundheitsberufe gleichermaßen. Doch insbesondere Hitze sowie andere Extremwetterereignisse belasten Beschäftigte im Gesundheitssystem in mehrfacher Hinsicht. Nicht nur sind sie selbst in Beruf und Alltag von Hitzestress (bzw. im Fall von Katastropheneinsätzen bei anderen Extremwetterereignissen von Unfallrisiken) betroffen (Tsakonas et al. 2024), sondern es steigt bei Extremwetterereignissen auch der Versorgungsbedarf (Ledebur et al. [i. E.]; Alho et al. 2024). Gepaart mit

1 Auswertungen verfügbar unter https://pflegereporting.at/indikatoren/arbeitssituation-und-gesundheit-der-pflegepersonen (abgerufen am 20.11.2025).

einer möglichen höheren Rate an von Arbeitsunfähigkeit Betroffenen in den Gesundheitsberufen stellen Hitzewellen und andere klimawandelbedingte Extremwetterereignisse für die Resilienz und Versorgungssicherheit des Gesundheitssystems sowie für die Behandlungsqualität ein Problem dar. Dementsprechend gilt es, ein besonderes Augenmerk auf die Betroffenheit von Angehörigen der Gesundheitsberufe zu legen, um in weiterer Folge geeignete Interventionen zu setzen.

Dieser Artikel fasst aktuelle Ergebnisse aus wissenschaftlichen Projekten zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Gesundheitsberufe zusammen und setzt diese in Beziehung zum Potenzial der sozial-ökologischen Transformation der Arbeitswelt. Aus theoretischer Sicht bietet das Konzept der transformativen Anpassung (Fedele et al. 2019) in diesem Zusammenhang einen ganzheitlichen Ansatz, indem sozioökologische Systeme inklusive Gesundheits- und Langzeitpflegesystemen als Teil der Daseinsvorsorge umgestaltet werden, um die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen (IPCC 2022) und die Grundursachen der Vulnerabilität gegenüber dem Klimawandel zu bekämpfen (Fedele et al. 2019). Trotz der expliziten Nennung in der „Österreichischen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel" (Balas et al. 2024) ist diese Perspektive in bisherigen Forschungsarbeiten noch wenig berücksichtigt.

2 DATEN UND METHODEN

Die Ergebnisse basieren auf einem Methodenmix aus Befragungen und Workshops. Einerseits stammen diese aus zwei Befragungen, die am Kompetenzzentrum Klima und Gesundheit der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) bzw. in Kooperation mit aks gesundheit durchgeführt wurden. Beide Befragungen bezogen sich auf den Wissensstand und die Risikoeinschätzung zu Klimawandel und Gesundheit (bzw. von Hitze), auf die erlebten Auswirkungen (Betroffenheit), den Umsetzungsgrad und die Bewertung betrieblicher Maßnahmen im Umgang mit den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels (bzw. von Hitze) und die Befürwortung von Klima- bzw. Hitzeschutzmaßnahmen (Brugger et al. 2024; Dinhof/Schmidt [i. E.]):

- Die österreichweite Befragung erfolgte zwischen Juli und November 2023 mittels Onlinefragebogen (n = 416), der per E-Mail an Vertretungen von Gesundheitsberufen (z. B. Gewerkschaften) in ganz Österreich versandt wurde, die den Fragebogen an die Zielgruppe der Gesundheitsberufe bzw. im Schneeballprinzip weiterleiteten (vgl. dazu Brugger et al. 2024).
- Zur Untersuchung der Hitzekompetenz – einschließlich wahrgenommener Hitzebelastung und der Umsetzung betrieblicher Hitzeschutzmaßnahmen – wurde eine Befragung in Vorarlberg (bestehend aus zwei Teilerhebungen) durchgeführt. Die erste Erhebung fand zwischen Juli und September 2024 unter 113 Beschäftigten in Pflege- und Sozialorganisationen statt, die am neu gegründeten Hitzeaktionsbündnis Vorderland-Feldkirch in Vorarlberg teilnahmen. Die zweite Befragung erfolgte in den Sommermonaten 2025 und richtete sich vorarlbergweit an Pflege- und Sozialorganisationen. Diese waren nicht Teil des Bündnisses.

Weiters fließen in den Artikel die Ergebnisse eines Beteiligungsworkshops ein, den die aks gesundheit im April 2024 mit Beschäftigten (n = 15) der mobilen Pflege und Betreuungsdienste im Auftrag der GÖG durchführte, um die Fragestellung zu bearbeiten, welche Hitzeschutzmaßnahmen bereits in der Praxis umgesetzt werden bzw. welche zusätzlichen Hitzeschutzmaßnahmen erforderlich sind (vgl. dazu Brettenhofer et al. 2025).

3 ZUSAMMENFASSUNG AKTUELLER EVIDENZ

3.1 Wie wirkt sich der Klimawandel auf Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen in Österreich aus?

In den beiden Befragungen wurde erhoben, ob und in welchem Ausmaß sich die Befragten von den Folgen des Klimawandels bzw. von Hitze am Arbeitsplatz betroffen fühlen (Brugger et al. 2024; Dinhof et al. [i. E.]). In der österreichweiten Studie gab ein Großteil der Beschäftigten in Gesundheitsberufen an, Auswirkungen des Klimawandels am Arbeitsplatz bereits zu spüren: Sechs von zehn Befragten sind der Meinung, dass sich der Klimawandel (eher) auf ihren Arbeitsplatz und die Tätigkeiten in ihrem Betrieb auswirkt (Brugger et al. 2024). Gleichzeitig berichten mehr als zwei Drittel (67,3 %), dass sie sich bislang in ihrem Betrieb kaum oder gar nicht mit den Folgen des Klimawandels für ein sicheres und gesundes Arbeiten auseinandergesetzt haben. Im Hinblick auf die konkreten gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels bewerten rund sieben von zehn Befragten psychische Stressreaktionen (z. B. Reizbarkeit, Angst, Hilflosigkeit) sowie gesundheitliche Probleme durch Hitze als (eher) zutreffende Risiken am Arbeitsplatz – sowohl für die eigene Gesundheit als auch für die ihrer Kolleg:innen. Mehr als die Hälfte der Befragten schätzt zudem ein, dass Unfallrisiken durch hitzebedingte Erschöpfung, Konzentrationsschwierigkeiten, Ermüdung oder Schlafmangel (66,2 %) sowie das Risiko für psychische Erkrankungen infolge von Klimafolgen (54,8 %) am Arbeitsplatz zunehmen. Andere Risiken werden hingegen deutlich seltener als (eher) zutreffend bewertet. Dazu zählen verstärkte Allergien durch Pollenbelastung, eine verlängerte Pollensaison oder neue Allergene (46,1 %), Unfallrisiken durch extreme Wetterereignisse wie Starkniederschläge, Stürme, Hochwasser oder Massenbewegungen (33,9 %) sowie durch Zecken oder Stechmücken übertragene Krankheitserreger wie das West-Nil-Virus, Borrelien oder das FSME-Virus (32,2 %).

Fokussiert auf Hitzebelastung für Beschäftigte im Pflege- und Sozialbereich, die insbesondere für die Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle spielen, verdeutlicht die Befragung im Rahmen des Hitzeaktionsbündnisses Vorderland-Feldkirch die hohe physische und psychische Belastung während Hitzewellen in der Pflege und Sozialbetreuung: Fast zwei Drittel (63 %) der Mitarbeiter:innen der Bündnisorganisationen geben an, dass ihre Arbeitsbelastung bei Hitze zunimmt oder eher zunimmt. Drei Viertel äußerten Besorgnis über Auswirkungen auf die eigene Gesundheit sowie auf jene der von ihnen betreuten Personen, und der weitaus größte Teil (93 %) erwartet, dass sich Hitzewellen künftig spürbar auf ihre berufliche Tätigkeit auswirken werden (Dinhof et al. [i. E.]). Auch die qualitativen Ergebnisse des Workshops mit mobilen Pflege- und Betreuungskräften zeigen die doppelte Belastung dieser Berufsgruppen: Pflegende sind selbst stark belastet und tragen zugleich Verantwortung für besonders gefährdete Klient:innen. Beschrieben werden Erschöpfung, Konzentrationsschwierigkeiten und organisatorische Mehrbelastungen. Als besonders herausfordernd wird die Betreuung älterer und alleinlebender Menschen bzw. von Menschen mit Demenz wahrgenommen, vielfach mit eingeschränktem Durstempfinden. Pflegepersonen erleben sich häufig in einer Doppelrolle zwischen Selbstschutz und Fürsorgepflicht; selbst einfache Empfehlungen wie vermehrtes Trinken sind im Arbeitsalltag schwer umzusetzen, da mobile Pflegekräfte Toilettengänge während Hausbesuchen teils bewusst vermeiden (Brettenhofer et al. 2025).

3.2 Wie gut fühlen sich Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen in Österreich über den Klimawandel informiert?

Bezüglich des Informationsstandes zeigt sich, dass ein Großteil der Befragten angibt, bereits über den Klimawandel und seine gesundheitlichen Auswirkungen informiert zu sein (Brugger et al. 2024). Insgesamt geben rund 85 % an, umfassend Bescheid zu wissen oder zumindest einiges zu wissen. Dabei variiert das Wissen jedoch deutlich in Abhängigkeit vom jeweiligen Themenfeld. Besonders hoch ist der Wissensstand zu Hitze und Hitzeperioden: Neun von zehn Befragten berichten, hierzu umfassend oder zumindest teilweise informiert zu sein. Ähnlich hoch fällt die Selbsteinschätzung zum Wissen über Extremwetterereignisse aus (84,1 %). Deutlich geringer ist hingegen der Anteil derjenigen, die sich in Bezug auf die Belastung von Gewässern mit Krankheitserregern gut informiert fühlen: Hier liegt der Wert bei lediglich 53,3 % der Befragten. Auch bei weiteren Themen zeigen sich Unterschiede. So geben etwa sechs von zehn Befragten an, über die gesundheitlichen Folgen der Belastung von Lebensmitteln mit Krankheitserregern (59,2 %), über den Pollenflug (63,3 %) sowie über Schadstoffe in der Luft (65,2 %) informiert zu sein. Im Hinblick auf die Risiken durch UV-Strahlung sowie durch Krankheitsübertragungen über Stechmücken und Zecken liegt der Informationsstand mit rund sieben von zehn Befragten wiederum etwas höher. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass die Befragten ihr Wissen über klimabedingte Gesundheitsrisiken insgesamt und insbesondere bei den Themen Hitze und extreme Wetterereignisse hoch einschätzen. Gleichzeitig geht aus der Befragung hervor, dass in den Bereichen Allergien und Belastung von Lebensmitteln und Gewässern durch Krankheitserreger noch Wissenslücken bestehen (Brugger et al. 2024).

3.3 Welche Maßnahmen werden gesetzt, bzw. welche braucht es aus Sicht der Beschäftigten?

Hinsichtlich der betrieblichen Maßnahmen im Zusammenhang mit Klima und Gesundheit gaben in der österreichweiten Befragung fast zwei von drei Teilnehmer:innen an, dass bisher noch keine Maßnahmen am Arbeitsplatz ergriffen wurden, um klimabedingte Gesundheitsrisiken zu minimieren (Brugger et al. 2024). Bislang wurden hauptsächlich technische Maßnahmen (wie z. B. Kühlung oder angepasste Arbeitskleidung) umgesetzt. Hingegen werden organisatorische Maßnahmen (wie z. B. Hitze- oder Notfallpläne), Klimakompetenz-Maßnahmen (wie z. B. Stärkung der Handlungskompetenz oder Trainings) und gesundheitsfördernde Maßnahmen (z. B. aktive Mobilität oder klimafreundliche Ernährung) eher vernachlässigt. Aus Sicht der befragten Arbeitnehmer:innen müsste insbesondere bei Risiken hinsichtlich Hitze in Innenräumen (79 %) und psychischer Belastungen (69 %) gehandelt werden, um weiterhin ein sicheres und gesundes Arbeiten zu ermöglichen. Hingegen werden Risiken durch Hitze im Freien (32 %), wasser- und lebensmittelbedingte Krankheitserreger (28 %), extreme Wetterereignisse, UV-Strahlung, Pollenbelastung (18 %) sowie durch Mücken und Zecken übertragene Krankheiten (17 %) als weniger dringlich eingestuft. Auch Maßnahmen zum Klimaschutz durch eine nachhaltige CO_2-Emissionsreduktion befürwortete die überwiegende Mehrheit der Befragten in der österreichweiten Studie (Brugger et al. 2024). Neun von zehn Befragten befürworten Veränderungen im betrieblichen Umfeld (wie z. B. Sanierung der Betriebsstätte, Umstellung auf erneuerbare Energien) zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Ebenso geben acht von zehn Befragten an, auch allgemeine Klimaschutzmaßnahmen (mit Auswirkungen auf das eigene Leben), wie beispielsweise Sanierung des eigenen Wohngebäudes, Preisänderungen aufgrund einer CO_2-Steuer oder Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, zu befürworten.

Die vorarlbergweite Befragung von Pflege- und Sozialorganisationen (n = 144) im Sommer 2025 ergab, dass nur 10 % über einen Hitzeaktionsplan verfügen und 7 % Hitzewarnungen intern weiterleiten (Dinhof et al. [i. E.]). Im Workshop (n = 15) wurde zudem darauf verwiesen, dass bereits verschiedene, meist informelle Schutzmaßnahmen bestehen (wie etwa helle Dienstfahrzeuge, Kühlboxen für Medikamente oder flexible Tourenplanung), die jedoch kaum organisatorisch verankert sind. Strukturelle Barrieren wie knappe personelle und finanzielle Ressourcen, unklare Zuständigkeiten, fehlende Leitlinien und mangelhafte Warn- und Kommunikationsketten erschweren systematischen Hitzeschutz in der Wahrnehmung der in diesem Bereich Tätigen (Brettenhofer et al. 2025).

4 HANDLUNGSOPTIONEN IM KONTEXT DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION DER ARBEITSWELT

Die Ergebnisse aus Befragungen und Workshops verdeutlichen ein ausgeprägtes Problembewusstsein sowie ein hohes Engagement der Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialwesen. Um die Resilienz gegenüber klimabedingten Belastungen zu stärken und gleichzeitig strukturelle Ursachen von Verwundbarkeit – wie etwa hohe Arbeitsbelastung bei geringer Bezahlung – zu adressieren, sind gezielte Handlungsoptionen erforderlich. Diese können sich unter anderem am Konzept der transformativen Anpassung orientieren, das auf tiefgreifende Veränderungen ökologischer und sozialer Systeme abzielt, um Ungleichheiten in sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und machtbezogenen Strukturen zu überwinden (Fedele et al. 2019). Zu solchen Maßnahmen zählen faire Löhne, eine bedarfsgerechte Personalausstattung, flexible Arbeitszeitmodelle sowie partizipative Entscheidungsprozesse (OECD 2023). Transformative Anpassung bedeutet in diesem Kontext, die Arbeitswelt nicht nur an neue Herausforderungen anzupassen, sondern sie aktiv in Richtung ökologischer und sozialer Gerechtigkeit umzugestalten. Weitere zentrale Schritte sind die institutionelle Verankerung von Notfall-, Krisen- und Katastrophenschutzplänen – insbesondere Hitzeschutzstrategien – in den Organisationen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie die Umsetzung organisatorischer Maßnahmen, die über rein technische Anpassungen hinausgehen. Der Zielkatalog zur Klimaresilienz des Gesundheitssystems (BMSGPK 2024) sowie der Nationale Hitzeschutzplan (BMASGPK 2025) bieten hier konkrete Ansatzpunkte.

Die Erfahrungen aus Vorarlberg zeigen, dass regionale Hitzeaktionsbündnisse als Motoren institutionellen Lernens fungieren können, indem sie Hitzeschutz als Bestandteil professioneller Pflegequalität etablieren und die Resilienz auf Organisationsebene stärken (Dinhof et al. [i. E.]; Brettenhofer et al. 2025). Zudem zählt die Stärkung der Klimakompetenz von Angehörigen der Gesundheitsberufe – als zentrale Multiplikator:innen für vulnerable Gruppen – zu einer Schlüsselaufgabe im Sinne transformativer Anpassung. Sie trägt nicht nur zur individuellen Resilienz bei, sondern kann auch strukturelle Veränderungen in Richtung gerechter, nachhaltiger und gesundheitsfördernder Arbeits- und Versorgungsbedingungen anstoßen (Brugger/Horváth 2023). Auf systemischer Ebene bieten Modelle wie gemeinschaftliches Wohnen in altersfreundlichen Quartieren ein hohes Potenzial zur Förderung von Autonomie, sozialer Integration, Resilienz und ökologischer Nachhaltigkeit (Schmidt/Aigner [i. E.]; Aigner et al. [i. E.]). Diese Ansätze verkörpern transformative Anpassung, da sie nicht nur auf die Bewältigung von Klimarisiken reagieren, sondern die Grundstruktur der Versorgungssysteme neu denken – weg von institutioneller Versorgung hin zu gemeinschaftsorientierten, emissionsarmen und sozial eingebetteten Modellen (Getzner et al. 2024).

BIBLIOGRAFIE

Aigner, Ernest/*Fischer*, Johanna/*Kraudi*, Anne (i. E.). Suffiziente Langzeitpflege: Institutionelle Ansatzpunkte in Deutschland. WSI Mitteilungen.

Alho, Ana M./*Oliveira*, Ana P. /*Viegas*, Susana/*Nogueira*, Paulo (2024). Effect of heatwaves on daily hospital admissions in Portugal, 2000–18: an observational study. The Lancet Planetary Health 8 (5), 318–326.

Balas, Maria/*Lindinger*, Helga/*Offenzeller*, Martina/*Völler*, Sonja (2024). Die Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Wien, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

BMASGPK (2025). Nationaler Hitzeschutzplan (aktualisierte Version). Wien, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

BMSGPK (2024). Klimaresilienz des Gesundheitssystems: Zielkatalog. Wien, Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

Brettenhofer, Marlene/*Schmidt*, Andrea E./*Brugger*, Katharina (2025). Hitzeschutz in der mobilen Pflege und Betreuung älterer Menschen. Einblicke in die Praxis der Hauskrankenpflege und der Mobilen Hilfsdienste Vorarlberg und deren Lösungen. Wien, Gesundheit Österreich.

Brugger, Katharina/*Dinhof*, Katharina/*Schmidt*, Andrea E./*Aigner*, Ernest/*Fischer*, Martin (2024). Gesundes Arbeiten trotz Klimawandel. Befragung zu Klimawandel und Gesundheit unter Gesundheitsberufen. Factsheet. Wien, Gesundheit Österreich.

Brugger, Katharina/*Horváth*, Ilonka (2023). Gesundheitsbezogene Klimakompetenz in den Gesundheitsberufen. Research Brief. Wien, Gesundheit Österreich GmbH.

Bühn, Stefanie/*Voss*, Maike (2023). Klimawandel und Gesundheit – Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Centre for Planetary Health Policy (CPHP).

Costa, Hélia/*Franco*, Guido/*Unsal*, Filiz/*Mudigonda*, Sarath/*Caldas*, Maria Paula (2024). The heat is on: Heat stress, productivity and adaptation among firms (No. 1828). OECD Publishing.

Dinhof, Katharina/*Schmidt*, Andrea E./*Bauer*, Tamara (i. E.). Evaluation des Hitzeaktionsbündnisses Vorderland-Feldkirch. Factsheet. Wien, Gesundheit Österreich.

Drescher, Katharina/*Janzen*, Benedikt (2025). When weather wounds workers: The impact of temperature on workplace accidents. Journal of Public Economics 241, 105258.

Durstmüller, Felix/*Lampl*, Christina/*Brugger*, Katharina/*Schmidt*, Andrea E. (i. E.). Klimawandel und Gesundheit am Arbeitsplatz. Grundlagenbericht. Wien, Gesundheit Österreich.

Eurofound (2022). Working conditions in the time of COVID-19: Implications for the future, European Working Conditions Telephone Survey 2021 series. Luxembourg, Publications Office of the European Union.

Fedele, Giacomo/*Donatti*, Camila I./*Harvey*, Celia A./*Hannah*, Lee/*Hole*, David G. (2019). Transformative adaptation to climate change for sustainable social-ecological systems. Environmental Science & Policy 101, 116–125.

Getzner, Michael/*Damjanovic*, Dragana/*Dowling*, Emma/*Müller*, Hannah Lucia/*Plank*, Leonhard/*Strickner*, Alexandra/*Damböck*, Charlotte Tabitha/*Evers*, Pauline/*Kalhorn*, Anna Franziska/*Pöchhacker*, Tim (2024). Daseinsvorsorge 2030. Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen. Informationen zur Umweltpolitik 209. Wien, AK Wien.

Grobe, Thomas G./*Bessel*, Sven (2025). Klimawandel und Berufstätigkeit – Ergebnisse zu gemeldeten Arbeitsunfähigkeiten. In: *Techniker Krankenkasse* (Hg.). TK-Gesundheitsreport 2025: Macht das Wetter krank? Der Einfluss des Klimawandels auf die Arbeitswelt. Hamburg, Techniker Krankenkasse.

Huppmann, Daniel/*Keiler*, Margreth/*Riahi*, Keywan/*Rieder*, Harald (2025). Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung. In: *APCC* (Hg.). Second Austrian Assessment Report on Climate Change (AAR2) of the Austrian Panel on Climate Change (APCC). Wien, Austrian Academy of Sciences Press.

IPCC (2022). Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge University Press.

Juraszovich, Brigitte/*Rappold*, Elisabeth/*Gyimesi*, Michael (2023). Pflegepersonalprognose. Update bis 2050. Aktualisierung der Pflegepersonalbedarfsprognose 2030. Ergebnisbericht. Wien, Gesundheit Österreich.

Kimmich, Christian/*Weyerstraß*, Klaus/*Czypionka*, Thomas/*Fauster*, Norman F. R. M./*Kinner*, Maurice/*Laa*, Elisabeth/*Mateeva*, Liliana/*Plank*, Kerstin/*Ulrici*, Leonhard/*Zenz*, Hannes/*Miess*, Michael/*Poledna*, Sebastian (2025). Economic impact of labor productivity losses induced by heat stress: An agent-based macroeconomic approach. Climatic Change 178 (3), 36.

Krisch, Astrid/*Novy*, Andreas/*Plank*, Leonhard/*Schmidt*, Andrea E./*Blaas*, Wolfgang (2020). Die Leistungsträgerinnen des Alltagslebens: Covid-19 als Brennglas für die notwendige Neubewertung von Wirtschaft, Arbeit und Leistung. The Foundational Economy Collective.

Ledebur, Katharina/*Brugger*, Katharina/*Schmidt*, Andrea E./*Bügelmayer-Blaschek*, Marianne/*Schneider*, Martin/*Hochebner*, Andrea/*Klimek*, Peter (i. E.). Hospital Evidence on the Health Impacts of Cumulative Heat.

OECD (2023). Beyond Applause? Improving Working Conditions in Long-Term Care. Paris, OECD Publishing.

OECD (2024). Health at a Glance: Europe 2024: State of Health in the EU Cycle. Paris, OECD Publishing.

Pilwarsch, Johanna/*Schichl-Zach*, Monika/*Gruböck*, Anna/*Mathis-Edenhofer*, Stefan/*Wallner*, Alexander/*Cartaxo*, Ana/*Gyimesi*, Michael (2024). Jahresbericht Gesundheitsberuferegister 2023. Gesundheit Österreich.

Rechnungshof (2024). Allgemeiner Einkommensbericht 2024. Bericht des Rechnungshofes.

Schmidt, Andrea E./*Aigner*, Ernest (i. E.). Long-Term Care and Climate Change. In: Karl *Pillemer*/Liat *Ayalon* (Hg.). Aging and Climate Change. Policy Press.

Schulte, Paul A./*Bhattacharya*, Amit/*Butler*, Corey R./*Chun*, H. Kevin/*Jacklitsch*, Brenda L./*Jacobs*, Thomas/*Kiefer*, Max/*Lincoln*, Jennifer E./*Pendergrass*, Stephen/*Shire*, John/*Watson*, James/*Wagner*, Gregory R. (2016). Advancing the framework for considering the effects of climate change on worker safety and health. Journal of Occupational and Environmental Hygiene 13 (11), 847–865.

Scott, Natasha/*Graczyk*, Halshka/*Papandrea*, Dafne (2024). Ensuring safety and health at work in a changing climate: Global report. International Labour Organization (ILO).

Tsakonas, Kiera/*Badyal*, Simi/*Takaro*, Tim K./*Buse*, Chris (2024). Rapid review of the impacts of climate change on the health system workforce and implications for action. The Journal of Climate Change and Health 19, 100337.

Marie Chahrour, Hanna Lichtenberger, Jeremias Staudinger

KLIMASOZIALSTAAT UND ARMUTSSENSIBLE BETEILIGUNG: STRATEGIEN ZUR EINBEZIEHUNG ARMUTSBETROFFENER MENSCHEN IN DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

ZUSAMMENFASSUNG

Im Beitrag werden die negativen Folgen der Klimakrise für Armutsbetroffene sowie deren Exklusion aus (klima-)politischen Entscheidungsprozessen thematisiert. Darauf aufbauend werden armutssensible Kommunikations- und Beteiligungsformate vorgestellt, die Mitsprache bei Klimathemen ermöglichen sollen. Abschließend plädieren wir dafür, Fragen der sozialen Ungleichheit wieder stärker ins Zentrum politischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu stellen und Partizipationsmöglichkeiten für vulnerable Gruppen im Kontext der sozial-ökologischen Transformation zu stärken.

- Armutsbetroffene Menschen tragen wenig zur Klimakrise bei, nehmen diese aber sehr stark wahr und sind am meisten von ihren Folgen betroffen.
- Klimapolitik ohne breite Beteiligung verschärft Ungleichheiten, armutssensible Kommunikations- und Beteiligungsformate können helfen, vulnerable Gruppen einzubinden.
- Ein Klimasozialstaat muss strukturelle Machtasymmetrien anerkennen und abbauen – durch Partizipation, soziale Ausgleiche und klimaresiliente soziale Infrastruktur.

ABSTRACT

The article discusses the negative consequences of the climate crisis for people affected by poverty and their exclusion from (climate) policy-making processes. Building on this diagnosis, it introduces poverty-sensitive communication and participation formats designed to enable meaningful voice in climate debates. We conclude by arguing that issues of social inequality must be re-centered in policy responses to the climate crisis and that participation opportunities for vulnerable groups should be strengthened in the context of socio-ecological transformation.

- People affected by poverty contribute little to the climate crisis, are very aware of it and are most affected by its consequences.
- Climate policy without broad participation exacerbates inequalities; poverty-sensitive communication and participation formats can help to include vulnerable groups.
- A climate welfare state must recognise and reduce structural power asymmetries – through participation, social compensation mechanisms, and climate-resilient social infrastructure.

1 KLIMA UND ARMUT

> *„Wir haben keinen Balkon, auf den wir ausweichen können. Wenn ich koche, heizt sich die Wohnküche noch mehr auf. Die Wohnung ist eigentlich zu klein und zu eng und dadurch auch zu heiß, aber wir können uns gerade nichts Größeres leisten."* (Frau Mayer)[1]

Frau Mayer sitzt an ihrem Esstisch in Leonding, während sie mit der Sozialarbeiterin telefoniert. Frau Mayer ist eine von 1,3 Millionen Menschen, die in Österreich unter der Armutsgefährdungsschwelle leben (Statistik Austria 2025). Ihre Lebensqualität bewertet sie im Gespräch mit einem „Nicht genügend". Frau Mayer lebt nicht allein auf den 46 Quadratmetern ihrer Wohnung. Sie ist alleinerziehende Mutter eines Schulkindes.

Die Klimakrise stellt sich auch in Österreich als multiple Bedrohungslage dar und zeigt sich in verschiedenen Dimensionen: unter anderem im Bereich der Biodiversität, durch veränderte Niederschlagsmuster, bei Hitze und anderen Extremwetterereignissen oder beispielsweise durch Gletscherschmelzen oder Murenabgänge (BMK 2024b). Die Erde hat sich im Zeitraum von 2011 bis 2020 im Vergleich zu 1850 bis 1900 um 1,1 °C erwärmt (IPCC 2023). In Österreich beträgt die durchschnittliche Erwärmung seit 1900 sogar rund 3,1 °C (APCC 2025). Im Jahr 2023 lag die Zahl der Hitzetoten in Österreich bei 486 (BMK 2024c). Die Auswirkungen sind in allen Lebensbereichen spürbar: im Bereich der Gesundheit und des Wohlbefindens, bei der Arbeit, in vielen wirtschaftlichen Sektoren wie etwa im Tourismus und in der Landwirtschaft, in der Schule, im Stadt- und Landschaftsbild. Sie können auch im eigenen Wohnraum zur Belastung werden, etwa durch Hochwasser oder Hitze.

Klimakrise und soziale Ungleichheit stehen in einem engen wechselseitigen Verhältnis. Zur Klimakrise tragen nicht alle im gleichen Ausmaß bei – und die Auswirkungen betreffen nicht alle Menschen gleich. Studien zeigen sowohl global (Gore 2020) als auch spezifisch für Österreich (Tölgyes 2023), dass die reichsten Bevölkerungsschichten wesentlich höhere Emissionen verursachen, während Bevölkerungsgruppen mit geringem Vermögen verhältnismäßig wenig emittieren und dadurch nur wenig zur Klimakrise beitragen (IPCC 2022).

Umgekehrt treffen die negativen Effekte der Klimakrise Armutsbetroffene stärker als Wohlhabende – global gesehen, aber auch in Österreich selbst. Insbesondere armutsbetroffene Menschen sind überdurchschnittlich stark von den negativen Folgen der Erderwärmung betroffen, da ihnen die materiellen, sozialen und infrastrukturellen Ressourcen fehlen, um sich wirksam an Umweltverschmutzung und klimabedingte Extremereignisse wie Hitze oder Hochwasser anzupassen bzw. sich vor deren negativen Auswirkungen zu schützen (APCC 2023; Armutskonferenz 2023; Aigner et al. 2023a). Besonders vulnerabel sind hierbei Kinder aus Familien mit Armutserfahrungen (Wettach/Albers/Herbst 2023; IPCC 2022; Aigner et al. 2023a; BMK 2024a). In Österreich sind mehr als 1,5 Millionen Menschen von Armut oder materieller/sozialer Ausgrenzung bedroht, darunter 344.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (Statistik Austria 2025).

Armutsbetroffene Menschen sind häufig von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und verfügen über wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten (Lessenich 2019; Zandonella/Ehs 2021) – auch in klimapolitischen Fragen. Um diesem Umstand zu begegnen, führte die Volkshilfe Österreich im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität,

1 IV/2007/1 vom 20. Juli 2022 (vgl. Aigner et al. 2023, o. S.).

Innovation und Technologie (BMK) ein Forschungs- und Beteiligungsprojekt durch.[2] Um die Situation Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeter im Zusammenhang mit der Klimakrise zu verstehen und zu verbessern, ist es notwendig, sie selbst nach ihren Erfahrungen, Einstellungen und Sichtweisen zu fragen. Die Betroffenen sind Expert:innen ihrer eigenen Lebenswelt, weshalb sie vor allem selbst Auskunft über Problemlagen und Unterstützungsbedarfe geben können. Daher wurden im Projekt 100 armutsbetroffene Personen befragt. Weiters wurden armutssensible Beteiligungsformate für Auseinandersetzungen im Umwelt- bzw. Klimakontext entwickelt und erprobt (BMK 2024a). Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse des Forschungsprojekts präsentiert sowie fünf Kommunikations- und Beteiligungsformate vorgestellt, die exemplarisch zeigen, wie die Involvierung armutsbetroffener Menschen in Klimakontexten aussehen könnte. Den Abschluss des Textes bildet eine Reflexion aktueller Klima- und Sozialpolitiken vor dem Hintergrund der (Sozialen) Arbeit der Volkshilfe Österreich.

2 UMFRAGE ZU KLIMABELASTUNGEN UND ANPASSUNGSMÖGLICHKEITEN ARMUTSBETROFFENER HAUSHALTE

Die Umfrage unter 100 Klient:innen der Volkshilfe aus ganz Österreich zeigt, wie stark armutsbetroffene Haushalte aufgrund von Klimafolgen belastet sind (BMK 2024a, 10–21; BMK 2024d, 16–23). Nahezu 80 % der Befragten geben an, Auswirkungen der Klimakrise stark oder sehr stark im eigenen Alltag zu spüren. Für die Mehrheit der Befragten äußert sich die Klimakrise vor allem durch extreme Hitze, aber auch stark schwankende Temperaturen und plötzliche Wetterumschwünge werden als spürbare Klimawandelfolgen genannt.

In den Umfrageergebnissen zeichnen sich neben physischen auch psychische Belastungen aufgrund der Klimakrise ab, die sich wiederum durch die Armutslage verstärken. Aus Sicht der Befragten machen sich die Klimawandelfolgen im eigenen Leben vor allem auf gesundheitlicher Ebene bemerkbar. Viele berichten von Kreislaufproblemen, Erschöpfung oder Müdigkeit während Hitzewellen, wobei Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder anderen gesundheitlichen Herausforderungen besonders belastet sind, wie diese Befragte berichtet:

> *„Ich ertrage die Hitze nicht. Aufgrund meiner Behinderung bin ich auf Krücken angewiesen. Das ist bei Hitze viel anstrengender."* (IV 39)[3]

Neben den klimabedingten körperlichen Auswirkungen werden in der Umfrage auch die psychischen Folgen der Klimakrise für Armutsbetroffene deutlich. Zahlreiche Befragte fühlen sich den Wetterveränderungen schutzlos ausgeliefert und sehen aufgrund der Armutslage keine Handlungsspielräume für Anpassungsmaßnahmen. Immer wieder wird beispielsweise geschildert, (unter anderem) aufgrund der Hitzebelastung gerne die Wohnung wechseln zu wollen, dies aber aus finanziellen Gründen nicht tun zu können. Auch die Anschaffung von technischen Hilfsmitteln zur Kühlung und die Flucht aus der heißen Wohnung durch einen Ausflug oder Urlaub sind finanziell nicht möglich. Diese eingeschränkten Anpassungsmöglichkeiten werden als zusätzliche psychosoziale Belastung im Hinblick auf die Klimakrise erlebt.

---

2 Die Broschüre „Perspektiven armutsbetroffener Menschen auf die Klimakrise. Wege zu einer armutssensiblen Klimakommunikation" (BMK 2024d) bietet einen Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Projekt. Im Detail sind die Umfrage- und Projektergebnisse im Endbericht des Projekts „Betroffen von der Klimakrise" (BMK 2024a) nachzulesen.

3 Die angeführten direkten Zitate von armutsbetroffenen Personen stammen aus den offenen Fragen, die im Rahmen der genannten Umfrage erhoben wurden (BMK 2024a). Das gesammelte Datenmaterial wurde aus Gründen der Anonymisierung nicht zur Gänze veröffentlicht.

Unter den Klient:innen der Volkshilfe macht sich die überwiegende Mehrheit Sorgen aufgrund der Entwicklungen des Klimas. In der Umfrage geben 77 % der Befragten an, angesichts der Klimakrise besorgt oder sehr besorgt zu sein. Gleichzeitig stellt für die Mehrheit der Befragten nicht die Klimakrise, sondern finanzielle Herausforderungen die größte Sorge dar, wie das folgende Zitat einer Umfrageteilnehmerin verdeutlicht:

> *Was ist in Ihrem Leben gerade Ihre größte Sorge?*
> *„Dass ich mir die Wohnung nicht mehr leisten kann; dass ich den Kühlschrank nimmer auffüllen kann; dass ich keine Unterstützung mehr bekomme."* (IV 65)

Aus der Vermischung von unmittelbaren armutsbedingten Zukunfts- und Existenzängsten mit allgemeiner Klimaangst ergibt sich eine besonders große Sorgenlast aufgrund der Klimakrise. Diese erhöhte Sorgenlast kann als armutsspezifische Klimawandelfolge bezeichnet werden.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zeigt sich unter Menschen, die von Armut betroffen sind, ein besonders hohes Problembewusstsein für die Klimakrise. In einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2023 gaben auf die Frage, wie ernst das Problem der Klimakrise sei, 82 % der Österreicher:innen einen Wert zwischen 5 und 10 an, wobei 10 „sehr ernst" meint (European Commission 2023). Bei Armutsbetroffenen gaben auf dieselbe Frage 91 % einen Wert zwischen 5 und 10 an. Dies lässt die Vermutung zu, dass armutsbetroffene Menschen die Auswirkungen der Klimakrise womöglich bereits stärker spüren und daher ein höheres Problembewusstsein dafür haben.

Den Befragten wurden diverse Klimawandelfolgen genannt, woraufhin die Mehrheit angab, sich vor extremer Hitze am schlechtesten geschützt zu fühlen. Als Grund dafür wird fast immer die eigene Wohnsituation genannt. Viele Befragte sehen Mängel bei der Isolierung der eigenen Wohnung sowie fehlenden Schatten in der unmittelbaren Wohnumgebung als Hauptursache an. Auch fehlende finanzielle Mittel für bauliche Veränderungen werden als Grund für die mangelnden Anpassungsmöglichkeiten an die Hitze genannt. Stattdessen schildern viele unterschiedliche Strategien, wie sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, die Wohnung – so gut es geht – vor Hitze zu schützen, wie etwa diese Befragte beschreibt:

> *„Ich habe Vorhänge gesammelt und doppelt genäht, das schützt vor Hitze und Kälte. Gebe alte Decken vor die Fenster zur Isolierung und habe eine Autofolie auf das Fenster geklebt, bei dem die Sonne am meisten reinscheint."* (IV 26)

Zusätzlich zu den Belastungen und Anpassungsmöglichkeiten wurden auch die Möglichkeiten der Teilnehmenden abgefragt, selbst klimafreundlich zu handeln. Deutlich wurde dabei, dass insbesondere in den Bereichen Energie und Mobilität aufgrund der prekären ökonomischen Situation ein äußerst geringer Emissionsausstoß besteht. Beispielhaft hierfür ist etwa die Freizeitmobilität der Befragten: 90 % geben an, in den letzten fünf Jahren nicht oder überhaupt noch nie mit einem Flugzeug geflogen zu sein, weil es die finanzielle Situation nicht erlaubt. Ähnlich verhält es sich beim Thema Energieverbrauch. Aus ökonomischen Gründen sind die Teilnehmenden auf einen extrem bewussten Energiekonsum angewiesen. 95 % geben an, im Alltag oft oder immer zu versuchen, Energie zu sparen.

Die Ergebnisse der Befragung machen nicht nur die besonderen Belastungen armutsbetroffener Menschen in der Klimakrise sichtbar, sondern unterstreichen auch die Notwendigkeit, ihre Stimmen systematisch in klimapolitische Prozesse einzubinden. Aufbauend darauf wurden im Projekt partizipative Formate entwickelt, die genau dies ermöglichen sollen.

3 STRATEGIEN FÜR ARMUTSSENSIBLE BETEILIGUNG IM KONTEXT DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION

Aufbauend auf den Umfrageergebnissen führte die Volkshilfe fünf verschiedene Beteiligungsformate mit armutsbetroffenen Menschen durch, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.[4] An den entwickelten Formaten nahmen insgesamt 71 armutsbetroffene Klient:innen der Volkshilfe sowie 22 Stakeholder:innen aus den Bereichen Klima und Soziales teil (BMK 2024a). Je nach Format wurden die Partizipationsmöglichkeiten unterschiedlich gestaltet: beispielsweise, indem besonders vulnerable Gruppen unmittelbar aufgesucht und zu sozial-ökologischen Themen befragt wurden, oder durch die Ermöglichung eines direkten Austausches zwischen politischen Entscheidungsträger:innen und Armutsbetroffenen.

Bei der Gestaltung der Formate wurden vier Grundsätze herangezogen, die als Leitlinien für armutssensibles Handeln sozialer Organisationen im Kontext der Klimakrise dienen (BMK 2024d, 25–27):

- Wissensvermittlung
- Empowerment
- Advocacy
- Klimagerechtigkeit

Im Vordergrund standen somit (a) die Vermittlung von Informationen über Unterstützungsleistungen und Anpassungsmöglichkeiten an armutserfahrene Menschen, (b) die Stärkung der Teilnehmenden durch den Austausch mit anderen Armutsbetroffenen, (c) die Sammlung von Informationen für die anwaltschaftliche und politische Arbeit der Volkshilfe sowie (d) das Aufzeigen von strukturellen Ungleichheiten in Bezug auf Möglichkeiten zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Klimakrise.

Darüber hinaus sind eine wertschätzende und nicht stigmatisierende Sprache, persönliche Einladungen, Aufwandsentschädigungen, Kinderbetreuung und kostenlose Verpflegung zentrale Elemente, um die Beteiligung niederschwellig und armutssensibel zu gestalten. Auch der Umstand, dass ein Vertrauensverhältnis zu den Teilnehmenden besteht und Fachkräfte der Sozialen Arbeit bei den Formaten anwesend waren, spielte eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Formate.

3.1 Fokusgruppe mit Armutsbetroffenen (BMK 2024a, 28–32)

Die Fokusgruppe ist eine bewährte Methode der empirischen Sozialforschung (Schulz 2012), die sich sowohl zur Datenerhebung als auch zum gegenseitigen Austausch unter den Teilnehmenden eignet. Besonders zu Beginn von klima- und umweltbezogenen Projekten empfiehlt sich der Einsatz offener Fragestellungen, um zentrale Themen aus Sicht der Zielgruppe zu identifizieren. Dabei können verschiedenste sozial-ökologische Fragestellungen behandelt werden – etwa Hitzebelastung im Wohnumfeld, Energiearmut oder allgemeine Sorgen im Zusammenhang mit der Klimakrise. Von besonderem Interesse sind die individuellen Bewältigungsstrategien der Teilnehmenden im Umgang mit klimabedingten Belastungen. Frühere Fokusgruppen zeigten, dass viele Klient:innen die Teilnahme als bestärkend empfanden, da ihre Erfahrungen anerkannt wurden und sie die Möglichkeit zum Austausch mit anderen Menschen in ähnlichen

4 Die Durchführung der Beteiligungsformate erfolgte, ebenso wie die genannte Umfrage, im Rahmen des Projekts „Betroffen von der Klimakrise". Im Endbericht des Projekts (BMK 2024a, 23–68) sowie in der zugehörigen Broschüre (BMK 2024d, 25–34) können Details zu den Formaten nachgelesen werden.

Lebenslagen erhielten. Damit knüpft dieses Format auch an grundlegende Prinzipien der Methode der Gruppenarbeit an (Galuske 2013; Wendt 2017).

3.2 Qualitativer Nutzer:innentest (BMK 2024a, 56–62)

Um klimabezogene Informationsmaterialien zielgruppengerecht zu gestalten, ist die Einbindung betroffener Personen unerlässlich. Im Rahmen der Erstellung einer Website zur Bekämpfung von Energiearmut wurde daher ein qualitativer Nutzer:innentest (Verdure o. J.) durchgeführt, der gezielt an die Bedürfnisse armutsbetroffener Menschen angepasst wurde. Dabei bewerteten Teilnehmende sowohl die Nutzer:innenfreundlichkeit der Website als auch ergänzende Informationsmaterialien. Während des Website-Tests wurden sie individuell betreut und unterstützt. Die Ergebnisse wurden anschließend in einer Fokusgruppe diskutiert. Der Einsatz dieser Methode eignet sich besonders zur Entwicklung neuer Informationsangebote, die direkt auf armutsbetroffene Nutzer:innen ausgerichtet sind. Durch ihr praxisnahes Feedback zu Inhalt, Verständlichkeit und Umsetzbarkeit können Maßnahmen verbessert werden, und es wird die Reichweite der Informationen erhöht – was letztlich zur besseren Unterstützung bei Klimaschutz und -anpassung beiträgt.

3.3 Beteiligungsfrühstück (BMK 2024a, 34–42)

Dieses Format bietet einen Rahmen für einen moderierten Austausch zwischen armutserfahrenen Menschen und Vertreter:innen aus dem Klima- und Sozialbereich. Im Mittelpunkt stehen dabei die Sichtweisen und Erlebnisse der Betroffenen im Kontext klimarelevanter Fragestellungen. Die thematische Gestaltung sowie die Impulsfragen lassen sich flexibel anpassen, sollten jedoch stets an den konkreten Lebenslagen und Herausforderungen der Teilnehmenden orientiert sein. Besonders geeignet sind spürbare Auswirkungen der Klimakrise, wie etwa Hitzebelastungen oder Überschwemmungen, oder Themen des sozialen Raumes, wie mangelnde öffentliche Infrastruktur oder eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten. Charakteristisch für dieses Format ist die Umkehr gewohnter Rollen: Die armutserfahrenen Personen agieren als Expert:innen, während Stakeholder:innen vor allem zuhören und Verständnis für die Lebensrealitäten Armutsbetroffener entwickeln sollen. Ziel ist es, Brücken zwischen sozialen Gruppen zu bauen, die im Alltag kaum Berührungspunkte haben, und so ein vertieftes Bewusstsein für die Realität von Armut in Zeiten der Klimakrise zu fördern. Diese Herangehensweise entspricht dem Konzept der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit, in dem Betroffene als Expert:innen ihrer Lebenswelt verstanden werden (Thiersch 2020).

3.4 Beratungscafé (BMK 2024a, 44–54)

Das Beratungscafé verfolgt das Ziel, unterschiedliche Beratungsangebote miteinander zu verknüpfen und an einem gut zugänglichen öffentlichen Ort bereitzustellen. Dadurch können Menschen mit Unterstützungsbedarf unkompliziert erreicht und mit relevanten Informationen zu Klimathemen versorgt werden. Die Beratung richtet sich flexibel nach den individuellen Anliegen der Teilnehmenden, im Kontext sozial-ökologischer Themen wurde eine Kombination aus Sozial-, Energie- und Klimaberatung angeboten. Die sogenannte Klimaberatung – ein neu entwickeltes Angebot der Volkshilfe – wurde in diesem Rahmen erstmals erprobt: Sie ermöglicht armutsbetroffenen Personen, sich mit Fachleuten über ihre Ängste, Fragen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Klimakrise auszutauschen. Zusätzlich werden praxisnahe

und armutssensible Tipps zur Anpassung an den Klimawandel gegeben, etwa für den Umgang mit extremen Hitzetagen. Dieses Format zeigt, wie Beratung im Sinne Galuskes (2013) sowohl klimagerecht als auch sensibel gegenüber den Lebenslagen armutsbetroffener Menschen gestaltet werden kann.

3.5 Aufsuchende Klimagespräche (BMK 2024a, 63–68)

Aufsuchende Klimagespräche ermöglichen es, besonders vulnerable und schwer erreichbare Personengruppen (auch: „Hard-to-reach-Klient:innen") direkt aufzusuchen und anzusprechen, etwa in Wohneinrichtungen. Sie orientieren sich an bewährten Ansätzen der aufsuchenden Sozialen Arbeit, wie etwa Streetwork (Galuske 2013, 292–298). In offenen, moderierten Gesprächsrunden tauschen sich die Teilnehmenden über ihre Erfahrungen mit den Auswirkungen der Klimakrise aus. Wie Fokusgruppen dient auch dieses Format sowohl dem gegenseitigen Austausch als auch der Erhebung relevanter Daten. Darüber hinaus können dabei wichtige Informationen über Unterstützungsangebote und Anpassungsmöglichkeiten vermittelt werden – insbesondere an Gruppen, die anderweitig nur schwer Zugang zu solchen Inhalten finden. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Betreuungspersonal vor Ort ist hierbei essenziell. Entscheidend für den Erfolg ist außerdem, dass die Gesprächsinhalte konkret an die Lebensrealitäten der Teilnehmenden anknüpfen. Im Projektkontext wurde diese Methode in einer Einrichtung für armutsbetroffene Frauen umgesetzt, wobei der Schwerpunkt auf ihren Erfahrungen mit Energiearmut lag.

Die vorgestellten Formate machen deutlich, wie armutssensible Beteiligung im Kontext der sozial-ökologischen Transformation praktisch umgesetzt werden kann – und welche Voraussetzungen es dafür braucht. Doch um diese Ansätze über Einzelprojekte hinaus langfristig zu verankern, braucht es politische Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit als zentrales Ziel klimapolitischer Maßnahmen anerkennen.

4 AUSBLICK

Die Klimakrise und ihre Bearbeitung müssen immer im Kontext ungleicher gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstanden werden: Wer verursacht die Klimakrise? Wer bezahlt ihre Bearbeitung? Wer hat die Konsequenzen zu tragen? Wer oder was wird reguliert?

Die Interessen einkommensschwacher Haushalte finden bei der Auseinandersetzung mit diesen Fragen und bei der Umsetzung von Policys kaum Berücksichtigung. Dass Armutsbetroffene aktuell wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten im formellen (und informellen) politischen Prozess haben, lässt sich auch anhand aktueller Beispiele der Klimapolitik darstellen, wie wir im Folgenden zeigen.

Abschaffung des Klimabonus

Ein anschauliches Beispiel in Österreich dafür ist die Abschaffung des Klimabonus. Dessen Streichung hat für wenig Aufsehen gesorgt, schließlich spielten die bis zu 290 Euro pro Person und Jahr für den Großteil der Bevölkerung keine existenzielle Rolle. Für Armutsbetroffene, insbesondere Familien, handelte es sich hingegen um eine wichtige Einkommensquelle. Das unterste Einkommensdezil hat dadurch knapp 2 % des verfügbaren Haushaltseinkommens verloren, während das oberste Dezil gerade einmal 0,3 % verloren hat (Jüngling 2025). Dies stellt nicht

nur angesichts der in den letzten Jahren in Österreich ohnehin stark gestiegenen Preise – insbesondere bei billigen Lebensmitteln (Arbeiterkammer Wien 2025) – und der grundsätzlich geringen finanziellen Möglichkeiten eine zusätzliche Belastung dar, sondern auch deshalb, weil die Preise vieler Güter durch die CO_2-Steuer auch die nächsten Jahre zusätzlich weiter steigen werden. Letzteres ist zwar Sinn und Zweck einer solchen Steuer, jedoch sollte die Verteuerung von Verschmutzung durch Emissionen aus einer klima*sozialen* Perspektive jene mit hohen Emissionen treffen, die aufgrund ihrer hohen Einkommen ihren Konsum flexibel an veränderte Preisrelationen anpassen können. Auf einkommensschwache Haushalte trifft all dies nicht zu: Sie weisen vergleichsweise geringe Emissionen auf und müssen ihre Einkommen vollständig zur Deckung der Grundbedürfnisse aufwenden. Deshalb haben diese Haushalte kaum finanziellen Spielraum sowie mangelnde Anpassungsmöglichkeiten bei ihrem Konsum, und Preissteigerungen verursachen hohen finanziellen Druck. Beim (Über-)Konsum sozioökonomisch besser gestellter Gruppen ist die Internalisierung der Kosten für Emissionen hingegen gerechtfertigt und sinnvoll. In ihrer aktuellen Ausgestaltung ohne sozialen Ausgleich wirkt die CO_2-Steuer aber regressiv, belastet Haushalte mit kleinen Einkommen relativ betrachtet also stärker (Premrov et al. 2025), obwohl diese signifikant weniger Pro-Kopf-Emissionen aufweisen als Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen.

Klimasoziale Maßnahmen

Auch hinsichtlich der Anpassung an die Folgen des Klimawandels fehlt es bei zahlreichen Maßnahmen an der sozial gerechten Ausgestaltung, beispielsweise in Bezug auf Hitze. Während zwar zunehmend öffentliche konsumfreie und kühlende Räume geschaffen werden (z. B. „Coole Zonen" der Stadt Wien), gibt es trotz eines Anstiegs der Zahl der Hitzetage keine Maßnahmen für die Kühlung der eigenen vier Wände. Einkommensschwachen Haushalten – die überproportional von Hitze betroffen sind (APCC 2025) – fehlen aber die Mittel, um sich selbst zu schützen, z. B. durch das Anbringen von Außenjalousien, thermische Sanierungen oder die Installation von Kühltechnik (Fernkälte, reversible Wärmepumpen etc.). Zwar wird für manches eine Förderung zur Verfügung gestellt, für Personen und Haushalte mit niedrigem Einkommen stellt dies aber vor allem aufgrund zweier Aspekte keine wirksame Unterstützung dar: Erstens wohnen sie überwiegend zur Miete – 2024: 64 % (Statistik Austria 2025, 56) – und können somit gar nicht über bauliche Maßnahmen in ihrer Wohnung entscheiden, und zweitens basieren Förderungen in der Regel auf dem Prinzip Vorkasse, wofür aber die finanziellen Mittel fehlen. Selbst eine 100%ige Förderung wird somit wirkungslos. Angesichts der Klimaprognosen für Österreich (APCC 2025), die eine starke Zunahme von Hitzetagen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vorhersagen, sollte aus klimasozialer Perspektive angedacht werden, ob neben einer Verpflichtung der (zumindest gewerblichen) Vermieter:innen zu thermischen Sanierungen Mietwohnungen zukünftig zusätzlich zu Heizung, Badezimmer, Küche und WC auch mit Kühlsystemen bzw. Beschattung ausgestattet sein sollten.

Die Beispiele verdeutlichen, dass sich die Lebensrealitäten von Politiker:innen, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen in der Regel signifikant von jenen Armutsbetroffener unterscheiden, sodass ohne die Einbindung Letzterer in Entscheidungsprozesse, Policy-Ausgestaltung etc. klimasoziale Maßnahmen, die tatsächlich alle Bedürfnisse berücksichtigen, nur schwer möglich sind. Eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit durch Klimapolitik führt zu Widerstand gegen diese, wie beispielsweise die Gelbwesten-Proteste in Frankreich eindrücklich gezeigt haben, wo die geplante Einführung einer CO_2-Bepreisung ohne Rückverteilung bei gleichzeitiger Abschaffung einer Vermögenssteuer und einer allgemein gefühlten Ungerechtigkeit zu heftigen Aus-

schreitungen geführt hat (Gagnebin et al. 2019).[5] Aber selbst innerhalb von politischen Protestbewegungen sind Personen mit geringem Einkommen tendenziell unterrepräsentiert, was als „protest gap" beschrieben wird (Rodon/Guinjoan 2018). Umso wichtiger ist es deshalb, Armutsbetroffene als Expert:innen für ihre eigene Lebenslage aktiv und nicht nur pro forma in die Gestaltung klimasozialer Maßnahmen miteinzubeziehen. Entgegen aktuellen Entwicklungen plädieren wir deshalb dafür, Fragen der sozialen Ungleichheit wieder stärker ins Zentrum politischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu stellen und Partizipationsmöglichkeiten für vulnerable Gruppen im Kontext der sozial-ökologischen Transformation zu stärken.

BIBLIOGRAFIE

Aigner, Ernest/*Lichtenberger,* Hanna/*Brugger,* Katharina/*Schmidt,* Andrea (2023a). Armutsgefährdete Kinder in der Klimakrise: Betroffene, Anpassung und soziale Infrastruktur. Endbericht von StartClim2022.A. In: *BMK/BMWFW/Klima- und Energiefonds/Land Oberösterreich* (Hg.). StartClim2022: Schlüsselmaßnahmen, Messbarkeit und Notfallszenarien. Wien.

Aigner, Ernest/*Lichtenberger,* Hanna/*Ranftler,* Judith/*Schmeißl,* Sonja (2023b). „Es ist wie in einer Sauna": Die Betroffenheit armutsbetroffener Kinder und ihrer Familien durch die Klimakrise und sozialpolitische Antworten. Soziales Kapital 27, 79–99. Online verfügbar unter https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/779/1461 (abgerufen am 02.09.2025).

APCC – Austrian Panel on Climate Change (2023). APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, Springer Spektrum.

APCC – Austrian Panel on Climate Change (2025). Second Austrian Assessment Report on Climate Change (AAR2). Wien, Austrian Academy of Sciences Press.

Arbeiterkammer Wien (2025). AK Preismonitoring Wien. Warenkorb mit 40 Lebens- und Reinigungsmitteln – Preisvergleich der billigsten erhältlichen Produkte in Wiener Supermärkten und bei Diskontern. Wien, Verlag Arbeiterkammer Wien.

Armutskonferenz (2023). Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten. Norderstedt bei Hamburg, BoD-Verlag.

BMK – Bundesministerium für Klimaschutz (2024a). Betroffen von der Klimakrise. Ein Projekt zur Perspektive von armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen auf die Klimakrise und deren Folgen. Wien, Bundesministerium für Klimaschutz.

BMK – Bundesministerium für Klimaschutz (2024b). Der Klimawandel und seine Folgen. Online verfügbar unter https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/umwelt_und_klima/klima_und_umweltschutz/Seite.1000200 (abgerufen am 20.08.2025).

BMK – Bundesministerium für Klimaschutz (2024c). Mehr als 47.000 Hitze-Tote 2023 in Europa. Online verfügbar unter https://infothek.bmimi.gv.at/mehr-als-47-000-hitze-tote-2023-in-europa/ (abgerufen am 20.08.2025).

5 Ortiz et al. (2022) kommen in einer Analyse von Protesten weltweit zwischen 2006 und 2020 zu dem Ergebnis, dass mangelnde politische Repräsentation sowie ökonomische Gerechtigkeit und Anti-Austeritätsmotive zu den häufigsten Beweggründen für Protest zählen.

BMK – Bundesministerium für Klimaschutz (2024d). Perspektiven armutsbetroffener Menschen auf die Klimakrise. Wege zu einer armutssensiblen Klimakommunikation. Wien, Bundesministerium für Klimaschutz.

European Commission (2023). Special Eurobarometer on climate change, country factsheet Austria. Special Eurobarometer 538. European Commission.

Gagnebin, Murielle/*Graichen,* Patrick/*Lenck,* Thorsten (2019). Die Gelbwesten-Proteste: Eine (Fehler-)Analyse der französischen CO_2-Preispolitik. Berlin, Agora Energiewende.

Galuske, Michael (2013). Methoden der Sozialen Arbeit. Weinheim/Basel, Beltz.

Gore, Tim (2020). Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery. Oxfam.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2022). Summary for Policymakers. In: *IPCC* (Hg.). Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge (UK)/New York (US), Cambridge University Press, 5–33.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2023). Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Genf, Intergovernmental Panel on Climate Change.

Jüngling, Leonard (2025). Klimabonus-Abschaffung trifft vor allem Haushalte mit geringen Einkommen. Online verfügbar unter https://www.momentum-institut.at/grafik/klimabonus-abschaffung-trifft-vor-allem-haushalte-mit-geringen-einkommen/ (abgerufen am 20.08.2025).

Lessenich, Stephan (2019). Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Stuttgart, Reclam.

Ortiz, Isabel/*Burke*, Sara/*Berrada,* Mohamed/*Cortés,* Hernán Saenz (2022). World Protests: A Study of Key Protest Issues in the 21st Century. Cham CHE, Palgrave Macmillan.

Premrov, Tamara/*Prinz,* Nicolas/*Six,* Eva (2025). Abschaffung des Klimabonus – Einkommensverluste treffen insbesondere untere Einkommensgruppen hart. A&W-Blog vom 23.01.2025. Online verfügbar unter https://www.awblog.at/klima-energie/Abschaffung-Klimabonus-trifft-untere-Einkommensgruppen (abgerufen am 20.08.2025).

Rodon, Toni/*Guinjoan,* Marc (2018). Mind the Protest Gap: The Role of Resources in the Face of Economic Hardship. PS – Political Science & Politics 51 (01), 84–92. https://doi.org/10.1017/S1049096517001809.

Schulz, Marlen (2012). Quick and easy!? Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft. In: Marlen *Schulz*/Birgit *Mack*/Ortwin *Renn* (Hg.). Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung. Wiesbaden, Springer VS, 9–22.

Statistik Austria (2025). Tabellenband EU-SILC 2024 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2022 bis 2024. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien, Statistik Austria.

Thiersch, Hans (2020). Lebensweltorientierte Soziale Arbeit – revisited. Weinheim, Beltz Juventa.

Tölgyes, Joel (2023). Reichstes Zehntel verursacht ein Drittel der Emissionen. Momentum Institut. Online verfügbar unter https://www.momentum-institut.at/news/emissionsungleichheit/ (abgerufen am 20.08.2025).

Verdure (o. J.): Wie Sie einen Usability-Test für Ihre Website durchführen können. Online verfügbar unter https://www.verdure.de/magazin/design/website-usability-test-durchfuehren/ (abgerufen am 20.08.2025).

Wendt, Peter-Ulrich (2017). Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit. 2. Aufl. Weinheim, Beltz Juventa.

Wettach, Christof/*Albers,* Maria/*Herbst,* Antje (2023). Kinder vor den Folgen der Klimakrise schützen. Ein Positionspapier der AG Pädiatrie bei KLUG. Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit.

Zandonella, Martina/*Ehs,* Tamara (2021). Demokratie der Reichen. Soziale und politische Ungleichheit in Wien. Wirtschaft und Gesellschaft 47 (1), 63–101. https://doi.org/10.59288/wug471.51.

Max Schwarzenbacher

KANTINEN FÜR ALLE! ERNÄHRUNGSPOLITIK ALS TEIL DES KLIMASOZIALSTAATS

ZUSAMMENFASSUNG

Der Beitrag analysiert Ernährung als wesentliches sozial- und klimapolitisches Handlungsfeld und diskutiert die Rolle der Gemeinschaftsverpflegung im Kontext der Vision eines Klimasozialstaats. Skizziert werden die sich verschärfenden sozialen und gesundheitlichen Problemlagen des Ernährungssystems, die zudem mit der Überschreitung planetarer Grenzen der vorherrschenden Produktions- und Konsumweise zusammengedacht werden müssen. Davon ausgehend wird die Universalisierung der Gemeinschaftsverpflegung – „Kantinen für alle" – als mögliche Säule klimasozialstaatlicher Daseinsvorsorge skizziert. Die systematische Ausweitung der Gemeinschaftsverpflegung könnte unter den richtigen Bedingungen zahlreiche Probleme des Ernährungssystems bearbeiten:

- Leistbare Kantinen können effektiv Ernährungsarmut bekämpfen und Umverteilung bewirken.
- Gemeinschaftsverpflegung kann gesundheitliche Risiken verringern und unbezahlte Arbeit entlasten.
- In der Beschaffung ist die öffentliche Hand in der Lage, relevante Marktanreize für eine Ökologisierung der Landwirtschaft zu setzen.

ABSTRACT

The article analyses nutrition as a key social and climate policy issue and discusses the role of communal catering in the context of the vision of a climate welfare state. It outlines the worsening social and health-related challenges of the food system, which must also be considered in relation to the transgression of planetary boundaries caused by prevailing modes of production and consumption. Building on this, the universalisation of communal catering – "canteens for all" – is presented as a potential pillar of climate welfare state provision. Under the right conditions, the systematic expansion of communal catering could address numerous problems of the food system:

- Affordable canteens can effectively combat food insecurity and promote redistribution.
- Communal catering can reduce health risks and relieve unpaid care work.
- Through procurement, the public sector can create significant market incentives for the ecological transformation of agriculture.

1 EINLEITUNG

Die Aufregung ist groß in New York vor der Bürgermeisterwahl 2025. Zohran Mamdani – 34 Jahre alt, demokratischer Sozialist – wäre vor wenigen Jahren als Kandidat der Demokratischen Partei undenkbar gewesen und stellt heute jedenfalls das personifizierte Gegenprogramm zu Donald Trump dar. Für einige überraschend gewann er die demokratischen Vorwahlen, und das Programm, mit dem er in die Wahl geht, enthält klassisch linke Forderungen, wie etwa einen Mietendeckel, eine Ausweitung des sozialen Wohnbaus oder kostenlose öffentliche Verkehrsmittel, finanziert durch Konzernsteuern (Zohran for NYC 2025). Die unüblichste Forderung ist aber sein Vorschlag zur Etablierung städtischer Supermärkte – und sie führte zugleich zu großer Aufregung (Folk 2025).

Mamdanis Forderung ist im Grunde der Wunsch nach einer Teilvergesellschaftung des Ernährungssystems und lässt darauf schließen, dass Ernährungsfragen in den Mittelpunkt der politischen Debatte rücken. Das ist insofern eine relevante Entwicklung, als Ernährungs*politik* abseits von Agrarsubventionen in industrialisierten Staaten unterentwickelt ist. Und auch wenn Mamdanis Forderung nach städtischen Supermärkten sicher zu den radikaleren Vorschlägen gehört: Aktive Ernährungspolitik wird auch in anderen Kontexten vermehrt eingefordert. Aktuelles Beispiel in Österreich ist etwa die von Finanzminister Marterbauer initiierte Debatte über die Regulierung von Lebensmittelpreisen, die etwa auch ein umfassendes Policy-Paper des Momentum Instituts nach sich zog, das verschiedene makroökonomische Möglichkeiten aufzeigt (Der Standard 2025; Frauenlob et al. 2025).

Solchen Entwicklungen ist gemein, dass die Ernährungsfrage als soziale Frage diskutiert wird. Der Grund dafür ist einleuchtend: Ernährungsarmut wird in ihrer Qualität und Quantität sichtbarer, nicht zuletzt aufgrund der überproportionalen Preisentwicklung im Lebensmitteleinzelhandel (Arbeiterkammer 2025). In Österreich wurde 2024 eine Studie zum Phänomen der Ernährungsarmut publiziert, die für viele überraschende Dimensionen des Problems aufzeigte (Lampl et al. 2024). Nicht zuletzt führt das auch dazu, dass quer durch Europa von der Überforderung von Tafeln und Sozialmärkten aufgrund des größer werdenden Andrangs berichtet wird (Tafel Deutschland e.V. 2023).

Diese Bedingungen führen dazu, dass Ernährungsfragen als zentrales *politisches* Thema begriffen werden müssen, das Gestaltung erfordert. Stimmt diese Diagnose, dann ergeben sich aber auch Räume für neue Vorstellungen eines Ernährungssystems, das den Vielen zugutekommt. Konsequenterweise müssen solche Imaginationen neben sozialen auch gesundheitspolitische und ökologische Aspekte berücksichtigen. Schließlich produziert das aktuelle Ernährungssystem nicht nur Hunger, Armut und diverse Ausschlüsse (ebd.), sondern auch ernährungsbedingte Erkrankungen und enorme Mengen an Treibhausgasemissionen (Penker et al. 2023).

Der vorliegende Beitrag will ausgehend von diesen Beobachtungen dazu anregen, Ernährung als zentralen Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit als Säule eines Klimasozialstaats zu denken. Denn neben den sozialen und gesundheitlichen Problemen steht die landwirtschaftliche Übernutzung des Planeten auch jeglichen Bemühungen einer Eindämmung der Klimakrise im Weg. Und nur durch eine sozialpolitische Dekommodifizierung der Bereitstellung von Lebensmitteln, so das Argument, kann die zentrale Zielsetzung progressiver Ernährungspolitik durchgesetzt werden: die Verwirklichung des Menschrechts auf Nahrung, wie sie in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert wird, verstanden als die Möglichkeit aller Menschen, sich gut, gesund und nachhaltig zu ernähren.

Dazu sollen in einem ersten Schritt die Charakteristika des Themas Ernährung aus sozialwissenschaftlicher Sicht diskutiert werden. In einem zweiten Schritt beleuchtet der Beitrag die zentralen Problematiken aktueller Ernährungsregime, um anschließend den Umgang damit und aktuelle Ernährungspolitik zu skizzieren. Abschließend sollen eine politische Vision flächendeckender Gemeinschaftsverpflegung (Kantinen für alle) und damit eine Perspektive auf Ernährungspolitik als zentrale Säule eines zukunftsfähigen Klimasoziaalstaats vorgestellt werden.

2 ERNÄHRUNG – EINE INDIVIDUELLE FRAGE?

Neben der Tatsache, dass Ernährung ganz einfach eine menschliche Notwendigkeit darstellt, ist das soziale Ernährungsverhalten die zentrale Grundlage, auf der Ernährungspolitik aufzubauen hat. Ein ernährungspolitisches Projekt muss sich also mit der sozialen Realität auseinandersetzen, weil es an diese anschließen muss.

Ernährung hat einerseits ein verbindendes, Gemeinschaft konstituierendes Element – die Notwendigkeit des Essens verbindet alle Menschen. Andererseits machen die Kultur- und Sozialwissenschaften auch auf die gesellschaftlich stratifizierende und ausschließende Wirkung des Essens aufmerksam. Nicht umsonst ist die Beschreibung unterschiedlicher Geschmäcker eine zentrale Beobachtung in Pierre Bourdieus „Die feinen Unterschiede“ (1994). Bourdieu identifiziert zwei verschiedene Konsummuster: einen Notwendigkeits- sowie einen Luxusgeschmack, der sozialen Klassen zugeordnet werden kann. Der Unterschied gewinnt auch deswegen an Bedeutung, weil die Art zu essen ein zentrales Distinktionsmerkmal stratifizierter Gesellschaften ist und Luxusgeschmack eine Ressource symbolischen Kapitals darstellt (Bourdieu 1994). Die Soziologin Eva Barlösius stellt dem noch ein drittes „Geschmacksmuster“ gegenüber, den „naturgemäßen Essstil“, der zum Luxusgeschmack aufgrund der moralischen Überlegenheit in „Konkurrenz um das symbolische Kapital steht“. Insbesondere der Vegetarismus, der schon bei Pythagoras eine gegenkulturelle Bedeutung hatte, verbinde sich im 20. Jahrhundert mit ideologischen Vorstellungen „als die praktische Umsetzung von zwei zentralen gesellschaftlichen Feldern: Gesundheit und Ökologie“ (Barlösius 2011, 122).

Ernährung ist aber nicht nur Milieu- oder Klassenfrage, auch innerhalb der Geschlechterverhältnisse wurden und werden Unterschiede im Essverhalten beobachtet. Aus naturwissenschaftlicher Perspektive gibt es zwar physiologische Differenzen in den Bedarfen, sie können jedoch die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Ernährungsverhalten nicht erklären (ebd., 123). Diese sind insbesondere im Verhältnis zu Fleisch erkennbar (Rust et al. 2017, 14). Die feministische Forschung weist dabei auf den Zusammenhang von Fleisch und Männlichkeit hin (Setzwein 2004). Noch gravierender ist der Unterschied im Geschlechterverhältnis allerdings in der Essenszubereitung: Unter dem Begriff „foodwork“ wird die ernährungsbezogene, meist unbezahlte Arbeit und ihre ungleiche Verteilung problematisiert (Beagan et al. 2008). Auch die Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria (2023, 94) zeigt: „Für Nahrungsmittelzubereitung und Küchenarbeit verwenden Frauen und Mädchen mit durchschnittlich 59 Minuten täglich mehr als doppelt so viel Zeit wie Männer und Buben mit 23 Minuten.“

Eine dritte Dimension der gesellschaftlichen Differenzierung findet schließlich über die Konstruktion kultureller Essgemeinschaften statt. Was gut schmeckt, was abgelehnt oder sozial sanktioniert wird, hängt stark davon ab, wo man sich befindet. Ernährung ist also geschlechter- und klassenspezifisch, aber auch geografisch und kulturell geprägt und natürlich abhängig von materiellen Möglichkeiten. Trotzdem wird sie als etwas zutiefst Individuelles wahrgenommen:

„Ernährung wird als ‚privat' interpretiert, in die sich der Staat nicht einmischen solle" (Penker et al. 2023, 252). Der Ernährungssoziologe Thomas Schröder argumentiert, dass sich der Akt des Essens durch die unmittelbare Körperlichkeit und das Gefühl des Einswerdens mit der Nahrung auszeichnet (Schröder 2016, 130). Zusätzlich käme es in der Spätmoderne zu einer Individualisierung der Ernährung, was auch die Vielzahl unterschiedlicher Ernährungstrends miterkläre: „Individualisierungsprozesse zeigen sich darin, dass etwas, das zuvor selbstverständlich war, nun der Selbstbestimmung durch das Individuum offensteht" (ebd., 133).

Diese Individualisierung trifft auch die Frage der politischen Verantwortung: In kaum einem anderen Bereich wird Konsument:innen als politischen Akteur:innen mehr Handlungsmacht zugesprochen. Theoretisch findet dies Eingang in Begriffe wie „Citizen-Consumer" (Spaargaren/Oosterveer 2010). Wertvorstellungen und politische Ansichten werden aus dieser Perspektive im Akt des Konsums transportiert. Dahinter steht in weiterer Konsequenz die Annahme, dass dies zu einer Veränderung im Produktionsprozess führt (Schröder 2016, 128). Zusammengefasst zeigt sich diese Wahrnehmung im Zitat eines deutschen Journalisten: „Pro Tag fällen wir etwa hundert Entscheidungen, die bestimmen, was wir essen. Mit diesen 100 Entscheidungen bestimmen wir, was produziert wird. Insofern ist jeder Mitproduzent" (Monetti 2024, 29).

Diese Perspektive ist jedoch aus mehreren Gründen problematisch. Schon der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz in Deutschland weist daraufhin, dass die individuelle Handlungskontrolle nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei politischen Entscheidungsträger:innen maßlos überschätzt wird (WBAE 2020, 5). Vielmehr bestimmen „Ernährungsumgebungen" Konsumentscheidungen maßgeblich mit (ebd.). Grundlegender beschreibt der Geograf Yusif Idies, dass erstens die Wirkungszusammenhänge zwischen Konsum und Produktion keineswegs gegeben sind – der Lebensmittelmarkt ist schließlich kein perfekter freier Markt, in dem die Produktion von der Nachfrage bestimmt wird (Idies 2018, 256). Zweitens weist er auf eine Realität hin, die für alle konsumseitigen Interventionen zentral ist: Bedürfnisse sind keine unabhängig von Produktion und Angebot entstehenden äußeren Faktoren, sondern „eine zutiefst ökonomische Praxis", die erst im kapitalistischen Warensystem geformt wird (ebd., 257). Politiken, die an die Vernunft der Konsument:innen appellieren, gehen dementsprechend häufig von der falschen Annahme autonomer Subjekte aus.

Ernährung ist trotz dieser Erkenntnisse weiterhin ein Thema, bei dem politisch und medial stark auf den individuellen Konsum fokussiert wird. Doch aktuelle und vergangene gesundheitliche, soziale und ökologische Krisen zeigen, dass die Organisation von Ernährungssystemen alle Menschen als Gesellschaft betrifft. Auf diese Krisenmomente wird im Folgenden eingegangen.

3 BAUSTELLEN FÜR KONSUMENT:INNEN – SOZIALE, ÖKOLOGISCHE UND GESUNDHEITLICHE KRISEN

Dass das Ernährungssystem vor immensen Herausforderungen steht, ist keine neue Erkenntnis. Zahlreiche Publikationen weisen auf die mannigfaltigen Probleme hin. In den letzten Jahren wurden zudem immer häufiger auch die sozialen, ökologischen und gesundheitlichen Probleme im Ernährungssystem in ihrem strukturellen Zusammenhang thematisiert (WBAE 2020). Für die politische Praxis erscheint das notwendig, damit Ernährungspolitik nicht ausschließlich als Gesundheitspolitik, Umweltpolitik oder Sozialpolitik gedacht wird. Im Folgenden sollen die großen Baustellen auf der Konsumseite der Ernährung vorgestellt werden, bevor auf die Probleme im Produktionsprozess eingegangen wird.

3.1 Ernährungsarmut in Österreich

Ernährungsarmut beschränkt sich nicht auf den Globalen Süden. Der Begriff „bezeichnet eine qualitativ oder quantitativ unzureichende Deckung des Nahrungsmittelbedarfs, verursacht von einem Mangel an finanziellen Mitteln zum Erwerb von Nahrungsmitteln oder an Nahrungsmitteln selbst" (Monetti 2024, 27).

Für Österreich erhoben Forscher:innen der Gesundheit Österreich (GÖG) die Prävalenz des Phänomens. Laut der Studie sind 1,1 Millionen Menschen von moderater oder leichter Ernährungsarmut betroffen. Für diese ist es schwierig, sich eine ausgewogene und gesunde Ernährung zu leisten, der Lebensmitteleinkauf ist zudem mit Ungewissheiten der langfristigen Leistbarkeit verbunden. Zusätzlich gibt es etwa 420.000 von schwerer Ernährungsarmut Betroffene – zu dieser Gruppe gehört man, wenn man z. B. regelmäßig Mahlzeiten ausfallen lassen muss (Lampl et al. 2024).

In der Studie wird zudem deutlich, dass es zwischen der Prävalenz von Ernährungsarmut und dem Wissen über gesunde und nachhaltige Ernährung keinen Zusammenhang gibt (ebd., 62). Auch die Ernährungsgewohnheiten (Fleischkonsum etc.) unterscheiden sich nicht maßgeblich (ebd., 30). Der zentrale Unterschied ist hingegen die besondere Preissensibilität der Betroffenen (ebd., 34). Mit anderen Worten: Ernährungsarmut ist keine Frage individueller Verantwortung. Die Autor:innen argumentieren deswegen für eine Verschiebung der politischen Aufmerksamkeit weg vom Individuum hin zu den Verhältnissen (ebd., 62).

Nicht zu unterschätzen ist zudem die isolierende Wirkung von Ernährungsarmut. Die Autor:innen der Studie weisen darauf hin, dass die Verunmöglichung von Restaurantbesuchen oder der Aussprache von Essenseinladungen zu sozialer Ernährungsarmut führt, die die Möglichkeiten sozialer Teilhabe massiv einschränkt (ebd. 62).

Aus Betroffenenperspektive sind diverse Ressourcen für eine Überwindung von Ernährungsarmut bzw. eine Verbesserung der Situation notwendig, insbesondere finanzielle Mittel (von 32 % der Betroffenen erwünscht), billigere gesunde und umweltfreundliche Lebensmittel (17 %) und Zeitressourcen fürs Kochen (18 %) und Einkaufen (12 %) (ebd., 53).

Interessant ist hier auch der Bedarf an vermehrten Zeitressourcen, der den Zusammenhang zwischen Ernährungsarmut und Zeitarmut erahnen lässt. Dengler et al. (2024, 4) weisen darauf hin, dass insbesondere Frauen und Armutsbetroffene unter Zeitarmut leiden. Die Prävalenz von Zeitarmut hätte zudem negative Auswirkungen auf die Gesundheit – aber auch auf das Klima: Knappe Zeitressourcen führen in den Bereichen Ernährung und Mobilität zu klimaschädlichen Verhaltensweisen, wenn etwa auf Fertigprodukte oder das Auto zurückgegriffen werden muss (ebd., 10). Daten zum Zusammenhang von Stress und Ernährung lassen sich zudem in der aktuellen Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria (2023) finden. Neben der nach wie vor ungleichen Verteilung unbezahlter Arbeit wird in einem eigenen Kapitel die Prävalenz von Stress in der österreichischen Bevölkerung diskutiert, die Aufschluss über die Problematik in Bezug auf Ernährung gibt. Mehr als ein Viertel der Frauen und Mädchen steht „besonders unter Zeitdruck", bei den Männern und Burschen sind es 21 % (ebd., 122). In der Alterskohorte der 20- bis 39-Jährigen stehen 80 % der Frauen (fast) immer oder manchmal unter Zeitdruck. Im Bereich der Sorgearbeit ist „Nahrungsmittelzubereitung und Küchenarbeit" mit Abstand der größte Stressfaktor (37,8 % der Frauen und Mädchen; 22,5 % der Männer und Buben) (ebd., 128). Aber auch das mit der Ernährung in Zusammenhang stehende Einkaufen trägt relativ häufig

zum Stressempfinden bei. Die Daten machen deutlich, dass ernährungsbezogene Sozialpolitik auch immer geschlechter- und zeitpolitische Dimensionen haben kann.

3.2 Gesundheitliche Folgen der Ernährungsweise

Sowohl Ernährungsarmut als auch Zeitarmut haben negative Konsequenzen für die eigene Gesundheit. Aber auch ganz allgemein sind die Folgen eines ungesunden Ernährungsverhaltens gravierend und erkennbar verantwortlich „für chronische und lebensbedrohliche Erkrankungen wie Typ-2-Diabetes, kardiovaskuläre Erkrankungen, Krebserkrankungen, aber auch Demenzen" (Petrowsky 2022, 371). In Deutschland kann jeder sechste Todesfall durch Fehlernährung erklärt werden (Pörschmann et al. 2024). Insbesondere Übergewicht und Adipositas gelten dabei als zentrale Probleme für die eigene Gesundheit. Die WHO schätzte etwa für 2022, dass global betrachtet jede achte Person an Adipositas leidet (WHO 2025). Fehlernährung hat dabei eine starke soziale Dimension. Von diversen Seiten wird das erhöhte Risiko etwa von Adipositas für Kinder aus einkommensschwachen Familien erwähnt.

Die ökonomischen Effekte ernährungsbezogener Erkrankungen wurden in einer Studie der Welternährungsorganisation (FAO) untersucht. Die „hidden costs" ungesunder Ernährungsweisen schätzt die Organisation global betrachtet auf 9,31 Billionen Dollar (Lord 2023). Diese Zahl macht fast ein Zehntel des globalen BIP aus.

3.3 Die Befeuerung des Klimawandels

In der gleichen Studie der FAO werden auch die verdeckten ökologischen Kosten des Agrar- und Ernährungssystems berechnet. Auswirkungen auf Treibhausgasemissionen, Frischwasserreserven, Landnutzung und Verunreinigung führen gemeinsam zu ökonomischen Folgekosten in Höhe von 2,868 Billionen Dollar. Weltweit ist das Ernährungssystem für ein Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich (Crippa et al. 2021). Eine notwendige Ökologisierung der Produktion muss unvermeidlich auch mit einer Veränderung der Ernährungsweisen einhergehen (Penker et al. 2023, 249). Denn diese sind in industrialisierten Staaten – aber immer mehr auch in sogenannten „Schwellenländern" – von Konsumverhalten geprägt, die mit planetaren Grenzen nicht in Einklang zu bringen sind. Insbesondere der Fleischkonsum, der Verarbeitungsgrad von Lebensmitteln, der (zu geringe) Anteil an Biolebensmitteln und die Müllproduktion gelten als zentrale Probleme (ebd.).

In Österreich wird im EU-Vergleich überdurchschnittlich viel Fleisch konsumiert, 2023 waren es 86,6 Kilogramm pro Person. Eine Reduktion des Fleischkonsums wird dementsprechend als einer der zentralen klimapolitischen Hebel in der Ernährungspolitik angesehen, darüber hinaus hätte diese Reduktion auch positive gesundheitliche Effekte (ebd. 254). Jedoch ist eine solche Reduktion politisch schwer umzusetzen. Es stehen dem nicht nur volkswirtschaftlich relevante Wirtschaftsinteressen entgegen, sondern auch die Esskultur selbst, insbesondere im Außer-Haus-Verzehr (ebd. 249).

Neben Fleischprodukten sind insbesondere Lebensmittel mit hohem Verarbeitungsrad aufgrund ihrer Energieintensität Treiber des Klimawandels (ebd., 250). Obwohl Fertigprodukte häufig teuer sind, werden sie aufgrund fehlender Zeitressourcen für die Zubereitung frischer Mahlzeiten immer mehr konsumiert.

Obwohl Österreich im internationalen Vergleich eine hohe Dichte an biologischem Landbau aufweist, wird der Konsum von konventionell angebauten Lebensmitteln dominiert (ebd. 247). Bezeichnenderweise schafft es auch die öffentliche Beschaffung nicht, die eigenen Ziele bezüglich des Bioanteils zu erreichen (Kainrath 2024). Dabei ist die Bundesbeschaffungsbehörde mit 145 Milliarden Euro Einkaufsvolumen in der Lebensmittelbeschaffung ein höchst relevanter Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte und somit mit einer hohen Marktmacht ausgestattet (ebd.).

Vermeidbare Lebensmittelabfälle entstehen in Österreich in einem Ausmaß von 1,2 Millionen Tonnen (Obersteiner/Stoifl 2024). Eine Reduktion der vermeidbaren Abfälle hätte in Europa laut Schätzungen ein Einsparungspotenzial von etwa 0,3 Tonnen CO_2 pro Kopf (Ivanova et al. 2020). Mehr als die Hälfte der vermeidbaren Abfälle entsteht dabei in privaten Haushalten, wobei die Gründe dafür vielfältig sind. Schanes et al. (2019) machen darauf aufmerksam, dass es bei Müllvermeidungsstrategien im Privathaushalt zu diversen Zielkonflikten kommt, etwa mit dem Wunsch nach Lebensmittelsicherheit und wahrgenommener Frische. Im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung weisen hingegen einige Initiativen bereits auf das Einsparungspotenzial hin (Gusenbauer et al. 2018; Schlatzer et al. 2017).

Beachtet werden muss, dass eine eingeengte Perspektive auf Konsummuster im Hinblick auf Treibhausgasemissionen nicht hilfreich erscheint. Empirisch zeigt sich, dass trotz der gesteigerten Bewusstseinsbildung und des Zuwachses vegetarischer und veganer Ernährungsweisen der Fleischkonsum nach wie vor konstant bleibt bzw. nur minimal sinkt (Statistik Austria 2024). Vor allem aber verschiebt eine Perspektivenverengung auf Konsummuster die Verantwortung und lässt Machtverhältnisse im Ernährungssystem unberücksichtigt – mit anderen Worten: Ernährung wird entpolitisiert. Und während sich auch vorliegender Artikel mit ernährungspolitischen Interventionen auf der Verpflegungsebene als *einer* Möglichkeit der sozial-ökologischen Transformation befasst, sollte doch nicht unerwähnt bleiben, dass sich auch und insbesondere im Bereich der Produktion viel verändern müsste, um ein nachhaltiges Ernährungssystem zu ermöglichen.

3.4 Exkurs: Baustellen im Produktionsprozess

Das Ernährungssystem Österreichs ist in ein globales Ernährungsregime eingebettet, das Ermann et al. (2018, 31) als „WTO-zentriertes Nahrungsregime" bezeichnen. Zentrale Merkmale des Regimes sind laufende Liberalisierung, Finanzialisierung, Ausbeutung kleiner Produzent:innen und Arbeitnehmer:innen sowie die fehlende Berücksichtigung ökologischer Kreisläufe. Zudem befeuert es globale Ungleichheitsverhältnisse (ebd.). Bezogen auf den Klimawandel ist das globale Ernährungssystem für etwa ein Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich, wobei Landnutzungsveränderungen und die Landwirtschaft die meisten Emissionen verursachen (Penker et al. 2023).

Nach Penker et al. (2023, 254) ist das globale Ernährungssystem auf billige Arbeitskräfte angewiesen. In Österreich oder Deutschland zeigt sich das etwa an der prekären Lage von (insbesondere migrantischen) Erntehelfer:innen und Saisonarbeiter:innen (Sperneac-Wolfer/Fessler 2025; Winkler 2023). Neben Problemen in Bereichen wie der Verarbeitung, der Zulieferung und dem Einzelhandel ist auch die Gastronomie von prekären Arbeitsbedingungen bestimmt. Eine FORBA-Studie zeigt etwa, dass die Branche von einer lückenhaften Berücksichtigung arbeitsrechtlicher Regulierungen betroffen ist (Stadler/Adam 2023, 78).

4 GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG ALS KLIMASOZIALE ERNÄHRUNGSPOLITIK?

Interventionsmöglichkeiten in das Ernährungssystem gibt es auf diversen politischen Ebenen. Dementsprechend fordern Wissenschafter:innen auch eine stärkere Ernährungsstrategie, welche eine gemeinsame Zielsetzung für die unterschiedlichen Politikbereiche festschreibt (WBAE 2020; Penker et al. 2023). Häufig setzen diskutierte Forderungen jedoch auf langsame oder graduelle Veränderungen, die wohl nicht in der gebotenen Radikalität eine Transformation des Lebensmittelsystems vorantreiben. Diese Transformation, so das hier vertretene Argument, wäre aber durch die Verankerung der Ernährungsfrage in einem Klimasozialstaat möglich.

4.1 Status quo

In Österreich werden etwa 1,8 Millionen Mahlzeiten täglich über Institutionen der Gemeinschaftsverpflegung ausgegeben (Gusenbauer et al. 2018, 1). Ein Großteil davon ist Bestandteil öffentlicher Leistungen, etwa die Verpflegung in Schulen, Kindergärten oder Spitälern. Zusätzlich werden über Betriebsrestaurants auch viele Mahlzeiten als subventionierte Leistungen von Arbeitgeber:innen bereitgestellt. Die Gemeinschaftsverpflegung ist damit eine quantitativ nicht zu unterschätzende Größe in der Ernährungspolitik und kann begrifflich als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden werden. Unter Expert:innen im Feld der Ernährungspolitik gibt es eine hohe Übereinstimmung hinsichtlich der Bedeutung der Gemeinschaftsverpflegung für die Bekämpfung von Ernährungsarmut und die Bekämpfung von Gesundheitsrisiken, insbesondere in Bildungseinrichtungen (Lampl et al. 2024; WBAE 2020). Der Zugang zu Verpflegung in Schulen und Kindergärten divergiert aber stark nach deren Lage. Während in Wien etwa seit 2023 kostenlose Mittagessen in allen Ganztagsschulen der Stadt angeboten werden, gilt für die gesamtösterreichische Lage, dass nur in einem Drittel der Schulen warme Mahlzeiten zur Verfügung stehen (SIPCAN 2024).

Arbeitnehmer:innen haben daneben grundsätzlich keinen Anspruch auf Verpflegung am Arbeitsplatz – für die Zeit der Mittagspause sind Arbeitgeber:innen schließlich von ihrer Fürsorgepflicht befreit. Aufgrund der Investitionskosten und Skaleneffekte bei Großküchen sind es dementsprechend meist Mitarbeiter:innen großer Unternehmen, für die solche Angebote vorhanden sind. Für Klein- und Mittelunternehmen gibt es diese Möglichkeiten nicht, obwohl einige Unternehmen aufgrund der steuerlichen Absetzbarkeit Essensbons für ihre Mitarbeiter:innen bereitstellen. Unterschiede in der Häufigkeit der Außer-Haus-Verpflegung zwischen Frauen und Männern, die unter anderem auf ungleiche Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen sind, können als Hinweis verstanden werden, dass sich auch zwischen den Geschlechtern der Zugang ungerecht gestaltet (Rust et al. 2017, 50).

Die Kriterien Qualität, Gesundheit und Nachhaltigkeit divergieren stark zwischen den Küchen der Gemeinschaftsverpflegung. So zeichnen sich einige Betriebsrestaurants durch ökologische Nachhaltigkeit aus, etwa aufgrund eines rein vegetarischen Angebots (Vegane Gesellschaft 2025). Andererseits gibt es beispielsweise einige Studien, die darauf hinweisen, dass Ernährungsangebote in Gesundheitseinrichtungen negative Effekte auf die Gesundheit der Patient:innen haben (Pörtner et al. 2025).

Zu problematisieren ist dabei, dass es erstaunlich wenig nationale Regulierungen in der Gemeinschaftsverpflegung gibt – in den Bereichen Nachhaltigkeit und Gesundheit herrscht nach wie vor das Prinzip der Empfehlungen und Leitlinien.

Dabei sind die aktuellen Empfehlungen durchaus im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation formuliert. So wurden 2024 die österreichischen Ernährungsempfehlungen überarbeitet, wobei erstmals über die Einbeziehung der „Planetary Health" auch ökologische Kriterien in den eigentlich gesundheitspolitischen Empfehlungen berücksichtigt wurden (AGES 2024). Diese Empfehlungen könnten in weiterer Folge durchaus als ordnungspolitische Vorgabe in der Gemeinschaftsverpflegung herangezogen werden.

Obwohl die Gemeinschaftsverpflegung also eine wichtige sozialpolitische Institution darstellt, stellt die politische Regulierung des Bereichs keineswegs wünschenswerte gesundheits- und nachhaltigkeitspolitische Effekte sicher. Zudem dürfte der Zugang zu Angeboten gesellschaftlich ungleich verteilt sein. Doch gleichzeitig ist die Gemeinschaftsverpflegung im Gegensatz zum individuellen Konsumverhalten sowie der Individualgastronomie direkt gestaltbar. Sie hat als sozialstaatliche Institution das Potenzial, zahlreiche Probleme des Ernährungssystems zu bekämpfen – unter den Voraussetzungen eines progressiven Wohlfahrtsstaatsverständnisses.

4.2 Was ist der Klimasozialstaat?

Bevor hier skizziert wird, wie sich Ernährung als Säule des Klimasozialstaats implementieren lässt, soll noch explizit gemacht werden, welcher Sozialstaatsbegriff verwendet werden kann. Esping-Andersen (1990) wies auf die unterschiedlichen Funktionsweisen der diversen Sozialstaatsregime hin, wobei er sozialdemokratische/skandinavische, konservative und liberale Wohlfahrtsstaaten unterschied. Unter anderen Jane Lewis merkte auch an, dass diverse Wohlfahrtsstaatsmodelle divergierende Wirkungen auf die Geschlechterverhältnisse haben (Lewis 2001). Das hier vertretene Sozialstaatsmodell orientiert sich an den skandinavischen Modellen und nimmt als Klimasozialstaatlichkeit für sich einen doppelt universalistischen, ökologischen und geschlechtersensiblen Charakter in Anspruch – geschlechtersensibel, weil die verteilten staatlichen Leistungen auch Effekte auf Geschlechterverhältnisse mitdenken; ökologisch, weil den planetaren Grenzen Rechnung getragen wird; doppelt universalistisch, weil erstens Leistungen von Beiträgen entkoppelt werden und zweitens diese Leistungen ein Angebot für alle Teile der Gesellschaft sind (nicht nur für „Bedürftige"). Der *Klima*sozialstaat stellt schließlich eine Erweiterung dieser Logik dar, wobei durch den Begriff darauf aufmerksam gemacht wird, dass Klima- und Sozialpolitik lang- und mittelfristig getrennt voneinander nicht erfolgreich betrieben werden können.

4.3 Charakteristika einer hochwertigen gemeinschaftlichen Verpflegung

„Kantinen für alle" könnte im Hinblick auf die Ernährungsfrage eine konkrete Form eines universalistischen und geschlechtersensiblen Klimasozialstaates sein. Wünschenswerte Effekte aus sozial-, gesundheits- und nachhaltigkeitspolitischer Perspektive zu volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten ergeben sich bei einem solchen Ausbau jedoch nur, wenn in den Küchen zentrale Kriterien berücksichtigt werden, die politischer Vorgaben bedürfen:

Ernährungsweise: Gemeinschaftsverpflegung kann die wissenschaftlich erarbeiteten Ernährungsempfehlungen in politische Praxis übersetzen. Ein Speiseplan, der sich (verpflichtend)

an den Ernährungsempfehlungen orientiert, würde zu einem gesunden und nachhaltigen Angebot für die Konsument:innen führen. Zudem zeigen zahlreiche Studien, dass ein solches Angebot auch kostengünstiger als ein Überangebot an Fleisch herzustellen ist (DGE 2019; Schwarzenbacher 2025).

Müllvermeidung: Implementiert werden könnten zudem Müllvermeidungsstrategien, um den ökologischen Fußabdruck zu verringern. Baumeister/Laumeyer (2015, 64) etwa erarbeiteten im Kontext der Kitaverpflegung Strategien, die dies ermöglichen. Auch in diesem Fall gilt: Müllvermeidung ist nicht nur ökologisch nachhaltig, sondern auch wirtschaftlich.

Bioanteil: Ein stärker pflanzenbasiertes Angebot in Kombination mit effizienter Ressourcennutzung könnte auch eine Erhöhung des Bioanteils der Lebensmittel querfinanzieren. Besonders effektiv wäre dies in Kombination mit einem auf Saisonalität und Regionalität ausgelegten Speiseplan. Diverse Studien zeigen zudem auf, welche Lebensmittelgruppen vergleichsweise kostengünstig umgestellt werden können, weil die Preise der Bioprodukte jenen der konventionellen bereits sehr nahe sind (DGE 2019, 32). Politisch wären vorgeschriebene Mindestprozentsätze von Biolebensmitteln wünschenswert.

Frischküche: Ein hoher Anteil stark verarbeiteter Speisen (hoher Convenience-Grad) steht sowohl mit Nachhaltigkeitsaspekten als auch mit dem Gesundheitsempfinden in Widerspruch. Dementsprechend sollte es auch hier prozentuelle Obergrenzen für den Convenience-Grad geben. Das führt zwar zu einem höheren Personalbedarf, aber im Idealfall auch zu einer besseren Annahme der Speisen (vgl. zum Personalbedarf Styria Vitalis 2018, 56).

Qualität und Universalität: Zahlreiche Publikationen thematisieren die Skaleneffekte in Großküchen: Die Grenzkosten nehmen ab; je mehr Mahlzeiten produziert (bzw. ausgegeben) werden, desto geringer fallen also die Kosten pro Person aus (Styria Vitalis 2018, 56). Das gilt jedoch nur, wenn das Angebot auch in ausreichendem Maße angenommen wird und Personen nicht auf andere Verpflegungsangebote ausweichen. Ökonomisch sinnvoll erscheinen deswegen neben einer gewissen Größe von Verpflegungsangeboten auch eine hohe Qualität und geringe (oder keine) Kostenbeiträge – denn gute Angebote erhöhen die Inanspruchnahme.

Ausfinanzierung: Die teuerste Gemeinschaftsverpflegung ist eine schlechte Gemeinschaftsverpflegung – denn sie reduziert die Annahme der Angebote und zugleich die positiven Effekte für Gesundheit und Klima, was zu Ausweichstrategien der Menschen führen kann. Dementsprechend müsste die Finanzierung flächendeckender Angebote den Logiken neoliberaler Sozialstaatlichkeit und Austeritätspolitik widersprechen und Kostenargumente politischen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen nachordnen. Zusätzlich bräuchte es Kostensicherheit für Kommunen und Institutionen, um etwa das Risiko anfänglicher Investitionskosten (etwa durch den Bau neuer Küchen) zu reduzieren.

Darüber hinaus gibt es viele weitere Aspekte, die diskutiert werden können und müssen, etwa die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse (Allergien, religiöse Speisevorschriften etc.) oder eine sinnvolle Ausgestaltung von Speisegrößen. Insbesondere die diversen Gesellschaften für Ernährung produzierten zu diesen Fragen enorm viele Materialien (DGE 2019 u. 2023).

4.4 Volxküche, Milchbar, Grätzlkantine?

Verpflegungsangebote in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen erreichen aufgrund ihres universellen Charakters alle sozialen Gruppen. Daneben ist jedoch davon auszugehen, dass

das Verpflegungsangebot in Institutionen der Lohnarbeit (sozial) ungleich verteilt ist. Klein- und Mittelunternehmen haben etwa nicht die Mitarbeiter:innenzahl, um eine eigene Betriebskantine sinnvoll umzusetzen. Für atypisch Beschäftigte, arbeitslose Menschen, Pensionist:innen und andere Gruppen gibt es zudem fast keine Möglichkeiten der gemeinschaftlichen Außer-Haus-Verpflegung. Eine alle soziale Schichten erreichende Ernährungspolitik in Form gemeinschaftlicher Verpflegung bräuchte also auch eine Entkoppelung der Gemeinschaftsverpflegung von den diese zumeist bereitstellenden Institutionen. Internationale Beispiele finden sich auch dafür, insbesondere in ehemals realsozialistischen Staaten. In Polen gibt es etwa mit den „Milchbars" nach wie vor zumeist genossenschaftlich organisierte, öffentlich subventionierte Kantinen (Hatherley 2025). Ideen für eine „Kantine für alle" und lokal verankerte Kantinen sind zudem ein häufiges Motiv linker, selbstverwalteter Räume (Ernährungsrat Kassel 2025). In Berlin finden sich zudem Beispiele für „Kiezkantinen", deren Aushängeschild eine lokale Verankerung ist (Pinel 2025). Auch in Österreich gibt es etwa mit der „Volxküche Traiskirchen" ein Projekt, das neben der Belieferung von Bildungseinrichtungen leistbare Mahlzeiten für alle bereitstellen soll (Traiskirchen 2025).

Diese Beispiele können Inspiration für die flächendeckende Implementierung von gemeinschaftlichen Verpflegungsangeboten bieten, wobei dafür kurz-, mittel- und langfristige Strategien entwickelt werden können. Einige Ideen:

In einem ersten Schritt könnten vorhandene Betriebskantinen bei nicht voller Auslastung für Außenstehende geöffnet werden, öffentliche Stellen könnten über publizierte Stadtkarten den Zugang erleichtern. Mittelfristig könnten Kommunen Zusammenschlüsse von kleineren Unternehmen fördern, die gemeinsam für die Verpflegung ihrer Mitarbeiter:innen Infrastrukturen suchen. Gastronomischen Betrieben könnten zudem steuerliche Erleichterungen angeboten werden, wenn sie kostengünstige, nachweislich an Ernährungsempfehlungen ausgerichtete Mittagsmenüs anbieten.

Langfristig könnte etwa in Wien die Idee der Kiezkantine als Vorbild für „Grätzlkantinen" dienen, die lokal verankert leistbare Verpflegung anbieten und so den Zugang für alle Einwohner:innen der Stadt ermöglichen.

4.5 Denkbare Effekte von Kantinen für alle

Im Detail kann eine gesundheitspolitische, soziale und ökologische Aspekte berücksichtigende Vergesellschaftung der Ernährung in allen skizzierten Problembereichen des Ernährungssystems intervenieren. Die im Folgenden beschriebenen Effekte treten nicht zwangsläufig ein, vielmehr geht es darum, aufzuzeigen, welche Potenziale hinter einem flächendeckenden Gemeinschaftsverpflegungswesen stecken.

Armutsbekämpfung und Umverteilung: Leistbare oder kostenlose Gemeinschaftsverpflegung kann direkt an diversen Problemen der von Ernährungsarmut Betroffenen ansetzen und entlastend wirken. Untere Einkommensschichten geben zudem einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Ernährung aus. Leistungen in diesem Bereich entlasten (wie die meisten universellen sozialstaatlichen Leistungen) dementsprechend diese Gruppen stärker.

Zeitpolitik und Geschlechtergerechtigkeit: Eine flächendeckende Gemeinschaftsverpflegung ist in der Lage, einen Teil der unbezahlten Sorgearbeit zu ersetzen. Kochen und damit in Zusam-

menhang stehende Tätigkeiten machen den größten Teil der täglichen Sorgearbeit in Haushalten aus. Verpflegungsangebote in allen Lebensabschnitten würden hier Entlastung schaffen. Insbesondere Frauen, die nach wie vor den deutlich größeren Teil der „foodwork" leisten, könnten davon profitieren. Ersetzt die Gemeinschaftsverpflegung nicht privat gekochte Mahlzeiten, sondern den Konsum in der Individualgastronomie (etwa Restaurants), wäre sie wiederum eine monetäre Entlastung und brächte in vielen Fällen gesundheitliche Vorteile mit sich (etwa gegenüber Fast Food).

Ökologische Effekte: Die öffentliche Beschaffung ist schon derzeit ein relevanter Marktakteur im Lebensmittelhandel. Eine von Greenpeace in Auftrag gegebene Studie zeigt auf, dass bereits ein Zehntel der landwirtschaftlich genutzten Fläche für die Gemeinschaftsverpflegung genutzt wird, und ein Bioanteil von 60 % würde die biologisch genutzten Landwirtschaftsflächen vervierfachen (Gusenbauer et al. 2018, 3). Ein starker Ausbau gemeinschaftlicher Verpflegungsangebote, im Zuge dessen die Betreiber:innen zu nachhaltiger Beschaffungspolitik verpflichtet werden, könnte dementsprechend die lokale und internationale ökologische Landwirtschaft in hohem Maße stärken.

Nachhaltige Arbeitsbedingungen in den Küchen: Großküchen in der Gemeinschaftsverpflegung zeichnen sich meist durch geregelte und planbare Arbeitszeiten aus. Insbesondere in einer Branche, die für hohe Fluktuation und Prekarität bekannt ist, würde ein stärkerer Einfluss der öffentlichen Hand wohl positive Effekte haben.

Gesundheit und Bildung: Zahlreiche Studien belegen die gesundheitsfördernde Wirkung guter Gemeinschaftsverpflegung (Wapp/Schnabel 2023). Diese Wirkung hätte bei einer flächendeckenden Implementierung dementsprechend wohl auch relevante Effekte auf vermeidbare Kosten im Gesundheitssystem. Nicht zuletzt hat eine gute und gesunde Gemeinschaftsverpflegung nachweislich positive Bildungseffekte. Ein Grund dafür könnte etwa eine erhöhte Konzentrationsfähigkeit durch nährreiche Verpflegungsangebote sein (Lundborg et al. 2022).

4.6 Ökonomische Effizienz und Finanzierung

Die Diskussion eines flächendeckenden Ausbaus einer subventionierten oder öffentlich angebotenen Gemeinschaftsverpflegung, die noch dazu Qualität und Nachhaltigkeit über Kosteneffizienz stellt, mag in Zeiten beinahe allgemein akzeptierter Austerität naiv und nahezu utopisch anmuten. Nimmt man allerdings eine etwas längerfristige Perspektive ein, wäre es umgekehrt ökonomisch naiv und politisch dystopisch, an einem Status quo festzuhalten, der sich durch stärker spürbare Auswirkungen des Klimawandels, durch Austerität und Teuerung, durch vermehrte Ernährungsarmut und die Verschärfung von Gesundheitskrisen verschlechtern wird.

Eine sinnvolle ökonomische Diskussion über die Finanzierbarkeit müsste dabei drei Punkte berücksichtigen:

- Die Gemeinschaftsverpflegung ist betriebswirtschaftlich im Vergleich zur Produktion auf dem Markt und im Privathaushalt hocheffizient. Laut Annahmen des „Handbuchs Mittagsverpflegung" bezüglich des Personalbedarfs für die Gemeinschaftsverpflegung benötigt ein:e Arbeitnehmer:in in der Gemeinschaftsverpflegung durchschnittlich sechs Minuten für die Produktion eines Mittagessens und die dazugehörigen Arbeiten (Styria Vitalis 2018). Es braucht nicht erst die Daten diverser Zeitverwendungserhebungen, um zu erkennen, dass unbezahlte „foodwork" im Privathaushalt um ein Vielfaches aufwendiger ist. Insgesamt ergeben sich auch niedrige Gesamtkosten, die in der Indi-

vidualgastronomie (bei gleicher Qualität) schwer zu erreichen sind (Schwarzenbacher 2025).

- Die gesellschaftlichen Folgekosten aktueller Ernährungsregime sind enorm hoch, wie die Zahlen der FAO (Lord 2023) zeigen. Öffentliche Investitionen sind alleine aus dieser Perspektive höchst notwendig.
- Finanzierungsmöglichkeiten für einen Ausbau der Gemeinschafsverpflegung können vielfältig sein. Einnahmen aus diversen Steuern oder auch nur Rücknahmen vergangener Steuererleichterungen würden für viele Programme der sozialstaatlichen Ernährungspolitik ausreichen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Arbeitgeberbeiträge für den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), der zentrale familienbezogene Leistungen finanziert, wurden unter der türkis-blauen Bundesregierung um 0,8 Prozentpunkte gekürzt, wobei diese Kürzung alleine im Jahr 2025 1,6 Milliarden Euro Mindereinnahmen zur Folge hat. Mit der Rücknahme dieser Kürzung würde für alle schulpflichtigen Kinder in Österreich ein Betrag von gut 14 Euro pro Schultag zur Verfügung stehen – deutlich mehr, als eine gesunde und gute Gemeinschaftsverpflegung Schätzungen zufolge pro Kind und Schultag kosten würde.

5 CONCLUSIO

Der vorliegende Beitrag soll eine Diskussionsgrundlage darüber bieten, wie Ernährungsfragen und Klimasozialstaatsdebatten zusammengedacht werden können. Die Gemeinschaftsverpflegung als Teil sozialstaatlicher Leistungsangebote stellt bestimmt kein Allheilmittel für die Probleme des Ernährungssystems dar. Eine sozial-ökologische Transformation muss schließlich bei allen gesellschaftlichen Teilbereichen ansetzen. Doch vergesellschaftete Verpflegungsangebote ermöglichen wie kaum ein anderer Hebel in der Ernährungspolitik eine Verknüpfung der sozialen und ökologischen Frage – denn staatliche Institutionen können darüber *direkt* Entlastung und Klimaschutz in der Implementierung verbinden. Ein flächendeckender Ausbau der Gemeinschaftsverpflegung kann dementsprechend als vielversprechender Schritt in eine sozial-ökologische Zukunft fungieren.

Dieser Ausbau wird jedoch nicht von heute auf morgen stattfinden. Wissenschaft und Forschung werden ihren Beitrag dazu leisten müssen, indem sie Wissen produzieren, das einen qualitativen und quantitativen Ausbau der Gemeinschaftsverpflegung ermöglicht. Wie wird etwa das kostenlose Mittagessen in Wiener Schulen angenommen – was funktioniert gut, was könnte besser laufen? Welche sozialen Gruppen kommen in Österreich in den Genuss von Betriebsverpflegungsangeboten? Wie ausgelastet sind Österreichs Großküchen, und wo können Synergieeffekte genutzt werden? Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es für die verschiedenen Ebenen der Gemeinschaftsverpflegung? Diese und andere Fragen zu beantworten wäre auf Forschungsebene ein wichtiger Schritt, um eine Diskursverbindung zwischen Klimasozialstaatlichkeit und Ernährungspolitik zu ermöglichen.

BIBLIOGRAFIE

AGES – Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (2024). Gesunde und ökologisch nachhaltige omnivore und ovolacto-vegetarische Ernährungsempfehlungen für Österreich – Entwicklungsprozess und wissenschaftliche Ergebnisse. Wien.

Arbeiterkammer (2025). AK Preismonitor: Preisschock bei Billiglebensmitteln hält an. Online verfügbar unter https://www.arbeiterkammer.at/lebensmittel-und-drogeriewaren (abgerufen am 12.09.2025).

Barlösius, Eva (2011): Soziologie des Essens: eine sozial- und kulturwissenschaftliche Einführung in die Ernährungsforschung. 2., völlig überarb. und erw. Aufl. Weinheim u. a., Juventa-Verlag.

Baumeister, B./*Laumeyer,* B. (2015). Leitfaden Frischküche in der Kita. Selbst kochen in der Kita – so geht's. Einführung von Frisch-/Mischküche mit BioRegio-Lebensmitteln. Hg. v. F. E. Unterfranken. Würzburg.

Beagan, Brenda/*Chapman,* Gwen E./*Bassett,* Raewyn (2008): "It's Just Easier for Me to Do It": Rationalizing the Family Division of Foodwork. Sociology (Oxford) 42 (4), 653–671. https://doi.org/10.1177/0038038508091621.

Bourdieu, Pierre (1994). Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 7. Aufl. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Crippa, M./*Solazzo,* E./*Guizzardi,* D./*Monforti-Ferrario,* F./*Tubiello,* F. N./*Leip,* A. (2021). Food systems are responsible for a third of global anthropogenic GHG emissions. Nature Food 2 (3), 198–209. https://doi.org/10.1038/s43016-021-00225-9.

Dengler, Corinna/*Dornis,* Nora/*Heck,* Lukas/*Völkle,* Hanna (2024). Klimafreundliche und gesundheitsfördernde Aspekte von Zeitwohlstand. Hg. v. Gesundheit Österreich. Wien.

Der Standard (2025). Finanzminister Marterbauer für Preiseingriffe bei Lebensmitteln. Der Standard v. 05.08.2025. Online verfügbar unter https://www.derstandard.at/story/3000000282223/finanzminister-marterbauer-f252r-preiseingriffe-bei-lebensmittel (abgerufen am 12.09.2025).

DGE – Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (2019). Abschlussbericht. Studie zu Kosten- und Preisstrukturen in der Schulverpflegung (KuPS). Bonn.

DGE – Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (2023). DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Betrieben, Behörden und Hochschulen. Bonn.

Ermann, Ulrich/*Langthaler*, Ernst/*Penker*, Marianne/*Schermer*, Markus (2018). Agro-Food Studies. Eine Einführung. Köln/Weimar/Wien, Böhlau Verlag.

Ernährungsrat Kassel (2025). Kantine für Alle! Online verfügbar unter https://ernaehrungsrat-kassel.de/kantine-fuer-alle/ (abgerufen am 14.09.2025).

Esping-Andersen, Gosta (1909). The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge, Polity.

Folk, Zachary (2025). Zoran Mamdani's Most Surprising Proposals – From City-Owned Grocery Stores To Arresting Netanyahu. Forbes v. 25.06.2025. Online verfügbar unter https://www.forbes.com/sites/zacharyfolk/2025/06/25/zohran-mamdanis-most-surprising-proposals-from-city-owned-grocery-stores-to-arresting-netanyahu/ (abgerufen am 12.09.2025).

Frauenlob, Miriam/*Rauscher,* Lena/*Jüngling,* Leonard (2025). Lebensmittel leistbar machen: Was sich Österreich von anderen Ländern abschauen kann. Momentum Policy Brief 8/2025. Online verfügbar unter https://www.momentum-institut.at/wp-content/uploads/2025/08/2025-08-Policy-Brief-Lebensmittel-leistbar-machen-Momentum-Institut.pdf?utm_source=news.momentum-institut.at&utm_medium=referral&utm_campaign=lebensmittelpreise-international-erprobte-massnahmen-konnten-rasch-entlasten (abgerufen am 12.09.2025).

Gusenbauer, I./*Markut,* T./*Hörtenhuber,* S. J./*Kummer,* S./*Bartel-Kratochvil,* R. (2018). Gemeinschaftsverpflegung als Motor für die österreichische biologische Landwirtschaft. Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL). Online verfügbar unter https://greenpeace.at/assets/uploads/pdf/presse/Gemeinschaftsverpflegung_als_Motor_für_öst_ Bio-Landwirtschaft_FiBL_20180529.pdf (abgerufen am 01.10.2025).

Hatherley, Owen (2025). Sozialismus auf dem Teller. In Le Monde dipomatique v. 12.06.2025. Online verfügbar unter https://monde-diplomatique.de/artikel/!6091782 (abgerufen am 14.09.2025).

Idies, Yusif (2018). Ernährungsgerechtigkeit durch souveränen Konsum? Individuelle Bedürfnisse als ökonomische Praxis. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 62 (3), 246–259. https://doi.org/10.1515/zfw-2017-0040.

Ivanova, D./*Barrett,* J./*Wiedenhofer,* D./*Macura,* B./*Callaghan,* M./*Creutzig,* F. (2020). Quantifying the potential for climate change mitigation of consumption options. Environmental Research Letters 15 (9), 093001. https://doi.org/10.1088/1748-9326/ab8589.

Kainrath, Verena (2024). Öffentliche Hand lässt bei Biolebensmitteln völlig aus. Der Standard v. 30.01.2024. Online verfügbar unter https://www.derstandard.de/story/3000000205348/214ffentliche-hand-l228sst-bei-bio-aus (abgerufen am 11.10.2025).

Lampl, Christina/*Schmidt,* Andrea E./*Aigner,* Ernest (2024). Ernährungsarmut in Österreich als Barriere für eine gesunde und klimafreundliche Ernährung: Status quo und Handlungsoptionen. Wien, Gesundheit Österreich.

Lange, D./*Plachta-Danielzik,* S./*Landsberg,* B./*Müller,* M. J. (2010). Soziale Ungleichheit, Migrationshintergrund, Lebenswelten und Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen: Ergebnisse der Kieler Adipositas-Präventionsstudie (KOPS). Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz 53 (7), 707–715. https://doi.org/10.1007/s00103-010-1081-4

Lewis, Jane (2001). The Decline of the Male Breadwinner Model: Implications for Work and Care. Social Politics 8 (2), 152–169. https://doi.org/10.1093/sp/8.2.152.

Lord, Steven (2023). Hidden costs of agrifood systems and recent trends from 2016 to 2023 – Background paper for The State of Food and Agriculture 2023. FAO Agricultural Development Economics Technical Study, No. 31. Rome, FAO.

Lundborg, Petter/*Rooth,* Dan-Olof/*Alex-Petersen,* Jesper (2022). Long-Term Effects of Childhood Nutrition: Evidence from a School Lunch Reform. The Review of Economic Studies 89 (2), 876–908. https://doi.org/10.1093/restud/rdab028.

Monetti, Silvia (2024). Ernährungsarmut in Deutschland: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Politikum 10 (2), 26–31. https://doi.org/10.46499/2343.3025.

Obersteiner, Gudrun/*Stoifl,* Barbara (2024). Lebensmittelverluste und -abfallaufkommen in Österreich. Österr. Wasser- und Abfallwirtschaft 76, 238–248. https://doi.org/10.1007/s00506-024-01032-9.

Penker, Marianne/*Brunner,* K.-M./*Plank,* Christina (2023). Ernährung. In: C. *Görg*/V. *Madner*/A. *Muhar*/A. *Novy*/A. *Posch*/K. W. *Steininger*/E. *Aigner* (Hg.). APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin, Springer Spektrum, 245–269.

Pietrowsky, Reinhard (2022). Ernährung und Gesundheit. In: R. *Haring* (Hg.). Gesundheitswissenschaften. Berlin/Heidelberg, Springer, 363–372. https://doi.org/10.1007/978-3-662-65219-0_31.

Pinel – Initiative für psychisch Kranke (2025). Gastronomie. Online verfügbar unter https://www.pinel.de/dienstleistungen/gastronomie/ (abgerufen am 14.09.2025).

Plank, C./*Penker,* M./*Brunner,* K.-M. (2021). Ernährung klimasozial gestalten. In: Die Armutskonferenz/Attac/BEIGEWUM (Hg.). Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. bahoe book, 143–152.

Pörschmann, T./*Meier,* T./*Lorkowski,* S. (2024). Cardiovascular mortality attributable to dietary risk factors in 54 countries in the WHO European Region from 1990 to 2019: an updated systematic analysis of the Global Burden of Disease Study. European Journal of Preventive Cardiology, zwae136. https://doi.org/10.1093/eurjpc/zwae136.

Pörtner, Lisa M./*Schlenger,* Leon/*Gabrysch,* Sabine/*Lambrecht,* Nathalie J. (2025). Dietary quality and environmental footprint of health-care foodservice: a quantitative analysis using dietary indices and lifecycle assessment data. The Lancet Planetary Health, Volume 9, Issue 7.

Rust, Petra/*Hasenegger,* Verena/*König,* Jürgen (2017). Österreichischer Ernährungsbericht 2017. Bundesministerium für Gesundheit und Frauen.

Schanes, Karin/*Stagl,* Sigrid (2019). Food waste fighters: What motivates people to engage in food sharing? Journal of Cleaner Production 211, 1491–1501. https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2018.11.162.

Schlatzer, M./*Lindenthal,* T./*Kromp,* B./*Roth,* K. (2017). Nachhaltige Lebensmittelversorgung für die Gemeinschaftsverpflegung der Stadt Wien. Wiener Umweltschutzabteilung – MA 22. Online verfügbar unter https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/download/pdf/3297748?originalFilename=true (abgerufen am 01.10.2025).

Schröder, Thomas (2016). Ernährungstrends im Kontext von Individualisierung und Identität. Haushalt in Bildung & Forschung 5 (3), 127–136. https://doi.org/10.3224/hibifo.v5i3.11.

Schwarzenbacher, Max (2025). Wertvolle Gemeinschaftsverpflegung. (K)Eine Frage der Kosten!? Ernährung aktuell 3/2025, 6–9.

Setzwein, Monika (2004). Ernährung – Körper – Geschlecht. Zur sozialen Konstruktion von Geschlecht im kulinarischen Kontext. Wiesbaden.

SIPCAN – Initiative für ein gesundes Leben (2024). Im Fokus: Schulverpflegung in Österreich – der Mittagstisch.

Spaargaren, Gert/*Oosterveer,* Peter (2010). Citizen-Consumers as Agents of Change in Globalizing Modernity: The Case of Sustainable Consumption. Sustainability 2 (7), 1887–1908. http://dx.doi.org/10.3390/su2071887.

Sperneac-Wolfer, Paul/*Fessler,* Agnes (2025). Partikulare Realitäten, universelle Kämpfe: Schnittfelder gewerkschaftlicher Strategien und Lebensrealitäten migrantischer Arbeiter:innen in Österreichs Landwirtschaft. JEP – Journal für Entwicklungspolitik, Volume XXXXI, Issue 1, 134–147.

Stadler, Bettina/*Adam,* Georg (2023). Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechtskonflikte im Hotel- und Gastgewerbe. Wien, FORBA.

Statistik Austria (2023). Zeitverwendung 2021/22. Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. Wien.

Statistik Austria (2024). Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch 2023 weiter rückläufig. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/08/20240902VersorgungsbilanzentierischeProdukte2023.pdf (abgerufen am 01.10.2025).

Styria Vitalis (2018). Handbuch Mittagsverpflegung. Graz. Online verfügbar unter https://styriavitalis.at/wp-content/uploads/2015/04/2018handbuchmittagsverpflegung.pdf (abgerufen am 01.10.2025).

Tafel Deutschland e.V. (2023). Pressemappe Bundestafeltreffen 2023. Online verfügbar unter https://www.tafel.de/fileadmin/media/Positionen/PDF/Pressemappe_Bundestafeltreffen_Mannheim_2023.pdf (abgerufen am 29.09.2025).

Traiskirchen (2025). Volxküche. Online verfügbar unter https://www.traiskirchen.gv.at/soziale-initiativen/volxkueche/ (abgrufen am 14.09.2025).

Vegane Gesellschaft (2025). Vegan in der Arbeit: Die Plant-based-freundlichsten Betriebsrestaurants 2025. Online verfügbar unter https://www.vegan.at/betriebsrestaurants-ranking (abgerufen am 01.10.2025).

Wapp, Karina/*Schnabel,* Florian (2023). Gesund durch Gemeinschaft – Gemeinschaftsverpflegung im Kindergarten und ihre mehrdimensionalen Effekte auf die Gesundheit von Kindern. Prävention und Gesundheitsförderung 18 (2), 159–165. https://doi.org/10.1007/s11553-022-00944-2.

WBAE – Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (2020). Politik für eine nachhaltigere Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten. Gutachten. Berlin.

WHO (2025). Obesity and Overweight. Online verfügbar unter https://www.who.int/en/news-room/fact-sheets/detail/obesity-and-overweight (abgerufen am 12.09.2025).

Winkler, Lukas (2023). Die Arbeits- und Lebensbedingungen in der saisonalen Landwirtschaft: Von Erdbeeren, Spargel und dem Ringen um die Rechte der Saisonarbeiter*innen auf den österreichischen Erntefeldern. juridikum zeitschrift für kritik – recht – gesellschaft, Bd. 2023 (3), 372–383. https://doi.org/10.33196/juridikum202303037201.

Zohran for NYC (2025). The Platform. Online verfügbar unter https://www.zohranfornyc.com/platform (abgerufen am 01.10.2025).

Willi Haas

GESUNDHEIT IM KLIMASOZIALSTAAT: WIE AUS REFORMEN EINE TIEFGREIFENDE UND SOZIAL GERECHTE TRANSFORMATION WERDEN KÖNNTE

ZUSAMMENFASSUNG

„Gesundheit für alle“ und „Gesundheit in allen Politikfeldern“ sind attraktive Slogans im Sozialstaat. Die diesbezügliche Praxis ist durchmischt. Unübersichtliche Governance-Strukturen versprechen in Zeiten von alternder Bevölkerung und Spardruck eine Zwei-Klassen-Medizin. Hinzu kommt die sich verschärfende planetare Dreifachkrise bestehend aus Klimawandel, Artensterben und Verschmutzung (z. B. Mikroplastik). Bislang werden Reformen selbstbezüglich im politökonomischen System verhandelt. Mit Umweltkrisen hingegen kann nicht verhandelt werden. Diese Spielveränderung kann dem Sozialstaat neuen Sinn stiften, allerdings nur, wenn wir die Gelegenheit am Schopf packen.

- Sparen in gleichbleibenden Strukturen ist keine Lösung.
- Die planetare Dreifachkrise verschärft Probleme, beinhaltet aber auch Chancen.
- Nicht verhandelbare Umweltkrisen begünstigen den Wandel.

ABSTRACT

‘Health for all’ and ‘health in all policies’ are appealing slogans in the welfare state. However, the reality is varied. In times of an ageing population and pressure to cut public budgets, complicated administrative structures promise a two-tier healthcare system. Additionally we face the worsening triple planetary crisis of climate change, biodiversity loss and environmental pollution (e. g. microplastics). Until now, reforms have been negotiated within the polit-economic system. Environmental crises, on the other hand, are non-negotiable. This game changer can give the welfare state a new meaning, but only if we seize the opportunity.

- Saving within existing structures is no solution.
- The triple planetary crisis aggravates problems but also brings chances.
- Non-negotiable environmental crises foster transformation.

1 GESUNDHEIT IM SOZIALSTAAT

1.1 Länger leben?

Länger zu leben ist seit jeher eines der größten Ziele der Menschheit. Lag die Lebenserwartung für im Jahr 2000 Geborene weltweit noch bei 67 Jahren, so liegt sie für im Jahr 2020 Geborene schon bei 73 Jahren. In vielen europäischen Ländern beträgt die Lebenserwartung bereits mehr als 80 Jahre, auch in Österreich (WHO 2025). Allerdings werden in Österreich wie in anderen europäischen Ländern im Schnitt etwa zehn Jahre mit Krankheiten verbracht. Dabei ist Gesundheit nicht nur etwas Privates und individuell Beeinflussbares. Staaten können hier gesundheitlich günstige oder ungünstige Lebensbedingungen schaffen. Ein Negativbeispiel sind hier die USA (Malik et al. 2018). Dort liegt die Lebenserwartung für im Jahr 2020 Geborene trotz exorbitant hoher Gesundheitsausgaben aufgrund der hohen gesundheitlichen Ungleichheit nur bei 71 Jahren. Im Gegensatz dazu wird Wohlfahrts- bzw. Sozialstaaten eine positive Rolle als wichtige Determinante für die Gesundheit und das Leben in Gesundheit zugeschrieben (Bambra 2011). Diese haben wesentlichen Einfluss auf die Gesundheitsausgaben, den allgemeinen Zugang zur Krankenbehandlung nach neuestem Stand, auf Lebensstile durch gesundheitsrelevante Infrastrukturen und finanzielle Anreizstrukturen, auf soziale Einflussfaktoren wie Beschäftigung und Sozialausgaben (Roffia/Bucciol/Hashlamoun 2023) und wirken so allzu großen Ungleichheiten in Einkommen und Gesundheit entgegen.

So ist es auch als Erfolg von Wohlfahrtsstaaten zu verbuchen, dass ihre Bevölkerungen altern – nicht nur, weil die Lebenserwartung vor allem durch den medizinisch-technischen Fortschritt steigt, sondern auch, weil die Geburtenraten im Zusammenhang mit steigender Bildung sinken (Lutz 2021).

1.2 Gesundheitsrisiken als Nebenwirkungen des Fortschritts

Neben diesen Erfolgen hat die Industrialisierung auch in Wohlfahrtsstaaten zu einer Reihe von nicht beabsichtigten Nebenwirkungen geführt (Weisz/Haas 2016). In der Environmental Risk Transition wird eine schrittweise Verschiebung von Gesundheitsrisiken konzeptuell beschrieben. So verschieben sich Gesundheitsrisiken mit steigendem Wohlstand von der Ebene des Haushalts (z. B. Luftqualität im Innenraum) hin zur Gemeinde (z. B. urbane Luftqualität) und schließlich zur globalen Ebene (z. B. Klimawandel). Diese konzeptuelle Betrachtung wurde auch mit empirischen Daten des Berichts zur globalen Krankheitslast diagnostiziert (Smith/Ezzati 2005). Zudem ändern sich die Arbeits- und Lebenswelten sowie die Lebensstile. Während in wohlhabenden Staaten nach den Anfängen der Industrialisierung Arbeitsunfälle (Muntz 1932; Statistik Austria 2025a) und Ernährungsmangel deutlich an Bedeutung verloren haben, sind auch neue Gesundheitsrisken entstanden:

- Luftverschmutzung – vor allem in urbanen Zentren – wurde zum größten einzelnen Umweltgesundheitsrisiko in der EU (EEA 2020 u. 2022a). Die Public Health Community hat unlängst einen dringenden Aufruf zur Gewährleistung sauberer Luft für alle in Europa und zur Bekämpfung gesundheitlicher Ungleichheiten gestartet (Malmqvist et al. 2024).
- Bewegungsmangel belastet die Gesundheit oft schon bei Jugendlichen (Dalile et al. 2022; Białkowski et al. 2024). Dieser Bewegungsmangel hat in den letzten Jahrzehnten drastisch zugenommen und ist vor allem auf Lebensstile zurückzuführen, die durch die gebaute Umwelt im Lebensumfeld Bewegungsarmut begünstigt.

- Unausgewogene Ernährung führt zu einer enormen Krankheitslast. Die EAT-Lancet-Kommission schlägt eine Umstellung auf die EAT-Lancet-Referenzdiät weltweit vor und argumentiert, dass dies 19 bis 24 % der Todesfälle pro Jahr verhindern könnte, indem sie die Häufigkeit von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs und Diabetes sowie ernährungsbedingter Fettleibigkeit verringert (Dalile et al. 2022).
- Unausgewogene Ernährung und Bewegungsmangel schlagen sich auch in der Übergewichtigkeit der Bevölkerungen nieder. Bei 15- bis 19-Jährigen haben sich die Raten in Österreich seit 1975 fast verdreifacht, und die starke Übergewichtigkeit (Adipositas II und III) – 1975 noch eine Seltenheit (Abarca-Gómez et al. 2017) – liegt bei über 5 %.

Diese Nebenwirkungen des Fortschritts haben eine Gemeinsamkeit: Die menschengemachte Umwelt belastet die Gesundheit direkt (Luftqualität) und begünstigt ungesunde Lebensstile (Bewegungsmangel, unausgewogene Ernährung).

1.3 Bleibt Krankenbehandlung für alle leistbar?

Die Alterung der Gesellschaft, die umwelt- und lebensstilbedingten Gesundheitsrisken sowie der medizinisch-technische Fortschritt, dank dem immer mehr Krankheiten behandelt werden können, haben einen Preis: Sie steigern die Kosten des Gesundheitssystems. Ein wesentlicher Anteil von Reformen im Gesundheitsbereich liegt nun darin, die steigende Kostendynamik einzubremsen. Mangelnder zeitnaher Zugang zu Leistung wird immer wieder kritisiert. Die privaten Gesundheitsausgaben der Haushalte sind stark gestiegen und belaufen sich derzeit auf 24 % der laufenden Gesundheitsausgaben (Statistik Austria 2025c). Laut einer IFES-Umfrage sind 79 % der befragen Menschen der Meinung, dass es in Österreich eine Zwei-Klassen-Medizin gibt (Schaup et al. 2024). Die Bemühungen verschiedenster Akteur:innen sowohl um Veränderungen in der Angebotsstruktur als auch um Vereinheitlichungen im ambulanten Bereich, wie einen einheitlichen Leistungs- und Honorarkatalog, sind enorm. Das komplexe Machtgefüge erschwert aber selbst kleine Änderungen (Pichlbauer 2025).

2 GESUNDHEIT UND SOZIALSTAAT IN DER KLIMAKRISE

2.1 Gesundheitliche Folgen der Klimakrise

In den nächsten Jahrzehnten wird das doch eher schwer steuerbare Gesundheitssystem vermehrt mit Gesundheitsrisken ganz anderer Art konfrontiert werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass global schon derzeit jeder vierte Todesfall auf vermeidbare Umweltursachen zurückzuführen ist, und der Klimawandel verschärft diese Risiken noch zusätzlich (WHO 2023). In Österreich nehmen klimawandelbedingte Gesundheitsrisiken wie Todesfälle, Erkrankungen und Sachschäden durch Hitze, Überschwemmungen oder Waldbrände sowie das Auftreten und die Verbreitung von Infektionskrankheiten und Allergenen zu (BMK 2024). Die Klimamodelle versprechen jedenfalls eine Verschärfung.

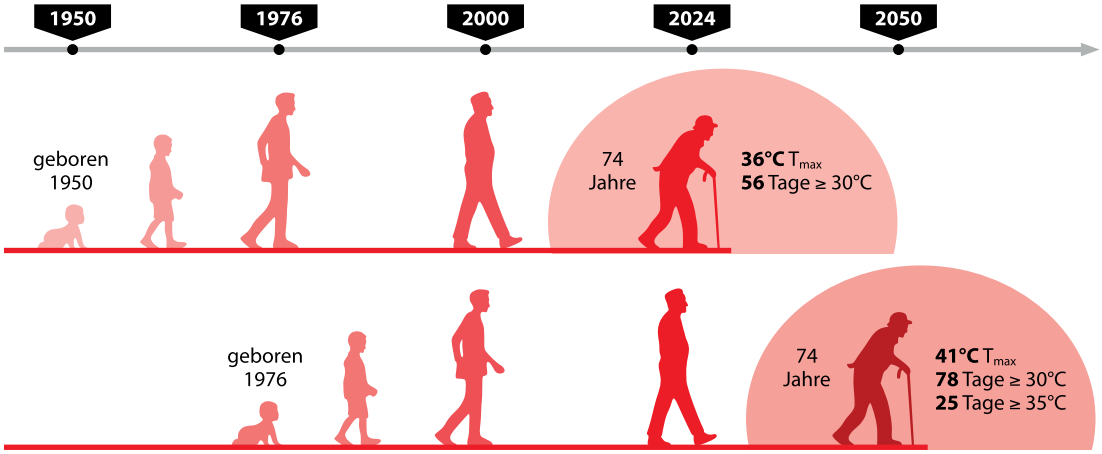
Die systematische Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 für Deutschland listet acht Klimarisiken im Handlungsfeld menschlicher Gesundheit auf: Hitzebelastung, UV-bedingte Gesundheitsschädigung, allergische Reaktionen, potenziell schädliche Mikroorganismen und Algen, Verbreitung und Häufigkeit von krankheitsübertragenden Vektoren, Atembeschwerden aufgrund von Luftverunreinigung, Verletzungen und Todesfälle infolge von Extremereignissen sowie Auswirkungen auf das Gesundheitssystem (Hertig et al. 2023).

Auch die Europäische Umweltagentur listet neben hitzebedingten Erkrankungen die verstärkte Verbreitung vieler durch Vektoren, Lebensmittel oder Wasser übertragbarer Krankheiten, die durch klimatische Bedingungen beeinflusst oder durch extreme Wetterereignisse wie Starkregen und Überschwemmungen verschärft werden. Konkret verweisen sie auf Klimatrends, die die Verbreitung der Asiatischen Tigermücke (Aedes albopictus), eines Vektors, der Dengue-, Chikungunya- und Zika-Viren in ganz Europa überträgt, begünstigen. Die Wahrscheinlichkeit einer lokalen Malariaübertragung hat durch die Verlängerung der jährlichen Dauer der für die Malariaübertragung durch Anopheles-Mücken geeigneten Saison zugenommen. Seit der Jahrhundertwende hat das Risiko einer Übertragung des West-Nil-Virus in Europa stetig zugenommen. Wärmere Winter und Frühjahre begünstigen Ausbrüche in bisher nicht betroffenen Regionen. Der Klimawandel hat dazu beigetragen, dass Meeresgewässer in Europa für die gefährlichen Vibrio-Bakterien immer geeigneter werden. Durch Zecken übertragene Krankheiten sind in ganz Europa verbreitet, treten jedoch vor allem in Mitteleuropa auf, wo mildere Winter und wärmere Sommer zu einem Anstieg der Fallzahlen führen (EEA 2022b).

Ganz in diesem Sinne attestiert auch der 2025 erschienene Sachstandsbericht Klimawandel für Österreich (Huppmann et al. 2025), dass der Klimawandel Extremwetterereignisse häufiger und intensiver macht. Dies betrifft steigende Sommertemperaturen, Hitzeperioden, lokale Starkniederschläge und Überschwemmungen. Zudem stellt er fest, dass Arten und mit ihnen krankheitsübertragende Organismen aller Art wandern; Moskitos sind das prominenteste Beispiel (Hutter/ Moshammer 2025).

Um diese abstrakten Aussagen im Lebensalltag zu veranschaulichen, hier ein Beispiel für Hitzeereignisse im Burgenland: Eine Person, die 1950 geboren wurde, erlebte 2024 im Alter von 74 Jahren das mit großem Abstand wärmste Jahr in Burgenlands Messgeschichte. Die Höchsttemperatur lag bei 36 °C, und an 56 Tagen betrug die Temperatur 30 °C oder mehr. Eine Person, die 1976 geboren wurde, wird 2050 ebenfalls 74 Jahre alt sein und muss bereits mit einer Höchsttemperatur von 41 °C rechnen und mit 78 Tagen mit Temperaturen von 30 °C und mehr. Das kann heißen, dass in einem Zeitraum von drei Monaten die Temperatur nur an manchen Tagen unter 30 °C sinken wird. An 25 der heißen Tage wird die Höchsttemperatur sogar 35 °C und mehr betragen. Das ist eine enorme Hitzebelastung, die speziell bei vulnerablen Gruppen ein erhöhtes Gesundheitsrisiko mit sich bringt. Vulnerable Gruppen sind solche, die im Freien arbeiten, über wenig Möglichkeiten verfügen, sich zu schützen, Vorerkrankungen haben oder auch generell ältere Personen. Gerade letztere Gruppe, konkret die Gruppe der über 65-Jährigen, wird von 21 % der Gesamtbevölkerung im Jahr 2025 auf 28 % im Jahr 2050 stark zunehmen (Statistik Austria 2025b).

Abbildung 1: Höchsttemperatur und Hitzewellen 2024/2050 am Beispiel Burgenland



Quellen: Daten für 2024: Orlik et al. (2025). Daten für 2050: Datensatz SPARTACUS, siehe Hiebl/Frei (2018)

Dieser Vergleich der zwei 74-Jährigen im Abstand von 26 Jahren basiert auf gemessenen Daten für 2024 (Orlik et al. 2024) und auf Szenarien, die mit Klimamodellen gerechnet wurden (Hiebl/Frei 2018). In den Modellen sind allerdings die möglichen Kipppunkte im Weltklima und deren wechselseitige Interaktionen noch nicht oder sehr ungenügend berücksichtigt (Wunderling et al. 2024). Kipppunkte sind dabei kritische Schwellenwerte, deren Überschreitung die Stabilität des Erdsystems bedroht, indem unumkehrbare Entwicklungen angestoßen werden, die zu nichtlinearen und kaskadenartigen Folgen führen. Der unlängst veröffentlichte Report zu globalen Kipppunkten von renommierten Universitäten und Forschungszentren stellt fest, dass sich mehrere Systeme dem Kipppunkt nähern. Für Warmwasser-Korallenriffsysteme wurde der zentrale Schätzwert seines thermischen Kipppunkts bereits überschritten, da die globale Erwärmung nun mit 1,4 °C über dem Schwellwert von 1,2 °C liegt (Lenton et al. 2025). Dies hat zum vierten und umfangreichsten jemals registrierten globalen Bleichenereignis von Korallen (2023–2025) beigetragen, von dem über 80 % der Riffe weltweit betroffen sind. Warmwasser-Korallenriffe sind für das Wohlergehen von bis zu einer Milliarde Menschen und fast einer Million Arten von entscheidender Bedeutung (ebd.).

Die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise und anderer Umweltkrisen sind sehr schwer abschätzbar. Die wissenschaftliche Evidenz legt allerdings nahe, dass sich die Folgen für die Gesundheit weiter verschärfen werden und nichtlineare Selbstverstärkungen keinesfalls auszuschließen sind.

2.2 Sozialstaat in der Klimakrise

Angesichts dieser absehbaren und zunehmenden Riskien für die Gesundheit speziell vulnerabler Gruppen könnte man glauben, Sozialstaaten haben ein starkes Interesse, entschieden auf die Klimakrise zu reagieren, insbesondere weil Klimaschutz die robusteste Methode zum Schutz der Gesundheit ist. Immerhin wurde bereits 1979 bei einem Klimagipfel der WMO in Genf festgestellt, dass ein Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger und ein Stopp der Entwaldung erforderlich sind, um nicht die Überlebensbedingungen zu gefährden (WMO 2015). Aber offensichtlich fällt es selbst Sozialstaaten schwer, eine angemessene Reaktion auf die Klimakrise zu setzen. Dies mag daran liegen, dass der Sozialstaat in den letzten Jahrzehnten aus unterschiedlichsten Richtungen immer wieder infrage gestellt wurde und daher diese zusätzliche Herausforderung von den handelnden Entscheidungsträger:innen im Sozialstaat verständlicherweise

als überfordernd wahrgenommen wird. Kurzfristig mag das teilweise Ausblenden des Klimawandels das politische Legitimationsproblem des Sozialstaates leichter machen, mittel- und langfristig könnte dies aber zu einem Bumerangeffekt mit kaum bewältigbaren Risiken führen.

Nun ist es natürlich nicht so, dass Sozialstaaten in Europa untätig sind. Das Energiesystem wird umgerüstet, der Verkehr wird elektrifiziert, wenn das auch durch Widerstand mächtiger Lobbys immer wieder verzögert wird. Allerdings bleiben die Maßnahmen vor allem technischer Natur. Technische Fixes versprechen zwar für politische Entscheidungsträger:innen bequem zu sein, da für Konsument:innen alles weitgehend unverändert bleibt und sich für die Wirtschaft neue Absatzmöglichkeiten ergeben. Gleichzeitig ist die Evidenz klar, dass technische Fixes nicht ausreichen, um die Klimaziele zu erreichen (Ness 2008; Grubler et al. 2018; Wilson et al. 2023). Sogenannte nachfrageseitige Maßnahmen, die über technologische Lösungen hinausgehen, fehlen weitgehend in der EU und in Österreich (Brad et al. 2025; Grabow et al. 2026). Sozialstaaten fühlen sich nicht ausreichend legitimiert, aus Klimagründen in das Verkehrs- oder das Ernährungssystem einzugreifen, sprich Konsument:innen und die Wirtschaft zu beschränken (Brand et al. 2025).

3 GESUNDHEIT IM KLIMASOZIALSTAAT: KONZEPTUALISIERUNG FÜR EINE VORSORGENDE UND GERECHTE TRANSFORMATION

Auch wenn derzeit die Legitimation für einen Klimasozialstaat nicht gegeben scheint, macht es Sinn, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie die Reproduktion von Gesundheit im Klimasozialstaat überhaupt lohnend organisiert werden könnte, also in welchen Bereichen der hier entwickelte Klimasozialstaat über das hinausgeht, was Sozialstaaten für die Gesundheit leisten.

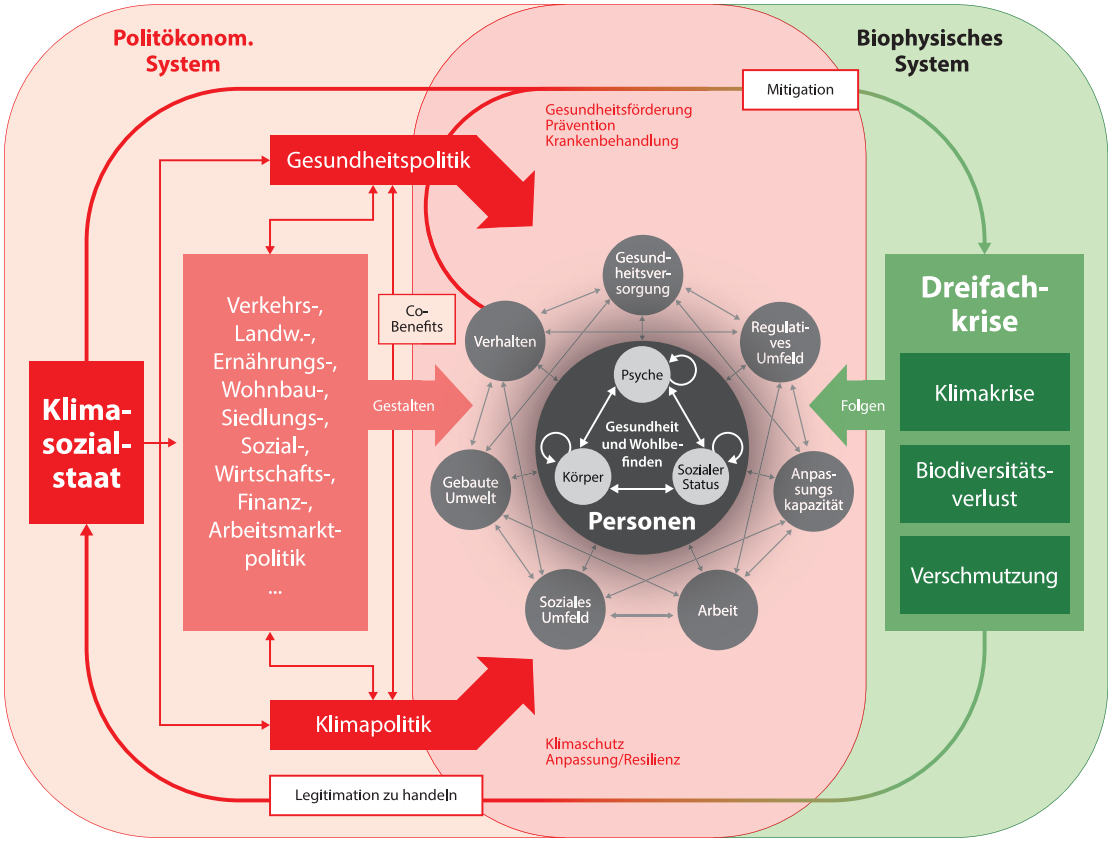
Im Klimasozialstaat ist es nur logisch, bei den Personen zu beginnen, da es um deren Gesundheit und Wohlbefinden geht (siehe Abbildung 2). Dieser Schritt ist entscheidend, da bei der Person alle für die Gesundheit förderlichen wie auch alle belastenden Einflüsse zusammenkommen. Im Klimasozialstaat geht es darum, auf einer sehr fundamentalen Ebene die Einflussfaktoren möglichst so zu gestalten, dass für Personen ein gesunder und klimaschonender Lebensstil zur neuen attraktiven Norm wird und dass gesundheitsschädigende Einflüsse möglichst minimiert werden. Das bedeutet aber auch, dass im Klimasozialstaat das Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen zentral sind und im Zweifelsfall gegenüber anderen Zielen Priorität haben. In Bezug auf wirtschaftliche Aspekte geht es dann um die wirtschaftliche Machbarkeit, aber nicht um Wirtschaftswachstum als Ziel per se, das über die gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung gestellt wird.

3.1 Person im Zentrum

In einer systemtheoretischen Konzeptualisierung besteht die Person mit Bezug zur Gesundheit aus drei sich selbst reproduzierenden Elementen, die sich gegenseitig beeinflussen (Pelikan/ Halbmayer 1999): Da ist einmal der Körper, die physische Dimension. Dieser kann als krank diagnostiziert werden, gleichzeitig ist dieser in einem guten oder schlechten Allgemeinzustand. Gesundheit ist also nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, Gesundheit ist vor allem auch eine Ressource, wie dies bereits in der Ottawa-Charta festgestellt wurde (WHO Europa 1986). Also selbst schwere Erkrankungen sind leichter heilbar, wenn der Körper fit und z. B. weder unternoch übergewichtig ist. Umgekehrt ist eine Krankheit schwerer behandelbar, wenn der allge-

meine Gesundheitszustand schlecht ist. Der Körper kann direkt von Umwelteinflüssen betroffen sein, wenn es zu heiß ist oder etwa Mikroplastik Körperfunktionen beeinträchtigt. Der Klimawandel nimmt aber auch Einfluss auf die natürliche Umwelt. Dadurch können neue Infektionskrankheiten auftreten; das ist dann eine indirekte Betroffenheit vom Klimawandel.

Abbildung 2: Person im Klimasozialstaat und in der globalen Dreifachkrise von Klima, Biodiversität und Verschmutzung



Quelle: Basierend auf Pelikan/Halbmayer (1999) und Hancock (1993) sowie Haas et al. (2023)

Das nächste Element ist die Psyche. Die mentale Verfasstheit einer Person kann für die Gesundheit stabilisierend oder destabilisierend wirken. Klimaangst bzw. generelle Zukunftsangst sind hier als gesundheitliche Folgen von globalen Umweltkrisen zu nennen.

Das dritte Element ist der soziale Status. Personen sind in sozialen Netzwerken wie Familie, freundschaftlichen oder professionellen Beziehungen. Fehlt hier die Anerkennung oder verursachen diese negative Emotionen, dann wirkt das negativ auf die Gesundheit. Fehlen soziale Beziehungen weitgehend, vereinsamen Menschen. Das belastet die Gesundheit auch schon vor einer Diagnose von Krankheiten. Selbst eine Arbeit in einer umweltbelastenden Branche kann in sozialen Beziehungen oder Partnerschaften zur Belastung werden.

Gleichzeitig bestehen starke Wechselwirkungen zwischen diesen drei Elementen. Ein fitter Körper kann das mentale Wohlbefinden und die soziale Zuwendung begünstigen, während eine physische Krankheit psychisch belastend ist und auch soziale Beziehungen strapazieren kann. Und psychische Erkrankungen können natürlich auch den Körper belasten und in sozialen Beziehungen zur Strapaz werden. Daher hier nochmals die Betonung darauf, Personen von Anfang an integriert zu betrachten.

Gesundheit bzw. Krankheit ist als Ergebnis gelungener oder misslungener körperlicher, psychischer und sozialer Reproduktion in der sozialen und physischen Umwelt zu betrachten. Dieses zugegebenermaßen komplexe Grundverständnis ist zentral, weil es von Beginn an einer isolierten Betrachtung entgegensteht. Plakativ gesprochen geht es nicht um die isolierte Leber, sondern die Leber einer Person und deren allgemeinen körperlichen Zustand, ihre mentale Verfassung sowie ihren sozialen Status. Die Person lebt in einem bestimmten Lebensumfeld, das einerseits relevant ist für Körper, Psyche und sozialen Status und andererseits zumindest teilweise vom Klimasozialstaat gezielt gestaltet oder beeinflusst werden kann. Daraus könnte selbst die Leber einen gesundheitlichen Nutzen ziehen.

3.2 Die gesundheitsrelevanten Umwelten und das Verhalten

Die Person lebt nun in sozialen bzw. physischen Umwelten. Da ist zum einen die gebaute Umwelt, in der die Person lebt, arbeitet, lernt, shoppt bzw. sich erholt. Dazu gehören die Mobilitätsinfrastruktur, die Siedlungsstrukturen, die dicht oder zerstreut, durchmischt oder nach Funktionen (Arbeit, Erholung, Wohnraum) separiert sein können. Das alles hat wesentlichen Einfluss auf den präferierten Mobilitätsmodus wie Gehen, Fahrradfahren, Nutzung des öffentlichen Verkehrs oder motorisierte Mobilität, auf die Luftqualität oder Verschmutzungen und darauf, was Personen leicht erwerben können oder was kaum verfügbar ist. Letzteres spielt beispielsweise bei Lebensmitteln eine große Rolle. Aber nicht nur die gebaute Umwelt, auch die regulative Umwelt hat starken Einfluss auf den Alltag. Es geht darum, wo geparkt werden darf, welche Produkte in Umlauf kommen dürfen, wie teuer die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder bestimmte Lebensmittel oder fossile Energieträger sind u. v. m. Dazu gehört auch die Zeitstruktur, also wann die Schule oder andere Bildungsangebote beginnen, typische Arbeitszeiten, wann Stoßzeiten sind usw.

Die Arbeit ist ein eigenes komplexes Umfeld an gesundheitsrelevanten Arrangements. Hier wird Personen teils belastende körperliche, geistige und/oder empathische Arbeitsleistung abverlangt (Fischer-Kowalski/Haas 2016; Haas/Andarge 2017). Es entsteht produktiver oder belastender Stress, hier erfolgt Anerkennung oder Abwertung (Bauer 2013). Der Klimawandel wandelt auch Arbeit an und für sich, weil neue Jobs entstehen und andere verschwinden, wie dies im Energiesektor der Fall ist. Arbeit – vor allem im Freien oder an Arbeitsplätzen schlechter Qualität – wird auch durch Klimafolgen wie Hitze, intensiverer Strahlungsintensität oder erhöhter Pollenexposition belastet.

Personen verfügen über eine ihnen eigene Anpassungskapazität, die sich aus dem Zusammenspiel von persönlichen und umweltbedingten Faktoren ergibt. Es geht also um einen spezifischen Blick auf Verhältnisse und deren Änderungsnotwendigkeiten, um angepasstes Verhalten nach sich zu ziehen. Bei Hitze geht es etwa darum, selbst den Tagesablauf so anzupassen, dass heiße Orte zur heißen Tageszeit vermieden werden, dass Bewegung auch an heißen Tagen nicht vernachlässigt, aber angepasst wird, dass ausreichend getrunken wird etc. Dies ist natürlich je nach den Verhältnissen und den eigenen finanziellen Möglichkeiten sehr unterschiedlich. Nicht alle können sich den von Umweltbelastungen am geringsten exponierten Wohnort aussuchen (grün oder grau) (Haas 2021). Im Klimasozialstaat liegt der Schlüssel in den Verhältnissen, um niemanden hier im Stich zu lassen.

Natürlich ist auch die Gesundheitsversorgung eine gesundheitsrelevante Umwelt. Sie hat vor allem im Krankheitsfall eine zentrale Bedeutung. Trotzdem muss hier festgestellt werden, dass sich im Klimasozialstaat die Fürsorge für die Gesundheit der Menschen nicht mit dem kurativ

orientierten Gesundheitssystem erschöpft – dieses ist vielmehr das letzte Mittel, um Gesundheit wiederherzustellen –, weil es hier eben nicht nur um das derzeit doch eher dominante dichotome Verständnis von krank/gesund geht. Mit so einem Verständnis wartet ein Staat darauf, dass jemand einen Befund bekommt, und ist für alle dann notwendigen Handlungen vorbereitet. Gesundheitsrelevante Umweltkrisen tauchen tendenziell erst auf, wenn dies über Einzelpersonen befundet wird (Haas 2022). Der Klimasozialstaat, in dem Gesundheit gleichzeitig eine Ressource ist, handelt hier vorausschauend.

Und es gilt auch ganz generell, dass es in allen Verhältnissen einen Spielraum gibt, über eigenes Verhalten etwas für die Gesundheit zu tun oder nicht zu tun. Dies reicht von vorbeugenden Gesundenuntersuchungen bis hin zu einem aktiven Leben mit Bewegung und sozialen Kontakten und einer ausgewogenen Ernährung.

3.3 Die planetare Dreifachkrise

Personen sind nun in ihrem jeweiligen Umfeld der sogenannten planetaren Dreifachkrise aus Klimakrise, Verlust der Artenvielfalt und Umweltverschmutzung ausgesetzt (UNEP IRP 2024). Derzeit am prominentesten ist die Klimakrise mit den oben skizzierten Folgen für die Gesundheit. Die biologische Vielfalt nimmt in einem noch nie dagewesenen Tempo ab, und der Verlust der Arten gefährdet die Lebensqualität der Menschen. Die Verbindung zur Gesundheit ist aufgrund von komplexen Wirkungsketten nicht immer offensichtlich und erfordert mehr Forschung. Für manche Zusammenhänge gibt es allerdings bereits klare Evidenz. In einer Studie wurde festgestellt, dass zu Allergien neigende Personen signifikant häufiger an Wohnorten zu finden sind, wo die Häufigkeit bestimmter einheimischer Blütenpflanzen um etwa 25 % geringer ist (Marselle et al. 2021). Auch die COVID-19-Pandemie ist, wenn auch komplex, so doch eng mit dem Verlust der biologischen Vielfalt und der Gesundheit der Ökosysteme verbunden (Lawler et al. 2021).

Umweltverschmutzungen durch genetisch veränderte Organismen und synthetische Substanzen wie z. B. Mikroplastik und hormonaktive Stoffe wirken ebenso zunehmend negativ auf die menschliche Gesundheit (Richardson et al. 2023). Ein Beispiel sind hier Mikrofasern in Textilien, die zu chemischer Exposition über die Atemwege und die Haut führen. Die chronische Exposition gegenüber chemischen Gemischen in Textilien wird derzeit noch kaum verstanden, und Risikobewertungen sind ungenügend und vernachlässigen meist die sich häufig verstärkenden synergistischen Effekte zwischen verschiedenen Chemikalien. Erhöhte Risiken werden durch Phthalate in Babykleidung, per- und polyfluorierte Alkylverbindungen in wasserabweisenden Stoffen und krebserregende aromatische Amine aus Azofarbstoffen verursacht (Rovira et al. 2025).

Der Klimasozialstaat weist konstant auf diese nachteiligen Folgen der Dreifachkrise hin und bezieht daraus seine Legitimation zu handeln. Das verhilft ihm auch zu einem positiven Image, weil er durch die günstige Gestaltung der Verhältnisse die Selbstwirksamkeit der einzelnen Personen für ein gesundes Leben in Wohlbefinden erhöht.

3.4 Gesundheit in allen Politikfeldern

Im Sozialstaat ist derzeit eine Gesundheitspolitik dominant, die auf die Krankenbehandlung fokussiert. Bemühungen im Bereich der Prävention und der Gesundheitsförderung sind enorm. Budgetär sind allerdings 2024 etwa 95 % der Kosten im Gesundheitswesen für die Gesundheits-

versorgung und 5 % für Prävention (vor allem Impfprogramme) und unter 1 % für Gesundheitsförderung vorgesehen (Statistik Austria 2025c).

Im Kontrast dazu geht es im Klimasozialstaat vor allem um Gesundheit als Ressource, und das in allen relevanten Politikbereichen. Das bedeutet ein Ende der vorherrschenden Politik in Silos. Die Gesundheitsförderung ist dabei die wesentliche Komponente der Gesundheitspolitik, die in vielen Politikbereichen regulär mitverhandelt werden muss. Dies erfordert im Gesundheitsbereich kein hohes Budget, aber viel Expertise und ein ausgeprägtes Mitspracherecht sowie Politikfelder, die für gesundheitliche Aspekte sehr responsiv sind. Eine Verkehrspolitik, die Gesundheit ernst nimmt, setzt auf hochwertigen öffentlichen Verkehr kombiniert mit attraktiver aktiver Mobilität (zu Fuß gehen und Rad fahren). Gleichzeitig heißt das aber auch, nicht mehr in den motorisierten Individualverkehr und den Straßenbau zu investieren. Das Argument, dass ein Leben ohne Auto schwer vorstellbar ist, ist verständlich. Aber eine Reduktion ist praktisch jedenfalls für die 19 % der mit dem Auto zurückgelegten Wege, die 2,5 Kilometer oder kürzer sind, ohne Schwierigkeiten möglich (weitere 21 % sind im Bereich 2,5 bis 5 Kilometer) (BMVIT 2016). Jede Reduktion spart direkt Kosten und führt zu einer gesünderen Population, die auch weniger Gesundheitsversorgung erfordert (siehe Kapitel 3.5).

Der Gesundheitssektor redet nicht nur in anderen Politikfeldern mit, im Klimasozialstaat engagiert er sich auch stark im Klimaschutz, weil das Wiederherstellen von Gesundheit nicht gleichzeitig den Klimawandel mit seinen gesundheitlichen Folgen vorantreiben soll. Hier hat der Gesundheitssektor in den letzten Jahren auch sehr große Fortschritte in der Diagnose und den Umsetzungen gemacht (siehe Gesundheit Österreich 2025, 20–23).

3.5 Co-Benefits für Klima und Gesundheit – für alle

Eine kluge Zusammenarbeit zwischen den Politikfeldern generiert Benefits für die Gesundheit und das Klima und hilft, gesundheitliche Ungleichheit abzubauen. Hier kurz zwei Beispiele:

- **Ernährung:** In einer europäischen Kohortenstudie wurde ermittelt, dass in einem Zeitraum von 20 Jahren durch Einhaltung der EAT-Lancet-Referenzdiät bis zu 63 % der vorzeitigen Todesfälle und bis zu 39 % der Krebserkrankungen verhindert werden könnten. Darüber hinaus könnte eine Umstellung von einer geringeren auf eine strengere Einhaltung der EAT-Lancet-Referenzdiät die mit Lebensmitteln verbundenen Treibhausgasemissionen um bis zu 50 % und den Landverbrauch um bis zu 62 % reduzieren (Laine et al. 2021). Dabei ist der Gesundheits-Benefit für Gruppen mit niedrigem Einkommen tendenziell größer, wenn gleichzeitig darauf geachtet wird, dass der Zugang zu einer gesunden Ernährung für diese Gruppe leistbar oder leistbarer ist als eine ungesunde Ernährung (Penne/Goedemé 2021).
- **Urbane Mobilität:** Durch eine Kombination aus Elektromobilität, Zu-Fuß-Gehen und Radfahren könnten die CO_2-Emissionen in Seattle, USA, um schätzungsweise 30 % reduziert und NO_x- und $PM_{2,5}$-Emissionen um 13 % bzw. 19 % gesenkt werden. Die bessere Luftqualität, die vermehrte aktive Mobilität und die geringere Zahl tödlicher Verkehrsunfälle würden 13, 49 bzw. 5 vorzeitige Todesfälle pro Jahr verhindern (Filigrana et al. 2022). Für die Städte Graz, Linz und Wien schätzt eine Studie bei einem Gesundheitsfokus im Verkehr noch vor einer Elektrifizierung der Autos eine Reduktion von ca. 50 % der CO_2-Emissionen und von fast 60 vorzeitigen Todesfällen pro 100.000 Bewohner:innen (Wolkinger et al. 2018).

Der Klimasozialstaat legt nicht nur im Mobilitätsbereich großen Wert auf eine qualitativ ansprechende Infrastruktur. Diese kann die für alle erforderlichen Services wie Mobilität oder Erholung ökologisch effizienter und volkswirtschaftlich günstiger für alle bereitstellen.

Um das an einem Negativbeispiel zu verdeutlichen: In den USA wurden in den 1950er- und 1960er-Jahren viele öffentliche Schwimmbäder gebaut. Nach den Erfolgen der Bürgerrechtsbewegung in den späten 1960er-Jahren erhielt auch die eher arme afroamerikanische Bevölkerung einen leistbaren Zugang zu dieser abkühlenden sportlichen Bewegung im Freien. Damit wurde dies ein Programm zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit. Mit fortschreitendem Klimawandel und vermehrten und heißeren Hitzewellen wird die Bedeutung für diese öffentliche Infrastruktur für die öffentliche Gesundheit noch gesteigert. Doch gerade jetzt, wo öffentliche Schwimmbäder wichtiger denn je sind, verschwinden sie zunehmend. An ihre Stelle sind über die Zeit private Pools getreten, die ein Vielfaches an Energie und Wasser verbrauchen und nur ohnehin begünstigten Gruppen zugutekommen (Meyersohn 2023).

Ein klug gestalteter attraktiver öffentlicher Raum kann somit eine dreifache Wirkung entfalten: das Klima schützen, die Gesundheit fördern und gesundheitliche Ungleichheit abbauen.

4 KLIMAKRISE: „GAMECHANGER" FÜR DEN KLIMASOZIALSTAAT?

Die Vorteile eines Klimasozialstaates klingen doch überzeugend. Aber warum verschreiben sich Sozialstaaten dann nicht voll und ganz so einer Umgestaltung?

Sozialstaaten waren sehr wohl die treibenden Kräfte hinter dem Pariser Klimaabkommen. Trotzdem hat sich auch in den Sozialstaaten eine erhebliche Umsetzungslücke zwischen ehrgeizigen Klimazielen und tatsächlichen politischen Maßnahmen eingestellt (UNEP 2025), die durch Rückschritte der letzten Jahre in Sachen Klimaschutz noch verstärkt wird. Diese Rückschritte können dadurch erklärt werden, dass Sozialstaaten heute eher einem liberal-kapitalistischen Grundmodell folgen und dabei über ausgeprägte sozialstaatliche Leistungen verfügen, die aus zwei Richtungen zunehmend unter Druck geraten:

Einerseits entsteht Druck durch das Erstarken rechtspopulistischer Gruppierungen, die das Thema Inklusion/Exklusion zur zentralen Differenz in der öffentlichen Debatte gemacht haben und hier die missbräuchliche Verwendung von Sozialleistungen kritisieren – und damit gleich den ganzen Sozialstaat. Zudem stehen die populistischen rechten Parteien in Westeuropa der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung skeptisch gegenüber und lehnen Umweltsteuern überwiegend ab. Es ist auch eine Strategie erkennbar: Das Politisieren von sogenannten „Spaltfragen" wie „teuren" und „einschränkenden" Klimamaßnahmen soll bestehende Koalitionen spalten. Spaltfragen sind dabei solche, die innerhalb einiger Parteien unterschiedlich bewertet werden und sich daher für Polarisierungen eignen (Bosetti et al. 2025).

Andererseits stößt das ökonomische Wachstumsmodell in den westlichen Ländern des EU-Raumes immer wieder an seine Grenzen. Mangelndes Wirtschaftswachstum und eine alternde Gesellschaft strapazieren den öffentlichen Haushalt und, da einnahmenseitige Erhöhungen politisch kaum machbar sind, verlangen eine Senkung der Ausgaben und damit auch der sozialstaatlichen Leistungen.

Somit sind zentrale politische Kräfte des Sozialstaates derzeit vorranging damit beschäftigt, (1) den Schuldenstand abzubauen, und das, ohne dabei Wähler:innen zu vergraulen, und (2) Impul-

se für ein Wirtschaftswachstum zu setzen sowie (3) die eigene Legitimität vor allem dadurch zu gewährleisten, dass in der Wahrnehmung der (wählenden) Bevölkerung mit geringem bis mittlerem Einkommen ein gutes Leben wieder leistbar scheint. Das sind auch schon zwei der drei grundlegenden Funktionen eines liberal-kapitalistischen Staates, nämlich die Sicherstellung des Wirtschaftswachstums und die Aufrechterhaltung der Legitimität (Brand et al. 2025). Die dritte Funktion, die Gewährleistung von Sicherheit, wird vorrangig in Bezug auf die Kriegsgefahr ausgelegt.

In so einer Situation, in der die Legitimation des Sozialstaates zentral infrage gestellt wird und aktiver Klimaschutz in der Debatte als Spaltfrage gegen Koalitionen des Sozialstaates eingesetzt werden kann, hat ein Umbau zum Klimasozialstaat wenig Erfolgsaussichten. Und doch greift so eine Analyse zu kurz, weil sie sich nur auf die Dynamik innerhalb des politökonomischen Systems bezieht. Vollkommen unbeeindruckt davon bleibt die Dynamik in der planetaren Dreifachkrise (siehe Abbildung 2).

Jüngste wissenschaftliche Abschätzungen prognostizieren, dass die globale Erwärmung in diesem Jahrhundert bei vollständiger Umsetzung der national festgelegten Beiträge (NDCs) 2,3 bis 2,5 °C beträgt, während sie bei den aktuellen politischen Maßnahmen bei 2,8 °C liegt. Die Länder sind nach wie vor weit davon entfernt, das Ziel des Pariser Abkommens, die Erwärmung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen, zu erreichen (UNEP 2025).

Die Folgen dieser Erwärmung werden sich früher oder später sehr deutlich zeigen und die Gesundheit der Weltbevölkerung drastisch belasten. Im günstigen Fall können gehäufte Ereignisse zu erneuten und entschiedeneren globalen Anstrengungen führen und die Dynamik im politökonomischen System neu durchmischen. Je früher Sozialstaaten diese Dynamik des biophysischen Systems antizipieren, umso rascher können sie basierend auf Ereignissen und erlebten Erfahrungen auch die öffentliche Debatte wieder deutlich verschieben und daraus die Legitimation zu handeln gewinnen und den Umbau Richtung Klimasozialstaat einleiten.

Der springende Punkt dabei ist, dass eine frühe Transformation viele Chancen bietet und ein zwar verändertes, aber doch gutes Leben für alle verspricht. Länder, die sich so einem Wandel versperren, laufen Gefahr, dass sie mit dem Rücken zur Wand in kurzer Zeit nur mehr die extremsten Folgen abmildern können und es der Adaptionskapazität Einzelner überlassen bleibt, doch noch ein gutes Leben führen zu können.

Ein Klimasozialstaat, der die Person ins Zentrum stellt und die Strategie „Gesundheit in allen Politikfeldern“ dazu nutzt, die Umweltbedingungen für ein attraktives neues klimafreundliches und gesundheitsförderliches Leben zu gestalten, hat jedenfalls gute Chancen, den Slogan „Gesundheit für alle“ wirksam umzusetzen. Gleichzeitig verleiht diese klimasoziale Ausrichtung dem Sozialstaat in Zeiten der Klimakrise eine neue sinnstiftende Bedeutung.

BIBLIOGRAFIE

Abarca-Gómez, L. et al. (2017). Worldwide trends in body-mass index, underweight, overweight, and obesity from 1975 to 2016: a pooled analysis of 2416 population-based measurement studies in 128·9 million children, adolescents, and adults. The Lancet 390 (10113), 2627–2642. https://doi.org/10.1016/S0140-6736(17)32129-3.

Bambra, C. (2011). Health inequalities and welfare state regimes: theoretical insights on a public health 'puzzle': Table 1. Journal of Epidemiology & Community Health 65, 740–745. https://doi.org/10.1136/jech.2011.136333.

Bauer, J. (2013). Arbeit: Warum unser Glück von ihr abhängt und wie sie uns krank macht. Karl Blessing Verlag.

Białkowski, A./*Soszyński,* P./*Stencel,* D./*Religioni,* U. (2024). Consequences of Insufficient Physical Activity: A Comparative Analysis of Poland and Europe. Medical Science Monitor: International Medical Journal of Experimental and Clinical Research 30, e942552-1–e942552-9. https://doi.org/10.12659/MSM.942552.

BMK (2024). Die Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel | Executive Summary. Online verfügbar unter https://www.bmluk.gv.at/dam/jcr:9546243a-1564-4661-b8b6-59f4bf2954d4/BMK_NAS_Executive_Summary_UA.pdf (abgerufen am 27.11.2025)

BMVIT (2016). Österreich unterwegs 2013/2014. Ergebnisbericht zur österreichweiten Mobilitätserhebung „Österreich unterwegs 2013/2014". Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie.

Bosetti, V./*Colantone,* I./*De Vries,* C. E./*Musto,* G. (2025). Green backlash and right-wing populism. Nature Climate Change 15 (8), 822–828. https://doi.org/10.1038/s41558-025-02384-0.

Brad, A./*Schneider,* E./*Dorninger,* C./*Haas,* W./*Hirt,* C./*Wiedenhofer,* D./*Gingrich,* S. (2025). Existing demand-side climate change mitigation policies neglect avoid options. https://doi.org/10.21203/rs.3.rs-5998199/v1.

Brand, U./*Hausknost*, D./*Brad*, A./*Eyselein*, G./*Krams*, M./*Maneka*, D./*Pichler*, M./*Schneider*, E. (2025). Structural limitations of the decarbonization state. Nature Climate Change 15 (9), 927–934. https://doi.org/10.1038/s41558-025-02394-y.

Dalile, B. et al. (2022). The EAT–Lancet reference diet and cognitive function across the life course. The Lancet Planetary Health 6 (9), e749–e759. https://doi.org/10.1016/S2542-5196(22)00123-1.

EEA – European Environmental Agency (2020). Air pollution – health imapcts of air pollution.

EEA – European Environmental Agency (2022a). Air Pollution and health. Online verfügbar unter https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/zero-pollution/health/air-pollution-and-health (abgerufen am 16.10.2025).

EEA – European Environmental Agency (2022b). Climate change as a threat to health and well-being in Europe: focus on heat and infectious diseases. Online verfügbar unter https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/climate-change-impacts-on-health (abgerufen am 12.11.2025).

Filigrana, P./*Levy,* J. I./*Gauthier,* J./*Batterman,* S./*Adar,* S. D. (2022). Health benefits from cleaner vehicles and increased active transportation in Seattle, Washington. Journal of Exposure Science & Environmental Epidemiology 32 (4), 538–544. https://doi.org/10.1038/s41370-022-00423-y.

Fischer-Kowalski, M./*Haas, W.* (2016). Toward a Socioecological Concept of Human Labor. In H. *Haberl* et al. (Hg.). Social Ecology: Society-nature Relations across Time and Space. Cham/Heidelberg/New York/Dordrecht/London, Springer, 259–276.

Gesundheit Österreich (2025). Jahresbericht. Wien. Online verfügbar unter https://goeg.at/sites/goeg.at/files/inline-files/geog-jahresbericht-2024-bf.pdf (abgerufen am 17.11.2025).

Grabow, S./*Riepl,* T./*Thema,* J./*Zell-Ziegler,* C. (2026). Efficiency only? An analysis of avoid, shift and improve strategies in EU member states' long-term mitigation policy. Energy Policy 208, 114888. https://doi.org/10.1016/j.enpol.2025.114888.

Grubler, A. et al. (2018). A low energy demand scenario for meeting the 1.5 °C target and sustainable development goals without negative emission technologies. Nature Energy 3 (6), 515–527. https://doi.org/10.1038/s41560-018-0172-6.

Haas, W. (2021). Gesundheit für Alle. In: *Die Armutskonferenz, Attac, BEIGEWUM* (Hg.). Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien, bahoe books, 131–141.

Haas, W. (2022). Wie die Klimakrise unsere Gesundheitssysteme herausfordert – Chancen einer Transformation mit Beispielen aus Österreich. In: J. A. *Werner*/T. *Kaatze*/A. *Schmidt-Rumposch* (Hg.). Green Hospital. Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung im Krankenhaus. Berlin, Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsges. mbH &. Co. KG.

Haas, W./*Andarge,* H. (2017). More Energy and Less Work, but New Crises: How the Societal Metabolism-Labour Nexus Changes from Agrarian to Industrial Societies. Sustainability 9 (7), 1041. https://doi.org/10.3390/su9071041.

Haas, W./*Lampl, C./Aigner,* E./*Schmidt,* A. E. (2023). Climate Mainstreaming: Climate and Health Policy. Policy Brief. Brussels, Belgium, The Foundation for Progressive Studies (FEPS). Online verfügbar unter https://feps-europe.eu/wp-content/uploads/2023/02/PB_Climate-and-Health-policy.pdf (abgerufen am 17.11.2025).

Hancock, T. (1993). Health, human development and the community ecosystem: Three ecological models. Health Promotion International 8. https://doi.org/10.1093/heapro/8.1.41.

Hertig, E./*Hunger,* I./*Kaspar-Ott,* I./*Matzarakis,* A./*Niemann,* H./*Schulte-Droesch,* L./*Voss,* M. (2023). Klimawandel und Public Health in Deutschland – Eine Einführung in den Sachstandsbericht Klimawandel und Gesundheit 2023. https://doi.org/10.25646/11391.

Hiebl, J./*Frei,* C. (2018). Daily precipitation grids for Austria since 1961—development and evaluation of a spatial dataset for hydroclimatic monitoring and modelling. Theoretical and Applied Climatology 132, 327–345. https://doi.org/10.1007/s00704-017-2093-x.

Huppmann, D./*Keiler,* M./*Riahi,* K./*Rieder,* H. (2025). Second Austrian Assessment Report on Climate Change | AAR2. Full Report. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. https://doi.org/10.1553/aar2.

Hutter, H.-P./*Moshammer,* H. (2025). Cross-Chapter Box 2. Health and climate change. In: Second Austrian Assessment Report on Climate Change | AAR2 - Full Report. Wien, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. https://doi.org/10.1553/aar2-ch2.

Laine, J. E. et al. (2021). Co-benefits from sustainable dietary shifts for population and environmental health: an assessment from a large European cohort study. The Lancet Planetary Health 5 (11), e786–e796. https://doi.org/10.1016/S2542-5196(21)00250-3.

Lawler, O. K. et al. (2021). The COVID-19 pandemic is intricately linked to biodiversity loss and ecosystem health. The Lancet Planetary Health 5 (11), e840–e850. https://doi.org/10.1016/S2542-5196(21)00258-8.

Lenton, T. M. et al. (2025). Global tipping points report 2025.

Lutz, W. (2021). Advanced introduction to demography. Elgar Advanced Introductions series. Cheltenham (UK)/Northampton (MA, USA), Edward Elgar Publishing.

Malik, A./*Lenzen,* M./*McAlister,* S./*McGain,* F. (2018). The carbon footprint of Australian health care. The Lancet Planetary Health 2 (1), e27–e35. https://doi.org/10.1016/S2542-5196(17)30180-8.

Malmqvist, E./*Andersen,* Z. J./*Spadaro,* J./*Nieuwenhuijsen,* M./*Katsouyanni,* K./*Forsberg,* B./*Forastiere,* F./*Hoffmann,* B. (2024). Urgent Call to Ensure Clean Air For All in Europe, Fight Health Inequalities and Oppose Delays in Action. International Journal of Public Health, 69, 1606958. https://doi.org/10.3389/ijph.2024.1606958.

Marselle, M. R./*Lindley,* S. J./*Cook,* P. A./*Bonn,* A. (2021). Biodiversity and Health in the Urban Environment. Current Environmental Health Reports 8 (2), 146–156. https://doi.org/10.1007/s40572-021-00313-9.

Meyersohn, N. (2023). Why America stopped building public pools | CNN Business, CNN. Online verfügbar unter https://www.cnn.com/2023/07/22/business/public-pools-extreme-heat (abgerufen am 06.11.2025).

Muntz, E. E. (1932). Industrial Accidents and Safety Work. Journal of Educational Sociology 5 (7). https://doi.org/10.2307/2961024.

Ness, D. (2008). Sustainable urban infrastructure in China: Towards a Factor 10 improvement in resource productivity through integrated infrastructure systems. The International Journal of Sustainable Development & World Ecology 15 (4), 288–301.

Orlik, A./*Rohrböck,* A./*Müller,* P./*Tilg,* A.-M. (2024). Klimarückblick Burgenland 2024. Online verfügbar unter https://ccca.ac.at/wissenstransfer/klimastatusbericht/klimastatusbericht-2024/klimarueckblick-burgenland-2024 (abgerufen am 17.11.2025).

Pelikan, J. M./*Halbmayer,* E. (1999). Gesundheitswissenschaftliche Grundlagen zur Strategie des Gesundheitsfördernden Krankenhauses. In: J. M. *Pelikan*/S. *Wolff* (Hg.). Das gesundheitsfördernde Krankenhaus. Konzepte und Beispiele zur Entwicklung einer lernenden Organisation. München, Weinheim, 13–36.

Penne, T./*Goedemé,* T. (2021). Can low-income households afford a healthy diet? Insufficient income as a driver of food insecurity in Europe. Food Policy 99, 101978. https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2020.101978.

Pichlbauer, E. (2025). Ärztekammern, Krankenkassen, Landespolitiker: Daran krankt das Gesundheitssystem. Falter v. 19.08.2025. Online verfügbar unter https://www.falter.at/zeitung/20250819/daran-krankt-das-gesundheitssystem (abgerufen am 16.10.2025).

Richardson, K. et al. (2023). Earth beyond six of nine planetary boundaries. Science Advances 9 (37), eadh2458. https://doi.org/10.1126/sciadv.adh2458.

Roffia, P./*Bucciol,* A./*Hashlamoun,* S. (2023). Determinants of life expectancy at birth: a longitudinal study on OECD countries. International Journal of Health Economics and Management 23, 189–212. https://doi.org/10.1007/s10754-022-09338-5.

Rovira, J./*Souza,* M. C. O./*Nadal,* M./*Domingo,* J. L. (2025). Human health risks from textile chemicals: a critical review of recent evidence (2019–2025). Journal of Environmental Science and Health, Part A, Volume 60 (2), 79–91. https://doi.org/10.1080/10934529.2025.2514406.

Schaup, T./*Brenn,* A./*Kehl,* T./*Hitzinger,* A. (2024). IFES Austrian Health Report 2024. Wien.

Smith, K. R./*Ezzati,* M. (2005). How the environmental health risks change with development: The Epidemiologic and Environmental Risk Transitions Revisited. Annual Review of Environment and Resources 30 (1), 291–333. https://doi.org/10.1146/annurev.energy.30.050504.144424.

Statistik Austria (2025a). Arbeitsunfälle, arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeit-und-gesundheit/arbeitsunfaelle-arbeitsbezogene-gesundheitsprobleme (abgerufen am 20.10.2025).

Statistik Austria (2025b). Bevölkerungsprognosen für Österreich und die Bundesländer. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/demographische-prognosen/bevoelkerungsprognosen-fuer-oesterreich-und-die-bundeslaender (abgerufen am 01.11.2025).

Statistik Austria (2025c). Gesundheitsausgaben. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/en/statistics/population-and-society/health/health-care-and-expenditure/health-expenditure (abgerufen am 01.11.2025).

UNEP (2025). Emissions Gap Report 2025 | UNEP - UN Environment Programme. Online verfügbar unter https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2025 (abgerufen am 05.11.2025).

UNEP IRP (2024). Global Resources Outlook 2024: Bend the Trend – Pathways to a liveable planet as resource use spikes. International Resource Panel. Nairobi. Online verfügbar unter https://wedocs.unep.org/20.500.11822/44901 (abgerufen am 01.11.2025).

Weisz, U./*Haas,* W. (2016). Health Through Socioecological Lenses—A Case for Sustainable Hospitals. In: H. *Haberl*/M. *Fischer-Kowalski*/F. *Krausmann*/V. *Winiwarter* (Hg.). Social Ecology: Society-Nature Relations across Time and Space. Cham, Springer International Publishing, 559–576. https://doi.org/10.1007/978-3-319-33326-7_29.

WHO (2023). We must fight one of the world's biggest health threats: climate change. Online verfügbar unter https://www.who.int/news-room/commentaries/detail/we-must-fight-one-of-the-world-s-biggest-health-threats-climate-change (abgerufen am 29.10.2025).

WHO (2025). https://data.who.int.

WHO Europa (1986). Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung. Online verfügbar unter https://www.who.int/publications/i/item/WH-1987 (abgerufen am 06.11.2025).

Wilson, C./*Grubler,* A./*Nemet,* G./*Pachauri,* S./*Pauliuk,* S./*Wiedenhofer,* D. (2023). The 'High-with-Low' Scenario Narrative: Key Themes, Cross-Cutting Linkages, and Implications for Modelling. Online verfügbar unter https://pure.iiasa.ac.at/id/eprint/19036/ (abgerufen am 06.11.2025).

WMO (2015). A History of Climate Activities, World Meteorological Organization. Online verfügbar unter https://wmo.int/media/magazine-article/history-of-climate-activities (abgerufen am 09.11.2025).

Wolkinger, B. et al. (2018). Evaluating Health Co-Benefits of Climate Change Mitigation in Urban Mobility. International Journal of Environmental Research and Public Health [Preprint]. https://doi.org/10.3390/ijerph15050880.

Wunderling, N. et al. (2024). Climate tipping point interactions and cascades: a review. Earth System Dynamics 15 (1), 41–74. https://doi.org/10.5194/esd-15-41-2024.

Richard Bärnthaler

UMWELTPOLITIK NEU DENKEN – FÜR EINEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN ANSATZ[1]

ZUSAMMENFASSUNG

Die Umweltpolitik verfehlt ökologische Ziele und stößt auf wachsenden Widerstand. Der Beitrag plädiert für eine sozial-ökologische Neuausrichtung mit Suffizienz als Leitprinzip – verstanden als „Genug" für ein gutes Leben. Er kritisiert die liberale Umweltpolitik, die strukturelle Ursachen ignoriert und kollektive Handlungsmacht blockiert. Suffizienzorientierte Politik setzt dem kollektive, dekommodifizierte Infrastrukturen wie Universal Basic Services entgegen, die soziale Sicherheit mit ökologischer Verantwortung verbinden und neue Allianzen ermöglichen. Beispiele aus den Bereichen Wohnen und Mobilität zeigen, wie soziale und ökologische Ziele gemeinsam erreichbar sind.

- Suffizienz ist kein individueller Lebensstil, sondern ein gesellschaftliches Organisationsprinzip.
- Technologische Lösungen und Preissignale allein reichen nicht aus – soziale Praktiken und politökonomische Strukturen müssen transformiert werden.
- Sozial-ökologische Politik stärkt kollektive Infrastrukturen, ermöglicht Teilhabe, verbindet soziale Sicherheit mit ökologischer Verantwortung und schafft neue Allianzen.

ABSTRACT

Environmental policy is failing to meet ecological goals and is facing growing public resistance. This article calls for an eco-social reorientation, placing sufficiency – understood as 'enough' for a good life – at its core. It critiques liberal environmentalism for ignoring structural causes and undermining collective agency. In contrast, sufficiency-oriented policy promotes collective, decommodified infrastructures such as Universal Basic Services, which combine social security with ecological responsibility and foster new alliances. Examples from housing and mobility illustrate how social and ecological goals can be pursued in tandem.

- Sufficiency is not an individual lifestyle, but a social organising principle.
- Technology and price signals alone are insufficient – social practices and political-economic structures must be transformed.
- Eco-social policy strengthens collective infrastructures, enables participation, links social security with ecological responsibility, and enables new alliances.

1 Dieser Beitrag entstand im Kontext des Projekts „HABITATION-CORRIDORS – Transforming essential provision systems through eco-social corridors" (FO999913168), finanziert durch Mittel des Klima- und Energiefonds.

1 EINLEITUNG

Die Umweltpolitik befindet sich in einer doppelten Krise: Einerseits werden zentrale ökologische Ziele wie die Emissionsreduktion und der Schutz der Biodiversität systematisch verfehlt. Andererseits sieht sie sich einem wachsenden gesellschaftlichen Widerstand gegenüber – verschärft durch Energieunsicherheit und steigende Lebenshaltungskosten.

Um dieser Krise zu begegnen, braucht es eine grundlegende Neuausrichtung – sowohl in der Form („politics", also der Logik des Regierens) als auch im Inhalt („policies", also den konkreten Maßnahmen). Der Schlüssel liegt in einem sozial-ökologischen Ansatz, der ökologische und soziale Fragen nicht getrennt, sondern gemeinsam denkt – und so neue, breite gesellschaftliche Allianzen ermöglicht.

2 DAS DOMINANTE PARADIGMA DER LIBERALEN UMWELTPOLITIK

Die gegenwärtige Umweltpolitik folgt weitgehend dem Paradigma des „environmental liberalism" (Bernstein 2001; Shaw 2023), das auf individuellem Verhalten, Marktmechanismen und technologischen Lösungen basiert. Im Zentrum steht die Dekarbonisierung – verstanden als Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO_2-Ausstoß. Dieses Ziel soll vor allem durch die „richtigen Preise" (z. B. CO_2-Bepreisung), erneuerbare Energieträger und Effizienzsteigerungen erreicht werden.

Doch die Hoffnung auf eine absolute konsumbasierte Entkopplung von Wachstum und ökologischem Druck erweist sich als illusionär – sowohl in Bezug auf das notwendige Ausmaß als auch hinsichtlich der erforderlichen Geschwindigkeit (Haberl et al. 2020; Vogel/Hickel 2023). Zudem gehen vermeintliche Entkopplungserfolge, etwa bei CO_2, häufig zulasten anderer planetarer Grenzen wie der Biodiversität – etwa durch die verstärkte Ausbeutung kritischer Rohstoffe für grüne Technologien (Vezzoni 2023).

Das dominante liberale Paradigma beruht auf einem tief verankerten Dualismus zwischen Natur und Gesellschaft: Umweltprobleme gelten als „externe" Störungen, die sich durch technische Korrekturen beheben lassen – ohne die zugrunde liegenden sozialen Praktiken infrage zu stellen (Bärnthaler 2024a). Doch genau diese Praktiken – etwa Mobilitätsmuster oder Wohnformen – sind konstitutiv für die sozial-ökologische Krise.

„Lösungen" wie Elektroautos oder Passiveinfamilienhäuser versprechen eine effizientere Fortsetzung des Bestehenden. Technologien wie Carbon Capture and Storage (CCS) oder Geoengineering zielen darauf ab, die Welt „da draußen" zu verändern – damit wir uns selbst möglichst wenig verändern müssen. Solche Strategien umgehen die notwendige Transformation sozialer Praktiken und kapitalistischer Strukturen. Technologische Innovationen allein reichen nicht aus, wenn sie lediglich bestehende strukturell nicht nachhaltige Lebensweisen effizienter gestalten, ohne sie grundlegend zu verändern.

Entgegen dem häufig vorgebrachten Argument, dies sei ein pragmatischer Weg, um „die Menschen mitzunehmen", lässt sich – mit Chris Shaw (2024, o. S.) – das Folgende argumentieren:

„What is the most that a working-class person could hope for from a net-zero future? At present, in the vision being broadly promoted, it's the same hard work, the same exploitation, but with a heat pump instead of a gas boiler. […] The vision presented is basically: 'this world, but without

the emissions.' But there is just no understanding of working-class experience. It's all, 'Come on, care! Be concerned about this heat pump, get behind dropping meat from your diet one day a week, be part of this transformation.' And for what? The same as now. Nothing changed about the status quo, the structures, the norms, what it's possible to hope for and aspire to."

Diese Kritik macht deutlich: Eine sozial-ökologische Transformation kann nicht darin bestehen, herrschende Verhältnisse lediglich emissionsärmer zu gestalten. Sie muss die Frage stellen, für wen und unter welchen Bedingungen Zukunft gestaltet wird.

Zudem wird häufig übersehen, dass das, was in manchen ökonomischen Theorien als „Externalitäten" bezeichnet wird – etwa Umweltverschmutzung –, systematisch im kapitalistischen Wirtschaftssystem erzeugt wird (Spash 2021; Kapp 1970). Es handelt sich nicht um bloße „Preisfehler", die sich durch Marktanpassungen korrigieren lassen, sondern um strukturelle Mechanismen: das Abwälzen von Kosten auf andere – etwa durch die **Ausbeutung** von Arbeitskraft, die **Aneignung** natürlicher Ressourcen, Territorien und unbezahlter Arbeit (Fraser 2014; Harvey 2003) oder durch eine **imperiale Lebensweise** (Brand/Wissen 2017). Diese vermeintlichen „Externalitäten" sind kein (externer) Nebeneffekt, sondern ein zentrales Funktionsprinzip kapitalistischer Ökonomien. Ohne sie funktioniert Kapitalismus nicht.

Letztlich führt die Fixierung der liberalen Umweltpolitik auf individuelles Verhalten, Preissignale und technologische Lösungen an der eigentlichen Herausforderung vorbei: der tiefgreifenden Transformation sozialer Praktiken und politökonomischer Verhältnisse. Sie zementiert zugleich einen „capitalist realism" (Fisher 2009) – jenes Gefühl, dass es zwar viele Krisen gibt, aber keine denkbare Alternative zum Bestehenden – und blockiert damit das Potenzial kollektiver Handlungsmacht. Gerade dieses transformative Moment wäre notwendig, um Zukunft jenseits des Status quo gerecht und grundlegend besser zu gestalten.

3 MIT SUFFIZIENZ ZUR SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN POLITIK

Um den sozial-ökologischen Krisen wirksam zu begegnen, reicht es nicht aus, allein auf technologische Innovationen und Effizienzsteigerungen zu setzen (Novy et al. 2025). Vielmehr braucht es einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zur **Suffizienz** – also einer bewussten Gestaltung von Produktion und Konsum entlang des Leitprinzips des „Genug" (Bärnthaler 2024b; Bärnthaler/Gough 2023; Gough 2023). Dieses „Genug" ist doppeldeutig zu verstehen: als ausreichend, um ein gutes Leben zu ermöglichen, und zugleich als nicht zu viel, um planetare Grenzen nicht zu überschreiten und anderen nicht die Lebensgrundlagen zu entziehen.

Der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen (2024, 7) definiert Suffizienz wie folgt:

„Erstens ist Suffizienz ein in den Umweltwissenschaften lange etabliertes Konzept. Es grenzt sich ab von Effizienz (weniger Input je Output) und Konsistenz (umweltgerechterer Input). Im Gegensatz dazu zielt Suffizienz auf eine absolute Reduktion von Outputs, also eine bewusste gemeinschaftliche Selbstbegrenzung bei ökologisch kritischen Gütern und Dienstleistungen. Zweitens ist Suffizienz mit der Bedeutung ‚genügen' (lat. sufficere) anschlussfähig an Gerechtigkeitsfragen: Suffizienz zielt darauf ab, dass alle Menschen ausreichenden Zugang zu natürlichen Ressourcen haben. Für Menschen in Armut kann ‚genug' also auch ‚mehr' bedeuten. Ein ‚Weniger' erfordert Suffizienz für ressourcenintensiv lebende Gruppen. Dies sind die Mittel- und Oberschichten vor allem (aber nicht nur) in den reichen Ländern."

Yamina Saheb (2021), deren Definition Eingang in die Berichte des IPCC gefunden hat, beschreibt Suffizienz wie folgt:

„Sufficiency is a set of policy measures and daily practices which avoid the demand for energy, materials, land, water, and other natural resources, while delivering wellbeing for all within planetary boundaries. Sufficiency bridges the inequality gap by setting clear consumption limits to ensure a fair access to space and resources. There are two sets of limits for sufficiency: an upper and lower boundary. The upper limit of sufficiency is the remaining carbon budget with its normative target for distributional equity. The lower limit of sufficiency is the provision of decent living standard's requirements. A decent living standard being a set of essential material preconditions for human wellbeing which includes housing, nutrition, basic amenities, health care, transportation, information, education, and public space."

Suffizienz bedeutet nicht einfach „weniger", sondern auch „mehr" – je nach Kontext, sozialer Lage und Bedarf. Für jene, denen es an grundlegenden Ressourcen mangelt, heißt Suffizienz: mehr Zugang zu gutem Wohnraum, Energie, Mobilität und Zeit. Das Konzept zielt auf eine absolute Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs ab und stellt gleichzeitig einen gerechten Zugang zu lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen sicher.

Suffizienz erfordert einen umfassenden Umbau von Infrastrukturen, Regulierungen und Institutionen – mit dem Ziel, kollektives Wohlergehen über individuellen Überfluss zu stellen. Dieser Wandel umfasst etwa kompakte Siedlungsstrukturen, multifunktionale öffentliche Räume, die Begrenzung von Leerstand und spekulativem Wohnraum, ein Recht auf Reparatur, die Reduktion des Bodenverbrauchs sowie dekommodifizierende Regulierungen, die zentrale Lebensbereiche wie Wohnen, Pflege und Mobilität dem Markt bzw. der Profitlogik entziehen. Auch ein sozial-ökologisches Arbeitsrecht, das faire Arbeitsbedingungen mit ökologischer Verantwortung verbindet, ist ein zentraler Bestandteil. Institutionell bedeutet Suffizienz neue Verständnisse vom „guten Leben" sowie die Entwicklung neuer Kompetenzen – etwa für multimodale Mobilität, gemeinschaftliches Wohnen, Reparatur und die demokratische Mitgestaltung von Versorgungssystemen. Suffizienz ist somit explizit kein individueller Lebensstil, sondern ein gesellschaftliches Organisationsprinzip (Princen 2003; Bärnthaler et al. 2025a).

4 VON ELITÄRER UMWELTPOLITIK ZU SOLIDARISCHER TRANSFORMATION UND NEUEN ALLIANZEN

Ein zentrales Problem der gegenwärtigen Umweltpolitik liegt in ihrer sozialen Schlagseite: Viele Studien zur Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen – geprägt vom Paradigma des Umweltliberalismus – konzentrieren sich auf individuelle Werte und Einstellungen. Dabei identifizieren sie vor allem bildungsnahe, wohlhabende Milieus als „Träger der Transformation" (z. B. Schleer et al. 2024 in einem Bericht für die Friedrich-Ebert-Stiftung). Diese Gruppen gelten als besonders aufgeschlossen gegenüber technologischen Innovationen und bereit, für „grüne" Produkte mehr zu zahlen. Ironischerweise sind es jedoch gerade diese Milieus, die überdurchschnittlich große ökologische Fußabdrücke aufweisen – und gleichzeitig wenig Bereitschaft zeigen, ihren ressourcenintensiven Lebensstil grundlegend zu verändern.

Gleichzeitig werden einkommensschwache Bevölkerungsgruppen häufig als „Verweigerer" (z. B. Schleer et al. 2024) oder als „unaufgeklärt" etikettiert. Diese Zuschreibungen schlagen sich in der Forderung nach besserer Kommunikation nieder: Umweltpolitik müsse „besser erklärt" werden,

um Akzeptanz zu finden. Doch eine vereinfachte Sprache ändert nichts an der Form und dem Inhalt einer Politik, die strukturell an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbeigeht. Eine Politik, die sich primär an den Konsumgewohnheiten privilegierter Gruppen orientiert, bleibt elitär.

Eine sozial-ökologische Politik setzt hier einen Kontrapunkt. Sie versteht sich als Antwort auf diese soziale Schieflage und baut auf Allianzen mit jenen, denen es an grundlegenden Ressourcen fehlt: Zugang zu gutem Wohnraum, zu öffentlicher Infrastruktur, zu Energie, Mobilität und Zeit. Suffizienzorientierte Politik bedeutet in diesem Sinne nicht Verzicht, sondern Ermöglichung – sie stärkt Grundversorgungssysteme, schafft Lebenssicherheit und ermöglicht soziale Teilhabe.

Diese Perspektive verschiebt den Fokus: Es geht nicht mehr primär um individuelles „Umweltbewusstsein", sondern um gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Während liberale Umweltpolitik soziale Verbesserungen oft als „Co-Benefits" begreift – als positive Nebeneffekte ökologischer Maßnahmen –, sind sie im sozial-ökologischen Ansatz konstitutiv. Was dort als Zusatz gilt, ist hier Ausgangspunkt und Ziel zugleich.

Die zentrale Herausforderung besteht darin, sichtbar zu machen, dass gute Lebensbedingungen für alle nur möglich sind, wenn Überproduktion und Überkonsum begrenzt werden. Es gilt, das „Zuviel" mit dem „Zuwenig" in Beziehung zu setzen.

5 BEISPIELE SOZIAL-ÖKOLOGISCHER POLITIK IN DER PRAXIS: WOHNEN UND MOBILITÄT

Der Wohnbereich zeigt exemplarisch, wie sozial-ökologische Politik ökologische und soziale Herausforderungen gemeinsam adressieren kann (z. B. Novy et al. 2024). Während herkömmliche Strategien häufig auf Neubau setzen – mit negativen Folgen für Biodiversität, Bodenverbrauch und Emissionen –, geht die sozial-ökologische Perspektive darüber hinaus. Sie erkennt, dass wachstumsgetriebene Wohnraumbereitstellung nicht nur ökologisch problematisch, sondern auch sozial unzureichend ist.

So führt etwa die finanzialisierte Wohnraumproduktion – also das Bauen nicht für den Bedarf, sondern für die Kapitalanlage – zu steigenden Bodenpreisen, Mieten und einer Verschärfung der Wohnungsnot. Zweit- und Drittwohnsitze entziehen dem Markt dringend benötigten Wohnraum, während die Zersiedelung durch Neubau am Stadtrand Autoabhängigkeit fördert, soziale Infrastrukturen schwächt und die Lebenshaltungskosten erhöht.

Auch soziale Isolation im Alter ist ein Ausdruck dieser Fehlentwicklung: Viele ältere Menschen leben allein in übergroßen Eigenheimen – fern von sozialen Kontakten. Die Folge ist eine paradoxe Situation: Unterauslastung auf der einen, Wohnungsmangel auf der anderen Seite – mit sozialen Problemen auf beiden Seiten.

Eine sozial-ökologische Wohnpolitik setzt hier an. Sie erkennt die Notwendigkeit energetischer Sanierung, geht aber darüber hinaus. Ihr Ziel ist die Dekommodifizierung des Wohnens, die Regulierung übermäßiger Wohnflächen, die konsequente Mobilisierung von Leerstand und untergenutzten Einheiten sowie die Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen, von Programmen für Mehrgenerationenwohnen und von Modellen zur besseren Nutzung vorhandenen Wohnraums. Anders als die liberale Umweltpolitik, die auf Technik, Preissignale und Neubau setzt, stellt sie die Nutzung und Verteilung des bestehenden Wohnraums in den Mittelpunkt.

Denn selbst das effizienteste Passivhaus bleibt eine Ressourcenverschwendung, wenn es leer steht, als Kapitalanlage dient oder soziale Isolation verstärkt.

Auch im Verkehrsbereich wird deutlich, wie wachstumsorientierte Systeme soziale und ökologische Probleme verschärfen. Der Fokus auf individuelle Automobilität führt nicht nur zu hohen Emissionen und Flächenverbrauch, sondern auch zu sozialer Ungleichheit: Wer kein Auto besitzt, ist oft von Mobilität ausgeschlossen.

Die blinde Anwendung des Effizienzprinzips im Verkehrsbereich führt zu paradoxen Ergebnissen: Zwar werden Autos technisch immer effizienter, gleichzeitig aber auch größer und schwerer. Besonders SUVs – energieintensive Luxusgüter mit hoher Einkommenselastizität (Oswald et al. 2023) – werden vor allem von Wohlhabenden genutzt, die überproportional viel für sie ausgeben. Ein durchschnittliches Auto in Europa wiegt heute um rund 20 % mehr als noch im Jahr 2000 und beansprucht deutlich mehr Parkfläche. Dieser Zuwachs macht Effizienzgewinne zunichte und verdrängt öffentlichen Raum – Raum, der für alle, aber insbesondere für einkommensschwächere Haushalte von zentraler Bedeutung ist.

Autozentrierte Siedlungsstrukturen vertiefen Abhängigkeiten: längere Wege, höhere Kosten, weniger Zeit. Während einige täglich im SUV zur Arbeit pendeln, fehlt anderen der Bus zur nächsten Arztpraxis. Die entscheidende Frage lautet daher: Wofür wollen wir eigentlich mobil sein?

Ein sozial-ökologischer Mobilitätsansatz rückt genau diese Bedürfnisse in den Mittelpunkt – etwa wohnortnahe Versorgung, dezentrale Arbeitsplätze, Pflegeeinrichtungen und Erholungsräume. Statt individueller Automobilität fördert er kompakte, durchmischte Siedlungsstrukturen, stärkt aktive Fortbewegung und sichert soziale Teilhabe. Mobilität wird so nicht länger als privates Konsumgut verstanden, sondern als kollektives Recht, eingebettet in sozial-ökologische Infrastrukturen. Weniger Verkehr kann dabei zu mehr Mobilität führen – im Sinne von alltäglicher Beweglichkeit, besserer Erreichbarkeit und mehr Lebensqualität.

6 FAZIT: SUFFIZIENZ ALS LEITPRINZIP SOZIAL-ÖKOLOGISCHER POLITIK

Sozial-ökologische Politik beginnt mit einer grundlegenden Verschiebung des Blickwinkels: weg von der Fixierung auf individuelles Verhalten, Marktmechanismen und technologische Lösungen – hin zu kollektiver Gestaltung, demokratischer Planung und gerechter Verteilung. Effizienz und Innovation bleiben wichtig, doch sie müssen eingebettet sein in ein übergeordnetes Prinzip: das der Suffizienz.

Suffizienz ist kein individueller Lebensstil, sondern ein gesellschaftliches Organisationsprinzip. Es beschreibt den Raum zwischen einem gesicherten Minimum – dem Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen – und einer Obergrenze für nicht verallgemeinerbare Überproduktion und -konsum. Dieses Prinzip orientiert sich an Bedürfnissen, Verteilungsgerechtigkeit und planetaren Grenzen.

Im Zentrum einer suffizienzorientierten sozial-ökologischen Politik stehen kollektive dekommodifizierte Infrastrukturen – etwa in Form von „Universal Basic Services“ (Coote/Percy 2020). Dazu zählen ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr, staatlich geförderte Programme zur energetischen Sanierung, öffentlicher Wohnraum durch die Umnutzung leer stehender Gebäude, Reparaturzentren, gesundes und regionales Schul- und Kindergartenessen, kommunale Super-

märkte mit regionalem Angebot zu Grundversorgungspreisen sowie eine nachhaltige Energieversorgung mit garantiertem Mindestkontingent und progressiver Preisgestaltung. All diese Angebote entlasten Haushalte finanziell, verringern die Abhängigkeit von volatilen Märkten, stärken lokale Resilienz – und senken zugleich den Ressourcen- und Energieverbrauch (Wiese et al. 2024; Vogel et al. 2021).

Diese Strategie ist nicht nur wirksam, sondern auch anschlussfähig: Die Rückgewinnung öffentlicher Kontrolle über zentrale Lebensbereiche trifft auf breite Zustimmung. Sie verbindet soziale Sicherheit mit ökologischer Verantwortung und wirft zugleich zentrale Fragen auf: Wer kontrolliert die Versorgung? Wer verfügt über die Produktions- und Reproduktionsmittel? Wer produziert was für wen und unter welchen Bedingungen?

In einer Zeit, in der „Sicherheit" zum politischen Schlüsselbegriff geworden ist, eröffnet Suffizienz neue Möglichkeiten für Allianzen (Bärnthaler et al. 2025b). Denn Sicherheit bedeutet mehr als Verteidigung: Sie umfasst soziale Absicherung, ökologische Stabilität und demokratische Kontrolle über das, was uns versorgt. Suffizienzpolitik ist daher nicht nur Klimapolitik – sie ist Daseinsvorsorge, Gerechtigkeitspolitik und Demokratiepolitik zugleich.

BIBLIOGRAFIE

Bärnthaler, Richard (2024a). Towards eco-social politics: A case study of transformative strategies to overcome forms-of-life crises. Environmental Politics 33 (1), 92–113.

Bärnthaler, Richard (2024b). When enough is enough: Introducing sufficiency corridors to put techno-economism in its place. Ambio 53 (7), 960–969.

Bärnthaler, Richard/*Barlow,* Nathaniel/*Novy,* Andreas/*Aigner,* Ernest (2025a). Conceptualizing transformative climate action: Insights from sufficiency research. Climate Policy 0 (0), 1–20.

Bärnthaler, Richard/*Gough,* Ian (2023). Provisioning for sufficiency: Envisaging production corridors. Sustainability: Science, Practice and Policy 19 (1), 2218690.

Bärnthaler, Richard/*Mang,* Sebastian/*Hickel,* Jason (2025b). Towards a post-growth industrial policy for Europe: Navigating emerging tensions and long-term goals. Globalizations 0 (0), 1–25.

Bernstein, Steven (2001). The Compromise of Liberal Environmentalism. Columbia University Press.

Brand, Ulrich/*Wissen,* Markus (2017). Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. oekom Verlag.

Coote, Anna/*Percy,* Andrew (2020). The Case for Universal Basic Services. Polity.

Fisher, Mark (2009). Capitalist Realism: Is There No Alternative? John Hunt.

Fraser, Nancy (2014). Behind Marx's Hidden Abode. New Left Review 86, 55–72.

Gough, Ian (2023). Sufficiency as a Value Standard: From Preferences to Needs. Ethics, Policy & Environment 0 (0), 1–22.

Haberl, Helmut/*Wiedenhofer,* Dominik/*Virág,* Doris/*Kalt,* Gerald/*Plank,* Barbara/*Brockway,* Paul/*Fishman,* Tomer/*Hausknost,* Daniel/*Krausmann,* Fridolin/*Leon-Gruchalski,* Bartholomäus/*Mayer,* Andreas/*Pichler,* Melanie/*Schaffartzik,* Anke/*Sousa,* Tania/*Streeck,* Jan/*Creutzig,* Felix

(2020). A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: Synthesizing the insights. Environmental Research Letters 15 (6), 065003.

Harvey, David (2003). The new imperialism. Oxford University Press.

Kapp, Karl William (1970). Environmental Disruption and Social Costs: A Challenge to Economics. Kyklos 23 (4), 833–848.

Novy, Andreas/*Baumgartner,* Benjamin/*Grabow,* Simon/*Plank,* Leonhard/*Volmary,* Hans (2024). Greening Red Vienna: Lessons for social-ecological housing provision. Sustainability: Science, Practice and Policy 20 (1), 2312674.

Novy, Andreas/*Resch,* Gustav/*Spittler,* Nathalie et al. (2025). Transformation pathways. In: Daniel *Huppmann*/Margreth *Keiler*/Keywan *Riahi*/Harald *Rieder* (Hg.). Second Austrian Assessment Report on Climate Change (AAR2) of the Austrian Panel on Climate Change (APCC). Austrian Academy of Sciences Press. Online verfügbar unter https://aar2.ccca.ac.at/chapters/8 (abgerufen am 20.08.2025).

Oswald, Yannick/*Millward-Hopkins,* Joel/*Steinberger,* Julia K./*Owen,* Anne/*Ivanova,* Diana (2023). Luxury-focused carbon taxation improves fairness of climate policy. One Earth.

Princen, Thomas (2003). Principles for Sustainability: From Cooperation and Efficiency to Sufficiency. Global Environmental Politics 3 (1), 33–50.

Sachverständigenrat für Umweltfragen (2024). Suffizienz als „Strategie des Genug": Eine Einladung zur Diskussion. Sachverständigenrat für Umweltfragen.

Saheb, Yamina (2021). COP26: Sufficiency should be first. Buildings & Cities. Online verfügbar unter https://www.openexp.eu/posts/cop26-sufficiency-should-be-first (abgerufen am 20.08.2025).

Schleer, Christoph/*Wisniewski,* Naima/*Reusswig,* Fritz (2024). Sozialökologische Transformation gestalten: Wie gesellschaftliche Barrieren überwunden und Resonanzpotenziale genutzt werden können. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Shaw, Christopher (2023). Liberalism and the Challenge of Climate Change. Routledge.

Shaw, Christopher (2024). Liberal Blindspots: Interview by Tim Sahay. Phenomenal World. Online verfügbar unter https://www.phenomenalworld.org/analysis/liberal-blindspots/ (abgerufen am 20.08.2025).

Spash, Clive L. (2021). The Contested Conceptualisation of Pollution in Economics: Market Failure or Cost Shifting Success? Cahiers d'économie politique 79 (1), 85–122.

Vezzoni, Rubén (2023). Green growth for whom, how and why? The REPowerEU Plan and the inconsistencies of European Union energy policy. Energy Research & Social Science 101, 103134.

Vogel, Jefim/*Hickel,* Jason (2023). Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO2–GDP decoupling in high-income countries. The Lancet Planetary Health 7 (9), e759–e769.

Vogel, Jefim/*Steinberger,* Julia K./*O'Neill,* Daneil W./*Lamb,* William F./*Krishnakumar,* Jaya (2021). Socio-economic conditions for satisfying human needs at low energy use: An international analysis of social provisioning. Global Environmental Change 69, 102287.

Wiese, Frauke/*Taillard*, Nicolas/*Balembois*, Emile/*Best*, Benjamin/*Bourgeois*, Stephane/*Campos*, José/*Cordroch*, Luisa/*Djelali*, Mathilde/*Gabert*, Alexandre/*Jacob*, Adrien/*Johnson*, Elliott/*Meyer*, Sébastien/*Munkácsy*, Béla/*Pagliano*, Lorenzo/*Quoilin*, Sylvain/*Roscetti*, Andrea/*Thema*, Johannes/*Thiran*, Paolo/*Toledano*, Adrien/*Vogel*, Bendix/*Zell-Ziegler*, Carina/*Marignac*, Yves (2024). The key role of sufficiency for low demand-based carbon neutrality and energy security across Europe. Nature Communications 15 (1), 9043.

Karoline Kalke, Margaret Haderer

SUFFIZIENZ – ERLEBTE ZUMUTUNG UND UMWELTPOLITISCHE CHANCE: WEGE AUS DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN SACKGASSE[1]

ZUSAMMENFASSUNG

Die suffizienzorientierte Transformationsforschung steckt in einer Sackgasse: Suffizienz gilt in westlichen Gesellschaften oft als Zumutung, wird politisch marginalisiert und ruft defensive Reaktionen hervor. Gleichzeitig eröffnet sie angesichts eines geschwächten Sozialstaats und einer sich zuspitzenden Polykrise neue Chancen – als Strategie eines doppelten „Genug" und als Grundlage solidarischer Allianzen. Der Beitrag untersucht dieses Paradox und fragt, wie eine handlungsfähige sozial-ökologische Politik Blockaden liberaler Demokratien überwinden und gerechte Transformationspfade eröffnen kann.

- Umverteilung und Grundsicherung: progressive Steuern zur Finanzierung des „unteren Limits" des Genug.
- Solidarität und Responsivität: Relativierung neoliberaler Wettbewerbslogik, aktive Einbeziehung benachteiligter Gruppen.
- Institutionelle Transformation: neue Kollektivitäten und konfliktfähige Partizipation als Chance demokratisch verhandelter Grenzen.

ABSTRACT

Sufficiency-oriented transformation research is at an impasse: Sufficiency is widely seen as an imposition, politically marginalised, and met with defensive reactions. Yet in the context of a weakened welfare state and an intensifying polycrisis, it also offers new opportunities – as a twofold concept of "enough" and as a basis for solidary alliances. This contribution explores this paradox and asks how capable socio-ecological policies might overcome blockages in liberal democracies and open pathways to just transformations.

- Redistribution and basic provision: Using progressive taxation to secure a reliable minimum level of "enough".
- Solidarity and responsiveness: Challenging neoliberal competition logics and ensuring the active inclusion of disadvantaged groups.
- Institutional transformation: Building new form of collectivity and conflict-ready participation to enable democratically negotiated limits.

1 Teile dieses Textes greifen auf bereits entwickelte Überlegungen zurück, die hier in überarbeiteter Form wieder aufgenommen wurden. Eine ausführlichere Darstellung findet sich in Haderer/Kalke (i. E.) sowie in Kalke et al. (2024).

1 EINLEITUNG

Die Debatte um eine suffizienzorientierte sozial-ökologische Transformation scheint in eine politische Sackgasse geraten zu sein. Während sich die Klimakrise dramatisch verschärft und ihre Folgen längst im Alltag spürbar werden, bleibt eine suffizienzorientierte Umweltpolitik politisch marginalisiert. Sie gerät nicht nur gegenüber Effizienz- und Konsistenzstrategien ins Hintertreffen, sondern wird vielfach selbst zum Problem erklärt: als Einschränkung individueller Freiheit, als Gefahr für Wohlstand, als Zumutung in ohnehin krisenerschöpften Gesellschaften. Gleichwohl erweist sich Suffizienz gerade unter diesen Bedingungen als notwendiger Bestandteil einer ernsthaften Transformationsstrategie. Sie bietet eine Antwort auf ökologische Grenzen und eröffnet die Möglichkeit neuer Solidaritäten, indem sie die Interessen jener sichtbar macht, die von einem „Genug" profitieren könnten. Suffizienz erscheint damit zugleich als Problem und als Lösung, als subjektive Zumutung und als umweltpolitische Chance.

Diese Ambivalenz verweist auf ein Transformationsdilemma liberaler Demokratien: Westliche Gegenwartsdemokratien, die angesichts der Polykrise in besonderer Weise auf Suffizienz angewiesen zu sein scheinen, erweisen sich zugleich als am wenigsten fähig, sie politisch zu tragen. Der Beitrag fragt daher, wie mit den Blockaden liberaler Demokratien umzugehen ist, die Suffizienz in eine politische Sackgasse geführt haben, und welche Rolle eine handlungsfähige sozial-ökologische Politik dabei spielen könnte.

Die Argumentation entfaltet sich in vier Schritten: Zunächst wird skizziert, dass sich Bemühungen um eine suffizienzorientierte sozial-ökologische Transformation zunehmend in einer Sackgasse befinden. Im Anschluss wird Suffizienz als Transformationsstrategie diskutiert, die das Potenzial einer gerechteren gesellschaftlichen und nachhaltigen Entwicklung eröffnet. Danach werden die Widerstände gegen Suffizienzpolitik in liberalen Demokratien beleuchtet, die zwischen subjektiven Zumutungs- und Kränkungserfahrungen, rechter Aushöhlung und strukturellen Blockaden in liberalen Demokratien oszillieren. Abschließend wird aufgezeigt, dass eine aktiv verstandene und inklusiv gestaltete sozial-ökologische Politik als Brücke fungieren kann: Sie vermag zunächst die subjektiv erlebten Zumutungen abzufedern und kann in einem nächsten Schritt gesellschaftspolitisch dazu beitragen, die strukturellen Blockaden kapitalistischer Demokratien zu lockern – oder zumindest neue Handlungsspielräume zu eröffnen, sodass Suffizienz nicht länger primär als Zumutung erscheint, sondern als realisierbare Option einer gerechten Transformation.

2 DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION IN DER SACKGASSE

Die sozial-ökologische Transformation – also die gesellschaftlichen Bemühungen, gesellschaftliche Naturverhältnisse nachhaltiger zu gestalten, um gegenwärtige und zukünftige Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten ökologisch und sozial abzusichern – zeigt deutliche Erschöpfungsanzeichen. Zwar bekennen sich nach wie vor viele Staaten weltweit zur Nachhaltigkeit, doch die Diskrepanz zwischen rhetorischem Bekenntnis und tatsächlichem Handeln wächst zunehmend. Parallel warnen Wissenschaftler:innen seit mehr als einem Jahrzehnt vor der Überschreitung planetarer Grenzen, deren Verletzung abrupt oder irreversibel Ökosysteme destabilisieren könnte. Bereits sieben der neun identifizierten Grenzen gelten als überschritten (Richardson et al. 2023; Sakschewski et al. 2025), verbunden mit erheblichen Risiken für soziale Strukturen, die auf stabile Lebensgrundlagen angewiesen sind.

In den konkurrierenden Logiken der sozial-ökologischen Transformation dominieren Effizienz- und Konsistenzstrategien unter dem Label „grünes Wachstum", während Suffizienzansätze marginal bleiben. Internationale Governance setzt vor allem auf technologische Innovationen und ökologische Modernisierung. So verknüpft die Agenda 2030 Klimaschutz eng mit Wachstums- und Innovationszielen, stellt jedoch die „grundlegenden Mechanismen kapitalistischer Vergesellschaftung" (Brand/Wissen 2017, 30) nicht grundlegend infrage. Transformation erscheint dadurch eher als technisches Verwaltungsproblem denn als tiefgreifender gesellschaftlicher Umbau. Zugleich geraten selbst diese auf Konsistenz und Effizienz fokussierten Transformationsstrategien vor dem Hintergrund retrograder Reaktionen der äußeren Rechten (Pirro 2023) auf die sozial-ökologischen Krisen zunehmend unter Druck. Dies zeigt sich etwa in der Aushöhlung internationaler Umweltpolitik oder in nationalistisch verengten Klimamaßnahmen. Je nach Kontext dienen solche Strategien entweder dem Schutz nationaler Identität und Autarkie oder der Rückkehr zu vermeintlich sicheren fossilen Vergangenheiten (Selk/Kemmerzell 2022) – teilweise gestützt durch marktfundamentalistische, techno-libertäre Autoritarismen.

Damit einhergehend lässt sich der schlechte Zustand der sozial-ökologischen Transformation zur Nachhaltigkeit nicht ohne einen Blick auf die Krise der liberalen Demokratie verstehen (Haderer/Kalke [i. E.]). Schließlich hat diese vor dem Hintergrund des Erstarkens der äußeren Rechten nicht minder einen schwachen Puls. Die Krisen der sozial-ökologischen Transformation und der liberalen Demokratie sind eng miteinander verwoben. Im neoliberalen Akkumulationsregime wurde Umweltpolitik zunehmend auf marktförmige Technologie- und Effizienzstrategien ausgerichtet, während zugleich der Sozialstaat geschwächt wurde. Damit verlor die liberale Demokratie ein zentrales Instrument gesellschaftlicher Stabilisierung, das während der „sozialen Moderne" Konflikte abfederte und ihre Legitimation (Hausknost 2023) stützte (Nachtwey 2016, 17 ff.). In spätmodernen Gesellschaften verschärfen entsicherte Individualisierung, vermarktlichte Emanzipationsformen und stagnierendes Wachstum soziale Ungleichheiten und nähren Kränkungs- und Entfremdungspotenziale (Amlinger/Nachtwey 2022; Eversberg et al. 2024). Unter dem Druck von Selbstverwirklichung und Selbstfürsorge entstehen Frustration und Ressentiments (Decker et al. 2024), verstärkt durch Krisenerfahrungen und düstere Zukunftsbilder (Zierott et al. 2025). Damit verliert die sozial-ökologische Transformation ihre Verankerung als kollektive Chance und erscheint zunehmend als Bedrohung, was autoritäre Akteur:innen gezielt für sich nutzen.

Vor diesem Hintergrund wird der Transformationspfad der Suffizienz als Lösung für die Krisen von Demokratie und Nachhaltigkeit diskutiert (siehe Bärnthaler in diesem Band). Zwar wird anerkannt, dass Suffizienzpolitik in einem Dilemma marginalisierter Resonanz steckt (Eversberg et al. 2024) – Transformationsvorhaben stoßen auf Widerstände, die paradoxerweise durch einen noch umfassenderen suffizienzorientierten Paradigmenwechsel überwunden werden sollen –, die tiefergehenden demokratietheoretischen Implikationen dieses Ansatzes bleiben jedoch weitgehend unberücksichtigt. Diese liegen darin, dass Forderungen nach einer radikalen Kehrtwende der (neo)liberalen Umweltpolitik nicht nur auf die Wiederbelebung eines starken Sozialstaats verweisen, sondern auch auf die Notwendigkeit, sich grundlegend vom kapitalistischen Wachstumsparadigma abzuwenden.

Vor dem Hintergrund dieser normativ wünschenswerten Vorschläge reicht es somit nicht aus, allein die aktuellen Probleme spätmoderner Vergesellschaftung sowie internationaler Umweltgovernance zu betrachten. Von entscheidender Bedeutung ist auch die tiefere Verflechtung von liberaler Demokratie und Kapitalismus: Letzterer unterläuft auf struktureller Ebene eine Suffizienzstrategie, die eine Abkehr vom Wachstumszwang zum Ziel hat. Vor diesem Hintergrund

argumentiert dieser Beitrag, dass die suffizienzorientierte sozial-ökologische Transformation in einer Sackgasse steckt. Damit werden nicht nur Defizite politischer Strategien offengelegt, sondern auch grundlegende gesellschaftliche und demokratiepolitische Spannungen.

3 SUFFIZIENZ ALS GERECHTE TRANSFORMATIONSSTRATEGIE

Konsistenz- und Effizienzstrategien einer sozial-ökologischen Transformation sind von der kritischen Postwachstumsforschung überzeugend infrage gestellt worden. Der zentrale Kritikpunkt lautet, dass diese Ansätze im Kern auf markt- und technologiebasierte Mechanismen ökologischer Modernisierung verkürzt werden und damit letztlich ein „Weiter-so" legitimieren. Sie nähren die Vorstellung eines vermeintlich „grünen Wachstums", das jedoch die bestehenden Probleme ökologischer Ungleichheit und Klimagerechtigkeit nicht überwindet, sondern vielmehr verfestigt (siehe Bärnthaler in diesem Band; Brand 2014; Eversberg et al. 2024). Statt die kapitalistische Wirtschaftsweise in ihrer postfossilen Variante als zukunftsfähig zu bekräftigen, müsse sie – so die Argumentation – vielmehr als wesentliche Triebkraft nicht nur der Klimakrise, sondern der umfassenderen „Vielfachkrise" politisch problematisiert werden (Demirović et al. 2011).

Hinzu kommt, dass großtechnologische Innovationen und marktorientierte Lösungsansätze jene eigenlogische Steigerungsdynamik weiter befeuern, die sich zunehmend von menschlichen Bedürfnissen und den natürlichen Lebensgrundlagen entkoppelt hat. Genau diese Dynamik aber hat die Krisenerfahrungen von Überlastung, Entfremdung, sozialer Überforderung und ökologischer Zerstörung hervorgebracht – und reproduziert sie fortlaufend (Eversberg et al. 2024).

Demgegenüber wird der Ansatz der Suffizienz hervorgehoben. Er versteht sich als doppelte Leitidee des „Genug" (Gough 2020): Zum einen zielt er auf eine gesellschaftliche Gestaltung von Produktion und Konsum, die sicherstellt, dass grundlegende materielle wie soziale Bedürfnisse verlässlich befriedigt werden können. Zum anderen setzt er eine klare Begrenzung, indem er die Überschreitung ökologischer Belastungsgrenzen ausschließt. Suffizienz markiert damit nicht Verzicht im engeren Sinn, sondern eine Orientierung an einem Maß, das sowohl sozial tragfähig als auch ökologisch verantwortbar ist (siehe Bärnthaler in diesem Band; Eversberg et al. 2024; Sachs 2015; Schneidewind/Zahrnt 2013).

Hinter der Leitidee des doppelten „Genug" stehen die Konzepte der „Konsumkorridore" (Fuchs et al. 2021) und „Produktionskorridore" (Bärnthaler/Gough 2023). Suffizienzkorridore definieren Mindest- und Höchstgrenzen für Konsum und Produktion, um sicherzustellen, dass die als universell verstandenen Grundbedürfnisse (Doyal/Gough 1991; Max-Neef et al. 1991) aller erfüllt werden – im Sinne eines eudämonistischen Verständnisses von gutem Leben (Fuchs et al. 2021) –, ohne die ökologischen Belastungsgrenzen zu überschreiten. Damit soll verhindert werden, dass Einzelne auf Kosten anderer Menschen oder der Umwelt leben.

Demokratische Verfahren, etwa Bürger:innenversammlungen und betriebliche Mitbestimmung, sollen es der Bevölkerung ermöglichen, mitzuentscheiden, welche Bedürfnisse vorrangig erfüllt werden sollen (Fuchs et al. 2021), und wirken zugleich Entfremdungs- oder Kränkungserfahrungen entgegen (Eversberg et al. 2024). Suffizienz bedeutet dabei nicht einfach „weniger für alle", sondern vielmehr „mehr für manche" (siehe Bärnthaler in diesem Band), indem sie einen gerechten Zugang zu lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen sicherstellt. Die Umsetzung dieses Ansatzes erfordert einen tiefgreifenden Umbau von Infrastrukturen, Regulierungen

und Institutionen – ein Vorhaben, das angesichts der aktuellen Umweltpolitik und der strukturellen Herausforderungen liberaler Demokratien zunehmend in die Ferne zu rücken scheint.

4 WIDERSTÄNDE GEGEN SUFFIZIENZPOLITIK IN LIBERALEN DEMOKRATIEN

Die liberale Demokratie hat sich historisch in enger Verbindung mit dem Kapitalismus entwickelt und zeichnet sich durch Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Repräsentation aus. Die institutionelle Absicherung individueller Freiheits- und Eigentumsrechte erwies sich als zentraler Motor kapitalistischer Akkumulationslogiken, deren Dynamiken wiederum strukturelle soziale Ungleichheit erzeugen. In westlichen Wohlfahrtsstaaten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde versucht, diese Spannungen durch Regulierung von Arbeitsverhältnissen, soziale Sicherungssysteme und Zugang zu Bildung abzumildern. So entstand die „soziale Moderne" (Nachtwey 2016), die einerseits soziale Konflikte befriedete und die Legitimität liberaler Demokratien stabilisierte, zugleich jedoch auf Ungleichheiten entlang von Gender und Race sowie auf der Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten beruhte (Lessenich 2016 u. 2019).

Im Zuge des wachsenden Wohlstands und der Bildungsexpansion während dieses „Golden Age" forderten Teile der neuen sozialen Bewegungen der späten 1960er- und 1970er-Jahre – allen voran die Studierendenbewegung – mehr Selbstverwirklichung, Flexibilität und Eigenverantwortung, kurz: Autonomie jenseits von Hierarchien und Gehorsam. Die Antwort des Marktes bestand darin, diese Forderungen nach Autonomie und Selbstverwirklichung in marktförmige Bahnen zu lenken. Wie Boltanski/Chiapello (2005) zeigen, wurde Selbstverwirklichung zum disziplinierenden Versprechen des flexiblen Marktes.

Mit der neoliberalen Wende avancierte Autonomie als Selbstverwirklichung zu einem Alltagsimperativ (Ehrenberg 2012). Sie manifestierte sich im Ideal des „unternehmerischen Selbst" (Bröckling 2007), während zugleich soziale Sicherheiten abgebaut wurden. Dies führte zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten (Piketty 2023) und zu einer Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

In Zeiten verschränkter Krisen, deren Verständnis und Bewältigung zunehmend auf Expert:innenwissen angewiesen ist (Lütjen 2022; Selk 2023), geraten Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zusätzlich unter Druck. Stagnierendes Wirtschaftswachstum (Reitz/Jörke 2021; Streeck 2013) und die von Klimaforscher:innen und Aktivist:innen gezeichneten düsteren Zukunftsszenarien (Zierott et al. 2025) verstärken die Sorge, die eigenen Ansprüche an Selbstverwirklichung nicht länger erfüllen oder zumindest nicht mehr erweitern zu können. Daraus entsteht ein erhebliches Potenzial für Enttäuschung, Kränkung und Überforderung. Amlinger und Nachtwey (2022) sprechen in diesem Zusammenhang von „gekränkter Freiheit": Sie entsteht, wenn Individuen gesteigerte Ansprüche entwickeln, diese aber nur bruchstückhaft realisieren können.

Hinzu kommt der kollektive und individuelle Zwang zur Selbstfürsorge, der gerade in Zeiten stagnierenden oder ausbleibenden Wachstums bei privilegierten Gruppen Statusverlustängste und bei prekarisierten Personen Überforderung hervorruft. Mau, Lux und Westheuser (2023, 205 ff.) weisen darauf hin, dass Menschen, die alltägliche Überlebensprobleme („‚End of the day'-problems") bewältigen müssen, nur begrenzte Kapazitäten haben, sich zugleich mit globalen Klimaproblemen („‚End of the world'-problems") auseinanderzusetzen.

Damit verbindet sich eine Form von Selbstbestimmung, die zunehmend individualistisch überhöht ist (Kalke 2025) – verstärkt durch den Strukturwandel der digitalen Öffentlichkeit (Habermas 2023). Selbstverwirklichung erscheint als exklusives Besitzrecht, das durch eine entsprechend verstandene Selbstbestimmung politisch verteidigt werden muss. Dies umfasst auch die Abwehr einer als kränkend erlebten Meritokratie. Selbst das Beharren auf subjektiver Wahrheit und Lebenswelt gegenüber epistemischen Autoritäten folgt letztlich dem Prinzip eigenverantwortlicher Leistung.

Diese individualistisch überhöhte Selbstbestimmung steht jedoch in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu kollektiven Konzepten von Selbstbestimmung. Deliberative Ansätze, die auf gemeinsame Lösungen und solidarische Aushandlungsprozesse setzen – etwa bei der Gestaltung von Suffizienzkorridoren – geraten aus dem Blick. Kollektive Zusammenschlüsse finden nur noch Akzeptanz, wenn sie die eigenen Ansprüche und subjektiven Rechte absichern (Kalke 2025). Dieses Narrativ wird von rechtspopulistischen Akteur:innen gezielt aufgegriffen (Baumann 2017; Blühdorn/Butzlaff 2018). Damit ist die Fähigkeit zur Vernunft, die die Grundlage sowohl individueller als auch kollektiver Selbstbestimmung bildet und auf der die Idee von Konsum- und Produktionskorridoren aufbaut, in spätmodernen Demokratien durch die neoliberale Vermarktlichung der Öffentlichkeit gegen sich selbst gerichtet worden.

Diese Entwicklungen untergraben die zivilgesellschaftliche Verankerung der sozial-ökologischen Transformation. Was einst als vielversprechende „Kunst gesellschaftlichen Wandels" (Schneidewind 2019) mit neuen Wertvorstellungen, Kooperation und lokalem Engagement galt, ist heute vielfach von Angst, Kränkung und Unsicherheit überschattet. Transformation wird nicht länger als kollektive Chance wahrgenommen, sondern als Bedrohung individueller Lebenspraxis – eine Dynamik, die autoritäre Bewegungen gezielt nutzen.

Während diesen Zustandsbeschreibungen gegenwärtiger liberaler Demokratien Suffizienzansätze überzeugend gegenübergestellt werden, solange die Probleme des neoliberalen Akkumulationsregimes und spätmoderner Vergesellschaftung adressiert werden, bleiben die weiteren strukturellen Blockaden liberaler Demokratien (Hausknost 2023; Kalke et al. 2024) nicht ausreichend berücksichtigt. In liberalen Demokratien gilt Wirtschaftswachstum – nicht zuletzt zur Demokratisierung von Konsummöglichkeiten – als Allheilmittel zur Besänftigung politischer und sozialer Konflikte (Schmelzer 2015). Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ist individuelle Freiheit eng mit dem Recht auf Konsum verknüpft, was zu einem zentralen Element dieses vermeintlichen Allheilmittels wurde. „Wohlstand für alle" (Erhard 1957) avancierte in den 1940er-Jahren in den USA und in den 1950er-Jahren in Europa zu einem Schlüsselargument für die Entfaltung von Konsumgesellschaften, in denen der Staat die Rahmenbedingungen gewährte, aber nicht unmittelbar eingriff.

Damit einhergehend würden Konsum- und Produktionskorridore aus einer demokratietheoretischen Perspektive vor allem Legitimationsprobleme für liberale Regierungen bedeuten, da sie jenen Bereich politisieren würde, den liberale Demokratien bislang bewusst privat und damit unpolitisch gehalten haben, um ihre Stabilität zu sichern. Wie Hausknost (2023) zeigt, beruht diese Stabilität wesentlich auf „passiver Legitimität", die durch Mechanismen der Verdinglichung, der Externalisierung (siehe auch Lessenich 2019) und der Performanz getragen wird. Besonders die Marktökonomie fungiert als verdinglichte „Black Box" (Deutschmann 2015), deren Dynamiken – etwa Preissteigerungen infolge globaler Krisen – von politischen Autoritäten als äußere Tatsachen präsentiert werden können. Greifen Regierungen jedoch aktiv in die Produktion und den Konsum ein, etwa durch verbindliche Obergrenzen, machen sie sich sichtbar zu

Urhebern belastender Fakten und riskieren Widerstand, wie die Proteste der „Gelbwesten" eindrücklich verdeutlichten. Suffizienzkorridore unterminieren zugleich das Prinzip der Externalisierung, indem sie globale Ungleichheiten internalisieren und so den Wohlstand der Eingeschlossenen infrage stellen. Schließlich gefährden sie auch die Performanzlogik liberaler Demokratien, da staatliche Autoritäten dann weniger als Anbieter von Wahlmöglichkeiten und Wohlstand, sondern primär als Instanzen von Einschränkung wahrgenommen würden. Die Einführung von Suffizienzkorridoren – selbst wenn sie durch deliberative Verfahren wie Bürger:innenversammlungen legitimiert würden, deren Potenzial unbestritten ist (Defila/Di Giulio 2020) – käme einer internen, von staatlichen Autoritäten verantworteten Erzeugung konfliktträchtiger sozialer Tatsachen gleich. Während kapitalistische Märkte Gesellschaften langfristig durch ihre ökologischen Folgekosten destabilisieren, tragen sie paradoxerweise kurzfristig zur Stabilisierung liberaler Demokratien bei (Lessenich 2019), da sie politische Verantwortung verschleiern. Dieses Spannungsverhältnis lässt sich nicht leicht auflösen. Damit geraten Suffizienzkorridore in ein grundlegendes Spannungsverhältnis: Sie sind normativ überzeugend, stellen jedoch zentrale Stabilitätsmechanismen liberal-demokratischer Ordnungen infrage.

5 WEGE AUS DER SACKGASSE?

Das Spannungsverhältnis zwischen liberaler Demokratie – geprägt durch ihre historische Verflechtung mit dem Kapitalismus sowie ihre Betonung individueller Freiheit und Selbstbestimmung – und nachhaltigen gesellschaftlichen Naturverhältnissen erweist sich als grundsätzlich. Ziel dieses Beitrags ist es jedoch nicht, Suffizienzstrategien vor diesem Hintergrund vorschnell zu verwerfen. Vielmehr sollte aus gesellschafts- und demokratietheoretischer Perspektive ein Verständnis der Blockaden entwickelt werden, die ihrer Umsetzung bislang entgegenstehen – mit dem Ziel, Ansatzpunkte für ihre schrittweise Überwindung sichtbar zu machen.

Das Wanken liberaler Demokratien und sozial-ökologischer Transformationsprozesse lässt sich eindämmen, und die Erfolgschancen solcher Prozesse lassen sich steigen, wenn sie durch eine proaktive sozial-ökologische Politik begleitet werden. Wo passives Beobachten die Krisen der Transformation vertieft, schafft der Handlungszwang die Möglichkeit, politische Optionen aktiv zu gestalten, etwa durch ein progressives Steuersystem, das höhere Einkommen und Vermögen umverteilt und somit zur Finanzierung dessen beiträgt, was Suffizienzansätze als untere Ebene des Genug diskutieren: eine Grundsicherung für ein lebenswertes Leben für alle – unabhängig von Leistung.

Zentral ist dabei, zunächst das tief verankerte meritokratische Leistungsprinzip individueller Eigenverantwortung und Konkurrenz zu relativieren und (wieder) Raum für Solidarität, Kollektivität und Universalität zu schaffen. Dies setzt voraus, dass der allgegenwärtige Wettbewerbsdruck durch eine verlässliche Grundsicherung abgefedert wird. Ebenso wäre es hierfür notwendig, dass Bürger:innen unterer sozialer Lagen, die bislang nur eine geringe politische Responsivität erfahren haben (Elsässer et al. 2017), in Prozessen politischer Partizipation, die auch Raum für Dissens schaffen, wieder stärker gesehen und gehört werden (Eversberg et al. 2024), denn ohne eine Allianz mit jenen Gruppen, die von einem „Weniger ist mehr" tatsächlich und umfassend profitieren würden, sind weder Mehrheiten noch politische Umsetzbarkeit für eine Umverteilung zur Finanzierung eben dieser Grundsicherung auch nur in Sicht. Eine Möglichkeit, solche Allianzen zu fördern, liegt in der direkten Ansprache, etwa durch Haustürgespräche im Rahmen des Organizing. Zwar ist dies ressourcenintensiv, es eröffnet aber die Chance, auch diejenigen zu erreichen, die sich von der Politik seit Langem nicht mehr repräsentiert fühlen.

Dies soll keineswegs den Eindruck erwecken, dass mit solchen Maßnahmen bereits ein Zeitalter der Suffizienz oder des Postwachstums angebrochen wäre oder dass die in kapitalistischen Gesellschaften tief verwurzelte Verlockung autoritärer Politik (Rensmann 2018) überwunden sei. Ebenso wenig ist damit gesagt, dass die Probleme kollektiver Selbstbestimmung im Zuge des digitalen Strukturwandels der Öffentlichkeit auch nur ansatzweise berührt würden. Vielmehr geht es zunächst um etwas weitaus Grundsätzlicheres: das provisorische Kitten jener tiefen Risse liberaler Demokratien, die durch wachsende soziale Ungleichheit entstanden sind. Es handelt sich um nichts anderes als den Versuch, die demokratischen Grundlagen von Freiheit bei Gleichheit wiederherzustellen – sofern diese überhaupt jemals vorhanden waren (Lessenich 2019). Erst dann ist es möglich, an Suffizienzkorridore als tiefgreifende Strategie einer sozial-ökologischen Transformation im eigentlichen Sinne zu denken. Denn das notwendige Setzen der Obergrenzen markiert trotz aller Grundsicherungen und Versprechen für mehr Partizipation, Mitbestimmung und vielleicht auch Zeit eine schwer zu überkommende Hürde der Einschnitte in gewohnte Konsummuster.

Dieser Beitrag verweist damit zunächst auf einen möglichen Ausgangspunkt der einen Dimension des „Genug“: das untere Limit zur Sicherung grundlegender Bedürfnisse sowie einen politischen Neubeginn des Gehörtwerdens – und zugleich auf einen vorsichtigen Beginn der zweiten Dimension, verstanden als Maximalgrenze. Beides ließe sich durch die Umverteilung hoher Einkommen und Vermögen einleiten, da deren Besitzer:innen nachweislich in besonderem Maße zu klimaschädlichem Verhalten beitragen und zugleich Lobbyarbeit gegen eine progressive Steuerpolitik betreiben.

Erst auf der Grundlage einer neu belebten Kollektivität nach vier Jahrzehnten neoliberaler Vereinzelung eröffnet sich die Möglichkeit eines partizipativen Weiterdenkens darüber, wie tiefgreifende institutionelle Veränderungen im Sinne weiterreichender Maximalgrenzen gemeinschaftlich erarbeitet werden könnten. Solche Veränderungen wären unabdingbar, um zu verhindern, dass es bei einer sozialen Moderne 2.0 bleibt, die weiterhin auf der Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten basiert. Zugleich würden sie jedoch über die bestehenden Legitimationsmuster liberaler Demokratien hinausweisen (Hausknost 2023; Kalke et al. 2024) und eine institutionelle Übersetzung von liberaler in republikanische Freiheit erforderlich machen.

BIBLIOGRAFIE

Amlinger, Carolin /*Nachtwey,* Oliver (2022). Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin, Suhrkamp.

Bärnthaler, Richard/*Gough,* Ian (2023). Provisioning for sufficiency: envisaging production corridors. Sustainability: Science, Practice and Policy 19 (1), Artikel 2218690. https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2218690.

Bauman, Zygmunt (2017). Retrotopia. Berlin, Suhrkamp.

Blühdorn, Ingolfur/*Butzlaff,* Felix (2018). Rethinking Populism: Peak democracy, liquid identity and the performance of sovereignty. European Journal of Social Theory 1 (4), 136843101775405. https://doi.org/10.1177/1368431017754057.

Boltanski, Luc/*Chiapello*, Ève (2005). The new spirit of capitalism. London, Verso.

Brand, Karl-Werner (Hg.) (2017). Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch. Frankfurt/New York, Campus Verlag.

Brand, Ulrich (2014). Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. kurswechsel (2), 7–18.

Brand, Ulrich/*Wissen,* Markus (2017). Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München, Oekom.

Bröckling, Ulrich (2007). Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Decker, Oliver/*Kiess,* Johannes/*Heller,* Ayline/*Brähler,* Elmar (Hg.) (2024). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen: Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen, Psychosozial-Verlag.

Defila, Rico/*Di Giulio,* Antonietta (2020). The concept of "consumption corridors" meets society: How an idea for fundamental changes in consumption is received. Journal of Consumer Policy 43 (2), 315–344. https://doi.org/10.1007/s10603-019-09437-w.

Demirović, Alex/*Dück,* Julia/*Becker,* Florian/*Bader,* Pauline (Hg.) (2011). Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg, VSA-Verlag.

Deutschmann, Christoph (2015). Disembedded markets as a mirror of society. European Journal of Social Theory 18 (4), 368–389. https://doi.org/10.1177/1368431015569655.

Doyal, Len/*Gough,* Ian (1991). A theory of human need. London, Macmillan. https://doi.org/10.1007/978-1-349-21500-3.

Ehrenberg, Alain (2012). Das Unbehagen in der Gesellschaft. Berlin, Suhrkamp.

Elsässer, Lea/*Hense,* Svenja/*Schäfer,* Armin (2017). „Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. Zeitschrift für Politikwissenschaft 27 (2), 161–180. https://doi.org/10.1007/s41358-017-0097-9.

Erhard, Ludwig (1957). Wohlstand für alle. Berlin, Econ.

Eversberg, Dennis/*Fritz,* Martin/*von Faber,* Linda/*Schmelzer,* Matthias (2024). Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. München, Campus Verlag.

Fuchs, Doris/*Sahakian,* Marlyne/*Gumbert,* Tobias/*Di Giulio,* Antonietta/*Maniates,* Michael/*Lorek,* Sylvia/*Graf,* Antonia (2021). Consumption corridors: Living a good life within sustainable limits. London, Routledge. https://doi.org/10.4324/9780367748746.

Gough, Ian (2020). Defining floors and ceilings: The contribution of human needs theory. Sustainability: Science, Practice and Policy 16 (1), 208–219. https://doi.org/10.1080/15487733.2020.1814033.

Habermas, Jürgen (2023). Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Berlin, Suhrkamp.

Haderer, Margaret/*Kalke,* Karoline (2026). Demokratiesterben? Die liberale Demokratie und die sozial-ökologische Transformation unter Druck. In: Karl-Werner *Brand*/Basil *Bornemann* (Hg.). Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Frankfurt/New York, Campus Verlag, 257–276.

Hausknost, Daniel (2023). Opacity and Transparency. Theoria 70 (177), 26–53. https://doi.org/10.3167/th.2023.7017702.

Kalke, Karoline (2024). Eine Frage der Autonomie. Zur Notwendigkeit und Illusion der Selbstbegrenzung. Makronom. Online verfügbar unter https://makronom.de/eine-frage-der-autonomie-45593 (abgerufen am 16.09.2025).

Kalke, Karoline (2025). The metamorphosis of autonomy in the digital Sphere: Implications for the eco-emancipatory project. European Journal of Social Theory (online), 1–20. https://doi.org/10.1177/13684310251330598.

Kalke, Karoline/*Haderer,* Margaret/*Hausknost,* Daniel/*Deflorian,* Michael (2024). Can liberal democracies thrive with consumption limits? Barriers to implementing consumption corridors. GAIA 33 (2), 243–249. https://doi.org/10.14512/gaia.33.2.19.

Lessenich, Stefan (2016). Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin, Carl Hanser.

Lessenich, Stefan (2019). Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Ditzingen, Reclam.

Lütjen, Torben (2022). The anti-authoritarian revolt: Right-wing populism as self-empowerment? European Journal of Social Theory 25 (1), 75–93. https://doi.org/10.1177/13684310211027113.

Mau, Steffen/*Lux,* Thomas/*Westheuser,* Linus (2023). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin, Suhrkamp.

Max-Neef, Manfred/*Elizalde,* Antonio/*Hopenhayn,* Martín (1991). Human scale development: Conception, application and further reflections. London, Zed Books.

Nachtwey, Oliver (2016). Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin, Suhrkamp.

Piketty, Thomas (2023). Eine kurze Geschichte der Gleichheit. München, C.H.Beck.

Pirro, Andrea L. P. (2023). Far right: The significance of an umbrella concept. Nations and Nationalism 29 (1), 101–112. https://doi.org/10.1111/nana.12860.

Reitz, Tilman/*Jörke,* Dirk (2021). The reshaping of political representation in post-growth capitalism: A paradigmatic analysis of green and right-wing populist parties. Anthropological Theory 21 (3), 287–314. https://doi.org/10.1177/1463499620977992.

Rensmann, Lars (2018). The Persistence of the Authoritarian Appeal: On Critical Theory as a Framework for Studying Populist Actors in European Democracies. In: J. *Morelock* (Hg.). Critical Theory and Authoritarian Populism. London, University of Westminster Press, 29–47. https://doi.org/10.16997/book30.c.

Rhein, Philipp (2022). Negativ privilegiert statt deklassiert. Der andere Groll der AfD-Wähler:innen. Sozialer Sinn 23 (1), 49–71. https://doi.org/10.1515/sosi-2022-0003.

Richardson, Katherine/*Steffen,* Will/*Lucht,* Wolfgang/*Bendtsen,* Jørgen/*Cornell,* Sarah E./*Donges,* Jonathan F. et al. (2023). Earth beyond six of nine planetary boundaries. Science Advances 9 (37). https://doi.org/10.1126/sciadv.adh2458.

Sachs, Wolfgang (2015). Suffizienz. Umrisse einer Ökonomie des Genug. uwf 23, 3–9. https://doi.org/10.1007/s00550-015-0350-y.

Sakschewski, Boris/*Caesar,* Levke/*Andersen,* Lauren/*Bechthold,* Max/*Bergfeld,* Lotta/*Beusen,* Arthur et al. (2025). Planetary Health Check 2025: A Scientific Assessment of the State of the Planet. https://doi.org/10.48485/pik.2025.017.

Schmelzer, Matthias (2015). The growth paradigm: History, hegemony, and the contested making of economic growthmanship. Ecological Economics 118, 262–271. https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2015.07.029.

Schneidewind, Uwe/*Zahrnt,* Angelika (2013). Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München, Oekom.

Schneidewind, Uwe (2019). Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch.

Selk, Veith/*Kemmerzell,* Jörg (2022). Retrogradism in context. Varieties of right-wing populist climate politics. Environmental Politics 31 (5), 755–776. https://doi.org/10.1080/09644016.2021.1999150.

Selk, Veith (2023). Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie. Berlin, Suhrkamp.

Streeck, Wolfgang (2013). Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin, Suhrkamp.

Zierott, Lea/*Block,* Katharina/*Bohmann,* Ulf/*Ernst-Heidenreich,* Michael/*Laux,* Henning (2025). The dispositif of a closed future and the paradoxical effects of the eco-emancipatory project. European Journal of Social Theory (online), 1–21. https://doi.org/10.1177/13684310251334944.

AUTOR:INNEN

Richard *Bärnthaler* ist Assistenzprofessor am Sustainability Research Institute der University of Leeds, wo er die Forschungsgruppe Economics and Policy for Sustainability leitet. Sein Forschungsschwerpunkt liegt in der politischen Ökonomie der sozial-ökologischen Transformation.

Katharina *Bohnenberger* ist Universitätsassistentin am Institut für soziale Ökologie an der BOKU. Davor war sie Koordinatorin des Forschungsfeldes „Sozialpolitik & ökologische Nachhaltigkeit" (Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung). Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Schnittstelle Klimapolitik und Sozialpolitik.

Marlene *Brettenhofer* ist Projektleiterin bei der aks gesundheit GmbH. Ihr fachlicher Schwerpunkt liegt auf Projekten im Bereich Klimawandel und Gesundheit, insbesondere zu Hitzeanpassung, klimaresilienter Gemeinde- und Stadtentwicklung sowie gesundheitsfördernder Gestaltung von Lebenswelten.

Katharina *Brugger* ist Senior Health Expert im Kompetenzzentrum Klima und Gesundheit der Gesundheit Österreich GmbH. Ihre interdisziplinären Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen klimaresilientes Gesundheitswesen, Analysen zu gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels sowie Hitzeschutz und Klimakompetenz von Gesundheitsberufen.

Marie *Chahrour* ist Soziologin und in der Volkshilfe Österreich als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich „Sozialpolitik und Forschung" tätig. Sie forscht unter anderem zu Kinder- und Frauenarmut sowie Armut und Klimakrise.

Katharina *Dinhof* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kompetenzzentrum Klima und Gesundheit und der Abteilung Psychosoziale Gesundheit der Gesundheit Österreich GmbH. Ihre Forschungsinteressen liegen an der Schnittstelle von Klima und psychosozialer Gesundheit und umfassen unter anderem psychosoziale Versorgungsforschung, Klimaresilienz und Vulnerabilitäten sowie den Einfluss der Umgebung auf das psychosoziale Wohlbefinden.

Felix *Durstmüller* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kompetenzzentrum Klima und Gesundheit der Gesundheit Österreich GmbH. Seine Forschungsinteressen umfassen ökonomische Fragestellungen an der Schnittstelle von Klima und Gesundheit, Indikatorenentwicklung, Klimaresilienz und Vulnerabilitäten sowie den Einfluss der Klimakrise auf die Arbeitswelt und die Gesundheit von Arbeitnehmer:innen.

Andrea *Egger* ist Sozialwissenschaftlerin und Arbeitspsychologin bei EVACON research, wo sie Auftragsstudien in den Bereichen Arbeitsmarkt, Trends in der Arbeitswelt und Gesundheitsförderung umsetzt.

Willi *Haas* ist Privatdozent am Institut für soziale Ökologie an der BOKU. Seine Forschungsschwerpunkte sind sozial-ökologische Transitionen, nachhaltige Entwicklung, Gesundheit und Nachhaltigkeit.

Margarete *Haderer* ist Universitätsassistentin an der Technischen Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Umweltsoziologie, Raumsoziologie, Sozialtheorie, Governance und Wohnen.

Karoline *Kalke* ist Assistenzprofessorin am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Forschung bewegt sich an der Schnittstelle von Digitalität, Subjektivität, Klimazukünften und gesellschaftlicher Transformation.

Hanna *Lichtenberger* ist Politikwissenschaftlerin und Historikerin. In der Volkshilfe Österreich leitet sie den Bereich „Sozialpolitik und Forschung". Sie lehrt außerdem an diversen Universitäten und Fachhochschulen zu ihren Forschungsschwerpunkten politische Ökonomie, Sozialpolitik, Armut und Kinderarmut.

Claudia *Liebeswar* ist Sozialwissenschaftlerin, Politikwissenschaftlerin und Psychologin. Ihr Schwerpunkt in ihrer selbstständigen und unselbstständigen Arbeit (bei EVACON research) ist die quantitative Forschung.

Frank *Nullmeier* ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen und stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS). Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Sozialpolitikforschung und Wohlfahrtsstaatstheorie, interpretative Politikanalyse und Process Tracing sowie Politische Theorie.

Andrea *Schmidt* ist Leiterin des Kompetenzzentrums Klima und Gesundheit der Gesundheit Österreich GmbH. Ihre aktuellen Forschungsinteressen sind die Themen Care-Arbeit im Kontext des Klimawandels, Analysen zur Resilienz des Gesundheitssystems, Auswirkungen von Hitze auf sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie sozial-ökologische Transformation unter Berücksichtigung von Gesundheitsaspekten.

Margit *Schratzenstaller* ist Senior Economist mit Schwerpunkt öffentliche Finanzen am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in der Forschungsgruppe „Makroökonomie und öffentliche Finanzen". Sie arbeitet zu Fragen der (europäischen) Steuer- und Budgetpolitik, EU-Budget, Ökologisierung der öffentlichen Finanzen, Vermögensbesteuerung sowie Familienpolitik und Gender Budgeting.

Max *Schwarzenbacher* ist Politikwissenschaftler und hat sich im Rahmen des Traineeprogramms der AK Wien unter anderem mit Fragen der Lebensmittelsicherheit und Ernährungsarmut aus einer sozial-ökologischen Perspektive beschäftigt.

Jeremias *Staudinger* ist Sozioökonom und in der Volkshilfe Österreich als Fachexperte für Sozialpolitik im Bereich „Sozialpolitik und Forschung" beschäftigt. Seine Schwerpunkte liegen auf Fragen sozialer Ungleichheit und Verteilung sowie Sozialpolitik.

Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative-Commons-Lizenz zu folgenden Bedingungen:
CC BY-SA 4.0

Namensnennung

Weitergabe unter gleichen Bedingungen

http://creativecommons.org/licenses/bysa/4.0/deed.de

Für darüber hinausgehende Nutzungen ist eine ausdrückliche Zustimmung des Herausgebers erforderlich.

Impressum:
Herausgeber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22.
Redaktion: Ursula Filipič und Veronika Heimerl, AK Wien, Abteilung Sozialpolitik.
© 2026 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien.
Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH
Grafik/Layout: Verlag des ÖGB GmbH
Lektorat: Florian Praxmarer
ISBN 978-3-99046-764-0
ISSN 2706-624X

Bisher erschienen

1 Ulrich Schönbauer, Ältere im Betrieb (Februar 2006)

2 Ursula Filipič (Hg.), Neoliberalismus und Globalisierung (September 2006)

3 Ursula Filipič (Hg.), Arbeitsmarktpolitik in Europa (März 2007)

4 Kai Biehl und Norbert Templ (Hg.), Europa altert – na und? (August 2007)

5 Helmut Ivansits und Ursula Filipič (Hg.), Privatisierung von Gesundheit – Blick über die Grenzen (November 2007)

6 Ursula Filipič (Hg.), Soziale Gerechtigkeit versus Eigenverantwortung (Dezember 2007)

7 Josef Wallner (Hg.), Gestaltung und Finanzierung von Arbeitsmarktpolitik: Ein internationaler Vergleich (Jänner 2008)

8 Erik Türk (Hg.), Invalidität: Aktuelle Debatten – Lösungsvorschläge (August 2008)

9 Gerhard Stemberger (Hg.), Psychotherapie zwischen gesellschaftlicher Anpassung und Emanzipation (April 2009)

10 Alexander Schneider, Zu alt für Weiterbildung? (August 2009)

11 Elisabeth Beer und Ursula Filipič (Hg.), Sozialstaaten unter Druck: Wohlfahrtsstaatliche Veränderungen in Mittelosteuropa – Rückwirkungen auf Österreich? (August 2010)

12 Thomas Riesenecker-Caba und Alfons Bauernfeind, Verwendung personenbezogener Daten und Grenzen betrieblicher Mitbestimmung: Datenschutz in der Arbeitswelt (August 2011)

13 Ursula Filipič und Elisabeth Beer (Hg.), Sozialer Aderlass in Europa: Arbeit und soziale Sicherung unter Druck (März 2013)

14 Martina Chlestil (Hg.), Konflikte und Mobbing am Arbeitsplatz: Rechtliche Möglichkeiten und praktische Handlungsanleitungen (September 2013)

15 Sonja Ertl und Ursula Filipič (Hg.), Die Qualität der Arbeit auf dem Prüfstand: Der Einfluss der Arbeitsmarktlage auf die Arbeitsqualität (Dezember 2013)

16 Adi Buxbaum (Hg.), Perspektiven für sozialen Fortschritt: Sozialinvestitionen haben eine Mehrfachdividende (August 2014)

17 Josef Wöss (Hg.), Alterssicherung: Kapitalgedeckte Zusatzpensionen auf dem Prüfstand (Mai 2015)

18 Nadja Bergmann und Claudia Sorger (Hg.), 40 Jahre 40-Stunden-Woche in Österreich. Und jetzt? Impulse für eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik (Juni 2016)

19 Ursula Filipič und Annika Schönauer (Hg.), Zur Zukunft von Arbeit und Wohlfahrtsstaat: Perspektiven aus der Sozialforschung (Februar 2018)

20 Nikolai Soukup (Hg.), Neoliberale Union oder soziales Europa? Ansätze und Hindernisse für eine soziale Neuausrichtung der EU (Januar 2019)

21 Ursula Filipič (Hg.), Gute Arbeit in Gesundheits- und Sozialberufen?! (September 2019)

22 Ursula Filipič, Annika Schönauer (Hg.), Quo vadis Partizipation und Solidarität? (Juni 2020)

23 Ursula Filipič, Annika Schönauer (Hg.), Ein Jahr Corona: Ausblick Zukunft der Arbeit (April 2021)

24 Adi Buxbaum, Ursula Filipič, Sybille Pirklbauer, Nikolai Soukup, Norman Wagner (Hg.), Soziale Lage und Sozialpolitik in Österreich 2023. Entwicklungen und Perspektiven (Mai 2023)

25 Hubert Eichmann, Ursula Filipič, Sarah Nowak, Sybille Pirklbauer (Hg.), Arbeits- und Lebenswelten im sozial-ökologischen Umbau (April 2024)

978-3-99046-764-0 ISSN 2706-624X

Kostenloser Download der Publikation unter:

https://wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriten/zeitschriften/Sozialpolitik_in_Diskussion.html

AK WIEN

wien.arbeiterkammer.at